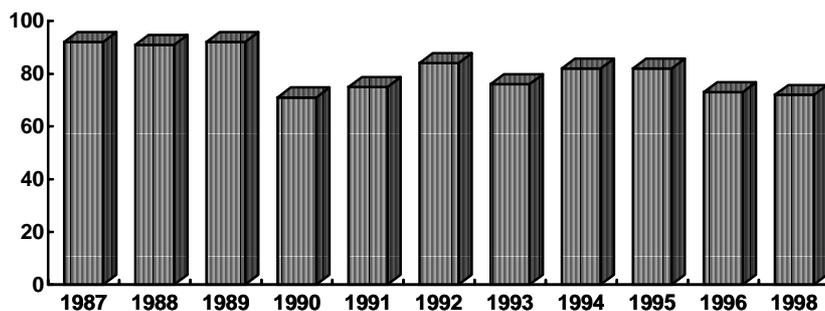


Peter Förster

Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger

Längsschnittanalyse des politischen Einstellungswandels
bei ostdeutschen Jugendlichen vor und nach der Wende

Dokumentation ausgewählter Ergebnisse der Sächsischen
Längsschnittstudie zwischen 1987 und 1998



Leipzig, Juli 1999

**Wir danken der Friedrich-Ebert-Stiftung für ihre Unterstützung
bei der Durchführung der 13. Welle dieser Langzeitforschung.**

Die vorliegende Dokumentation informiert über eine in ihrer Anlage einmalige wissenschaftliche Längsschnittstudie, die bereits 1987, zu DDR-Zeiten, gestartet wurde. Sie begleitet seit rund 11 Jahren den politischen Mentalitätswandel bei ostdeutschen Jugendlichen zwischen ihrem 14. und 25. Lebensjahr.

In ihrer *ersten Phase* im Zeitraum vor der Wende (drei Befragungswellen zwischen 1987 und Frühjahr 1989) dokumentierte sie den zunehmenden Verfall des politischen Bewußtsein der Panelmitglieder, ihre wachsende Distanz gegenüber der Politik der SED.

In ihrer *zweiten Phase* seit 1990 verfolgt die Studie zwei eng zusammenhängende Zielstellungen:

Erstens geht es um die langfristige Analyse des politischen Einstellungswandels seit der Wende und der Vereinigung, die wissenschaftliche Begleitung und Dokumentation des Weges der Panelmitglieder aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Ein zweiter Schwerpunkt ist die Untersuchung von Nachwirkungen der DDR-Sozialisation auf die heutigen politischen Grundeinstellungen, insbesondere die Bindung an das gegenwärtige politische System. Dabei kommt die in den ersten drei Wellen vorgenommene breite Analyse des politischen Profils der Panelmitglieder zum Tragen, zumal die vor der Wende ermittelten individuellen Datensätze komplett für jeden Teilnehmer nach der Wende zur Verfügung stehen.

Die Ergebnisse sind weitgehend repräsentativ für 25jährige Jugendliche in Sachsen, typisch für junge Ostdeutsche dieses Alters.

Die seit 1990 vorliegenden Daten und Erkenntnisse stützen unsere generelle These, daß sich diese jungen Ostdeutschen nach wie vor in einem intensiven Such- und Wandlungsprozeß ihrer politischen Orientierungen und Identifikationen, ihrer gesamten politischen Mentalität befinden. Das wird sich gewiß so bald nicht ändern. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewußtseinslage als Folge des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland. Dabei wird die Entwicklungsrichtung ihrer Systembindung vermutlich wesentlich mit davon abhängen, ob sie im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland jene individuellen Bedingungen vorfinden, die ihre *berufliche Entfaltung* fördern.

Wir streben deshalb an, diese Studie auch nach dem Abschluß ihrer Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und danach durch die Friedrich-Ebert-Stiftung noch einige Zeit fortzusetzen. Die in den letzten Jahren stark

gestiegenen Teilnehmerzahlen (1998 beteiligten sich 368 Panelmitglieder)
bestärken uns in dieser Absicht.

Inhaltsübersicht:

	Seite
1. Vorbemerkungen	6
1.1 Erläuterungen zur Studie	6
1.2 Zum Anliegen und zur Anlage dieser Dokumentation	9
2. Ausgewählte Ergebnisse aus den Befragungen vor der Wende	11
3. Angaben zur Population der 13. Welle 1998, Kurzbeschreibung der Lebenssituation der Teilnehmer	19
4. Einstellung zur deutschen Einheit	30
5. Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem	47
6. Einstellung zu den Parteien, Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum	90
7. Kollektive Identitäten	104
8. Ausprägung und Entwicklung der Lebensorientierungen	117
9. Zukunftszuversicht	129
10. Befindlichkeiten	140
11. Rechtsextreme Orientierungen, Einstellung zu Ausländern	169
12. Langzeitwirkungen von Einflüssen aus der Zeit vor der Wende	179
12.1 Langzeitwirkungen von Systembindungen vor der Wende	179
12.2 Langzeitwirkungen der Orientierungen auf das Kollektiv	230
12.3 Langzeitwirkungen der „Westkanäle“	235
12.4 Nachwirkungen der Schulleistungen	239
13. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse nach der Wende	241
14. Anhang	253

1. Vorbemerkungen

1.1 Erläuterungen zur Studie

Die „Sächsische Längsschnittstudie“ wurde im Frühjahr 1987 bei 14jährigen Schülerinnen und Schülern mit der Zielstellung gestartet, in wesentlichen Einstellungs- und Verhaltensbereichen charakteristische Entwicklungs-/Veränderungstendenzen und deren Bedingungen mit den spezifischen Mitteln des Längsschnittansatzes zu untersuchen. Dabei wurde an eine vorangegangene Längsschnittstudie mit nahezu identischen Inhalten angeschlossen, die zwischen 1983 und 1985 bei gleichaltrigen Schülern lief und die bereits zahlreiche brisante Fragen insbesondere der politischen Werte- und Einstellungsentwicklung Mitte der 80er Jahre aufgeworfen hatte.

Im Mittelpunkt der Studie stand die Analyse der Veränderungen der politischen Grundeinstellungen, insbesondere der Bindung an das sozialistische Gesellschaftssystem im allgemeinen und an die DDR im besonderen. Weitere Forschungsschwerpunkte waren das politische Verhalten, die Lebensziele, die Zukunftserwartungen, die Lerneinstellung und die Lernmotivation sowie das Medienverhalten (einschließlich Rezeption westlicher Sender).

In die Untersuchung waren 1.240 Schülerinnen und Schüler aus den damaligen Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen. Sie gehörten 72 Klassen aus 41 Schulen der genannten Regionen an, die nach dem *Zufallsprinzip* ausgewählt wurden. Die Population war weitgehend DDR-repräsentativ.

Die Schüler gehörten den Geburtsjahrgängen 1972/73 an. Sie haben die zehnklassige polytechnische Oberschule als letzter Jahrgang vollständig durchlaufen - ein Merkmal, das sie auch für die Untersuchung von Nachwirkungen des sozialistischen Bildungssystems prädestiniert. Dabei muß berücksichtigt werden, daß sie aufgrund ihres Alters das Gesellschaftssystem der DDR insbesondere in seinem Niedergang und letztlich in seinem Zusammenbruch bewußt erlebt haben. Zum Zeitpunkt der Wende waren sie etwa 16 Jahre alt. Träger der Studie war zwischen 1987 und 1989 das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Zusammenarbeit mit Erziehungswissenschaftlern der Universität Leipzig und der Pädagogischen Hochschule Zwickau. Als Forschungsinstrument diente ein standardisierter Fragebogen mit in jeder Welle identischen Indikatoren, der von den Panelmitgliedern dreimal, d. h. in der 8. Klasse (1987), 9. Klasse (1988) und 10. Klasse (Frühjahr 1989) beantwortet wurde. Bestandteil der Untersuchung in der 10. Klasse war die Beantwortung mehrerer offener Fragen zu den positiven und negativen Seiten der DDR-Realität. Die Zuordnung der Daten aller drei Befragungen erfolgte mit Hilfe von Kennziffern. Die Indikatoren waren durch

die Abteilung Methodik des ZIJ auf ihre Gütekriterien geprüft worden. Außerdem fanden Voruntersuchungen zur Verständlichkeit und Eindeutigkeit der Fragestellungen statt. Die Befragungen in den Klassen wurden ausschließlich von wissenschaftlichen Mitarbeitern durchgeführt. Lehrer oder andere Amtspersonen waren nicht anwesend.

Im Rahmen der dritten Erhebung 1989 erklärten sich 615 Panelmitglieder bereit, auch nach dem Schulabschluß an weiteren Befragungen teilzunehmen.

Nach der Wende wurde die Studie mit 10 Befragungswellen fortgesetzt, nunmehr postalisch. An ihnen beteiligten sich zwischen 170 und 368 der zur Mitarbeit bereiten Panelmitglieder bei einer seit 1993 stark steigenden Teilnehmerquote: 9. Welle (1993) N = 232; 10. Welle (1994) N = 250; 11. Welle (1995) N = 316; 12. Welle (Ende 1996/Anfang 1997) N = 355; 13. Welle (April bis Ende September 1998) N = 368 (genaue Übersicht siehe Anhang). Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß schätzungsweise 60 bis 100 der zur weiteren Mitarbeit bereiten Jugendlichen meist schon 1989/90 in den Westteil abgewandert waren. Nur für einen Teil von ihnen konnte der jetzige Wohnort ermittelt werden. Unter diesen Bedingungen können die erreichten Beteiligungsquoten als gut bewertet werden.

Wesentlich ist, daß die Stichproben der Wellen nach der Wende repräsentativ für die Gesamtstichprobe der 3. Welle vom Frühjahr 1989 im Hinblick auf wichtige politische Grundeinstellungen sind. So wurden für die politische Bindung an die DDR in keiner Welle signifikante Unterschiede zwischen den Prozentverteilungen der Teilnehmer einerseits und aller übrigen Mitglieder der ursprünglichen Gesamtpopulation andererseits ermittelt. Bei den Panelmitgliedern handelt es sich hinsichtlich ihres politischen Profils also nicht um Selektivpopulationen. Das wird auch durch Vergleiche von Ergebnissen dieses Panels mit denen unserer repräsentativen Bevölkerungsumfragen und Jugendstudien belegt (vgl. die Angaben bei Förster 1992, Förster/Friedrich u. a. 1993, S. 225).

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Befragungen seit 1990 (4. Welle) ist die *langfristige Analyse des politischen Einstellungswandels seit der Wende und der Vereinigung*, die wissenschaftliche Begleitung und Dokumentation des Weges der Panelmitglieder aus dem Gesellschaftssystem der DDR in das der Bundesrepublik, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Dabei geht es insbesondere um folgende Aspekte:

- > Politische Grundeinstellungen wie
 - + Einstellung zur deutschen Einheit
 - + Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem, Systembindung
 - + Einstellung zu den politischen Parteien

- + Bereitschaft zur politischen Partizipation
- + Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum
- + Urteile über die DDR (Systemvergleich DDR-Bundesrepublik)
- > Kollektive Identitäten (Zugehörigkeitsgefühl als Bürger der Bundesrepublik, als Bürger der ehemaligen DDR, als Deutscher, Sachse, Europäer)
- > Lebensorientierungen (Lebensziele)
- > Gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht
- > Befindlichkeiten (Lebenszufriedenheit, Bedrohungserleben, psychosomatische Beschwerden, psychosoziale Belastungen)
- > Rechtsextreme und autoritäre Orientierungen
- > Demographische Angaben

Ein weiterer Schwerpunkt - eng mit dem ersten verbunden - ist die Untersuchung von *Nachwirkungen früherer Bindungen an das sozialistische System und von Langzeitwirkungen der Rezeption westlicher Medien auf die heutigen politischen Grundeinstellungen*, insbesondere die Bindung an das gegenwärtige politische System. Dabei kommt die in den ersten drei Wellen vorgenommene breite Analyse des politischen Profils der Panelmitglieder zum Tragen, zumal die vor der Wende ermittelten individuellen Datensätze komplett für jeden einzelnen Teilnehmer nach der Wende zur Verfügung stehen und mit den aktuellen Datensätzen gekoppelt werden können. Insgesamt wurden seit 1987 für jedes Panelmitglied 1347 Einzelinformationen erhoben (ohne Indices u.ä.).

Neben quantitativen Daten liegt seit 1987 eine Fülle qualitativer Daten vor (Antworten auf offene Fragen, Tagebuchnotizen, Briefe usw.), die einen detaillierten Einblick in den politischen Mentalitätswandel und in das Denken junger Ostdeutscher über Deutschland geben (Beispiele siehe Anhang).

Institutioneller Träger der Studie war zwischen 1991 und 1998 die Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e. V.

Von 1994 bis Januar 1998 wurde die Studie von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert (einschließlich 12. Welle). Die für die Durchführung der 13. Welle erforderlichen Sachmittel wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung gestellt; ihr gilt dafür unser ausdrücklicher Dank.

Wir streben eine Fortsetzung der Studie an, im Rahmen der 13. Welle erklärten sich 99 % aller Teilnehmer dazu bereit.

1.2 Zum Anliegen und zur Anlage dieser Dokumentation

Bei dem vorliegenden Material handelt es sich nicht um einen abgeschlossenen Forschungsbericht, sondern um eine (noch unvollständige) Dokumentation ausgewählter Ergebnisse aus den Befragungen vor und nach der Wende. Wie erwähnt, fand die Befragung zur bisher letzten, 13. Welle zwischen April und Ende September 1998 statt, die Aufbereitung der Daten ist noch im Gange. Die dargestellten Ergebnisse sollen exemplarisch einen Einblick in einige wesentliche Aspekte des Mentalitätswandels bei den 25jährigen Panelmitgliedern geben, damit auch einen Eindruck vom wissenschaftlichen Wert der Studie und der angestrebten Fortsetzung vermitteln. Betont sei, daß zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht alle Möglichkeiten der empirischen und insbesondere der theoretischen Auswertung ausgeschöpft werden konnten. Das kann erst im Rahmen einer vorgesehenen tiefergehenden Analyse aller vorliegenden Daten in ihren vielfältigen Verknüpfungen und in ihren zeitlichen Trends erfolgen.

Im Mittelpunkt der Dokumentation steht, soweit von der Datenlage her möglich, die Darstellung von *Entwicklungstrends* der ausgewählten Inhalte. Dazu sind einige Erläuterungen unerlässlich.

Die Studie steht methodologisch und methodisch in der Tradition der jahrzehntelangen Längsschnittforschung des ZIJ. Das schließt auch die Anwendung der im ZIJ entwickelten Koeffizienten zur statistischen Auswertung solcher Studien ein, von denen im folgenden allerdings nur einige besonders wichtige angeführt werden. Sie sollen kurz erläutert werden:

a) Koeffizienten, die die Anteile der sich zwischen den Erhebungswellen verändernden bzw. nicht verändernden Analysepersonen (Apn) an allen Apn wiedergeben, ohne die Größe der Veränderungen auf der Antwortskala zu berücksichtigen:

POP = Prozentualer Anteil der Apn, die sich positiv verändert haben, wobei die niedrigeren Skalenplätze als die positiveren definiert sind (vgl. die Antwortvorgaben in den Tabellen)

NEP = Prozentualer Anteil der Apn, die sich negativ verändert haben

KOP = Prozentualer Anteil der Apn, die sich nicht verändert haben

Mit dem Vorzeichentest wird geprüft, ob der Unterschied zwischen den positiven und den negativen Veränderungen signifikant ist (in den Tabellen hervorgehoben).

b) Koeffizienten, die die Größe der Veränderungen auf den Antwortskalen für alle Apn wiedergeben:

DIP = Durchschnittliche Größe der Positivierung in Skalenplätzen für alle Apn

DIN = Durchschnittliche Größe der Negativierung in Skalenplätzen für alle Apn

(Ausführliche Ableitung und Erläuterung dieser sowie weiterer Koeffizienten siehe Ludwig 1997, S. 391; vgl. auch Müller/Hennig/Ludwig 1980, S. 32 ff.).

Die dargestellten Trends beziehen sich in der Regel nur auf die Panelmitglieder, die sich an der letzten, der 13. Welle 1998 beteiligt haben. Für sie wurden die teilweise bis 1987 zurückreichenden Zeitreihen und die entsprechenden Koeffizienten neu berechnet. Damit ist sichergestellt, daß es sich (auch bei unterschiedlicher Größe der Vergleichspopulationen) um Daten *identischer Personen* handelt.

Formalia:

- > Bei den Angaben in den Tabellen handelt es sich (wenn nicht anders angegeben) um Prozentwerte; im Tabellenkopf wird das nicht gesondert erwähnt.
- > Prozentdifferenzen, aus denen Aussagen über Trends bzw. Unterschiede zwischen Subgruppen abgeleitet werden, wurden auf statistische Signifikanz geprüft.
- > Koeffizienten zum Maß des Zusammenhanges zwischen jeweils zwei Variablen werden häufig, aber nicht in jedem Falle angegeben, um die Tabellen nicht zu überlasten. Sie bedeuten:

r = Maßkorrelationskoeffizient

CC = Korrigierter Kontingenzkoeffizient

Grundlage der Koeffizienten sind jeweils die Originalskalen, auch wenn diese in den Tabellen häufig verkürzt dargestellt werden.

Alle Berechnungen erfolgten mit dem Computerprogramm SPSS für Window 6.0

2. Ausgewählte Ergebnisse aus den Befragungen vor der Wende

Ein entscheidender Vorzug unserer Studie besteht darin, daß sie Informationen über die politischen Grundeinstellungen der Panelmitglieder aus der Zeit *vor der Wende* einschließt, die mit ihren heutigen Einstellungen und Urteilen über die Vergangenheit und die Gegenwart personenbezogen in Beziehung gesetzt werden können.

Die ersten drei Jahre der Studie fielen mit der Endzeit der DDR zusammen. Die zwischen 1987 und Frühjahr 1989 erhobenen Daten dokumentieren die Erosion und den starken Rückgang des politischen Bewußtseins, der an anderer Stelle ausführlicher beschrieben wurde (vgl. Friedrich 1990; Förster 1991, 1992, 1999). Hier kann nur ein knapper Einblick in diese Prozesse gegeben werden, um die Vorgeschichte unserer Studie und des politischen Einstellungswandels bei den Panelmitgliedern zu charakterisieren. Diese damaligen Haltungen sind zugleich aufschlußreich für das Verstehen heutiger, teilweise unerwarteter Reaktionen auf das gegenwärtige Gesellschaftssystem.

Wir gehen in diesem Abschnitt zunächst auf die starken regressiven Veränderungen einiger politischer Grundeinstellungen zwischen 1987 und 1989 ein (die Panelmitglieder waren damals Schüler der 8., 9. bzw. 10. Klasse). Es handelt sich um Grundeinstellungen, deren Herausbildung und Festigung erklärtes Ziel sozialistischer Erziehung war. Wir führen die Ergebnisse der damaligen Gesamtpopulation an, die auch für die jeweiligen Teilpopulationen der Panelmitglieder nach der Wende zutreffen. Spezielle Berechnungen ergaben keine statistisch signifikanten Abweichungen.

Tabelle 2.1: Veränderungen der Ausprägung ausgewählter politischer Grundeinstellungen zwischen 1. und 3. Welle (1987 und Frühjahr 1989); Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder, die an allen drei Befragungen teilgenommen hatten (N = 1018)

		Davon bin ich überzeugt										
		1	2	3	4	5	Vergleich	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<i>Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft</i>												
87	77	20	3	0	0							
88	64	29	5	2	0	87/88	10	65	<u>25</u>	0,12	0,29	
89	57	33	7	2	1	87/89	9	61	<u>30</u>	0,10	0,39	
<i>Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge</i>												
87	50	36	11	3	0							
88	39	37	16	5	3	87/88	19	44	<u>37</u>	0,23	0,51	
89	28	32	24	12	4	87/89	12	36	<u>52</u>	0,14	0,82	

Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden

87	43	44	10	2	1							
88	28	44	20	6	2	87/88	13	47	<u>40</u>	0,15	0,50	
89	19	43	25	9	4	87/89	9	37	<u>54</u>	0,10	0,77	

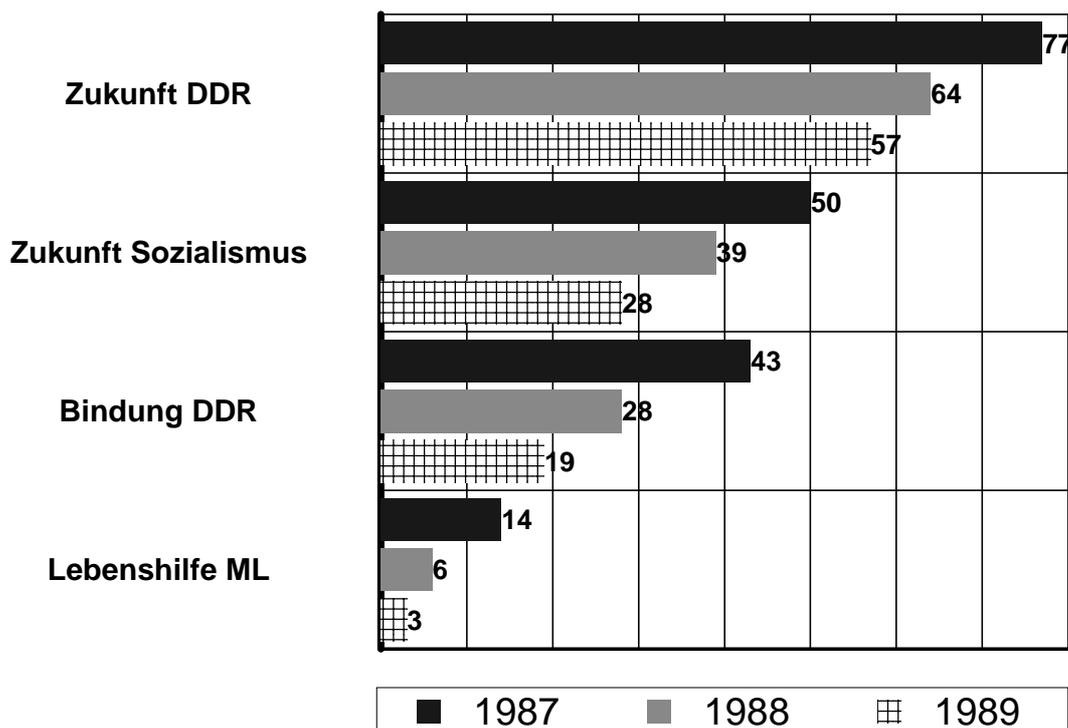
Der Marxismus-Leninismus gibt mir auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort

87	14	43	28	8	7							
88	6	33	30	16	15	87/88	16	38	<u>46</u>	0,20	0,70	
89	3	19	30	23	25	87/89	9	27	<u>64</u>	0,12	1,10	

Die Häufigkeitsverteilungen und die auf ihrer Grundlage berechneten Koeffizienten lassen den rapiden Einstellungswandel plastisch werden, der auch bei den Panelmitgliedern eingetreten war.

Die folgende Abbildung 2.1 veranschaulicht den Abbau dieser „Grundüberzeugungen“ zwischen 1987 (8. Klasse bzw. 14 Jahre) und Frühjahr 1989 (10. Klasse bzw. 16 Jahre) in der damaligen Gesamtgruppe:

Abbildung 2.1: Veränderung ausgewählter Grundeinstellungen zwischen 1987 und 1989 (Anteil einschränkungsloser Zustimmungen)



An dieser Stelle soll am Beispiel der politischen Bindung an die DDR belegt werden, daß zwischen den politischen Einstellungen der Panelmitglieder der jeweiligen Wellen und der Nichtmitglieder keine signifikanten Unterschiede beobachtet wurden :

Tabelle 2.2: Vergleich der früheren politischen Bindung an die DDR bei den Panelmitgliedern der 13. Welle 1998 und den Nichtmitgliedern (d. h. aller restlichen früheren Teilnehmer der Studie). Bezug: Daten vom Frühjahr 1989

"Ich fühle mich mit der DDR ... eng verbunden "

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	n	X
Teilnehmer 13. Welle	20	44	23	9	4	360*)	2,32
Nichtteilnehmer	19	40	26	10	5	915	2,43

(P Chi² = .489 ns;
P t = .106 ns)

*) Die Differenz zur Teilnehmerzahl 1998 von N = 368 erklärt sich daraus, daß einige (n= 8) von ihnen nicht an der Befragung in der 10. Klasse teilgenommen haben.

Auch der Vergleich der Entwicklungskoeffizienten zwischen 1987 und 1989 ergab keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Teilpopulationen. Ähnliche Werte liegen für alle Wellen vor. Bei den Panelmitgliedern nach der Wende handelt es sich also nicht um eine politische Selektivpopulation.

Dabei fallen bedeutende Unterschiede in der Ausprägung und in der Stärke der Veränderungen ins Auge. So ging zwar das Vertrauen der Jugendlichen darauf, in der DDR eine "gesicherte Zukunft zu haben", zwischen 1987 und 1989 ebenfalls stark zurück, am Ende der 10. Klasse glaubten jedoch noch immer knapp 60 % an eine gesicherte Zukunft in der DDR. Selbst jene damaligen Panelmitglieder, die sich von der DDR politisch distanzieren, gingen mehrheitlich davon aus, daß die DDR ihnen eine gesicherte Zukunft bietet. Diese Zuversicht hatte vorwiegend sozialpolitische Grundlagen, war nicht mit einem ideologischen Bekenntnis zur DDR gleichzusetzen.

Belege dafür ergaben die Antworten der damaligen Panelmitglieder auf eine im Frühjahr 1989 gestellte offene Frage (d. h. ohne Vorgaben) danach, "was an der DDR gefällt bzw. nicht gefällt". Diese auch aus der Sicht heutiger Reaktionen sehr bemerkenswerten Ergebnisse sind an anderer Stelle ausführlich dargestellt (vgl. Förster 1992, S. 11 ff.).

Wir führen hier nur die Ergebnisse des ersten Teils der Frage an. Aus ihnen geht hervor, welchen prozentualen Anteil die verschiedenen, sich aus den Antworten ergebenden Kategorien an der Gesamtzahl der Nennungen haben (Gesamtzahl der Nennungen = 2186 = 100 %):

Tabelle 2.3: Anteil verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den Teilnehmern der Studie im Frühjahr 1989 „an der DDR besonders gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen

<u>Lebens- / Erfahrungsbereich</u>	<u>Anteil in %</u>
Die gesicherte berufliche Perspektive	22,0
Die soziale Sicherheit und Geborgenheit	18,7
Sichere Zukunft allgemein	12,3
Die Friedenspolitik der DDR	7,4
Die besondere Förderung der Jugend	6,6
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Vergabe und der Mietpreise	6,1
Stabile Preise für Grundnahrungsmittel	4,1
Leichte Verbesserungen der Reisemöglichkeiten	3,3
Das kulturelle Angebot	2,2
Die Förderung des Sports	1,6
Sonstiges	15,7

Über die Hälfte der Nennungen (53 %) entfiel auf die Erwartung einer gesicherten persönlichen Zukunft. Wie aus den Formulierungen hervorging, spielte eine große Rolle, daß zu diesem Zeitpunkt für faktisch alle Teilnehmer (97 %) klar war, wie es nach der Schulzeit weitergeht. Bis auf 3 % von ihnen hatten alle Absolventen ihren Platz an der Erweiterten Oberschule oder ihre Lehrstelle sicher bzw. wußten, daß sie ein Fachschulstudium beginnen oder eine Arbeit im Betrieb aufnehmen werden.

Zur Veranschaulichung führen wir zu den ersten drei Kategorien einige typische Angaben im Wortlaut an:

> Gesicherte berufliche Perspektive:

„Daß jeder eine Lehrstelle bekommt und der spätere Beruf gesichert ist.“

„Man hat seinen Beruf sicher, ich fühle mich geborgen.“

„Daß es ein Recht auf Arbeit und Erholung gibt.“

„Ich brauche keine Angst zu haben, mal arbeitslos zu werden.“

„Beste Aussichten auf einen Arbeitsplatz.“

„Daß es in der DDR keine Arbeitslosigkeit gibt.“

> Soziale Sicherheit und Geborgenheit

„Die soziale Unterstützung, die jeder bekommt.“

„Die vielfältigen Stützungen durch den Staat.“

„Kostenloser Arztbesuch bzw. Krankenhausaufenthalt.“

„Das Gefühl der Geborgenheit.“

„Gute soziale Errungenschaften.“

„Keine Armut und Obdachlosigkeit.“

„Soziale Sicherheit für alle.“

„Kinderfreundlicher Staat.“

„Ich fühle mich hier wohl.“

> Sichere Zukunft allgemein

„Ich habe eine gesicherte Zukunft und brauche keine Angst zu haben, mal auf der Straße zu landen.“

„Gesicherter Arbeitsplatz = gesicherte Zukunft.“

„Ich weiß nicht genau, was mir gefällt oder nicht. Aber ich fühle mich in der DDR wohl und sicher und das ist für mich die Hauptsache.“

(Die Angaben zu der Frage danach, was in der DDR nicht gefällt, sind teilweise im Anhang aufgeführt.)

Weitaus gravierender war der Abbau in bezug auf die systembezogenen Einstellungen gegenüber dem Sozialismus im allgemeinen und der DDR im besonderen. Das betraf auch die damals interessierende Bereitschaft zur Verteidigung der DDR, die als Folge der zurückgehenden Systembindung ebenfalls massiv abnahm.

Die Einstellung zum Marxismus-Leninismus war schon zu Beginn der Studie 1987 sehr schwach entwickelt, seine uneingeschränkt positive Bewertung als Lebenshilfe ging 1989, im letzten Jahr der DDR, buchstäblich gegen Null. Generell setzte dieses Absinken der Akzeptanz des Marxismus-Leninismus schon in den 70er Jahren ein, verstärkte sich massiv in den 80er Jahren (vgl. Friedrich 1990, Förster 1991, 1999). Der Widerspruch zwischen den dogmatischen Lehrsätzen des "ML", dazu realitätsfern und scholastisch vermittelt, und den eigenen Lebenserfahrungen der Jugendlichen wurde zunehmend größer. Das spiegelte sich bei unseren Panelmitgliedern damals auch in einem deutlichen Rückgang des Interesses am Schulungssystem der FDJ wider. Vor allem an diesem Gegenstand wurde schon damals der entscheidende Einfluß der eigenen Erfahrungen auf die Bewertung des Gesellschaftssystems und der politischen Rhetorik sichtbar.

(Auf den Trend des Lebenszieles „Die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten“ kommen wir im Abschnitt 12. zurück.)

Erwähnenswert ist, daß bei der vorangegangenen Längsschnittstudie 1983 bis 1985 (ebenfalls bei älteren Schülern zwischen ihrem 14. und 16. Lebensjahr bzw. 8. und 10. Klasse) die erwähnten Regressionen nicht oder in einem viel geringeren Maße auftraten, ein klarer Beleg dafür, daß diese vor allem auf den Einfluß der spezifischen gesellschaftlichen Situation in der Endzeit der DDR zurückzuführen waren, viel weniger auf das Alter der Jugendlichen.

Das kann auch durch noch weiter zurückliegende Längsschnittstudien des ZIJ belegt werden sowie durch die klassenstufenspezifische Auswertung von Querschnittstudien, z. B. einer 1979 bei 2420 Schülern 8.-12. Klassen durchgeführten Studie mit identischen bzw. vergleichbaren Fragestellungen.

Erheblichen Einfluß auf den politischen Einstellungswandel hatte die *Rezeption westlicher elektronischer Massenmedien*. Eine (vorläufige) Bilanz der umfangreichen Forschungsergebnisse des ZIJ zu diesem Thema haben wir 1995 veröffentlicht (vgl. Dokumente der Enquetekommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", Förster 1995; vgl. auch Förster 1999, S. 128 ff.); die dort angegebenen generellen Trends und Zusammenhänge gelten cum grano salis auch für die Teilnehmer unserer Studie.

Die folgende Tabelle informiert über ausgewählte Ergebnisse zum damaligen Rezeptionsverhalten im Hinblick auf die politische Information. Auch in dieser Hinsicht bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen den jetzigen Panelmitgliedern und den Nichtteilnehmern.

Tabelle 2.4: Nutzung von Sendern/ Sendungen für die politische Information (Gesamtgruppe der damaligen Panelmitglieder)
"Wie oft nutzen Sie die folgenden Sendungen, um sich über das politische Geschehen zu informieren?"

	Das nutze ich					
	1 (nahezu) täglich	2 mehrmals in der Woche				
	3 einmal in der Woche	4 seltener	5 nie			
	1	2	(1+2) 3	4	5	
<hr/>						
<u>Sendungen des DDR-Rundfunks</u>						
1987	10	30	(40)	17	30	13
1988	8	25	(33)	15	32	20
1989 (Frühjahr)	8	21	(29)	14	34	23
<u>Die "Aktuelle Kamera"</u>						
1987	9	29	(38)	18	32	12
1988	4	23	(27)	15	37	21
1989	3	17	(20)	12	39	29
<u>Sendungen des Rundfunks oder Fernsehens der BRD / Westberlins</u>						
1988	49	32	(81)	7	9	3
1989	54	34	(88)	4	7	1

Die Relationen zwischen der Nutzung von DDR- und/oder Westsendern wurden durch eine Kopplung ermittelt :

Tabelle 2.5: Nutzung der DDR- und/oder Westsender für die politische Information; übergreifende Betrachtung (damalige Gesamtgruppe)

Muster	Häufigkeit der Nutzung		Anteil in Prozent	
	DDR-Sender	West-Sender	1988	1989
B	häufig	häufig	35	33
A	häufig	selten	10	6
C	selten	häufig	46	55
D	selten	selten	9	6

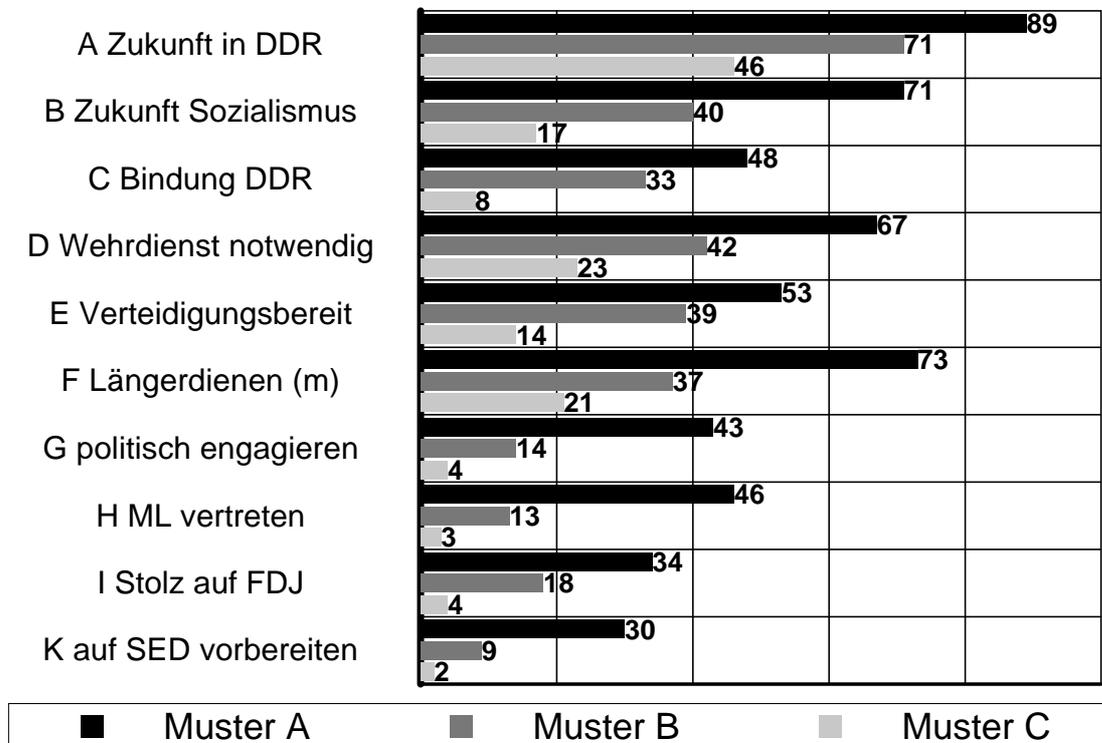
Zuvor waren die Angaben zum DDR-Rundfunk und zur Aktuellen Kamera unter dem Oberbegriff "DDR-Sender" zusammengefaßt worden.

"häufig" bedeutet (nahezu) täglich oder mehrmals in der Woche; "selten" bedeutet einmal in der Woche oder seltener oder nie.

Diese Angaben sprechen für sich. Die politischen Informationen der DDR-Sender wurden von einer großen Mehrheit der Panelmitglieder abgelehnt, typisch war die *häufige und selektive* Rezeption der "Westsender". Ihr Einfluß im Sinne ihres Verfassungsauftrages, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in den Sendungen zu beachten, auf die politische Bewußtseinsentwicklung war schon damals außerordentlich stark und ist noch heute nachweisbar (siehe Abschnitt 12.3) Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß ein sehr enger Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein personaler Kontakte zu Verwandten und/oder Bekannten in der Bundesrepublik und der Westsenderrezeption bestand (vgl. Förster 1995, 1999, S. 133).

Die folgende Abbildung informiert exemplarisch über einige Zusammenhänge zwischen den Rezeptionsmustern und politischen Einstellungen, die - das sei betont - stets in ihrer Wechselwirkung zu sehen sind.

Abbildung 2.2: Politische Einstellungen, differenziert nach Rezeptionsmuster (ohne Muster D; Frühjahr 1989, damalige Gesamtgruppe)



Erläuterungen:

A : "Ich habe in der DDR eine gesicherte Zukunft" (Antwortpos. 1)

B : "Dem Sozialismus gehört die Zukunft ..." (AP 1)

C : "Ich fühle mich eng mit der DDR ... verbunden " (AP 1)

D : "Es ist notwendig, daß jeder männl. junge DDR-Bürger seinen Wehrdienst leistet" (AP 1)

E : "Ich bin bereit, die DDR jederzeit mit allen meinen Kräften zu verteidigen" (AP 1)

F : Form des geplanten Wehrdienstes : Längere Dienstzeit über Grundwehrdienst hinaus

G : Lebensziel : "aktiv am politischen Leben teilnehmen" (AP 1)

H : Lebensziel : " die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten" (AP 1)

I : "Ich bin stolz, Mitglied der FDJ zu sein " (AP 1)

K: Politisches Engagement in nächster Zukunft : " mich durch aktive Mitarbeit in der FDJ darauf vorbereiten, einmal Mitglied der SED zu werden" (AP 1)

Auf die Langzeitwirkungen damaliger intensiver und selektiver Westsenderrezeption gehen wir noch ausführlicher ein (s. 12.3).

3. Angaben zur Population der 13. Welle 1998, Kurzbeschreibung der Lebenssituation der Teilnehmer

Die 13. Welle wurde im wesentlichen im Zeitraum April bis Ende September 1998 durchgeführt. Zwei Drittel der TeilnehmerInnen (67 %) schickten ihren Fragebogen zwischen April und Juni zurück, knapp ein Drittel (29 %) zwischen Juli und Ende September, 4 % Anfang Oktober. Die Befragung fand damit fast ausschließlich vor den Bundestagswahlen und dem Machtwechsel in Bonn statt.

Fragebögen erhielten insgesamt 407 Teilnehmer. Bei ihnen handelte es sich um jene Panelmitglieder, die sich ein- oder mehrmals an den drei vorangegangenen Wellen (10., 11., 12. Welle) beteiligt hatten bzw. um jene, deren Adressen sich bei den genannten Wellen als unzutreffend erwiesen hatten, inzwischen jedoch ermittelt werden konnten.

370 Panelmitglieder haben ihren Fragebogen zurückgeschickt, die höchste Quote seit der Wende. Damit haben immerhin 91 % der angeschriebenen Teilnehmer mitgearbeitet. Allerdings konnten zwei Fragebögen infolge zu später Rücksendung nicht mehr erfaßt werden, die Auswertung bezieht sich darum auf die Angaben von 368 An.

45 % der Teilnehmer sind männlich, 55 % weiblich. (Schon von den Panelmitgliedern, die sich 1989 zur weiteren Mitarbeit bereit erklärt hatten, waren 52 % weiblich).

Das Durchschnittsalter betrug 25,1 Jahre.

Zur weiteren Mitarbeit an der Studie sind 99 % der Befragten bereit.

Tätigkeitsstatus, Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

Die meisten TeilnehmerInnen der 13. Welle (53 %) waren zum Zeitpunkt der Befragung erwerbstätig, 16 % studierten noch. Die folgende Tabelle gibt einen genaueren Überblick:

Tabelle 3.1: Tätigkeitsstatus der Teilnehmer 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert (Spaltenprozent)

Tätigkeit	Gesamt	männlich	weiblich
Angestellte (r)	30	13	45
Arbeiter (in)	23	38	11
Student (in)	16	23	9
Hausfrau/-mann / Erziehungsurlaub	10	0	19
arbeitslos	7	5	9
Selbständige (r)	5	8	2
Lehrling	1	2	0
Zivildienst	1	1	0
Wehrdienst	0	1	0
etwas anderes	7	9	5

(Unter der Rubrik „etwas anderes“ haben sich vor allem Zeitsoldaten und Beamte eingetragen.)

Gegenüber der 12. Welle hat sich der Anteil arbeitsloser Teilnehmer leicht von 11 % auf 7 % verringert (männlich: von 7 % auf 5 %, weiblich : von 14 % auf 9 %).

Hervorhebenswert ist, daß sich 5 % der Teilnehmer selbständig gemacht haben. Eine 1993 im Rahmen der 9. Welle gestellte Frage ergab, daß sich damals erst ein Prozent selbständig gemacht hatte, weitere 10 % hatten dies vor, 52 % hatten es nicht geplant, 37 % waren sich darüber nicht im klaren. 1996 (12. Welle) betrug der Anteil Selbständiger 3 %.

80 % der TeilnehmerInnen haben ihre berufliche Ausbildung abgeschlossen (86 % der weiblichen gegenüber 72 % der männlichen Panelmitglieder), fast alle übrigen (18 %) haben einen Abschluß geplant.

Erwähnenswert ist, daß der größte Teil der Panelmitglieder (73 %) die beruflichen Pläne, die in der Schulzeit bestanden, verändern mußte:

Tabelle 3.2: Veränderungen in den beruflichen Plänen in der Schulzeit
„Mußten Sie die beruflichen Pläne, die Sie in der Schulzeit hatten, verändern?“

	1 ja, völlig	2 ja, etwas schon	3 nein
	1	2	3
Gesamt	38	35	27
männlich	34	39	27
weiblich	41	32	27

Weibliche Panelmitglieder mußten ihre beruflichen Pläne etwas häufiger völlig verändern als ihre männlichen Altersgefährten.

Überdurchschnittlich häufig verändert haben ihre früheren Pläne jene Teilnehmer, die 1998 arbeitslos waren (93 % geben Veränderungen an), die sich inzwischen selbständig gemacht haben (89 %) oder die sich in der Rubrik „etwas anderes“ eingeordnet haben (84 %), d. h. insbesondere heutige Beamte und Zeitsoldaten.

Bei diesen Angaben ist zu berücksichtigen, daß am Ende der 10. Klasse der POS (Frühjahr 1989) faktisch alle Panelmitglieder (99 %) klare Vorstellungen über ihre berufliche Entwicklung nach dem Schulabschluß besaßen. Eine differenzierte Analyse der beruflichen Karrieren nach Schulabschluß, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen 1989/90 stark beeinflußt wurden, ist noch zu leisten, insbesondere auf der Grundlage der hierzu vorliegenden qualitativen Daten.

Deutlich abgenommen hat seit 1992 das Gefühl, einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen:

Tabelle 3.3: Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle 1998)
 „Wie sicher ist Ihr Arbeits-/Ausbildungsplatz?“
 1 völlig sicher 2 ziemlich sicher
 3 ziemlich unsicher 4 völlig unsicher

	1	2	(1+2)	3	4	X
1992	31	56	(87)	7	6	1,9
1993	30	62	(92)	6	2	1,8
1994	31	60	(91)	7	2	1,8
1995	28	64	(92)	5	3	1,8
1996	17	67	(84)	7	9	2,0
1998	13	68	(81)	14	5	2,1

Koeffizienten für den Zeitraum 1992 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
16	47	<u>37</u>	0,34	0,45	118

Äußerten 1992 (8. Welle) noch 31 %, einen völlig sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, waren es 1998 (13. Welle) nur noch 13 %. Dafür nahm der Anteil derer, die meinten, einen nur ziemlich sicheren Arbeits-/Ausbildungsplatz zu haben, von 56 % auf 68 % zu. Außerdem stieg die Quote jener, die ihn als ziemlich oder völlig unsicher einschätzten, in diesem Zeitraum von 13 % auf 19 % an.

Die Längsschnitt-Koeffizienten verdeutlichen den Negativtrend: Der Anteil derer, die ihre Einschätzungen zwischen 1992 und 1998 negativierten (NEP), ist mit 37 % statistisch signifikant größer als der Anteil jener, die sie positivierten (POP = 16 %). Die negativen Veränderungen auf der vorgegebenen Skala um 0,45 Punkte sind größer als die positiven Veränderungen um 0,34 Punkte.

Deutlich wird, daß existentielle Verunsicherungen in diesem Zeitraum die Erfahrungen sehr vieler Panelmitglieder erheblich geprägt haben, auf die ein großer Teil von ihnen mit einem deutlichen Vertrauensverlust gegenüber dem Gesellschaftssystem reagierte.

(Auf die zur erfahrenen Arbeitslosigkeit vorliegenden Daten gehen wir weiter unten ein.)

Partnerbeziehungen

Verheiratet sind 1998 20 % aller Panelmitglieder, 18 % leben in Lebensgemeinschaft, weitere 35 % geben feste Partnerbeziehungen an, die restlichen 27 % haben keine feste

Partnerbeziehung. Dabei bestehen erwartungsgemäß erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen. Die folgende Tabelle informiert über den bei den Partnerbeziehungen beobachteten Trend seit 1992:

Tabelle 3.4: Partnerbeziehungen im Trend 1992 bis 1998, Gesamtgruppe und nach Geschlechtergruppen differenziert (nur Teilnehmer 13. Welle 1998)

- 1 ledig, ohne feste Partnerbindung
- 2 ledig, mit fester Partnerbeziehung
- 3 in Lebensgemeinschaft lebend
- 4 verheiratet
- 5 geschieden (ab 1998 erfragt)

Jahr	Durchschnitts- Alter	1	2	3	4	5
<i><u>Gesamt</u></i>						
1992	19,5	47	46	5	2	-
1993	20,5	37	53	6	4	-
1994	21,5	37	43	12	8	-
1995	22,5	32	43	15	10	-
1996	23,5	31	41	16	12	-
1998	25,1	27	35	18	20	0
<i><u>männlich</u></i>						
1992		61	36	3	0	-
1993		55	41	4	0	-
1994		55	37	6	2	-
1995		48	42	6	4	-
1996		44	40	11	5	-
1998		38	37	14	11	0
<i><u>weiblich</u></i>						
1992		36	53	7	4	-
1993		22	63	8	7	-
1994		21	49	16	14	-
1995		18	44	22	16	-
1996		22	41	19	18	-
1998		19	33	21	26	1

Eine feste Partnerbindung gaben 1998 80 % der jungen Frauen an (darunter verheiratet 26 %, in Lebensgemeinschaft 21 %) gegenüber 62 % der jungen Männer (verheiratet: 11 %, Lebensgemeinschaft 14 %). Der generelle Trend zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft (insbesondere bei den 25- bis 34jährigen Bundesbürgern) ist demnach auch in unserer Studie zu erkennen (vgl. Glatzer 1998, S. 19).

Von den unverheirateten Teilnehmern haben 56 % grundsätzlich die Absicht, zu heiraten (männlich: 62 %, weiblich 51 %), 31 % wissen das noch nicht (männlich 29 %, weiblich 33 %), 13 % verneinen es (9 % bzw. 16 %).

Daraus geht hervor, daß 65 % aller Teilnehmer verheiratet sind oder die Absicht dazu haben (männlich 66 %, weiblich 64 %), für 35 % dies dagegen nicht zutrifft bzw. noch offen ist. Das liegt knapp über dem Anteil der Verheirateten an der erwachsenen Bevölkerung von 59,9 % (1996).

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Deutschen generell immer später heiraten. Das Durchschnittsalter der Erstverheirateten ist in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gestiegen:

In Westdeutschland stieg das Durchschnittsalter der Männer bei der ersten Eheschließung von 25,7 Jahren 1977 auf 30,4 Jahre 1997; der Frauen von 22,9 Jahren 1977 auf 27,9 Jahre 1997.

In Ostdeutschland/Ostberlin erhöhte sich das entsprechende Durchschnittsalter der Männer von 23,8 Jahren 1977 auf 29,3 Jahre 1997; der Frauen von 21,9 Jahren 1977 auf 27 Jahre 1997. Erstheiratsalter in Deutschland insgesamt 1997: Frauen 27,8 Jahre, Männer 30,3 Jahre (Information des Bundesfamilienministeriums, Leipziger Volkszeitung vom 20./21.2.1999)

Zahl der Kinder, Kinderwunsch

21 % der Panelmitglieder haben Kinder (17 % ein Kind, 4 % zwei Kinder), darunter 29 % der jungen Frauen und 12 % der jungen Männer.

Die Angaben zum Kinderwunsch enthält die Tabelle 3.5:

Tabelle 3.5: Kinderwunsch der Panelmitglieder 1998

Anzahl der gewünschten Kinder:

	kein Kind	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr	<u>X</u>
Gesamt	7	30	54	9	1,7
männlich	7	27	60	6	1,7
weiblich	7	33	50	10	1,7

Zwischen den Geschlechtergruppen bestehen nur geringe Unterschiede. Fast alle Panelmitglieder (93 %) wünschen sich Kinder, im Schnitt 1,7 Kinder. Die Schwankungen des Durchschnittswertes waren in den zurückliegenden Jahren sehr gering (zwischen 1,6 und 1,8); bei den jungen Männern war eine leichte Zunahme zu verzeichnen, bei den jungen Frauen ein leichter Rückgang. Zu DDR-Zeiten wünschten sich die Jugendlichen im Durchschnitt zwei Kinder.

Wohnsituation

Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder (82 %) ist inzwischen aus dem Elternhaus ausgezogen, verfügt über eigenen Wohnraum. Dieser Anteil ist in den zurückliegenden Jahren mit dem zunehmendem Alter der Apn (s. die Altersangaben in Tabelle 3.4) erheblich größer geworden, wie die folgende Tabelle erkennen läßt:

Tabelle 3.6: Wohnsituation der Panelmitglieder im Trend 1992 bis 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert (nur Teilnehmer 13. Welle)

„Wohnen Sie noch bei Ihren Eltern?“

1 ja, und das bleibt vorerst so

2 ja, das wird sich aber bald ändern

3 nein

	1	2	3
<u>männlich</u>			
1992	59	28	13
1993	58	20	22
1994	49	14	37
1995	35	14	51
1996	26	13	61
1998	16	11	73
<u>weiblich</u>			
1992	51	14	35
1993	34	15	51
1994	25	9	66
1995	14	7	79
1996	13	5	82
1998	7	3	90

Von den jungen Frauen sind mittlerweile bereits 90 % aus dem Elternhaus ausgezogen, von den jungen Männern 73 %. Auf dem „Absprung in eigene vier Wände“ stehen von den jungen Frauen weitere 3 %, von den jungen Männern 11 %.

Nicht gesondert erfaßt wurde, wieviele Panelmitglieder nach einem Auszug aus dem Elternhaus kurz- oder langfristig wieder in die elterliche Wohnung zurückgekehrt sind. Dennoch läßt sich von den Längsschnittkorrelationen her abschätzen, daß dies nur einen sehr kleinen Teil betrifft. So geht z. B. aus der Längsschnittkorrelation zwischen der 10. und der 13. Welle hervor, daß nur 5 % derer, die 1994 ihr Elternhaus verlassen hatten, 1998 wieder zu Hause wohnten. Häufig betrifft es Teilnehmer, die in die alten Ländern gewechselt waren. Hierzu sind weitere Analysen vorgesehen.

L. A. Vaskovics spricht in diesem Zusammenhang von einer *Reversibilität individueller Entwicklungsverläufe auf dem Wege des Erwachsenwerdens*. Der Prozeß der Ablösung und Verselbständigung junger Erwachsener verläuft nicht im Sinne einer stetigen Entwicklung, sondern weist Sprünge, Diskontinuitäten, Rückschritte und unterschiedliche

Entwicklungstempi auf. Eine (gesamtdeutsche) Längsschnittstudie bei jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 29 Jahren zwischen 1991 und 1996 ergab u. a., daß 14 % der Jugendlichen, die bereits aus dem Elternhaus ausgezogen waren, wieder in die elterliche Wohnung zurückkehrten. Bei ostdeutschen Jugendlichen war das allerdings seltener zu beobachten als bei westdeutschen (vgl. 1998, S. 215 ff.).

Häufigkeit und Dauer von Arbeitslosigkeit

Wie bereits erwähnt, waren zum Zeitpunkt der Befragung zur 13. Welle 7 % der Panelmitglieder arbeitslos (Arbeitslosenquote im April 1998 in Sachsen: 18,5 %). Der Anteil derer, die überhaupt schon die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mußten, ist mit 55 % dagegen weitaus größer :

Tabelle 3.7: Bisherige Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit (1996 und 1998; nur Teilnehmer 13. Welle 1998)
„Waren Sie arbeitslos ? (einschließlich eventueller jetziger Arbeitslosigkeit)“

		1 ja, mehrmals	2 ja, einmal	3 nein
		1	2	3
1996	Gesamt	17	32	51
	männlich	18	33	49
	weiblich	16	32	52
1998	Gesamt	23	32	45
	männlich	27	31	42
	weiblich	20	32	48

Gegenüber 1996 hat der Anteil von Panelmitgliedern, die ein- oder mehrmals arbeitslos waren, leicht zugenommen (von 49 % auf 55 %). Männliche Panelmitglieder waren etwas häufiger betroffen als weibliche (was wesentlich auf den hohen Anteil weiblicher Teilnehmer im Erziehungsurlaub zurückzuführen ist).

Diese Zahlen entsprechen sehr gut den Ergebnissen repräsentativer Jugendstudien. So berichten Silbereisen u. a. auf der Grundlage ihrer gesamtdeutschen Jugendstudien über einen gravierenden Anstieg der Erfahrung von Arbeitslosigkeit zwischen 1991 und 1996 insbesondere bei den 25- bis 29jährigen ostdeutschen Jugendlichen. Während der Anteil der Jugendlichen, die mindestens einmal von Arbeitslosigkeit betroffen waren, in den alten Bundesländern nur wenig von 25 % auf 26 % stieg, hat er sich in diesem Zeitraum in den neuen Bundesländern von 23 % auf 51 % erhöht, d. h. mehr als verdoppelt (vgl. 1996, S. 174). Nach Seiring hatte zwischen 1991 und 1994 fast jeder dritte ostdeutsche Jugendliche bereits die Erfahrung der Arbeitslosigkeit gemacht (vgl. 1995, S. 54).

Beträchtliche Unterschiede zuungunsten der weiblichen Panelmitglieder bestehen dagegen im Hinblick auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. Eine Klassifizierung der freien Angaben zur Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit insgesamt führte zu diesen Ergebnissen:

Tabelle 3.8: Dauer bisheriger Arbeitslosigkeit in Monaten 1996 und 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle 1998; N 1996 = 165, 1998 = 199)

	1-3	4-6	7-12	13-23	24-48	X
<u>1996</u>						
Gesamt	36	24	23	11	6	7,6
männlich	46	19	23	8	4	6,0
weiblich	27	27	24	15	7	9,1
<u>1998</u>						
Gesamt	31	24	21	15	9	9,3
männlich	39	28	18	10	5	6,9
weiblich	23	21	24	19	13	11,4
<u>Häufigkeit der Arbeitslosigkeit 1998:</u>						
mehrmals	11	23	26	24	16	12,6
einmal	45	25	17	8	5	6,9

Von den Panelmitgliedern, die arbeitslos waren, geben 1998 die meisten (55 %) eine Dauer zwischen einem und 6 Monaten an (männlich 67 %, weiblich 44 %). Im Durchschnitt dauerte die Arbeitslosigkeit 9,3 Monate (1996 erst 7,6 Monate; Berechnungsgrundlage hierfür waren die nicht klassifizierten Angaben).

Bei den weiblichen Teilnehmern ist der Anteil derer, die länger als ein halbes Jahr arbeitslos waren, deutlich größer als bei den männlichen: 1996 46 % gegenüber 35 %, 1998 bereits 56 % gegenüber 33 %. Entsprechend groß ist der Unterschied in den Mittelwerten: 1996 9,1 gegenüber 6,0 Monate, 1998 11,4 gegenüber 6,9 Monate (signifikant).

Von den Panelmitgliedern, die schon mehrmals arbeitslos waren, gaben 1998 immerhin 66 % eine bisherige Gesamtdauer von länger als einem halben Jahr an, ihr Durchschnittswert beträgt 12,6 Monate.

Langzeitarbeitslos (länger als ein Jahr) waren 1998 24 % aller Teilnehmer, darunter 15 % der männlichen gegenüber 32 % der weiblichen (der Anteil Langzeitarbeitsloser betrug 1998 in Deutschland insgesamt 37 %, 1996 31 %).

Auf die erheblichen mentalen Auswirkungen von persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit bis hin zur Einstellung gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem gehen wir noch an verschiedenen Stellen dieser Dokumentation ein.

Erwähnenswert ist, daß 1998 37 % (1996 33 %) der Panelmitglieder angaben, daß ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) gegenwärtig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. 10 % (1996 11 %) erklärten außerdem, daß ihr Lebenspartner arbeitslos ist.

Aus der Kopplung dieser Angaben geht hervor, daß 1998 70 % der Teilnehmer direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert wurden (1996: 66 %).

Anzahl der von den Panelmitgliedern geschriebenen Bewerbungen

Die durchschnittliche Anzahl der Bewerbungen hat sich von 8,5 1996 auf 9,8 1998 erhöht:

Tabelle 3.9: Anzahl der Bewerbungen 1996 und 1998 in % (nur Teilnehmer der 13. Welle)

	keine	1-5	6-10	11-20	21-50	51-99	über 100	X
1996	32	34	13	11	7	2	1	8,5
1998	28	35	14	10	10	1	2	9,8

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation

Die aktuelle eigene wirtschaftliche Situation ist nach Meinung der Hälfte der Panelmitglieder (50 %) 1998 besser als vor zwei Jahren, nur 11 % konstatieren eine Verschlechterung. Für ihre Eltern stellen sie dagegen eine deutlich weniger positive Situation fest: nur 28 % geben eine Verbesserung an, 24 % eine Verschlechterung:

Tabelle 3.10: Eigene bzw. elterliche wirtschaftliche Situation im Trend 1996 und 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle 1998)

„Vergleichen Sie bitte die heutige wirtschaftliche Situation mit der vor etwa zwei Jahren für sich selbst und für Ihre Eltern.

Die heutige wirtschaftliche Situation ist

1 viel besser 2 etwas besser 3 etwa gleich
4 etwas schlechter 5 viel schlechter

	1	2	3	4	5	X
<u>a) meine eigene</u>						
1996	17	35	35	10	3	2,5
1998	18	32	39	10	1	2,4
<u>b) die meiner Eltern</u>						
1996	11	26	42	17	4	2,8
1998	7	21	48	20	4	2,9

Die Längsschnittkorrelation 1996 zu 1998 weist für die Panelmitglieder eine nahezu konstant positive Beurteilung nach, für die Eltern dagegen eine leichte Negativierung (der kritische

Wert für P wird mit .090 nur knapp verfehlt). Auf die Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der wirtschaftlichen Situation kommen wir im Abschnitt 10.2 zurück.

Wohnort und Migrationsabsichten

Insgesamt 17 % der Panelmitglieder leben außerhalb der neuen Bundesländer, darunter 15 % (n = 55) in den alten Bundesländern, 2 % (n = 7) im Ausland. Durch die damit möglichen Vergleiche zwischen den Angaben der im Osten und der im Westen bzw. im Ausland lebenden Panelmitglieder hat die Studie eine völlig neue inhaltliche Dimension erhalten. Erste Auswertungen lassen erkennen, daß teilweise erhebliche Unterschiede in der Lebenslage und - damit zusammenhängend - in wesentlichen Einstellungen bestehen, meist zugunsten der im Westteil lebenden jungen Leute. So äußern sich z. B. die im Westen lebenden Panelmitglieder deutlich häufiger zuversichtlich über ihre berufliche Zukunft - wesentlich angesichts des starken Einflusses dieser Perspektiven auf die gesamte Befindlichkeit und auch auf verschiedene politischen Einstellungen. Große Unterschiede zu ihrem Gunsten bestehen vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht: Sie sind weitaus zufriedener mit ihrem Einkommen und mit ihrem Lebensstandard als ihre Altersgefährten im Osten, außerdem hat sich ihre wirtschaftliche Situation in den letzten zwei Jahren häufiger verbessert als bei Letzteren. Auch ihr (selbst bewerteter) Gesundheitszustand ist tendenziell besser. Keine bedeutsamen Unterschiede zu ihrem Gunsten bestehen dagegen z. B. im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem politischen System, bei der staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik oder bei dem Urteil darüber, ob das in der Schulzeit vermittelte BRD-Bild mit der heutigen Realität übereinstimmt.

Die in den neuen Ländern lebenden Teilnehmer gaben außerdem an, ob sie in den Westteil übersiedeln wollen (seit 1991 erfaßt):

Tabelle 3.11: Migrationsabsichten 1998
 „Werden Sie weiterhin in einem der ostdeutschen Bundesländer leben?“
 1 Ich werde auf jeden Fall hier bleiben.
 2 Ich werde wahrscheinlich hier bleiben.
 3 Ich werde wahrscheinlich in eines der alten Bundesländer übersiedeln.
 4 Ich werde auf jeden Fall in eines der alten Bundesländer übersiedeln.

	1	2	3	4
Gesamt	50	45	4	1
männlich	40	54	6	0
weiblich	59	37	2	2

Nur die Hälfte (50 %) der im Osten lebenden Panelmitglieder will auf jeden Fall hier bleiben. Von den weiblichen Teilnehmern erklären das mehr als von den männlichen. Zwar erklären auch fast alle übrigen Teilnehmer, im Osten bleiben zu wollen, allerdings mit der Einschränkung „wahrscheinlich“. Für 5 % steht es mehr oder weniger stark fest, in den Westteil überzuwechseln. Das läßt darauf schließen, daß die Abwanderung in den Westteil weiter anhalten wird (auf die Gesamtgruppe der jungen Sachsen dieser Altersgruppe hochgerechnet würde das rund 2500 Personen betreffen).

(Im Frühjahr 1991, im Rahmen der 6. Welle, gaben 16 % der Teilnehmer zu erkennen, daß sie übersiedeln werden. Damit war auch klar, daß die Panelpopulation weiter schrumpfen wird. Allerdings konnte der Kontakt mit einem Teil der tatsächlich abgewanderten Jugendlichen durch Vermittlung ihrer Eltern oder mittels Anfragen bei den Einwohnermeldestellen wieder hergestellt werden.)

Über mögliche innerdeutsche Migrationsabsichten hinaus erklären immerhin 28 % der Panelmitglieder (1996 26 %), daß sie „am liebsten aus Deutschland auswandern“ möchten, darunter 10 % sehr nachdrücklich. Im Rahmen der 8. Welle 1992 hatten auf eine anders formulierte Frage 6 % geantwortet, das sei „eine ziemlich ernste Absicht, die mich stark beschäftigt“, weitere 24 % meinten, dies sei „nur eine schwache Idee.“ Der Vergleich mit der tatsächlichen Auswanderungsquote (1995 wanderten insgesamt rund 130 000 Deutsche aus) läßt erwarten, daß nur ein kleiner Teil der Panelmitglieder ihre Absichten verwirklichen wird. Unter den Gründen (die noch genauer zu untersuchen sind) spielen politische Motive eine gewisse Rolle. So besteht z. B. ein signifikanter Zusammenhang mit der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum: Am liebsten auswandern möchten (Ap 1+2) immerhin 41 % der linksorientierten Teilnehmer gegenüber 24 % der Vertreter der Mitte bzw. 16 % der rechtsorientierten. Und: Von den mit dem politischen System sehr zufriedenen bzw. zufriedenen Teilnehmern möchten nur 15 % auswandern, von den unzufriedenen dagegen 40 %.

4. Einstellung zur deutschen Einheit

Ein bedeutsamer Gegenstand der Untersuchungen nach der Wende war von der 4. Welle an (Mai 1990) die Dokumentation und Analyse der Einstellung zur deutschen Einheit und zu ihren Folgen. Die aus den inzwischen 10 Wellen nach der Wende vorliegenden Daten belegen an einer identischen Population, daß der Beitritt der DDR zur BRD zeitgeschichtlich wie lebensgeschichtlich einen tiefen Einschnitt in die Biographie der Panelmitglieder bedeutete, zu massiven Veränderungen ihrer gesamten Lebenssituation führte und noch führt. Während die Vereinigung für die westdeutschen Altersgefährten eher ein Reflexionsthema oder ein Finanzproblem darstellt, definiert es für die jungen Ostdeutschen ein Bewältigungsereignis, von dem sie direkt betroffen sind (vgl. Neunter Jugendbericht der Bundesregierung, S. 88).

In allen Untersuchungswellen stimmte die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder der bevorstehenden (4. Welle) bzw. vollzogenen Vereinigung zu. Die 1990 möglichen Vergleiche mit den repräsentativen Bevölkerungsumfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung (vgl. Förster/Roski 1990, Förster 1999) belegten eine hohe Übereinstimmung mit den Einstellungen der ostdeutschen Jugendlichen insgesamt, ein wichtiger Nachweis für die weitgehende Repräsentativität dieser Panelstudie.

Die folgende Tabelle informiert über die zwischen Frühjahr 1990 und 1998 gewonnenen Daten zur Grundeinstellung gegenüber der deutschen Einheit. Diese Daten beziehen sich nur auf jene Panelmitglieder, die an der 13. Welle 1998 teilgenommen haben. Für sie wurden alle Verteilungen und die entsprechenden Koeffizienten in den vorhergehenden Wellen neu berechnet. Die Populationen sind zwar unterschiedlich groß (nicht jeder Teilnehmer der 13. Welle hat auch an allen vorangegangenen Befragungen teilgenommen), sie sind aber exakt miteinander vergleichbar.

Die angeführten Koeffizienten wurden zum einen für die jeweils zwei verglichenen Wellen (in der Tabelle unter der Abkürzung „V“ angegeben) berechnet, zum anderen (unter der Tabelle stehend) für den gesamten Zeitraum der Trendanalyse, in diesem Falle zwischen 1990 (4. Welle) und 1998 (13. Welle).

Tabelle 4.1: Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1990 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)
 „Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD ?“ *)
 1 sehr dafür 2 eher dafür als dagegen
 3 eher dagegen als dafür 4 sehr dagegen

Jahr	1	2	3	4	X	N	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
90 **)	39	32	20	9	2,0	163	-	-	-	-	-	-
91	27	42	22	9	2,1	165	90:91	21	47	32	0,26	0,36
92	32	48	17	3	1,9	147	91:92	<u>25</u>	66	9	0,28	0,09
93	29	52	17	2	1,9	203	92:93	15	76	9	0,17	0,09
94	33	52	13	2	1,8	231	93:94	17	71	12	0,17	0,12
95	35	50	14	1	1,8	296	94:95	10	78	12	0,10	0,12
96	38	47	12	3	1,8	334	95:96	15	72	13	0,15	0,13
98	35	50	12	3	1,8	368	96:98	11	75	14	0,11	0,15

*) Nach der vollzogenen Vereinigung (ab 1991) wurde der Fragetext mit dem Satz eingeleitet: „Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie *heute* antworten?“

**) Mai 1990

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1990 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
24	53	23	0,33	0,26	163

Ablesbar ist, daß zu allen Meßpunkten ab Mai 1990 die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder ihre Zustimmung zur Vereinigung artikulierte, wenn auch meist mit der Einschränkung „eher dafür als dagegen“. Nach einem kurzzeitigen leichten Rückgang des Anteils der Vereinigungsbefürworter im Frühjahr 1991 ist dieser Anteil ab 1992 tendenziell von 80 % auf 85 % 1998 angestiegen, die Quote der Vereinigungsgegner sank deutlich auf 15 % ab.

Mit zunehmendem Alter ist demnach die Zustimmung zur Vereinigung angewachsen, auf keinen Fall zurückgegangen, wie z. B. von Silbereisen u. a. aufgrund von Kohortenvergleichen vermutet wird (vgl. 1996, S. 39).

Aus den unter der Tabelle angeführten Koeffizienten ist ablesbar, daß sich im gesamten Untersuchungszeitraum 1990 bis 1998 bei einem beträchtlichen Teil der Panelmitglieder mehr oder weniger große Veränderungen in der Ausprägung ihrer Einstellung zur Vereinigung vollzogen haben, bezogen auf das vorgegebene vierstufige Antwortmodell. In diesem Zeitraum haben nur 53 % ihre ursprüngliche Einstellung beibehalten (KOP), bei 24 % war

eine Positivierung eingetreten (POP), bei 23 % eine Negativierung (NEP). Die Positivierungen auf der Skala waren nur wenig größer als die Negativierungen: 0,33 gegenüber 0,26 Skalenpunkte.

Obwohl sich die Positivierungen und die Negativierungen statistisch gesehen die Waage halten (kein signifikanter Unterschied), weisen ihre Anteile auf gegenläufige Wandlungsprozesse bei verhältnismäßig vielen Panelmitgliedern hin, die aus den Querschnittsverteilungen nicht ablesbar sind.

Aus den Vergleichen von jeweils zwei Wellen ist aber auch ablesbar, daß seit 1993 der Anteil der von Welle zu Welle konstanten Einstellungen deutlich auf etwa drei Viertel der Teilnehmer gestiegen ist. Dieser im Vergleich mit anderen politischen Einstellungen hohe Anteil läßt darauf schließen, *daß die meisten Panelmitglieder eine verhältnismäßig stabile, überwiegend bejahende Position zu dieser Grundfrage verinnerlicht haben.* Die deutsche Einheit ist für die überwiegende Mehrheit zu einer Selbstverständlichkeit geworden, sie wird nur von einer Minderheit in Frage gestellt.

Dennoch variiert diese Grundhaltung auch 1998 in Abhängigkeit von zahlreichen Einflußfaktoren. Über das Gewicht einiger dieser Faktoren informiert die folgende Tabelle:

Tabelle 4.2: Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1998, differenziert nach wesentlichen Einflußfaktoren. Antwortmodell wie bei Tab. 4.1

	1	2	3	4
<u>(a) Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung</u>				
sehr zufrieden	55	41	3	1
zufrieden	33	55	12	0
weniger zufrieden/unzufrieden	13	51	25	11
(r = .40; P = .000)				
<u>(b) Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard</u>				
zufrieden	43	47	7	3
eher zufrieden	33	51	14	2
eher unzufr./unzufrieden	19	51	22	8
(r = .21; P = .000)				
<u>(c) gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten ?</u>				
ja	58	32	5	5
schwer zu sagen	39	49	10	2
nein	22	59	17	2
(CC = .36; P = .000)				
<u>(d) Berufliche Zukunftszuversicht</u>				
1 sehr zuversichtlich	49	43	4	4
2	38	49	11	2

4. Einstellung zur deutschen Einheit

3	26	58	14	2
4+5 wenig/nicht zuversichtlich	20	43	27	10

($r = .22$; $P = .000$)

	1	2	3	4
<u>(e) selbst Arbeitslosigkeit erfahren ?</u>				
nein	38	51	8	3
ja, einmal	32	55	9	4
ja, mehrmals	33	42	24	1
(CC = .24; P = .016)				
<u>(f) Angst vor zunehmender Verteuerung des Lebens</u>				
eher schwach/schwach	52	40	5	3
stark/eher stark	29	53	15	3
(r = -.19; P = .000)				
<u>(g) Angst vor zunehmender Aggressivität und Gewalt</u>				
eher schwach/schwach	39	51	10	0
stark/eher stark	32	49	14	5
(r = -.17; P = .000)				
<u>(h) Urteil über Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung</u>				
mehr positive Veränderungen	66	30	3	1
positive und negative	29	58	11	2
mehr negative	6	34	43	17
(CC = .56; P = .000)				
<u>(i) Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum</u>				
rechts/eher rechts	61	32	5	2
weder/noch	38	49	12	1
links/eher links	18	59	15	8
(r = -.29; P = .000)				
<u>(k) früheres Urteil über das Vereinigungstempo 1990 (erfaßt in 4. Welle, Frühjahr 1990)</u>				
Das Tempo ist mir ...				
gerade richtig	59	33	8	0
zu langsam	25	67	0	8
Dazu habe ich keine Meinung	23	65	12	0
zu schnell	15	56	23	6
(CC = .50; P = .000)				
<u>(l) Systembindung vor der Wende (Frühjahr 1989)</u>				
stark	30	46	20	4
mittel	38	52	8	2
schwach	37	53	7	3
(r = -.15; P = .006)				

Aus diesen und weiteren Korrelationen ist ablesbar:

Einen erheblichen Einfluß auf die Grundeinstellung zur deutschen Einheit hat die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland im allgemeinen und der Panelmitglieder im besonderen. Das widerspiegelt sich sehr markant in der Zufriedenheit mit der jetzigen

Wirtschaftsordnung (a): Panelmitglieder, die sich sehr zufrieden über diese äußern, bejahen fast durchweg die deutsche Einheit. Von jenen dagegen, die mit der jetzigen Wirtschaftsordnung weniger zufrieden oder unzufrieden sind, trifft das zwar mit 64 % auch auf die Mehrheit zu, die meisten davon artikulieren jedoch Vorbehalte, außerdem sprechen sich von ihnen immerhin 36 % mehr oder weniger stark dagegen aus.

Auf die Bedeutsamkeit wirtschaftlicher Aspekte verweist auch der enge Zusammenhang zwischen der Befürwortung der deutschen Einheit und der Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard (b) bzw. (nicht dargestellt) mit dem Einkommen, mit der Sozialpolitik und mit der Familienpolitik.

In dieselbe Richtung verweist die Korrelation mit den Erfahrungen der Panelmitglieder, ob sie ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten, einem sehr scharfen Kriterium (c): Von denen, die diese Erfahrung in den letzten zwei, drei Jahren gemacht haben (das sind 1998 nur 20 % aller Teilnehmer), bejahen fast alle die Vereinigung, darunter 58 % ohne Abstriche. Von jenen dagegen, die diese Erfahrung nicht gemacht haben (47 %), bejaht zwar ebenfalls die überwiegende Mehrheit die Vereinigung, die meisten davon jedoch mit Abstrichen.

Als ein sehr wichtiger Einflußfaktor erweist sich hier und in anderen Zusammenhängen die Ausprägung der beruflichen Zukunftszuversicht (d). Je stärker diese Zuversicht entwickelt ist, desto stärker ist auch die Zustimmung zur Vereinigung. Und umgekehrt nimmt mit abnehmender Zuversicht auch die Zustimmung zur Vereinigung ab. Der rückläufigen Tendenz dieser zentralen Seite der Zukunftszuversicht kommt deshalb besondere Bedeutung bei, wir kommen im Abschnitt 9. darauf zurück.

Damit im Zusammenhang steht, daß erfahrene Arbeitslosigkeit die Grundeinstellung zur Vereinigung deutlich beeinflusst (e). Das gilt insbesondere für mehrmalige Arbeitslosigkeit, die 23 % der Teilnehmer inzwischen selbst erleben mußten. Von diesen Teilnehmern steht immerhin ein Viertel (25 %) der Vereinigung mehr oder weniger ablehnend gegenüber!

Auch das Bestehen von existentiellen Ängsten und Verunsicherungen hat Auswirkungen auf die Grundeinstellung zur deutschen Einheit, insbesondere auf die Konsequenz ihrer Bejahung. So verringert die z. B. die Angst vor einer zunehmenden Verteuerung des Lebens (f) deutlich eine vorbehaltlose Zustimmung. Dasselbe gilt für die verbreitete Angst vor zunehmender Aggressivität und Gewalt (g), tendenziell auch für die Angst vor zunehmendem Egoismus, vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage.

Diese und weitere Erfahrungen bilden den Hintergrund für die Urteile der Panelmitglieder über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung, die ihre Haltung zur Vereinigung deutlich differenzieren (h): Von den Panelmitgliedern, die mehr positive Veränderungen sehen (22 % der Gesamtgruppe), bejahen fast alle (96 %) die deutsche Einheit, darunter 66 % ohne Einschränkungen). Von jenen dagegen, die mehr negative Veränderungen bilanzieren (9 %), sprechen sich nur 40 % für die Einheit aus, nur wenige davon einschränkungslos. Von der großen Gruppe derer, die sowohl positive als auch negative Veränderungen ausmachen (69 %), bejahen zwar 87 % die Einheit, aber nur 29 % ohne Abstriche. Schon ambivalente Erfahrungen und Urteile, für die Mehrheit charakteristisch, dämpfen bei den Panelmitgliedern eine vorbehaltlose Bejahung der deutschen Einheit.

Stark differenzierend wirkt auch der Einfluß des politisch-weltanschaulichen Standpunktes, ablesbar an der Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum (i). Er wirkt sich vor allem auf die Konsequenz der Zustimmung aus: Von den rechtsorientierten Teilnehmern bejahen 93 % die Vereinigung, darunter 61 % vorbehaltlos. Von den Linksorientierten bejahen sie zwar 77 %, darunter aber nur 18 % ohne Vorbehalte.

Erwähnenswert ist die Tatsache, daß die im Frühjahr 1990, im Rahmen der 4. Welle erfaßte Grundhaltung zum damaligen Tempo, in dem die Vereinigung vor sich ging (für 49 % der Panelmitglieder war das Tempo zu schnell, für 31 % gerade richtig, für 8 % zu langsam, 12 % hatten keine Meinung dazu), offensichtlich auch gegenwärtig noch Nachwirkungen auf die Einstellung zur Vereinigung hat (k). Damals wie heute ist bei jenen der Anteil der Befürworter der Einheit am geringsten, die das Vereinigungstempo 1990 als zu schnell empfanden: 1990 äußerten sich 13 % sehr dafür, 38 % eher dafür als dagegen; 1998 waren die Anteile nur leicht gestiegen auf 15 % sehr dafür, 56 % eher dafür als dagegen.

Differenzierend wirkt 1998 auch die Systembindung vor der Wende (l). Im Abschnitt 12. zu den Nachwirkungen früherer politischer Einstellungen kommen wir noch einmal darauf zurück.

Eine bedeutsame Auswirkung der unter a) bis h) erwähnten (und weiterer) Erfahrungen besteht zugleich darin, *daß die weiblichen Panelmitglieder zu allen Untersuchungszeitpunkten deutlich zurückhaltender für die deutsche Einheit votierten als die männlichen, sich dafür etwa doppelt so häufig dagegen aussprachen*. Diese Erscheinung haben wir schon in den bevölkerungsrepräsentativen Umfragen des ZIJ zwischen Ende 1989 und Ende 1990 sowie in verschiedenen nachfolgenden Jugendstudien beobachtet (vgl. Förster/Roski 1990, Friedrich/Förster 1996, Förster 1999), sie setzt sich gegenwärtig fort. Eine entscheidende

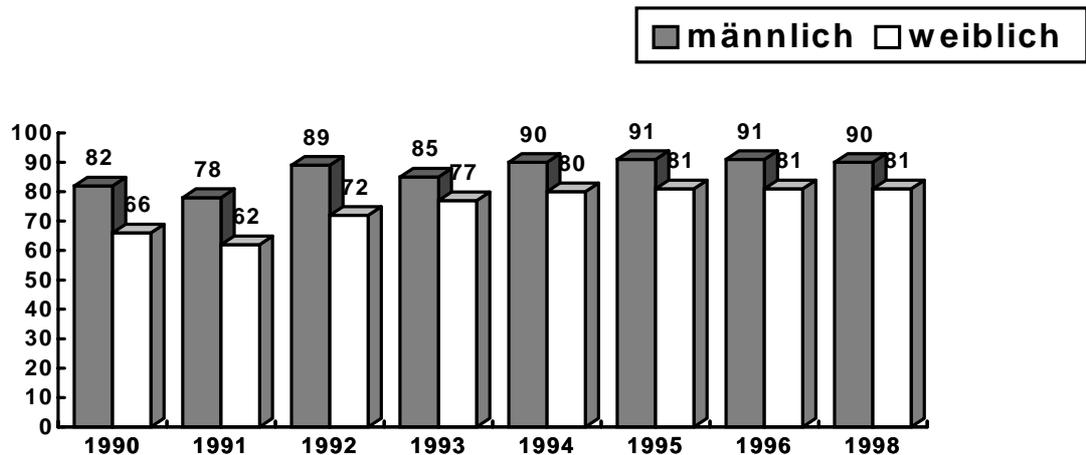


Abb. 4.1: Zustimmung zur deutschen Einheit im Trend, nach Geschlechtergruppen differenziert (Ap sehr dafür und eher dafür als dagegen)

An den Koeffizienten ist auch ablesbar, daß zwischen 1990 und 1998 von den weiblichen Panelmitgliedern mehr als von den männlichen ihren Standpunkt verändert haben, und zwar sowohl in positiver als auch in negativer Richtung.

Erwähnenswert ist, daß es für die Grundeinstellung zur deutschen Einheit unwesentlich zu sein scheint, ob die Panelmitglieder im Osten oder im Westen leben. Die Prozentverteilungen beider Teilgruppen unterscheiden sich nur tendenziell (nicht signifikant).

Die eher rationale Grundeinstellung zur deutschen Einheit ist nicht identisch mit der emotionalen Beziehung zu ihr. Diese wurde seit 1992 mit einem Indikator gemessen, der auf das Empfinden von Freude über die vollzogene Einheit zielt. Tabelle 4.4 informiert über die berechneten Trends bzw. Koeffizienten für die Gesamtgruppe:

Tabelle 4.4: Emotionale Beziehung zur deutschen Einheit im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle 1998)
 „Freuen Sie sich darüber, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist?“
 1 sehr stark 2 stark 3 teils-teils 4 kaum 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	3	4+5	X	N	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
92	22	20	45	13	2,5	147	-	-	-	-	-	-
93	18	21	51	10	2,6	204	92:93	23	61	16	0,24	0,18
94	24	20	52	4	2,4	231	93:94	21	67	12	0,25	0,14
95	25	19	50	6	2,4	296	94:95	15	70	15	0,16	0,19
96	19	30	44	7	2,4	334	95:96	13	70	17	0,14	0,19
98	18	32	43	7	2,4	367	96:98	15	71	14	0,16	0,15

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
27	56	17	0,31	0,21	146

Obwohl nach 1995 der Anteil der Panelmitglieder, die einschränkungslose Freude äußern, wieder leicht zurückging, ist insgesamt gesehen ein positiver Trend erkennbar (POP > NEP, allerdings nicht signifikant: $P = .104$; auch DIP > DIN). Zugleich fällt der hohe Anteil von Panelmitgliedern ins Auge, die sich für die Mittelposition „teils-teils“ entscheiden, eine ambivalente Einstellung äußern. Das stimmt gut mit repräsentativen Ergebnissen unserer eigenen Untersuchungen in den Jahren 1991, 1992 und 1994 sowie mit Ergebnissen anderer Jugendstudien überein (ausführlicher s. Förster/Friedrich 1993, S. 65 ff.; Friedrich/Förster 1996, S. 50 ff.). Diese Ambivalenz ist die Widerspiegelung sehr widersprüchlicher Alltagserfahrungen, sie korrespondiert mit den Reflexionen der Jugendlichen über positive und negative Folgen der Vereinigung; wir kommen darauf zurück.

Außerordentlich starke Unterschiede bestehen zwischen den Geschlechtergruppen:

Tabelle 4.5: Emotionale Beziehung zur deutschen Einheit im Trend 1992 bis 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert
 „Freuen Sie sich darüber, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist?“
 1 sehr stark 2 stark 3 teils-teils 4 kaum 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
<i>männlich</i>						
1992	40	19	30	8	3	2,1
1993	28	21	37	12	2	2,4
1994	30	21	44	3	2	2,3
1995	35	21	38	5	1	2,1
1996	27	34	34	4	1	2,2
1998	24	35	34	6	1	2,3
<i>weiblich</i>						
1992	8	22	56	12	2	2,8
1993	9	21	63	5	2	2,7
1994	18	18	59	4	1	2,5
1995	17	17	60	6	0	2,5
1996	12	26	53	7	2	2,6
1998	12	30	50	5	3	2,6

Alle Prozentunterschiede zwischen den Geschlechtergruppen sind hoch signifikant.

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
22	53	25	0,27	0,30	63
<u>30</u>	59	11	0,34	0,14	83

Zwar ist bei den weiblichen Panelmitgliedern im gesamten Untersuchungszeitraum ein (signifikanter) Positivtrend zu erkennen, ihre deutlich größere Zurückhaltung und überwiegend ambivalente emotionale Beziehung zur vollzogenen deutschen Einheit bleibt jedoch auch 1998 erhalten.

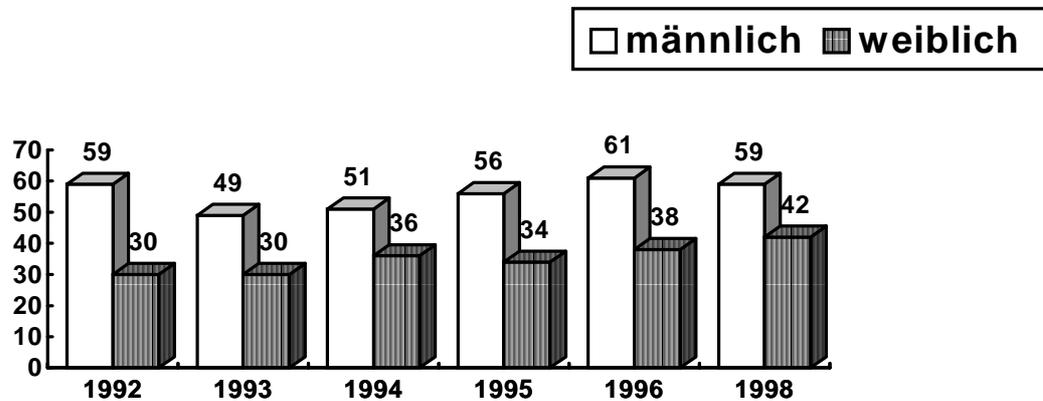


Abb. 4.2: Anteile der Häufigkeit sehr starker und starker Freude über die deutsche Vereinigung im Trend 1992 bis 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert

Keinen signifikanten Einfluß auf diese Einstellung hat die Wohnregion. Panelmitglieder, die im Westen leben, äußern sich nicht anders als jene im Osten.

Wie die Grundeinstellung zur deutschen Einheit steht auch die emotionale Beziehung zu ihr in einem engen Wechselverhältnis zu den Urteilen über die Folgen der Vereinigung. Diese Urteile wurden seit 1992 kontinuierlich erfaßt, getrennt nach den Veränderungen in Ostdeutschland insgesamt sowie nach denen im persönlichen Leben. Die Tabelle 4. 6 informiert über die berechneten Trends:

Tabelle 4.6: Urteile über die Veränderungen seit der Vereinigung im Trend 1992 bis 1998

„Wenn Sie die Veränderungen seit der Vereinigung bilanzieren: Gab es mehr positive oder mehr negative Veränderungen?“ (nur Teilnehmer der 13. Welle 1998)

1 mehr positive Veränderungen 2 sowohl positive als auch negative
3 mehr negative Veränderungen

	1	2	3	N	POP	KOP	NEP
<i>in Ostdeutschland insgesamt</i>							
1992	13	75	12	147	-	-	-
1993	7	79	14	203	9	75	16
1994	24	65	11	231	28	65	7
1995	23	69	8	296	14	74	12
1996	23	68	9	335	12	75	13
1998	22	69	9	368	13	74	13

	1	2	3	N	POP	KOP	NEP
<u>im persönlichen Leben</u>							
1992	47	48	5	147	-	-	-
1993	52	41	7	204	15	76	9
1994	58	35	7	231	18	72	10
1995	56	40	4	296	14	73	13
1996	55	41	4	335	12	74	14
1998	57	38	5	368	12	78	10

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

	POP	KOP	NEP	N
Ostdeutschland insgesamt	<u>21</u>	69	10	147
persönliches Leben	<u>27</u>	62	11	147

Ablesbar ist, daß die Veränderungen bei den beiden Aspekten sehr unterschiedlich beurteilt werden. In bezug auf die Folgen für Ostdeutschland insgesamt wird die bereits erwähnte stark ausgeprägte Ambivalenz sehr deutlich sichtbar: Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder sieht (mit hoher Konstanz, s. KOP) *sowohl positive als auch negative Veränderungen*. Seit 1994 präferiert außerdem rund ein Viertel die positiven Veränderungen; dieser Anteil hat nach 1992 deutlich zugenommen. Insgesamt gesehen überwiegen im Untersuchungszeitraum die Verschiebungen zur positiven Beurteilung hin (Ap 1) signifikant die in umgekehrter Richtung.

In ihrem persönlichen Leben reflektiert die knappe Mehrheit mehr positive Veränderungen. Dieser Anteil hat im Vergleich mit 1992 leicht zugenommen. Eine knappe Hälfte meint aber, sowohl positive als auch negative Veränderungen erfahren zu haben. Auch in dieser Beziehung ist also für einen großen Teil eine ambivalente Sichtweise charakteristisch. Insgesamt hat im Untersuchungszeitraum der Anteil jener Panelmitglieder signifikant zugenommen, die für sich persönlich positive Veränderungen registrieren.

Die folgende Tabelle belegt den engen Zusammenhang beider Aspekte 1998, dargestellt aus der Sicht der Veränderungen in Ostdeutschland insgesamt:

Tabelle 4.7: Zusammenhang zwischen den Urteilen über die Veränderungen seit der Vereinigung in Ostdeutschland und im persönlichen Leben 1998 (N = 368)

	<u>im persönlichen Leben</u>		
	mehr positive	positive u. negative	mehr negative
<hr/>			
<u>in Ostdeutschland</u>			
mehr positive	89	10	1
positive und negative	54	43	3

mehr negative (CC = .53; P = .000)	9	68	23
---------------------------------------	---	----	----

Mehr positive Veränderungen in Ostdeutschland gehen bei fast allen Panelmitgliedern (89 %) auch mit mehr positiven Veränderungen im persönlichen Leben einher. Doch schon bei ambivalenten Urteilen über die Veränderungen in Ostdeutschland geht der Anteil derer erheblich zurück, die mehr positive Veränderungen im persönlichen Leben bilanzieren, dafür steigt der Anteil derer an, die auch persönlich gemischte Erfahrungen gemacht haben. Mehr negative Veränderungen in Ostdeutschland korrespondieren überwiegend mit ambivalenten oder negativen persönlichen Veränderungen. Ganz allgemein belegen diese Relationen in den Urteilen den bedeutenden Einfluß der gesellschaftlichen auf die persönliche Situation. Diese Zusammenhänge sind 1998 deutlich enger als 1992 (CC 1992 = .45; 1998 = .53), ein Indiz dafür, daß der Einfluß der gesellschaftlichen Situation auf die persönliche bei den Panelmitgliedern größer geworden ist. Auf diese Tatsache verweist auch die enger gewordene Beziehung zwischen der gesellschaftlichen und der persönlichen Zukunftszuversicht, auf die wir noch näher eingehen.

Wesentlich ist der Zusammenhang mit den Urteilen über die Situation in der DDR vor der Wende: Panelmitglieder, die in Ostdeutschland seit der Vereinigung mehr negative Veränderungen sehen oder sich ambivalent dazu äußern, urteilen über das Leben in der DDR deutlich günstiger als jene, die mehr positive Veränderungen sehen. Andererseits stimmen sie häufiger zu, daß das in der Schulzeit vermittelte „Bild von der BDR, vom Kapitalismus überhaupt“ mit der heutigen Realität im vereinten Deutschland übereinstimmt (ausführlicher siehe Abschnitt 5.). Sie fühlen sich außerdem heute häufiger zu den sozialistischen Idealen hingezogen.

Erwähnenswert ist, daß daß trotz der mehrheitlichen grundsätzlichen Bejahung der deutschen Einheit deren Verwirklichung *weit in die Zukunft verlagert wird*. Das geht aus zwei offenen Fragen (ohne Antwortvorgaben) danach hervor, wie lange es wohl dauern wird, bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen bzw. bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind. Die folgende Tabelle informiert über die kategorisierten Ergebnisse und die Mittelwerte der Gesamtgruppen der Teilnehmer der 12. und der 13. Welle:

Tabelle 4.8: Zeitliche Vorstellungen von der Verwirklichung der wirtschaftlichen bzw. der inneren Einheit 1996 und 1998 (freie Jahresangaben; Besetzung zusammengefaßter Kategorien in Prozent)

„Wie lange wird es dauern ...

a) bis es den Ostdeutschen wirtschaftlich so gut geht wie jetzt den Westdeutschen ?

b) bis Ostdeutsche und Westdeutsche zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind ?“

	0 - 5	6 - 10	11 - 30	31 - 50	51 - 100	„nie“*)	X**)
<u>1996</u>							
a)	14	48	34	2	1	1	13,7
b)	14	26	43	10	3	4	20,4
<u>1998</u>							
a)	11	48	37	2	1	1	13,3
b)	10	26	47	9	4	4	21,1

*) Meist wurde notiert: „nie“, „niemals“, „unendlich“

***) Der Mittelwert bezieht sich nur auf die Jahresangaben zwischen 0 und 100 Jahren

Im Mittel gehen die Panelmitglieder 1998 davon aus, daß es 13,3 Jahre dauern wird, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen angeglichen sind. Im September 1990, kurz vor der Vereinigung, wurde im Ergebnis einer identischen Frage im Rahmen der DDR-repräsentativen Meinungsumfrage M 8 des Zentralinstituts für Jugendforschung für die Altersgruppe der 18 - 24jährigen ein Durchschnittswert von 6,2 Jahren berechnet (DDR-Bevölkerung insgesamt: 6,1 Jahre).

Noch mehr Zeit wird den Vorstellungen der Panelmitglieder zufolge vergehen, bis die Ostdeutschen und Westdeutschen zu einer richtigen Gemeinschaft zusammengewachsen sind: im Durchschnitt 21,1 Jahre. 1990 wurde hierzu ein Mittelwert von 8,2 Jahren ermittelt.

Der Zeithorizont des Zusammenwachsens beider Landesteile hat sich demnach seit der Vereinigung erheblich vergrößert. Das belegen auch zahlreiche qualitative Daten, u. a. die Reflexionen der Panelmitglieder zu der 1994 (10. Welle) gestellten offenen Frage, ob ihren Erfahrungen nach die von Willy Brandt unmittelbar nach der Öffnung der Mauer formulierte Prognose zutrifft: „jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. Viele bejahten zwar diese Frage, vermuteten jedoch, daß dieses Zusammenwachsen noch sehr lange dauern wird. Typisch war diese Antwort eines damals 22jährigen Studenten:

„Nach dem kurzzeitigen Zusammengehörigkeitsgefühl („Brüder und Schwestern“) direkt nach der Wende ist meiner Meinung nach die Distanz von Ost und West wieder gewachsen. Das Problem sehe ich vor allem einerseits bei der Finanzierung der Einheit (höhere Kosten für westdeutsche Bürger) und andererseits in der wachsenden Frustration bei den ostdeutschen Bürgern (steigende Arbeitslosigkeit, Ungleichbehandlung bei Zahlung von Löhnen zwischen Ost und West bei gleichen steigenden Lebenskosten). Allerdings gebe ich dem Zusammenwachsen auf jeden Fall ein Chance - jedoch glaube ich, daß das noch ein bis zwei Generationen dauert.“

In dieselbe Richtung weist das 1996 und 1998 gleichermaßen ermittelte Ergebnis, daß 56 % der Panelmitglieder zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen mehr Trennendes sehen, nur 44 % reflektieren mehr Gemeinsamkeiten - und zwar völlig unabhängig davon, ob die Teilnehmer im Osten oder im Westen leben.

Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder lebt gern in der vereinten Bundesrepublik:

Tabelle 4.9: Einstellung zum Leben in der Bundesrepublik Deutschland im Trend „Ich lebe gern in der nunmehr vereinten Bundesrepublik Deutschland.“ (nur Teilnehmer 13. Welle)
Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
1995	25	36	28	8	3	2,3
1996	20	35	33	9	3	2,4
1998	21	35	33	8	3	2,4
<u>1998</u>						
männlich	28	34	32	4	2	2,2
weiblich	16	35	34	11	4	2,5

Koeffizienten für den Zeitraum 1995 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
22	53	25	0,25	0,29	296

1998 bestätigen 56 % der Teilnehmer, gern in der vereinten Bundesrepublik zu leben (Ap 1+2), von den männlichen signifikant mehr als von den weiblichen (62% gegenüber 51 %). Immerhin rund ein Drittel äußert sich ambivalent, nur 11 % lassen eine mehr oder weniger ablehnende Haltung erkennen (aber 15 % der jungen Frauen gegenüber 6 % der jungen Männer).

Seit 1995 haben sich die Relationen nur unwesentlich verändert. Allerdings fällt auf, daß in diesem Zeitraum fast die Hälfte der Teilnehmer ihre Einstellung mehr oder weniger stark geändert hat (POP und NEP), nur 53 % haben sie beibehalten. Der Meinungsbildungsprozeß in dieser Hinsicht ist offenbar noch im Gange.

Der Wohnort im Osten bzw. im Westen Deutschlands hat keinen Einfluß auf diese Einstellung.

Die Einstellung zur deutschen Einheit wird bei zahlreichen Panelmitgliedern durch die Erfahrung beeinträchtigt, von vielen Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden:

Tabelle 4.10: Erfahrung, von Westdeutschen als Deutsche zweiter Klasse behandelt zu werden, im Trend 1995 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle)
 „Viele Westdeutsche behandeln uns Ostdeutsche als Deutsche zweiter Klasse.“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
1995	21	32	25	15	7	2,5
1996	24	28	28	13	7	2,5
1998	25	28	25	17	5	2,5
<u>1998</u>						
lebt im Osten	28	27	26	15	4	2,4
lebt im Westen	13	27	22	25	13	3,0

Koeffizienten für den Zeitraum 1995 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
28	44	28	0,36	0,39	297

Immerhin die reichliche Hälfte (53 %) stimmt 1998 zu, solche Erfahrungen gemacht zu haben (Ap 1+2), knapp ein Viertel äußert sich ambivalent (22 %), nur ein knappes Viertel widerspricht. Teilnehmer, die im Westen leben, stimmen zwar signifikant weniger häufig zu, jedoch haben auch von ihnen 40 % derartige Erfahrungen gemacht.

Die Prozentverteilungen und Mittelwerte der drei Wellen weichen - äußerlich betrachtet - nur wenig voneinander ab. Ein Blick auf die Längsschnittkoeffizienten läßt jedoch auf erhebliche Veränderungen in positiver bzw. negativer (zustimmender bzw. ablehnender) Richtung schließen, nur weniger als die Hälfte sind bei ihrer Meinung geblieben. Offensichtlich hat es in dieser Beziehung im Untersuchungszeitraum individuell sehr unterschiedliche Erfahrungen gegeben.

Wesentlich ist, daß solche Erfahrungen die Grundeinstellung zur deutschen Einheit tatsächlich deutlich beeinflussen:

Tabelle 4.11: Zusammenhang zwischen der Erfahrung, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden, und der Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1998

	<u>Grundeinstellung zur deutschen Einheit:</u>			
	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen	sehr dagegen
<u>Erfahrung gemacht, als Deutscher zweiter Klasse behandelt zu werden</u>				
1 vollkommen	17	55	23	5
2	33	57	10	0
3	41	44	10	5
4	46	47	5	2
5 überhaupt nicht	63	26	11	0

($r = -.25$; $P = .000$)

Je stärker der Aussage zugestimmt wird, solche Erfahrungen gemacht zu haben, desto weniger häufig wird insbesondere eine konsequente Bejahung der deutschen Einheit geäußert. Noch etwas stärker ist der gleichgerichtete signifikante Einfluß solcher Erfahrungen auf die emotionale Beziehung zur deutschen Einheit, das Empfinden von Freude über sie ($r = -.28$; $P = .000$).

Die dargestellten Ergebnisse stimmen in der Tendenz mit den Aussagen anderer Autoren zu dieser Thematik überein. So berichten z. B. Dieter Walz und Wolfram Brunner, daß sich das Gefühl in Ostdeutschland, Bürger zweiter Klasse zu sein - nach einem erheblichen Rückgang zwischen 1990 und 1995 - nach 1996 wieder deutlich ausgebreitet hat: Von über 74 % 1996 auf 80 % 1997 (vgl. 1997, S. 13; vgl. auch Probst 1998, S. 3 ff.; Pollack 1997, S. 3 ff.; Schöppner 1998, S.3).

31 % der Panelmitglieder vertreten 1998 mehr oder weniger stark die Auffassung „Die Frauen gehören zu den Verlierern der deutschen Einheit.“ (Ap 1+2), darunter 35 % der weiblichen und 25 % der männlichen. Weitere 28 % äußern sich ambivalent, 41 % lehnen diese Auffassung ab.

5. Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem

Ein wesentliches Anliegen der Studie besteht darin, die Reflexionen der Mitglieder unseres Panels über das neue Gesellschaftssystem zu erfassen, in dem sie seit der Wende und der Vereinigung leben. Dabei bietet die Anlage als Langzeitstudie die einzigartige Möglichkeit, der Frage nachzugehen, ob bzw. inwieweit mit dem zunehmendem zeitlichen Abstand zum Untergang der DDR (und mit zunehmendem Alter) nunmehr eine politische Bindung an das neue Gesellschaftssystem entsteht, ob bzw. inwieweit dabei frühere Bindungen an die DDR-Gesellschaft noch eine Rolle spielen.

Zufriedenheit mit der Gesellschaft im Überblick

Im Rahmen unserer Studie wird die Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem mit Hilfe von mehreren Fragen (Fragenbatterie) zur *Zufriedenheit mit der Gesellschaft* erfaßt, die teilweise bereits seit 1992 gestellt wurden und auf diese Weise bemerkenswerte Trendprozesse dokumentieren. Wir stellen zunächst einen Überblick der Ergebnisse der 13. Welle 1998 voran:

Tabelle 5.1: Zufriedenheit mit der Gesellschaft 1998 (N=368)
„Wie zufrieden sind Sie mit dem Folgenden?“

	1 sehr zufrieden	2 zufrieden		3 weniger zufrieden	4 unzufrieden	
	1	2	(1+2)	3	4	X
mit seiner Außenpolitik	2	39	(41)	42	17	2,7
mit der Demokratie	3	32	(35)	49	16	2,8
mit der Militärpolitik	2	30	(32)	37	31	3,0
mit der Wirtschaftsordnung	3	26	(29)	50	21	2,9
mit dem politischen System in der BR Deutschland	1	20	(21)	53	26	3,0
mit der Sozialpolitik	1	17	(18)	47	35	3,2
mit der Familienpolitik	0	16	(16)	48	36	3,2
mit der Lohnpolitik	1	13	(14)	44	42	3,3
mit der Jugendpolitik	0	9	(9)	43	48	3,4

Generell fällt auf, daß geringe Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit teilweise deutlich überwiegt. Das stimmt mit den Ergebnissen verschiedener anderer Untersuchungen der letzten Zeit überein. Eine ähnlich geringe Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. der erlebten

Demokratie wurde z. B. auch im DJI-Jugendsurvey und in einer für Ostdeutschland repräsentativen Studie der KSPW ermittelt (ausführlicher siehe dazu die Zusammenfassung neuerer Daten bei Friedrich/Förster 1996, S. 66; vgl. auch Silbereisen u. a., S. 85 ff.; Pollack 1997, S. 3 ff.; Fuchs/Roller/Weßels 1997, S. 3ff.; Schmidtchen 1997, S. 262 ff.; Sozialreport II 1998; Patzelt 1999, S. 31 ff.; insbesondere Köcher 1999, S. 14).

Renate Köcher verweist im Ergebnis langjähriger Analysen darauf, daß in den neunziger Jahren unter dem Eindruck der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der kontroversen Diskussion um Reformen und den künftigen Weg des Landes Krisenstimmung gewachsen sei, die das Vertrauen in das politische System teilweise unterminiert. So habe in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Einschätzung zugenommen, die Gesellschaft steuere unaufhaltsam auf eine Krise zu, die mit den gegenwärtigen politischen Möglichkeiten nicht gelöst werden könne, sondern nur mit einer grundlegenden Veränderung des gesamten politischen Systems. Auf dem Höhepunkt der Beunruhigung in der Jahresmitte 1997 hätten 39 % der westdeutschen und 59 % der ostdeutschen Bevölkerung diese Auffassung vertreten.

Weiter stellt sie fest, daß die Bindung an die Gesellschaftsordnung unzureichend entwickelt sei. Nur 57 % der gesamten Bevölkerung halten diese Ordnung für verteidigungswürdig, darunter 62 % der westdeutschen gegenüber nur 36 % der ostdeutschen Bevölkerung. „Die ostdeutsche Bevölkerung fühlt sich in diesem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nach wie vor nicht zu Hause, identifiziert sich weder mit dem Rechtssystem noch mit den Institutionen der Bundesrepublik. Besonders das Vertrauen in das Wirtschaftssystem ist in den letzten Jahren kontinuierlich erodiert, das Vertrauen in das politische System gar nicht erst gewachsen.“

Bevor wir differenzierter auf die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik eingehen, stellen wir die Trends für die anderen untersuchten Aspekte dar. Sie reichen unterschiedlich weit zurück:

Tabelle 5.2: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Gesellschaft im Trend (nur Teilnehmer der 13. Welle)

Aspekt / Jahr	1 sehr zufrieden		2 zufrieden		X
	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden			
<u>mit der jetzigen Wirtschaftsordnung</u>					
1993	2	29	53	16	2,8
1994	6	40	44	10	2,6
1995	3	42	44	11	2,6
1996	2	27	54	17	2,8
1998	3	26	50	21	2,9
<u>mit der Sozialpolitik des Staates</u>					
1993	0	14	46	40	3,3
1994	1	17	48	34	3,2
1995	0	18	46	36	3,2
1996	0	14	38	48	3,3

5. Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem

1998	1	17	47	35	3,2
------	---	----	----	----	-----

<u>Aspekt / Jahr</u>	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>X</u>
<u>mit der Jugendpolitik des Staates</u>					
1994	1	8	42	49	3,4
1995	0	9	46	45	3,4
1996	0	9	44	47	3,4
1998	0	9	43	48	3,4
<u>mit der Familienpolitik des Staates</u>					
1995	0	16	44	40	3,2
1996	0	16	40	44	3,3
1998	0	16	48	36	3,2
<u>mit der Außenpolitik</u>					
1996	4	37	43	16	2,7
1998	2	39	42	17	2,7
<u>mit der Demokratie</u>					
1996	2	34	47	17	2,8
1998	3	32	49	16	2,8
<u>mit der Militärpolitik</u>					
1996	3	29	39	29	2,9
1998	2	30	37	31	3,0
<u>mit der Lohnpolitik</u>					
1996	1	14	41	44	3,3
1998	1	13	44	42	3,3

Koeffizienten für die Untersuchungszeiträume:

	<u>Zeitraum</u>	<u>POP</u>	<u>KOP</u>	<u>NEP</u>	<u>DIP</u>	<u>DIN</u>	<u>N</u>
Wirtschaftsordnung	93:98	22	46	<u>32</u>	0,23	0,34	204
Sozialpolitik	93:98	26	52	22	0,28	0,23	203
Jugendpolitik	95:98	25	53	22	0,27	0,24	230
Familienpolitik	95:98	24	57	19	0,26	0,20	296
Außenpolitik	96:98	19	60	21	0,21	0,23	332
Demokratie	96:98	21	58	21	0,23	0,23	335
Militärpolitik	96:98	23	55	22	0,26	0,27	331
Lohnpolitik	96:98	26	51	23	0,27	0,27	332

Weder die Häufigkeitsverteilungen noch die Koeffizienten lassen (von den Daten zur Wirtschaftsordnung abgesehen) auf deutliche Trends in die eine oder andere Richtung

schließen. Allerdings geht aus den Koeffizienten POP, KOP und NEP hervor, daß die Meinungsbildung durchaus noch nicht abgeschlossen ist. Alles in allem überwiegt auch bei den Untersuchungsteilnehmern nach wie vor erhebliche Distanz gegenüber der politischen Ordnung.

Ein signifikanter Rückgang ist im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung zwischen 1993 und 1998 zu beobachten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1994 und 1995 ein starker Zuwachs an Zufriedenheit eingetreten war (zweifelloos im Zusammenhang mit der damaligen verbesserten wirtschaftlichen Situation in Ostdeutschland), danach kehrte sich der Trend wieder um - Widerspiegelung der wirtschaftlichen Schwächeperiode ab 1996 und wenig optimistischer Wirtschaftsprognosen für den Osten. Die schlechte Wirtschaftslage, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, war dann auch die entscheidende Ursache für die Wahlniederlage der Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP (vgl. Rattinger/Maier 1998, S. 45 ff.). Vor allem im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung wäre eine Fortsetzung der Studie unter den Bedingungen des eingetretenen politischen Machtwechsels sehr interessant.

Die noch verbreitete Distanz gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem kommt auch in anderen Ergebnissen dieser Studie zum Ausdruck. So äußert 1998 im Rahmen einer Batterie mit Fragen zur Zufriedenheit mit verschiedenen Seiten des Lebens nur ein Drittel Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung. Im Abschnitt 10.2 kommen wir darauf zurück.

Zufriedenheit mit dem politischen System

Etwas ausführlicher wenden wir uns jetzt der Zufriedenheit mit dem politischen System zu, die sich als ein sehr aussagekräftiger, trennscharfer Indikator erwiesen hat. Die folgende Tabelle informiert zunächst über einige aussagekräftige Differenzierungen der jüngsten Ergebnisse der 13. Welle 1998 :

Tabelle 5.3: Zufriedenheit mit dem politischen System, differenziert betrachtet
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“

	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden
	1	2	3	4
<u>(a) Geschlechtergruppen</u>				
männlich	2	30	46	22
weiblich	1	11	59	29
<u>(b) Wohnregion</u>				
lebt im Osten	1	19	54	26
lebt im Westen	4	25	44	27
<u>(c) Urteil über die Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung</u>				
mehr positive V.	6	32	41	21
positive und negative V.	0	19	59	22
mehr negative	0	3	37	60
<u>(d) Grundeinstellung zur deutschen Einheit</u>				
sehr dafür	4	34	45	17
eher dafür als dagegen	0	15	61	24
eher dagegen als dafür	0	2	49	49
sehr dagegen	0	9	27	64
<u>(e) Zufriedenheit mit Chancen durch Leistung</u>				
zufrieden	8	35	40	17
eher zufrieden	0	22	56	22
eher unzufrieden	0	9	61	30
unzufrieden	0	0	28	72
<u>(f) gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten ?</u>				
ja	7	32	42	19
schwer zu sagen	0	24	55	21
nein	0	12	55	33
<u>(g) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>				
völlig sicher	6	37	37	20
ziemlich sicher	0	17	57	26
ziemlich/völlig unsicher	0	17	53	30
<u>(h) arbeitslos gewesen ?</u>				
nein	2	29	51	18
ja, einmal	1	14	55	30
ja, mehrmals	1	11	53	35

	1	2	3	4
<u>(i) Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik</u>				
zufrieden	3	31	53	13
eher zufrieden	4	27	55	14
eher unzufrieden	0	19	58	23
unzufrieden	0	10	43	47

Von den weiblichen Panelmitgliedern äußern sich deutlich weniger zufrieden mit dem politischen System als von den männlichen (signifikant, siehe a; auf den Trend in den Geschlechtergruppen gehen wir noch ein). Dagegen spielt es keine Rolle für die Systemzufriedenheit, ob die Panelmitglieder im Osten oder im Westen leben (s. b; die Prozentunterschiede sind nicht signifikant).

Erheblichen Einfluß haben die erlebten Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung (c). Positive Bewertungen dieser Veränderungen gehen erheblich häufiger mit Systemzufriedenheit einher als negative. Allerdings fällt auf, daß selbst bei jenen Panelmitgliedern, die mehr positive Veränderungen sehen, der Anteil der Systemzufriedenen nur reichlich ein Drittel beträgt (38 %, darunter 6 % sehr zufrieden). Der Vergleich mit den Daten für den Zusammenhang zwischen den Bewertungen der Veränderungen im Osten und der Grundeinstellung zur deutschen Einheit (s. Tab. 4.2) läßt darüber hinaus erkennen: Eine positive Sicht auf die Veränderungen im Osten schließt viel häufiger die Bejahung der deutschen Einheit ein als die Zufriedenheit mit dem politischen System.

Die direkte Analyse dieses Zusammenhanges (d) bestätigt: Bejahung der Vereinigung einerseits und Systemzufriedenheit andererseits korrelieren erwartungsgemäß positiv. Jedoch äußert auch nur ein reichliches Drittel (38 %) derer Systemzufriedenheit, die einschränkungslos die deutsche Einheit bejahen. Schon eingeschränkte Bejahung der Einheit geht mehrheitlich mit Systemunzufriedenheit einher. *Bejahung der deutschen Einheit ist offensichtlich nicht identisch mit Bejahung des politischen Systems.* Auf die Bewertung des Letzteren wirken noch weitere Faktoren ein, deren Einfluß noch differenzierter zu untersuchen ist.

Bemerkenswert ist z. B. der enge positive Zusammenhang zwischen der Systemzufriedenheit und der Zufriedenheit damit, in der neuen Gesellschaft die Chance zu haben, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen (e). Dasselbe gilt für den Zusammenhang zwischen der Systemzufriedenheit und der Erfahrung, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten (f). Von den Panelmitgliedern, die diese Erfahrung gemacht haben

(1998 waren das 20 % der Gesamtgruppe), äußern sich immerhin 39 % systemzufrieden gegenüber 12 % derer, die diese Erfahrung nicht gemacht haben.

Ein enger Zusammenhang besteht weiterhin zwischen Systemzufriedenheit und Sicherheit der Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes: Teilnehmer, die ihren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz als sicher einschätzen, stehen dem politischen System deutlich positiver gegenüber als jene, die in dieser existentiell bedeutsamen Frage unsicher sind (g). Dasselbe gilt für die Zuversicht, seine beruflichen Zukunftspläne verwirklichen zu können (nicht dargestellt). Erfahrene Arbeitslosigkeit wirkt sich ebenfalls deutlich negativ aus (h). Diese und weitere Ergebnisse belegen, daß die auch die Mitglieder unseres Panels betreffenden Probleme der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt (s. Abschnitt 3.) mit zur zunehmenden Distanzierung vom politischen System beigetragen haben.

Das geht auch aus einer bedingten Längsschnittkorrelation hervor, die es gestattet, diese Folgen als Ergebnis eines Prozesses abzubilden, der tatsächlich so abgelaufen ist:

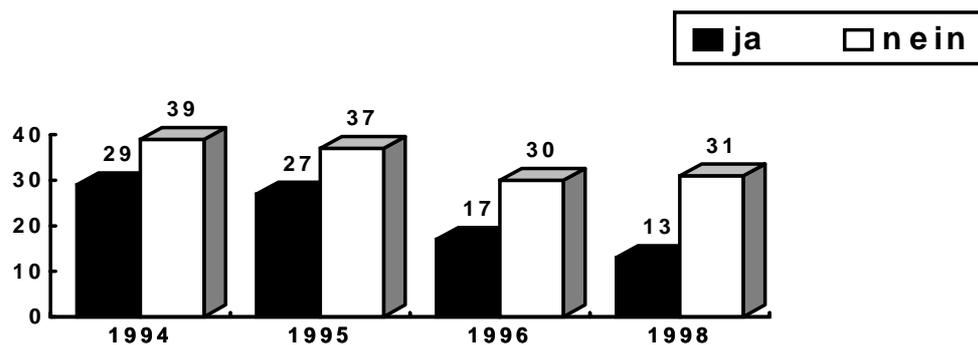


Abb.5.1: Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1994 und 1998, differenziert danach, ob die Panelmitglieder arbeitslos waren („ja“) oder nicht („nein“). Zusammengefaßte Prozenzhäufigkeiten der Positionen „sehr zufrieden“ und „zufrieden“

Erkennbar ist: Während bei den Teilnehmern, die schon ein- oder mehrmals arbeitslos waren, die Systemzufriedenheit deutlich geringer wurde, ist bei jenen, für die das nicht zutrif, nur ein tendenzieller Rückgang zu verzeichnen. Ähnliche unterschiedliche Trendverläufe sind auch bei anderen politischen Einstellungen zu verzeichnen.

Zurück zur Tabelle 5.3: Besonders bemerkenswert ist der ebenfalls enge Zusammenhang zwischen Systemzufriedenheit und den erfahrenen Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik (i). Panelmitglieder, die mit diesen Möglichkeiten zufrieden sind, stehen dem System deutlich positiver gegenüber als jene, die unzufrieden sind. Allerdings umfaßt die zuerst genannte Gruppe in unserem Panel nur eine Minderheit, wir kommen noch darauf zurück.

Wir wenden uns dem Trend zwischen 1992 und 1998 zu:

Tabelle 5.4: Zufriedenheit mit dem politischen System im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)
„Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“

Jahr	1 sehr zufrieden				2 zufrieden				3 weniger zufrieden				4 unzufrieden			
	1	2	3	4	X	N	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN				
1992	2	32	48	18	2,8	147	-	-	-	-	-	-				
1993	2	20	51	27	3,0	203	92:93	11	64	<u>25</u>	0,11	0,27				
1994	4	30	50	16	2,8	231	93:94	<u>33</u>	55	12	0,36	0,12				
1995	1	31	52	16	2,8	296	94:95	14	66	20	0,15	0,22				
1996	1	22	51	26	3,0	335	95:96	11	62	<u>27</u>	0,11	0,29				
1998	1	20	53	26	3,0	368	96:98	18	64	18	0,18	0,19				

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
14	53	<u>33</u>	0,16	0,37	147

Die Trendanalyse läßt einen deutlichen (signifikanten) Rückgang der ohnehin nicht sehr stark ausgeprägten Systemzufriedenheit bei den Panelmitgliedern erkennen. 1992 artikulierten noch 34 % ihre Zufriedenheit mit dem politischen System (Ap 1+2), 1998 (nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 1993) nur noch 21 %. 53 % sind weniger zufrieden, 26 % unzufrieden. Dieser Trend und die angeführten Koeffizienten lassen darauf schließen, daß die Standpunktbildung der Panelmitglieder noch im Gange ist, auch Revisionen in negativer Richtung möglich sind.

Das Fazit der Shell-Studie von 1991, daß der Nachwuchs für das offizielle politische System kaum zur Verfügung steht (vgl. Zinnecker 1992, S. 24), hat offensichtlich nichts an Aktualität eingebüßt. Nach der Wende geäußerte Vermutungen, daß insbesondere die Jugend nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes verhältnismäßig schnell die neue politische Ordnung annehmen wird, haben sich bisher noch nicht bestätigt.

Wir schließen noch die nach den Geschlechtergruppen differenzierten Trenddaten an:

Tabelle 5.5: Zufriedenheit mit dem politischen System, nach Geschlechtergruppen differenziert (nur Teilnehmer der 13. Welle)
Antwortmodell wie bei Tab. 5.4

	1	2	(1+2)	3	4	X
<i>männlich</i>						
1992	5	39	(44)	42	14	2,7

1993	4	24	(28)	47	25	2,9
1994	6	40	(46)	38	16	2,6
1995	1	41	(42)	46	12	2,7
1996	1	30	(31)	46	23	2,9
1998	2	30	(32)	46	22	2,9

weiblich

1992	0	26	(26)	52	22	3,0
1993	0	16	(16)	56	28	3,1
1994	2	22	(24)	61	15	2,9
1995	0	23	(23)	58	19	3,0
1996	1	16	(17)	55	28	3,1
1998	1	11	(12)	59	29	3,2

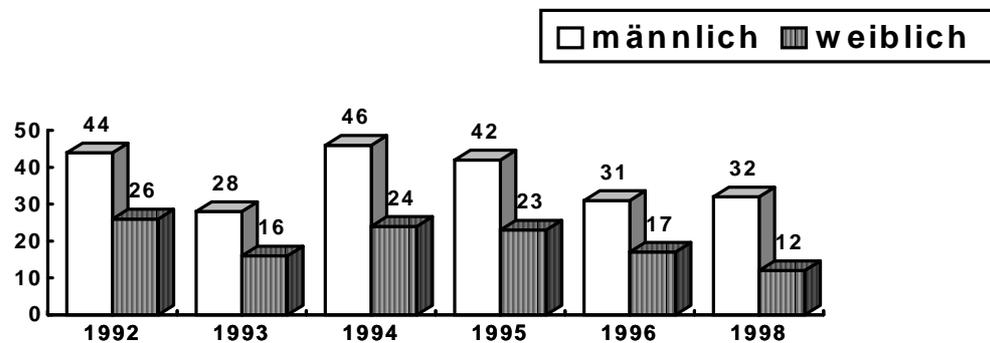


Abb. 5.2: Anteile der Panelmitglieder, die mit dem politischen System sehr zufrieden oder zufrieden sind, im Trend 1992 bis 1998, nach den Geschlechtergruppen differenziert

Der rückläufige Trend ist bei den weiblichen Panelmitgliedern besonders klar zu erkennen. Bei ihnen hat sich der im Vergleich mit ihren männlichen Altersgefährten ohnehin weitaus geringere Anteil der Systemzufriedenen im Untersuchungszeitraum etwa halbiert (von 26 % auf 12 %).

Bereitschaft zur aktiven Unterstützung des Systems

Die noch gering entwickelte und dazu rückläufige Systemzufriedenheit korrespondiert mit einer ebenfalls schwach ausgeprägten und rückläufigen Bereitschaft zur aktiven Unterstützung des politischen Systems. Im Rahmen einer umfangreichen Batterie von Lebenszielen (siehe auch Abschnitt 8.) wurde dazu ein spezieller Indikator vorgegeben; Tabelle 5.6 informiert über die Ergebnisse seit 1992:

Tabelle 5.6: Bereitschaft zur aktiven Unterstützung des politischen Systems im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)

Das Lebensziel :“mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen“ ist für mein Leben
1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Jahr	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
1992	3	18	33	21	25	3,5	-	-	-	-	-	-
1993	3	7	26	32	32	3,8	92:93	23	38	<u>39</u>	0,25	0,54
1994	3	15	29	24	29	3,6	93:94	<u>31</u>	53	16	0,39	0,18
1995	1	7	32	31	29	3,8	94:95	16	51	<u>33</u>	0,21	0,44
1996	1	7	29	29	34	3,9	95:96	23	47	30	0,29	0,36
1998	1	6	28	29	36	3,9	96:98	19	57	24	0,23	0,31

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
14	42	<u>44</u>	0,14	0,69	146

1992 war es für 21 % der Teilnehmer bedeutsam, sich für die Erhaltung des politischen Systems einzusetzen (Positionen 1 und 2), danach fiel dieser geringe Anteil - nach einem kurzen erneuten Anstieg 1994 - weiter auf 7 % 1998. Die knappe Hälfte der Teilnehmer (NEP = 44 %) hat ihre Positionen im Untersuchungszeitraum 1992 bis 1998 negativiert, nur 14 % haben sie positiviert. Die negativen Verschiebungen auf der fünfstufigen Skala betragen 0,69 Punkte, die positiven dagegen nur 0,14 Punkte.

In dieselbe Richtung weisen die massiven negativen Veränderungen bei der Bereitschaft zur politischen Partizipation (s. Abschnitt 8. zur Entwicklung der Lebensziele).

Zurechtkommen mit der neuen Gesellschaft

Bemerkenswert ist, daß der Rückgang der Systemzufriedenheit und der Bereitschaft zu seiner Unterstützung keineswegs gleichbedeutend ist mit wachsenden Schwierigkeiten, sich in der neuen Gesellschaft zurechtzufinden. Im Gegenteil: Die meisten Panelmitglieder kommen trotz mehrheitlicher und zunehmender Distanz zum politischen System mit den neuen Verhältnissen zurecht - sogar mit zunehmender Tendenz. Darauf verweisen die hierzu vorliegenden Zeitreihen zwischen 1992 und 1998:

Tabelle 5.7: Zurechtkommen mit der neuen Gesellschaft im Trend 1992 bis 1998
„Wie kommen Sie - alles in allem - mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht?“ (nur Teilnehmer der 13. Welle 1998)
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	N	V	POP	KOP	NEP
1992	16	57	(73)	23	3	1	2,2	146	-	-	-	-
1993	15	56	(71)	25	3	1	2,2	204	92:93	19	57	24
1994	19	57	(76)	20	4	0	2,1	231	93:94	<u>24</u>	62	14
1995	19	60	(79)	19	2	0	2,0	296	94:95	17	65	18
1996	18	61	(79)	17	4	0	2,1	335	95:96	15	66	19

1998 23 59 (82) 16 2 0 2,0 368 96:98 22 65 13

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1992 bis 1998:

<u>POP</u>	<u>KOP</u>	<u>NEP</u>	<u>N</u>
33	55	12	146

82 % der Panelmitglieder ließen 1998 erkennen, daß sie mit der neuen Gesellschaft klarkommen (Ap 1+2), fast ein Viertel (23 %) ohne Abstriche. Nur 2 % haben offensichtlich größere Schwierigkeiten. Es wird sehr interessant sein, bei der Fortsetzung der Studie die weitere Entwicklung in dieser Hinsicht im Blick zu behalten.

Zwischen männlichen und weiblichen Panelmitglieder bestehen nur tendenzielle Unterschiede zugunsten ersterer. Deutlich sind die Unterschiede dagegen zwischen Links- bzw. Rechtsorientierten:

Tabelle 5.8: Zurechtkommen mit der Gesellschaft in Abhängigkeit von der politisch-weltanschaulichen Position
Mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen komme ich zurecht
(AM wie bei Tab. 5.7)

	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>4</u>	<u>5</u>
<u>Position :</u>					
rechts/eher rechts	34	55	7	4	0
weder/noch	24	61	13	2	0
links/eher links	18	58	22	2	0

Rechtsorientierte kommen häufiger völlig mit den neuen Verhältnissen zurecht als Linksorientierte (sign.).

Nicht überraschend ist, daß Panelmitglieder, die bereits einmal oder mehrmals arbeitslos waren, deutlich weniger häufig angeben, mit der Gesellschaft zurechtzukommen als jene, auf die das nicht zutrifft (Pos. 1: 17 % gegenüber 30 %; sign.).

Erwähnenswert ist, daß Panelmitglieder, die mit der neuen Gesellschaft gut zurechtkommen, viel weniger häufig psychosomatische Beschwerden äußern als jene, die in dieser Beziehung Probleme haben. Das geht aus den Angaben zu bestimmten psychosomatischen Symptomen hervor, auf die wir noch eingehen (siehe Abschnitt 10.3).

Urteile über das neue Gesellschaftssystem

Seit 1995 bzw. 1996 wurden den Panelmitgliedern mehrere Aussagen über das jetzige Gesellschaftssystem vorgelegt, die nur punktuell Entwicklungstendenzen erkennen lassen,

jedoch einen guten Einblick in die Beziehungen zu den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen geben.

Bei einer dieser Fragen geht es um die Reflexionen über das Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken:

Tabelle 5.9: Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken (nur Teilnehmer der 13. Welle)

„Es heißt, daß die jetzige Gesellschaft den Bürgern neue Chancen für die Lebensgestaltung bietet, aber auch neue, ungewohnte Risiken mit sich bringt. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Überwiegen die Chancen oder die Risiken oder ist beides miteinander verbunden?“

- 1 die neuen Chancen überwiegen
- 2 die neuen Risiken überwiegen
- 3 es gibt sowohl neue Chancen als auch neue Risiken

	1	2	3	N
1995	12	13	75	296
1996	14	9	77	334
1998	18	10	72	368
<u>1998:</u>				
männlich	20	10	70	
weiblich	15	10	75	
<u>Wohnregion:</u>				
lebt im Osten	16	11	73	
lebt im Westen	27	9	64	
<u>arbeitslos gewesen ?</u>				
einmal/mehrmals	12	14	74	
nein	25	6	69	
<u>Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>				
völlig sicher	35	6	59	
ziemlich sicher	17	12	71	
ziemlich unsicher	10	10	80	
völlig unsicher	0	6	94	

Bei hoher Konstanz meint die übergroße Mehrheit zu allen Untersuchungszeitpunkten ihren Erfahrungen zufolge, daß für die neue Gesellschaft *sowohl neue Chancen als auch neue Risiken* zutreffen. Nur für Minderheiten überwiegen die neuen Chancen bzw die neuen Risiken, wobei zwischen 1995 und 1998 der Anteil derer tendenziell zugenommen hat, die neue Chancen erfahren haben (von 12 auf 18 %).

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich nicht, auch die Wohnregion differenziert nur tendenziell zugunsten der im Westen lebenden Panelmitglieder (1996 war der Unterschied größer und signifikant).

Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit verschiebt die Relationen noch etwas zugunsten der neuen Risiken (sign.). Erheblichen Einfluß hat die Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes: Während für ein reichliches Drittel (35 %) derer die neuen Chancen überwiegen, die sich in dieser Hinsicht völlig sicher sind, trifft das auf keinen jener zu, die sich völlig unsicher sind. Etwa ebenso stark differenziert die Zuversicht, die beruflichen Zukunftspläne verwirklichen zu können.

Bei einer anderen Frage im Rahmen einer Zufriedenheitsbatterie (s. Abschnitt 10.2) geht es um die Beurteilung der Chancen, die die neue Gesellschaft bietet, es im Leben *durch Leistung zu etwas zu bringen*:

Tabelle 5.10: Zufriedenheit mit den Chancen in der neuen Gesellschaft, es durch Leistung zu etwas zu bringen (nur Teilnehmer 13. Welle)
 „Wie zufrieden sind Sie mit den Chancen, die Sie in der jetzigen Gesellschaft haben, es im Leben *durch Leistung* zu etwas zu bringen?“
 1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden
 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

Jahr	1	2	3	4	X	N	V	POP	KOP	NEP
1995	19	57	21	3	2,1	295	-	-	-	-
1996	16	56	23	5	2,2	334	95:96	16	60	<u>24</u>
1998	17	53	25	5	2,2	367	96:97	23	54	23

1998:

männlich	21	53	23	3
weiblich	14	54	26	6

Wohnregion

lebt im Osten	15	52	27	6
lebt im Westen	29	55	14	2

arbeitslos gewesen ?

ja, mehrmals	11	49	36	4
ja, einmal	14	53	27	6
nein	23	56	16	5

Koeffizienten für den Zeitraum 1995 bis 1998:

POP	KOP	NEP	N
20	53	27	294

70 % der Panelmitglieder äußern 1998 Zufriedenheit mit den Chancen, durch Leistung im Leben voranzukommen (Ap 1+2), allerdings nur 17 % ohne Einschränkung. Zwischen den

Geschlechtergruppen bestehen nur tendenzielle Unterschiede (nicht sign.). Teilnehmer, die in den alten Bundesländern leben, äußern sich häufiger einschränkungslos zufrieden als ihre Altersgefährten in den neuen Ländern (sign.). Deutliche Abstriche nehmen vor allem Panelmitglieder vor, die arbeitslos waren.

Zwischen 1995 und 1996 war die Zufriedenheit mit den Leistungschancen signifikant zurückgegangen, danach ist nur ein tendenzieller Rückgang der Zufriedenheit zu beobachten.

Symptomatisch für die Einstellung der Panelmitglieder zum neuen Gesellschaftssystem sind ihre Antworten auf die 1996 und 1998 gestellte Frage danach, ob die gesellschaftliche Entwicklung seit der Wende eher einen Fortschritt oder eher einen Rückschritt bedeutet:

Tabelle 5.11: Gesellschaftliche Entwicklung seit der Wende - Fortschritt oder Rückschritt? (nur Teilnehmer 13. Welle)
 „Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder als Rückschritt?“
 1 eher als Fortschritt
 2 eher als Rückschritt
 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
1996	41	10	45	4
1998	41	10	45	4

Nur 10 % der Panelmitglieder bewerten 1998 die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland eher als Rückschritt, 41 % dagegen als Fortschritt. Noch etwas mehr, nämlich 45 % äußern sich ambivalent, betrachten diese Entwicklung teils als Fortschritt, teils als Rückschritt. Nur 4 % haben sich dazu keine Meinung gebildet. Auch in diesem Zusammenhang tritt die in dieser Studie durchgängig zu beobachtende Ambivalenz der Auffassungen deutlich hervor.

Von den Querschnittsverteilungen her betrachtet, scheinen zwischen 1996 und 1998 keinerlei Veränderungen vor sich gegangen zu sein. Die Längsschnittkorrelation belegt jedoch, daß das nicht zutrifft:

Tabelle 5.12: Längsschnittkorrelation der Einstellung zur gesellschaftlichen Entwicklung seit der Wende 1996 zu 1998
 Antwortmodell wie bei Tab. 5.10; N = 335
 Prozentwerte der 12. Welle, bezogen auf die der 13. Welle
13. Welle 1998:

	1	2	3	0	(n)
<u>12. Welle 1996:</u>					

1 eher Fortschritt	<u>64</u>	2	30	4	(138)
2 eher Rückschritt	6	<u>44</u>	44	6	(32)
3 teils-teils	31	11	<u>55</u>	3	(151)
0 schwer zu sagen	21	14	58	<u>7</u>	(14)

(n)	(139)	(36)	(146)	(14)	N=335

Ablesbar ist: Insgesamt haben nur 56 % der Teilnehmer beider Wellen zu beiden Zeitpunkten eine übereinstimmende Antwort gegeben (= KOP, die anderen Koeffizienten lassen sich hier nicht anwenden).

So sind von denen, die 1996 die Entwicklung eher als Fortschritt ansahen, 64 % auch 1998 bei dieser Meinung geblieben. 30 % von ihnen äußern jetzt eine ambivalente Meinung („teils-teils“), 2 % sehen sie als Rückschritt an, 4 % können sich nicht festlegen.

Veränderungen auch bei der großen Gruppe jener, die 1996 die Antwortmöglichkeit „teils-teils“ gewählt hatten: 55 % sind bei dieser ambivalenten Meinung geblieben, 31 % sehen die Entwicklung jetzt als Fortschritt an, 11 % als Rückschritt, 3 % legen sich nicht fest.

Wir interpretieren diese (und die übrigen) Veränderungen als Ausdruck der anhaltenden Suche nach einem Standpunkt bei der Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklungen in Ostdeutschland, die die gesamte Studie durchzieht. Den Hintergrund dafür bilden die teilweise gravierenden Veränderungen in den Lebensumständen und Erfahrungen der Teilnehmer aufgrund des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland.

Die folgende Tabelle informiert noch über einige Differenzierungen der Ergebnisse von 1998:

Tabelle 5.13: Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung nach der Wende 1998, differenziert betrachtet
 1 eher als Fortschritt
 2 eher als Rückschritt
 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
 0 Das ist schwer zu sagen

	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>0</u>
<u>(a) Geschlechtergruppen</u>				
männlich	47	9	39	5
weiblich	35	11	50	4
<u>(b) arbeitslos gewesen?</u>				
einmal/mehrmals	36	12	48	4

nein	47	8	40	5
------	----	---	----	---

(c) Berufliche Zukunftszuversicht

1 vollk. zuversichtlich	49	10	39	2
2	44	7	44	5
3	33	13	49	5
4+5 kaum/nicht zuvers.	27	27	43	3

(d) Zufriedenheit mit eigenem Lebensstandard

zufrieden	53	7	36	4
eher zufrieden	38	11	47	4
eher unzufrieden/unzutr.	16	16	62	6

	1	2	3	0
--	---	---	---	---

(e) gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten ?

ja	61	5	31	3
schwer zu sagen	40	8	46	6
nein	32	14	50	4

(f) Zufriedenheit mit Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Politik

zufrieden/eher zufrieden	50	6	40	4
eher unzufrieden	40	10	44	6
unzufrieden	28	15	55	2

(g) Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum

rechts/eher rechts	52	12	27	9
weder/noch	44	9	44	3
links/eher links	34	13	47	6

Weibliche Panelmitglieder sehen diese Entwicklung weniger häufig als Fortschritt an, äußern sich dafür häufiger ambivalent (a).

Teilweise sehr unterschiedliche Bewertungen zeigen sich wieder in Abhängigkeit von der beruflichen Situation (b, c). Erlebte Arbeitslosigkeit und geringere berufliche Zukunftszusicht dämpfen die Bewertung der gegenwärtigen Entwicklung als Fortschritt.

Auch materielle Faktoren spielen eine bedeutende Rolle. Zufriedenheit mit dem Lebensstandard trägt deutlich dazu bei, die gesellschaftliche Entwicklung als Fortschritt anzusehen (d). Sichtbar wird auch, daß die Bewertung der Gesellschaft sehr stark von persönlich erlebter Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes beeinflusst wird (e): Von den Panelmitgliedern, die sich in dieser Hinsicht von der Gesellschaft gerecht behandelt fühlen, betrachten 61 % die Entwicklung als Fortschritt, von jenen dagegen, für die das nicht zutrifft, mit 32 % erheblich

weniger. Und : Während von den Ersteren nur 5 % eher Rückschritte sehen, gilt das bei Letzteren für immerhin 14 %.

Als ein starker Einflußfaktor erweisen sich die individuellen Erfahrungen mit der Demokratie (f): Panelmitglieder, die mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik zufrieden sind, bewerten die Entwicklung viel häufiger als Fortschritt als jene, auf die das nicht zutrifft. Auch unter diesem Blickwinkel ist die verbreitete Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung sehr beachtenswert (ausf. s. 10.2).

Differenzierend wirkt auch der politisch-weltanschauliche Standpunkt (g), erkennbar insbesondere an den Extremgruppen. Ablesbar ist, daß linksorientierte Panelmitglieder die Entwicklung seit der Wende deutlich weniger häufig als rechtsorientierte eher als Fortschritt betrachten. Erstere sehen die Entwicklung jedoch nicht häufiger als Letztere eher als Rückschritt an, bewerten diese aber viel häufiger ambivalent.

Keinen Einfluß hat, ob die Panelmitglieder im Osten oder im Westen leben; die Prozentverteilungen stimmen faktisch überein.

Bei zwei weiteren Fragen geht es um die Gewichtung des Gewinns an persönlicher Freiheit einerseits und des verbreiteten Verlustes an sozialer Sicherheit andererseits. Diese Fragen wurden nur 1996 und 1998 gestellt:

Tabelle 5.14: Preis für Gewinn an Freiheit (nur Teilnehmer 13. Welle)

„Heute wird viel darüber gestritten, in welchem Verhältnis der Gewinn an persönlichen Freiheiten zu dem Preis steht, den nicht wenige dafür zu zahlen haben, vor allem durch einen Verlust an sozialer Sicherheit. Wie sehen Sie die Gewinn-Verlust Bilanz?“

Der Preis für den Gewinn an Freiheit ist

- 1 viel zu hoch
- 2 hoch, aber nicht zu hoch
- 3 überhaupt nicht hoch
- 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
1996	17	49	8	26
1998	14	50	11	25
<u>1998</u>				
<u>Geschlechtergruppen</u>				
männlich	11	56	15	18
weiblich	15	48	8	29
<u>Wohnregion</u>				
lebt im Osten	14	50	9	27
lebt im Westen	14	53	20	13

Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

völlig sicher	5	58	16	21
ziemlich sicher	15	52	11	22
ziemlich/völlig unsicher	16	48	5	31

Vergleich der eigenen wirtschaftl. Situation mit der vor etwa 2 Jahren

viel besser	9	49	23	19
etwas besser	13	55	13	19
etwa gleich	15	47	6	32
etwas/viel schlechter	20	50	5	25

Nur eine Minderheit von 14 % der Panelmitglieder vertritt 1998 die Auffassung, daß der zu zahlende Preis für den Gewinn an persönlichen Freiheiten viel zu hoch sei. Die Hälfte der Panelmitglieder meint, der Preis sei hoch, aber nicht zu hoch; 8 % schätzen den Preis als überhaupt nicht hoch ein.

Die weiblichen Jugendlichen unterscheiden sich von den männlichen vor allem dadurch, daß sie weniger häufig zustimmen, der Preis sei hoch, aber nicht zu hoch bzw. überhaupt nicht hoch (Ap 2+3 männlich: 71 %, weiblich: 56 %); dafür weichen sie häufiger auf die Antwortvorgabe „Das ist schwer zu sagen“ aus.

Teilnehmer, die im Westen leben, meinen häufiger als ihre Altersgefährten im Osten, daß der Preis hoch, aber nicht zu hoch bzw. überhaupt nicht hoch sei; Letzteren fällt es dafür häufiger schwer, sich festzulegen.

Tendenzielle Zusammenhänge bestehen zur Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes: Mit abnehmender Sicherheit nimmt die Häufigkeit der Auffassung zu, daß der Preis viel zu hoch sei, dafür geht die Häufigkeit der Auffassungen zurück, daß der Preis hoch, aber nicht zu hoch bzw. überhaupt nicht hoch sei.

Deutlicher ist der Zusammenhang mit der eigenen wirtschaftlichen Situation: Panelmitglieder, die im Vergleich mit der Situation vor etwa zwei Jahren Verbesserungen konstatieren, schätzen den zu zahlenden Preis weniger häufig als zu hoch und viel häufiger als überhaupt nicht zu hoch ein als jene, die für sich keine Veränderungen oder Verschlechterungen feststellen.

Tabelle 5.14: Preis für Gewinn an Freiheit
 „Welchem der beiden Standpunkte würden Sie sich am ehesten anschließen?“
 1 Für mich ist entscheidend, daß ich in Freiheit leben kann - bei allen Problemen, die es jetzt vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit gibt.
 2 Freiheit nützt mir nichts, wenn ich keine Arbeit habe.
 0 Das ist schwer zu sagen.

	1	2	0
1996	33	49	18
1998	36	47	17

1998Geschlechtergruppen

männlich	48	37	15
weiblich	27	55	18

Wohnregion

lebt im Osten	35	50	15
lebt im Westen	44	31	25

arbeitslos gewesen ?

mehrmals/einmal	33	55	12
nein	40	38	22

Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

völlig sicher	57	26	17
ziemlich sicher	35	47	18
ziemlich/völlig unsicher	24	60	16

Fast die Hälfte der Panelmitglieder (47 %) schließt sich 1998 der Meinung an, daß Freiheit nichts nützt, wenn man keine Arbeit hat. Von den weiblichen Teilnehmern vertreten diese Meinung erheblich mehr als von den männlichen (55 % gegenüber 37 %), von den im Osten lebenden Teilnehmern ebenfalls erheblich mehr als von den im Westen lebenden (50 % gegenüber 31 %).

Es überrascht wiederum nicht, daß persönliche Erfahrungen im Hinblick auf Arbeitslosigkeit bzw. Sicherheit des Arbeitsplatzes die Meinungen stark differenzieren. Wer bereits selbst arbeitslos war bzw. einen unsicheren Arbeits-/Ausbildungsplatz hat, neigt viel eher der Auffassung zu, daß Freiheit ohne Arbeit nichts nützt. Das erklärt zugleich zum Teil die erwähnten Meinungsunterschiede zwischen den im Osten bzw. den im Westen lebenden Panelmitgliedern, konstatieren doch Letztere in dieser Beziehung eine sehr viel günstigere Situation.

Auch in den Antworten auf verschiedene offene Fragen spielt die Relation von sicherer Arbeit und damit letztlich sozialer Sicherheit einerseits und Nutzung von Freiheitsrechten andererseits eine große Rolle. Die Frage z. B. „Was nützt es mir, daß ich jetzt reisen kann, wohin ich will, wenn ich mir das nicht leisten kann?“ wird von den Teilnehmern so oder ähnlich sehr häufig gestellt. Viele von ihnen reflektieren darüber genauso, wie dies kürzlich Bundeskanzler Gerhard Schröder tat, als er in einer Kontroverse mit der Opposition im

Bundestag darauf hinwies, daß ein Beschäftigter in einem Betrieb, der sein Einkommen und Auskommen durch seiner Hände Arbeit finden muß, nur dann frei ist, wenn er auch ein Mindestmaß an Sicherheit hat. „Zur Freiheit ... gehört auch die Freiheit, die mit Abwesenheit von Angst zu tun hat.“ (1999, S. 9). In der wissenschaftlichen Diskussion wird in diesem Zusammenhang häufig darauf verwiesen, daß die Ostdeutschen einen anderen Freiheitsbegriff als die Westdeutschen haben, stärker ausgerichtet auf Freiheit von finanziellen Risiken, sei es bei Krankheit, Not oder Arbeitslosigkeit. Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Bestimmung des Wohnortes, des Berufs, Informationsfreiheit und die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen politischen Alternativen hätten auch heute noch in den neuen Ländern einen geringeren Stellenwert als in den alten Ländern; die Prägungen aus Jahrzehnten würden tief sitzen (vgl. Köcher 1999, S. 14). Verschiedene Autoren verweisen darauf, daß bei den Ostdeutschen soziale Sicherheit eine besondere Rolle spielt und gegenüber dem Wert „Freiheit“ klar präferiert wird (vgl. Faulenbach 1998, S. 22). Zweifellos spielen hier frühere Erfahrungen und Prägungen eine große Rolle (vgl. Abschnitt 2.).

1998 ist ein signifikanter Zusammenhang mit der Systemverbundenheit vor der Wende zu beobachten; wir gehen darauf noch näher ein (s. Abschnitt 12.).

Abschließend zu diesem Abschnitt soll erwähnt werden, daß 1998 immerhin 51 % der Panelmitglieder in nächster Zeit soziale Unruhen in Ostdeutschland erwarten:

Tabelle 5.15: Erwartung sozialer Unruhen in Ostdeutschland 1996 und 1998
 „Politiker erwarten, daß es in nächster Zeit in Ostdeutschland soziale Unruhen geben wird. Sehen Sie das auch so?“
 (nur Teilnehmer 13. Welle)

	1 ja	2 nein	0 schwer zu sagen
1996	46	17	37
1998	51	17	32
<u>1998</u>			
<u>Zufriedenheit mit politischem System</u>			
sehr zufrieden/zufrieden	33	35	32
weniger zufrieden	47	12	40
unzufrieden	73	10	17
(CC = .38; P = .000)			
<u>Zufriedenheit mit dem Einkommen</u>			
zufrieden	41	12	47
eher zufrieden	48	17	35

eher unzufrieden/unzufrieden 58 19 23
(CC = .23; P = .011)

Gerechten Anteil am Wohlstand erhalten ?

ja	43	33	24
schwer zu sagen	44	14	42
nein	60	11	29

(CC = .30; P = .000)

Soziale Unruhen erwarten vor allem Panelmitglieder, die mit dem politischen System unzufrieden sind bzw. Unzufriedenheit mit ihrem Einkommen äußern. Auch das Gefühl, sozial ungerecht behandelt zu werden, fördert die Vorstellung (zum Teil vermutlich auch den Wunsch), daß es in nächster Zeit soziale Unruhen geben könnte.

Stimmt das in der DDR-Schule vermittelte Bild von der BRD ?

Um vermuteten Nachwirkungen der DDR-Sozialisation nachzugehen, wird seit 1995 (10. Welle) untersucht, inwieweit nach Auffassung der Panelmitglieder das in der Schulzeit vermittelte Bild von der BRD ihren Erfahrungen zufolge mit der heutigen Realität im vereinten Deutschland übereinstimmt. Dabei interessiert auch, ob frühere politische Bindungen an das DDR-System eine Rolle spielen.

Zuvor gaben die Panelmitglieder an, inwieweit sie damals daran geglaubt haben, was im Fach Staatsbürgerkunde gelehrt wurde:

Tabelle 5.16: Glauben an das Fach Staatsbürgerkunde
 „Erinnern Sie sich bitte an Ihre Schulzeit, speziell an das Fach Staatsbürgerkunde. Inwieweit haben Sie damals daran geglaubt, was in diesem Fach gelehrt wurde?“
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
1994	3	22	38	23	14	3,2
1996	7	22	33	24	14	3,1
1998	7	22	33	24	14	3,1

Koeffizienten für den Zeitraum 1994 bis 1998:

POP	KOP	NEP	N
26	55	19	231

29 % der Panelmitglieder stimmen 1998 zu, daran geglaubt zu haben, was in Staatsbürgerkunde vermittelt wurde, 33 % äußerten sich ambivalent, 38 % stellten es in

Abrede. Gegenüber 1994 ist eine leichte, aber nicht signifikante Zunahme der Zustimmungen erkennbar. Positive Zusammenhänge bestehen 1998 mit der Note im Fach Staatsbürgerkunde vom Jahr 1989 (10. Klasse) und mit der Systembindung vor der Wende; wir kommen darauf zurück (s. Abschnitt 12.).

Im Anschluß daran beantworteten die Teilnehmer die Frage danach, inwieweit ihren Erfahrungen zufolge das damals vermittelte Bild von der BRD mit der heutigen Realität übereinstimmt:

Tabelle 5.17: Grad der Übereinstimmung zwischen dem in Staatsbürgerkunde vermittelten BRD-Bild und der heutigen Realität (nur Teilnehmer 13. Welle)
 „Wenn Sie das damals vermittelte Bild von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt, mit der heutigen Realität im nun vereinten Deutschland vergleichen: Inwieweit stimmt beides überein?“
 1 vollkommen
 2 im großen und ganzen
 3 teils-teils
 4 kaum
 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
1994	2	18	47	29	4	3,2
1996	3	18	50	26	3	3,1
1998	3	19	50	23	5	3,1

Koeffizienten für den Zeitraum 1994 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
<u>32</u>	48	20	0,36	0,23	231

Nur 28 % der Panelmitglieder verneinen 1998 mehr oder weniger stark eine Übereinstimmung zwischen dem damals vermittelten BRD-Bild und der heutigen Realität. Für 22 % stimmt das vor der Wende vermittelte Bild mit ihren Erfahrungen überein, 50 % äußern sich ambivalent („teils-teils“). Die Längsschnittkorrelation zwischen 1994 und 1998 (d. h. zwischen 10. und 13. Welle) läßt erkennen, daß der Anteil zustimmender Angaben leicht zugenommen hat (POP = 32 %; sign.). Eine Tendenz zur nachträglichen Aufwertung des in der Schule Gelernten bei einem beträchtlichen Teil der Panelmitglieder ist nicht zu übersehen. Sie geht mit einer Positivierung der Urteile über die DDR einher: Je kritischer die Panelmitglieder die heutige Bundesrepublik sehen, desto günstiger bewerten sie die Situation in der DDR (und umgekehrt).

Wir schließen einige differenzierende Angaben von 1998 an. Zwecks besserer Überschaubarkeit fassen wir die Daten der abhängigen Variablen zusammen.

Tabelle 5.18: Grad der Übereinstimmung zwischen dem in Staatsbürgerkunde vermittelten BRD-Bild und der heutigen Realität (nur Teilnehmer 13. Welle)
Antwortmodell wie bei Tabelle 5.17

	1+2	3	4+5
<u>(a) Urteil über Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung</u>			
mehr positive V.	8	41	51
sowohl positive als auch negative V.	23	54	23
mehr negative V.	49	37	14
	1+2	3	4+5
<u>(b) Berufliche Zukunftszuversicht</u>			
1 sehr zuversichtlich	18	35	47
2	18	52	30
3	28	52	20
4+5 wenig/überhaupt nicht zuvers.	37	53	10
<u>(c) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>			
völlig/ziemlich sicher	23	46	31
ziemlich/völlig unsicher	19	63	18
<u>(d) gerechten Anteil am gesellschaftl. Wohlstand erhalten ?</u>			
ja	11	45	44
schwer zu sagen	22	51	27
nein	27	51	22
<u>(e) Angst vor zunehmender Aggressivität und Gewalt</u>			
stark	40	42	18
eher stark	20	56	24
eher schwach	18	47	35
schwach	4	41	55
<u>(f) Angst vor zunehmendem Egoismus</u>			
stark	42	46	12
eher stark	21	54	25
eher schwach	16	50	34
schwach	17	35	48

Je nach den Vereinigungserfahrungen differenzieren sich die Urteile sehr erheblich (a): Von den Panelmitgliedern, die für Ostdeutschland überwiegend positive Veränderungen bilanzieren, äußern nur 8 %, daß das vor der Wende vermittelte Bild auch heute noch stimmt; von denen mit ambivalenten Erfahrungen 23 %; von jenen mit überwiegend negativen Erfahrungen 49 %. Negative, aber auch schon ambivalente Vereinigungserfahrungen fördern demnach offensichtlich eine nachträgliche Aufwertung des vor der Wende verbreiteten BRD-Bildes.

Etwa dieselben Relationen treten hervor, wenn die auf die Veränderungen im persönlichen Leben nach der Wende gerichteten Angaben zugrunde gelegt werden.

Erstaunlich starke Differenzierungen bewirkt der Grad der beruflichen Zukunftszuversicht (b): Nur bei den sehr zuversichtlichen Panelmitgliedern liegt der Anteil derer weit über dem Durchschnitt, die keine Übereinstimmung zwischen dem in der Schule Gelernten und der heutigen Realität sehen. Mit abnehmender Zuversicht nehmen ambivalente, aber auch zustimmende Angaben deutlich zu. Berufliche Zukunftszuversicht erweist sich auch in diesem Zusammenhang als ein für die politische Meinungsbildung außerordentlich bedeutsamer Einflußfaktor.

Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit hat nur tendenziellen Einfluß (nicht dargestellt), wohl aber die Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes (c): Unsicherheit in dieser Beziehung geht viel häufiger als Sicherheit mit ambivalenten Urteilen einher. Und: nur 18 % derer, die ihren Arbeits-/Ausbildungsplatz als ziemlich oder völlig unsicher bewerten, weisen eine Übereinstimmung des Gelernten und heutiger Realität mehr oder weniger stark zurück.

Bemerkenswert stark differenzierend wirkt das Urteil darüber, ob man von der Gesellschaft seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhält (d): Panelmitglieder, die sich in dieser Hinsicht gerecht behandelt fühlen, weisen viel häufiger eine Übereinstimmung von Gelerntem und heutiger Realität zurück als jene, die sich ungerecht behandelt fühlen (44 % gegenüber 22 %). Allerdings unterscheiden sich beide Teilgruppen kaum im Anteil ambivalenter Urteile.

Als bedeutende Einflußfaktoren erweisen sich die weit verbreiteten Bedrohungsgefühle (e, f): Besonders deutlich ablesbar ist das am Gefühl der Bedrohung durch zunehmende Aggressivität und Gewalt: Je stärker in dieser Hinsicht Angst geäußert wird, desto häufiger wird zugestimmt, daß das zu DDR-Zeiten vermittelte Bild von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt, auch heute noch richtig sei. Analog gilt das für weitere Bedrohungsgefühle, z. B. für die ebenfalls verbreitete Angst vor zunehmender Kriminalität, vor zunehmender Verteuerung des Lebens, vor sich ausbreitendem Egoismus. Generell ist festzustellen, daß die beobachtete Aufwertung des damals vermittelten BRD-Bildes in hohem Maße durch die vielschichtigen existentiellen Verunsicherungen im heutigen Alltag gefördert wird, die für einen großen Teil der Panelmitglieder zutreffen (ausf. s. Abschnitt 10.1).

Panelmitglieder, die im Westen leben, urteilen nur tendenziell anders als jene, die im Osten leben.

Erwähnenswert ist, daß bei diesem Sachverhalt 1998 erstmals ein deutlicher Einfluß der Systembindung vor der Wende zu erkennen ist. Panelmitglieder, die sich damals stark mit dem DDR-System identifizierten, stellen 1998 häufiger eine Übereinstimmung von Gelerntem und der Realität fest als jene, für die das weniger oder nicht zutrif. Wir gehen darauf noch näher ein (s. Abschnitt 12.).

Über die erwähnte Frage zur Übereinstimmung des früher vermittelten BRD-Bildes mit der heutigen Realität hinaus wurde exemplarisch die Auffassung zu zwei zentralen Lerninhalten des Staatsbürgerkundeunterrichts untersucht. Gefragt wurde, ob es in der heutigen Bundesrepublik noch Ausbeutung bzw. Klassenkampf gibt:

Tabelle 5.19: Gibt es in der heutigen Bundesrepublik Ausbeutung ?
 „Im Stabi-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach Ihren heutigen Erfahrungen zu ?“

	1 ja	2 nein	0 Das ist schwer zu sagen
	1	2	0
1996	48	21	31
1998	50	23	27
<u>1998</u>			
<u>selbst Arbeitslosigkeit erfahren ?</u>			
mehrmals/einmal	53	18	29
nein	44	30	26
<u>Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>			
völlig sicher	35	50	15
ziemlich sicher	50	19	31
ziemlich/völlig unsicher	60	19	21
<u>gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten ?</u>			
ja	31	44	25
schwer zu sagen	47	20	33
nein	59	17	24
	1	2	0
<u>Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum</u>			
links/eher links	62	21	17
rechts/eher rechts	49	26	25
weder/noch	43	25	32

Das Urteil wird von erlebter Arbeitslosigkeit beeinflusst: Panelmitglieder, die arbeitslos waren, meinen etwas häufiger, daß es in der heutigen Bundesrepublik Ausbeutung gibt als jene, auf die das nicht zutrifft (sign.).

Noch deutlicher wirkt sich die aktuelle Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes aus: Je unsicherer dieser ist, desto häufiger wird die Meinung geäußert, daß es Ausbeutung in der Bundesrepublik gibt. Solche massiven Verunsicherungen tragen offensichtlich zu einer Aufwertung des in der DDR-Schule Gelernten bei.

Dasselbe gilt für das Erleben von Ungerechtigkeit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes: Panelmitglieder, die sich ungerecht behandelt fühlen, sind viel häufiger geneigt, die Existenz von Ausbeutung zu bejahen als jene, die Gerechtigkeit empfinden.

Auch die politisch-weltanschauliche Position der Panelmitglieder differenziert: Linksorientierte bejahen viel häufiger als Vertreter der Mitte (Ap weder/noch) die Existenz von Ausbeutung. Bemerkenswert ist, daß auch rund die Hälfte der Rechtsorientierten zustimmend antwortet.

Tabelle 5.20: Klassenkampf in der heutigen Bundesrepublik ?
 „Gibt es in der heutigen Bundesrepublik noch Klassenkampf ?“
 1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	0
1996	53	18	29
1998	48	21	31

48 % der Panelmitglieder bejahen 1998 die Existenz von Klassenkampf in der Bundesrepublik, tendenziell weniger als 1996. Anders als bei dem Kriterium „Ausbeutung“ sind keine eindeutig interpretierbaren Zusammenhänge mit den erwähnten oder anderen Faktoren nachweisbar.

Ebenfalls keine Zusammenhänge bestehen mit der politischen Grundeinstellung vor der Wende bzw. mit der Note im Fach Staatsbürgerkunde.

Im Rahmen der 10. Welle 1994 wurde den Teilnehmern zusätzlich eine offene Frage zu dieser Thematik gestellt:

„Bitte erinnern Sie sich an Ihre Schulzeit vor der Wende: Im Fach Staatsbürgerkunde wurde Ihnen damals ein bestimmtes Bild vom Gesellschaftssystem der BRD, vom Kapitalismus überhaupt vermittelt. Inzwischen haben Sie dieses System persönlich kennengelernt, können es kompetent aus eigener Erfahrung beurteilen.

Vergleichen Sie bitte einmal die damalige `Theorie` mit der heutigen `Praxis`. Bestimmt fallen Ihnen Beispiele dafür ein,

a) daß das damals Gelernte nicht der Realität entspricht bzw.

b) daß das Gelernte sich heute als richtig erweist.

Bitte notieren Sie Beispiele.“

92 Teilnehmer der 10. Welle gleich 37 % beantworteten diese Fragen (männlich 34 %, weiblich 40 %). Auffällig ist, daß von diesen 92 Teilnehmern 68 % Beispiele anführten, die gegen den Realitätsgehalt des Staatsbürgerkundeunterrichts sprechen (Frage a), 91 % nannten Beispiele, die dafür sprechen (Frage b). Insgesamt wurden 362 Nennungen ausgewertet.

> *Sachverhalte, die gegen den Realitätsgehalt des Staatsbürgerkundeunterrichts sprechen (Mehrfachnennungen):*

- 20 % der Teilnehmer, die die Frage beantworteten, stellen fest, daß sich das damals vermittelte Bild vom „faulenden, sterbenden Kapitalismus“ heute als falsch erweist. Sie verweisen auf die - trotz aller Probleme - erlebte Wirtschaftskraft der Bundesrepublik und den vergleichsweise hohen Lebensstandard. Männliche Teilnehmer äußern sich in dieser Weise wesentlich häufiger als weibliche.

- 19 % beziehen sich auf das damals vermittelte Bild einer aggressiven, bedrohlichen BRD. Dieses Bild sei falsch, da die BRD - wie die Teilnehmer nach der Wende festgestellt haben - keine solchen Interessen gehabt hätte.

- 15 % meinen, daß das vermittelte Bild von der Ausbeutung der Arbeiter im Westen falsch sei; für gute Arbeit bekäme man auch eine entsprechende Entlohnung.

- 13 % verweisen darauf, daß sich die Überlegenheit des Sozialismus als widerlegte Behauptung erweist, schließlich hätte sich ja der Kapitalismus durchgesetzt.

- 12 % sehen die damalige Behauptung als falsch an, daß sich die Bundesbürger in einem System ohne soziale Absicherung bewegen. Trotz aller Mängel sei das bundesdeutsche Sozialnetz doch beispielhaft.

- 4 % meinen, es erweise sich heute als falsch, daß in der BRD keine Meinungsfreiheit bestehe.

- 3 % stellen das in bezug auf die Existenz einer Ellenbogengesellschaft fest.

(32 % führten keine Beispiele an)

> *Sachverhalte, die für den Realitätsgehalt des Staatsbürgerkundeunterrichts sprechen (Mehrfachnennungen):*

- 35 % sehen soziale Unsicherheit als richtig vermittelten Sachverhalt an; das soziale System wird mehr oder weniger als unzureichend gekennzeichnet.

- 35 % nennen in diesem Zusammenhang Arbeitslosigkeit, oft zusammen mit sozialer Unsicherheit. Weibliche Teilnehmer nennen Arbeitslosigkeit doppelt so häufig wie männliche.

- 28 % finden das damals vermittelte Bild einer Ellenbogengesellschaft in der heutigen Realität der bundesdeutschen Gesellschaft wieder, weibliche Teilnehmer doppelt so häufig wie männliche. Häufig ist von sozialer Kälte die Rede.
 - 17 % nennen das allgemein vermittelte Kapitalismusbild als heute zutreffend, wenngleich es damals oft übertrieben dargestellt worden sei.
 - 13 % fanden die Bedeutung des Geldes als realistisch dargestellt. Häufig wird die Funktion des Geldes als Machtmittel und als notwendige Voraussetzung für das Überleben in der Marktwirtschaft betont.
 - 12 % geben an, daß die vermittelten Kenntnisse über Ausbeutung von Arbeitern tatsächlich zutrefte. Oft ist in diesem Zusammenhang von unbezahlten Überstunden die Rede.
 - 12 % finden das vermittelte Bild vom Profitstreben der Unternehmer bestätigt.
 - 11 % führen an, daß das Ausmaß an Kriminalität richtig charakterisiert worden sei.
- Außerdem genannt: Benachteiligung der Frau (von 5 %).
 (9 % führten zu diesem Teil der Frage keine Beispiele an)
 Einige Originalbeispiele sind im Anhang enthalten.

Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

Insbesondere zum Zweck von Bedingungsanalysen wurden 1996 und 1998 einige spezielle Aspekte der persönlichen Erfahrungen der Panelmitglieder mit dem neuen Gesellschaftssystem untersucht. Die folgende Tabelle informiert über die Ergebnisse in der Gesamtgruppe:

Tabelle 5.21: Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem
 „Haben Sie in den letzten zwei, drei Jahren folgende Erfahrungen gemacht?“
 1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	0
<u>daß Sie in der Öffentlichkeit</u>			
<u>offen Ihre Meinung sagen können</u>			
1996	60	30	10
1998	65	24	11
<u>daß Sie Ihren Vorgesetzten</u>			
<u>offen Ihre Meinung sagen können</u>			
1996	36	52	12
1998	40	48	12

	1	2	0
<u>daß die Politiker an Ihrer Meinung interessiert sind</u>			
1996	3	85	12
1998	4	85	11
<u>daß Sie Ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten</u>			
1996	17	52	31
1998	20	47	33
<u>daß Sie in einer menschlichen Gesellschaft leben</u>			
1998	32	35	33

Wir können hier nicht ausführlich auf diese Ergebnisse eingehen, die natürlich nur einen Ausschnitt aus der Erfahrungswelt der Panelmitglieder bieten. Sie lassen allesamt auf ein beträchtliches Potential an Unzufriedenheit mit der neuen Gesellschaft schließen, die mit an anderen Stellen dargestellten Daten korrespondieren.

So rührt die erwähnte verbreitete Unzufriedenheit mit der Demokratie u. a. daher, daß nur sehr wenige Panelmitglieder die Erfahrung gemacht haben, daß sich die Politiker überhaupt für ihre Meinung interessieren. Das stimmt grundsätzlich mit den Ergebnissen von Gerhard Schmidtchen überein, der davon spricht, daß viele junge Menschen das Gefühl haben, politisch einflußlos zu sein, ein Gefühl, das sich in den letzten Jahren erschreckend ausgebreitet habe (vgl. 1997, S. 33). Wir teilen auch völlig seine Auffassung, daß geringe Mitwirkungsmöglichkeiten zu einer Erosion der Legitimität der Demokratie führen (vgl. S.271).

Die überwiegende Unzufriedenheit mit dem Wirtschaftssystem und mit dem politischen System hat ihre Wurzeln in bedeutendem Maße darin, daß sich sehr viele Panelmitglieder hinsichtlich der Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ungerecht behandelt fühlen. Nur 20 % der Panelmitglieder bejahen 1998, daß sie ihren gerechten Anteil erhalten würden! Andere Untersuchungen verweisen auf ähnliche Ergebnisse, die zweifellos auf eine brisante Situation hinweisen. So berichten z. B. Detlef Pollack und Gert Pickel auf der Grundlage von Allbus-Daten, daß 1996 fast zwei Drittel der Ostdeutschen die Auffassung vertraten, daß sie (im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben) weniger als ihren gerechten Anteil erhalten (vgl. 1998, S. 15). Renate Köcher resümiert, daß in den letzten Jahren der Eindruck überhandgenommen habe, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht gerecht seien. 1995 empfanden noch 39 % die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse als gerecht, 1998 nur noch 23 %, in Ostdeutschland sogar nur 9 %. 71 % der gesamten

Bervölkerung seien überzeugt, daß die soziale Gerechtigkeit in den letzten Jahren abgenommen habe (vgl.1998, S. 5). Aus der Jugendstudie von Hans Merkens geht hervor, daß nur eine Minderheit der 12- bis 20jährigen Jugendlichen in Deutschland die Gesellschaftsordnung für gerecht hält (Westdeutsche 29 %, Ostdeutsche 22 %) (vgl. Bildwoche 26/1998, S.4). Ergebnissen des Trierer Psychologen Leo Montada zufolge schätzt die Mehrheit der Ostdeutschen das System der DDR rückblickend gerechter ein als das der Bundesrepublik (vgl. 1999, S.4). Die Feststellung von Roman Herzog „Natürlich gibt es auch in unserer Gesellschaft große soziale Unterschiede. Wir haben allen Grund, daran zu arbeiten, daß es bei uns gerechter zugeht.“ (1999, S. 16) ist aus dieser Sicht nur zu unterstreichen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß nur rund ein Drittel der Panelmitglieder die Erfahrung gemacht hat, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben. Ein Drittel stellt dies in Abrede, einem weiteren Drittel fällt es schwer, ein Urteil abzugeben. Wie aus Korrelationen hervorgeht, wird dieses kritische Ergebnis von sehr vielen Faktoren beeinflusst. Besonders hervorzuheben ist der erstaunlich enge Zusammenhang mit der beruflichen Zukunftszuversicht:

Tabelle 5.22: Zusammenhang zwischen beruflicher Zukunftszuversicht und dem Urteil, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben (1998; N= 367)
 „Haben Sie die Erfahrung gemacht, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben?“

	ja	nein	schwer zu sagen
<u>berufliche Zukunftszuversicht</u>			
1 sehr zuversichtlich	53	25	22
2	32	35	33
3	27	30	43
4+5 kaum/überhaupt nicht zuvers.	13	60	27

(CC = .30; P = .000)

Je zuversichtlicher die Panelmitglieder im Hinblick auf ihre beruflichen Pläne sind, desto häufiger stimmen sie zu, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben. Wie dieses Ergebnis (und viele weitere) zeigt, hängt von der Aussicht auf eine gesicherte berufliche Entwicklung auch ab, wie die neue Gesellschaft beurteilt wird, ob sie als menschlich empfunden wird oder nicht.

Ähnlich eng ist der Zusammenhang mit der erwähnten Erfahrung, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten: Von den Panelmitgliedern, die diese Erfahrung gemacht haben, stimmen zugleich 52 % zu, in einer menschlichen Gesellschaft zu leben; von

jenen dagegen, denen diese Erfahrung fehlt, gilt das nur für 20 %. Die Erfahrung, von der Gesellschaft gerecht behandelt zu werden, erweist sich als wichtiges Kriterium für die Bewertung der Gesellschaft.

Erwähnenswert ist auch, daß das Empfinden von heute verbreiteten Bedrohungsängsten viele Panelmitglieder daran hindert, die neue Gesellschaft als menschlich zu charakterisieren. In besonderem Maße gilt das für die Angst vor einem sich ausbreitendem Egoismus in den Beziehungen der Menschen.

1995 und 1998 zielte eine Frage auf die generellen Erfahrungen der Jugendlichen mit dem neuen Gesellschaftssystem:

Tabelle 5.23: Generelle Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

„Seit der Vereinigung sind rund 8 Jahre (1995: über 5 Jahre) vergangen - Zeit genug, um sich ein Urteil über das Gesellschaftssystem zu bilden, in dem wir jetzt leben. Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie - alles in allem - mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht?“ (nur Teiln. 13. Welle)

- 1 nur positive Erfahrungen
- 2 überwiegend positive Erfahrungen
- 3 sowohl positive als auch negative Erfahrungen
- 4 überwiegend negative Erfahrungen
- 5 nur negative Erfahrungen

	1	2	3	4	5	X
1995	1	26	67	6	0	2,8
1998	0	25	69	6	0	2,8
<u>1995</u>						
männlich	0	34	62	4	0	2,7
weiblich	1	19	72	8	0	2,9
<u>1998</u>						
männlich	1	30	65	4	0	2,7
weiblich	0	21	71	8	0	2,9
<u>Wohnregion</u>						
lebt im Osten	1	23	70	6	0	2,8
lebt im Westen	0	38	56	6	0	2,7

Koeffizienten für den Zeitraum 1995 bis 1998:

POP	KOP	NEP	N
15	70	15	287

Ein Viertel der Panelmitglieder verweist 1998 auf überwiegend positive Erfahrungen, nur eine Minderheit von 6 % hat überwiegend positive Erfahrungen gemacht (die Extremwerte „nur

positive“ bzw. „nur negative“ Erfahrungen sind in der Gesamtgruppe nicht besetzt). Für die große Mehrheit von 69 % sind jedoch ambivalente Erfahrungen charakteristisch, d. h. positive und negative Erfahrungen sind miteinander verbunden.

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich nur tendenziell, weibliche Panelmitglieder äußern sich etwas häufiger als männliche ambivalent. Auch zwischen Jugendlichen, die im Osten leben und denen, die im Westen leben, bestehen nur tendenzielle Unterschiede zugunsten Letzterer (nicht sign.).

Zwischen 1995 und 1998 haben immerhin 70 % ihr Urteil beibehalten, nur jeweils 15 % haben es zum Positiven bzw. zum Negativen hin verändert - Ausdruck einer verhältnismäßig hohen Stabilität der Urteile.

Zusätzlich zu der genannten Frage wurden die Teilnehmer aufgefordert, die Erfahrungen, an die sie bei der Beantwortung gedacht haben, kurz zu schildern. Diese aufschlußreichen qualitativen Ergebnisse sind noch auszuwerten. Einige Beispiele sind im Anhang angeführt.

Systemvergleich

Da anzunehmen ist, daß in die Urteile über das heutige Gesellschaftssystem auch bei den verhältnismäßig jungen Teilnehmern unserer Studie stets Urteile über das frühere System der DDR mit einfließen, wurde mit einer speziellen Fragenbatterie explizit aufgefordert, einen Systemvergleich zu ausgewählten Aspekten vorzunehmen:

Tabelle 5.24: Systemvergleich 1998 (N=368)
 „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation
 damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland“
 (geordnet nach Ap 1: vor der Wende besser)

Auf diesem Gebiet
 1 war es vor der Wende besser
 2 ist es heute besser
 3 gibt es kaum einen Unterschied
 0 Das kann ich nicht beurteilen

	1	2	3	0
soziale Sicherheit	91	2	4	3
Betreuung der Kinder	85	3	4	8
Jugendförderung	82	4	7	7
Verhältnis der Menschen untereinander	80	1	15	4
Förderung der Familie	80	3	8	9
Schutz gegen Kriminalität	70	2	17	11
soziale Gerechtigkeit	52	6	27	15
Gleichberechtigung der Frau	36	13	34	17
Berufsausbildung	36	29	22	13
Schulbildung	33	27	27	13
Gesundheitswesen/medizinische Betreuung	23	51	19	7
Achtung der Menschenwürde	20	32	36	12
Versorgung mit Wohnungen	13	71	11	5
Möglichkeit, sich selbst zu entfalten	3	84	8	5
persönliche Freiheiten	3	87	8	2
Moral der herrschenden Politiker	3	11	63	23
demokratische Mitwirkung	2	48	30	20

Wie erkennbar ist, geben die Panelmitglieder sehr differenzierte Urteile ab. Bei sieben der 17 Gebiete meinen sie mehrheitlich, daß es vor der Wende besser gewesen wäre:

Soziale Sicherheit (91 %); Betreuung der Kinder (85 %); Jugendförderung (82 %); Verhältnis der Menschen untereinander (80 %); Förderung der Familie (80 %); Schutz gegen Kriminalität (70 %); soziale Gerechtigkeit (52 %). Vor allem auf diesen wesentlichen

Gebieten des Lebens überwiegen bei den Jugendlichen offensichtlich nach wie vor positive Erinnerungen an die Zeit vor der Wende.

Ein mehr oder weniger großer Vorsprung der früheren gegenüber der heutigen Situation ist auch ablesbar im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Frau (36 %), die Berufsausbildung (36 %) und die Schulbildung (33 %). Bei diesen Gebieten meinen außerdem zwischen einem Drittel und einem Viertel, daß es kaum einen Unterschied gibt.

Ihnen stehen vier Gebiete gegenüber, bei denen die Teilnehmer mehrheitlich der heutigen Situation den Vorzug geben: die persönlichen Freiheiten (87 %); die Möglichkeiten der Selbstentfaltung (84 %); die Versorgung mit Wohnungen (71 %); Gesundheitswesen/medizinische Betreuung (51 %). Auch hinsichtlich der demokratischen Mitwirkung präferiert knapp die Hälfte (48 %) die heutige Situation.

Ein Vorsprung der heutigen gegenüber der früheren Situation besteht außerdem im Hinblick auf die Achtung der Menschenwürde (32 %); noch etwas mehr (36 %) sind jedoch der Meinung, daß es kaum einen Unterschied gegenüber der DDR vor der Wende gibt - ein eher kritisches Urteil über die Gegenwart.

Noch kritischer fällt das Urteil über die Moral der gegenwärtig herrschenden Politiker aus, wenn zwei Drittel (63 %) kaum Unterschiede zwischen damals und heute feststellen.

Aus den überwiegend geringen Quoten der Antwortposition „Das kann ich nicht beurteilen“ geht hervor, daß sich fast alle Teilnehmer eine vergleichende Wertung zutrauen.

Wir schließen die vorliegenden Trenddaten an, bei denen wir uns wieder nur auf die Angaben der Teilnehmer der 13. Welle stützen. Vorauszuschicken ist, daß diese Fragen überwiegend erst seit 1993 (9. Welle) gestellt wurden, einige erst seit 1996 (12. Welle).

Tabelle 5.25: Systemvergleich im Trend
 „Vergleichen Sie bitte auf einigen Gebieten des Lebens die Situation damals in der DDR vor der Wende und heute in Ostdeutschland“
 Auf diesem Gebiet
 1 war es vor der Wende besser
 2 ist es heute besser
 3 gibt es kaum einen Unterschied
 0 Das kann ich nicht beurteilen

Gebiet / Jahr	1	2	3	0
<u>soziale Sicherheit</u>				
1993	94	1	4	1
1995	91	2	6	1
1996	94	2	2	2
1998	91	2	4	3
<u>Jugendförderung</u>				
1993	66	11	13	10
1995	75	4	10	11
1996	78	5	9	8
1998	82	4	7	7
<u>Verhältnis der Menschen untereinander</u>				
1993	78	1	15	6
1995	83	3	12	2
1996	82	1	14	3
1998	80	1	15	4
<u>Schutz gegen Kriminalität</u>				
1993	78	2	12	8
1995	73	2	15	10
1996	67	2	17	14
1998	70	2	17	11
<u>Soziale Gerechtigkeit</u>				
1993	62	5	20	13
1995	51	8	25	16
1996	56	5	25	14
1998	52	6	27	15
<u>Gesundheitswesen / medizinische Betreuung</u>				
1993	33	43	19	5
1995	27	50	17	6
1996	23	51	20	6
1998	23	51	19	7
<u>Achtung der Menschenwürde</u>				
1993	26	24	38	12
1995	20	29	38	13

1996	19	30	40	11
1998	20	32	36	12

Auf diesem Gebiet

1 war es vor der Wende besser

2 ist es heute besser

3 gibt es kaum einen Unterschied

0 Das kann ich nicht beurteilen

Gebiet / Jahr	1	2	3	0
---------------	---	---	---	---

Möglichkeit, sich selbst zu entfalten

1993	2	82	11	5
1995	3	87	7	3
1996	5	85	7	3
1998	3	84	8	5

Förderung der Familie

1995	79	3	9	9
1996	80	1	7	12
1998	80	3	8	9

Gleichberechtigung der Frau

1995	39	12	32	17
1996	36	15	29	20
1998	36	13	34	17

persönliche Freiheiten

1995	2	86	10	2
1996	2	85	9	4
1998	3	87	8	2

Moral der herrschenden Politiker

1995	2	13	60	25
1996	1	12	64	23
1998	3	11	63	23

Betreuung der Kinder

1996	90	2	2	6
1998	85	3	4	8

Berufsausbildung

1996	35	28	22	15
1998	36	29	22	13

Schulbildung

1996	24	32	27	17
1998	33	27	27	13

Versorgung mit Wohnungen

1996	22	45	20	13
1998	13	71	11	5

Auf diesem Gebiet

1 war es vor der Wende besser

2 ist es heute besser

3 gibt es kaum einen Unterschied

0 Das kann ich nicht beurteilen

<u>Gebiet / Jahr</u>	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>3</u>	<u>0</u>
----------------------	----------	----------	----------	----------

Demokratische Mitwirkung

1996	3	49	25	23
1998	2	48	30	20

Größere Veränderungen in den jeweiligen Untersuchungszeiträumen sind die Ausnahme, meist ist eine hohe Konstanz der Wertungen zu beobachten. Die größten Veränderungen sind im Hinblick auf die Jugendförderung eingetreten. Im Zeitraum zwischen 1993 und 1998 erhöhte sich der Anteil der Panelmitglieder, die die Situation auf diesem Gebiet vor der Wende als besser bewerten, von 66 % kontinuierlich auf 82 % (sign.). Auf diesem sehr komplexen Gebiet sind die Nachwirkungen der Vergangenheit nicht nur besonders stark, sondern haben im Kontext der Erfahrungen nach der Wende noch deutlich zugenommen. In ihren verbalen Äußerungen (Antworten auf offene Fragen) lassen viele Teilnehmer keinen Zweifel daran, daß sie mit der heutigen Förderung der Jugend unzufrieden sind.

Eine leicht zunehmende Tendenz zugunsten der heutigen Situation ist in bezug auf das Gesundheitswesen zu erkennen, dasselbe gilt - allerdings auf einem wesentlich niedrigeren Prozentniveau - für die Achtung der Menschenwürde.

Sehr starke Veränderungen zugunsten der heutigen Situation sind zwischen 1996 und 1998 im Hinblick auf die Versorgung mit Wohnungen eingetreten: Präferierten auf diesem Gebiet 1996 erst 45 % die heutige Situation, so waren es 1998 bereits 71 %. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Zunahme der Zufriedenheit der Panelmitglieder mit ihren Wohnverhältnissen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Auszug aus dem Elternhaus und der Anschaffung einer eigenen Wohnung (siehe Abschnitte 2. und 10.2).

Eine tendenzielle Veränderung zugunsten der Situation vor der Wende deutet sich zwischen 1996 und 1998 hinsichtlich der Schulbildung an. Für genauere Aussagen wären weitere Trenddaten aufschlußreich.

Soweit vergleichbar, hat Gerhard Schmidtchen ähnliche Ergebnisse ermittelt. Das betrifft insbesondere die soziale Sicherheit, die Sicherheit vor Kriminalität und die

zwischenmenschlichen Beziehungen, an die sich die überwiegende Mehrheit der von ihm befragten ostdeutschen Jugendlichen positiv erinnert (vgl. 1997, S. 77). So haben 83 % von ihnen die menschlichen Beziehungen positiv erlebt. Und auf die mit unserem Indikator vergleichbare Frage danach, ob das menschliche Klima, die gegenseitige Hilfsbereitschaft zu DDR-Zeiten besser war als jetzt oder nicht, erklären 80 %, daß das früher besser war (vgl. S. 76).

Er fügt hinzu: „Mit Nostalgie haben diese Erinnerungen wenig zu tun, es sind vielmehr realistische Einschätzungen, ernst zu nehmende Berichte.“ (ebenda). Das ist auch unsere Meinung.

Über die genannten einzelnen Gebiete/Seiten hinaus äußerten sich die Panelmitglieder verallgemeinernd anhand einer Frage zum Verhältnis von guten bzw. schlechten Seiten in der DDR. Dazu liegen Trendergebnisse seit 1993 vor. Zunächst informieren wir über die Ergebnisse der 13. Welle und einige wesentliche Differenzierungen.

(Da die Extrempositionen des Antwortmodells in der Gesamtgruppe nicht besetzt sind, fassen wir die Positionen 1 und 2 bzw. 4 und 5 jeweils zusammen.)

Tabelle 5.26: Urteil über das Leben in der DDR 1998
„Wenn Sie zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen ?“

	1+2	3	4+5
Es gab in der DDR			
1 nur schlechte Seiten			
2 mehr schlechte als gute Seiten			
3 gute und schlechte Seiten			
4 mehr gute als schlechte Seiten			
5 nur gute Seiten			
Gesamt	8	77	15
<u>(a) Sicherheit des Arbeitsplatzes</u>			
völlig sicher	15	74	11
ziemlich sicher	7	79	14
ziemlich/völlig unsicher	4	74	22
(r = .12; P = .029)			
<u>(b) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>			
zufrieden/eher zufrieden	14	77	9
eher unzufrieden	6	77	17
unzufrieden	2	75	23
(r = .20; P = .000)			
<u>(c) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>			
mehr positive Veränderungen	21	66	13
positive und negative V.	4	83	13
mehr negative Veränderungen	3	59	38

(CC = .39; P = .000)

(d) Persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erf.	18	70	12
positive und negative Erf.	5	80	15
nur/überwiegend negative Erf.	0	70	30

(r = .19; P = .000)

Es gab in der DDR

- 1 nur schlechte Seiten
- 2 mehr schlechte als gute Seiten
- 3 gute und schlechte Seiten
- 4 mehr gute als schlechte Seiten
- 5 nur gute Seiten

	1+2	3	4+5
--	-----	---	-----

(e) Inwieweit stimmt das in der Schulzeit vermittelte BRD-Bild mit Realität überein?

vollkommen/im großen und ganzen	1	73	26
teils-teils	7	81	12
kaum/überhaupt nicht	14	74	12

(r = -.23; P = 000).

Ablesbar ist 1998 (wie in den Jahren zuvor - s. u.) eine hochgradige Ambivalenz der Wertungen: Die übergroße Mehrheit (77 %) meint, daß die DDR gute und schlechte Seiten hatte. Der Anteil derer, die mehr gute als schlechte Seiten sehen, ist etwas größer als der Anteil jener, die umgekehrte Relationen feststellen (15 % gegenüber 8 %). Diese charakteristische Ambivalenz der Wertungen über die DDR zeigte sich auch in anderen Untersuchungen nach der Wende, z. B. in Umfragen von EMNID 1992 und 1994 (vgl. Friedrich/Förster 1996, S. 61).

Aus den angeführten und weiteren Differenzierungen geht außerdem hervor, daß die Urteile über die DDR deutlich von den heutigen Erfahrungen mit der neuen Ordnung beeinflusst werden (a - d). So schreiben jene Panelmitglieder, die nur oder überwiegend positive Erfahrungen gemacht haben, der DDR deutlich häufiger schlechte Seiten und seltener gute Seiten zu als jene, die ambivalente bzw. nur oder überwiegend negative Erfahrungen gemacht haben.

Bemerkenswert ist der enge Zusammenhang mit dem „Bild von der BRD“ (e): Je mehr zugestimmt wird, daß das zu DDR-Zeiten vermittelte BRD-Bild mit der heutigen Realität im vereinten Deutschland übereinstimmt, um so positiver fallen die Urteile über die DDR aus.

Auch bei diesem Sachverhalt ist seit 1996 (12. Welle) ein signifikanter Zusammenhang mit der Systembindung vor der Wende nachweisbar (ausf. s. Abschnitt 12.).

Wir schließen Angaben zum Trend an:

Tabelle 5.27: Urteil über das Leben in der DDR im Trend (nur Teilnehmer 13. Welle)
 „Wenn Sie zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen?“

Es gab in der DDR
 1 nur schlechte Seiten
 2 mehr schlechte als gute Seiten
 3 gute und schlechte Seiten
 4 mehr gute als schlechte Seiten
 5 nur gute Seiten

	1	2	3	4	5	X
1993	0	4	83	12	1	3,1
1996	0	6	79	15	0	3,1
1998	0	8	77	15	0	3,1

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1993 bis 1998:

POP	KOP	NEP	N
13	74	13	203

Mit 74 % ist der Anteil der zwischen 1993 und 1998 konstant gebliebenen Wertungen sehr hoch; nur jeweils 13 % veränderten sich in positiver bzw. negativer Richtung. Die meisten Teilnehmer haben sich eine stabile Meinung gebildet.

Einstellung zum SED-Regime, zu einem reformierten Sozialismus und zum Leben in der DDR

Angesichts des zehnten Jahrestages der politischen Wende ist besonders interessant, wie die Panelmitglieder zu dieser Zäsur in ihrem Leben stehen und wie sie über gesellschaftliche Alternativen denken:

Tabelle 5.28: Einstellung zum SED-Regime, zu einem reformsozialistischen Modell und zum Leben in der DDR im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)

Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Jahr	1	2	3	4	5	X	N	V	POP	KOP	NEP
------	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	-----	-----

a) „Es war höchste Zeit, daß das SED-Regime beseitigt worden ist.“

1992	59	20	18	2	1	1,7	154	-	-	-	-
1993	50	25	16	6	3	1,9	202	92:93	17	51	<u>32</u>

1994	57	21	16	3	3	1,7	231	93:94	<u>28</u>	59	13
1995	44	26	22	6	2	2,0	297	94:95	14	58	<u>28</u>
1996	48	24	20	7	1	1,9	335	95:96	25	55	20
1998	49	23	19	7	2	1,9	368	96:98	21	59	20

b) *„Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“*

1992	19	20	25	16	20	3,0	-	-	-	-
1993	25	22	25	13	15	2,7	92:93	28	47	25
1994	18	18	26	19	19	3,0	93:94	18	49	<u>33</u>
1995	19	23	27	17	14	2,8	94:95	<u>36</u>	44	20
1996	16	24	31	15	14	2,9	95:96	26	47	27
1998	19	24	27	15	15	2,8	96:98	27	49	24

c) *„Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen 'lebenlangen Knast'.“*

1994	10	23	29	22	16	3,1	-	-	-	-
1995	7	25	30	21	17	3,2	94:95	25	47	28
1996	9	26	25	20	20	3,2	95:96	29	42	29
1998	11	20	35	20	14	3,1	96:98	30	46	24

Koeffizienten für die gesamten Untersuchungszeiträume:

	POP	KOP	NEP	N
a) Beseitigung des SED-Regimes (92-98)	18	51	<u>31</u>	154
b) Reformierter Sozialismus (92-98)	32	44	24	154
c) Leben in der DDR (94-98)	32	39	29	231

Wir fügen hier noch die bestehenden Zusammenhänge mit der Zufriedenheit mit dem politischen System ein:

Tabelle 5.29: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem politischen System einerseits und politischen Einstellungen andererseits (1998, N = 368)

Systemzufriedenheit:	Das entspricht meiner Meinung				
	1	2	3	4	5
	<u>„Höchste Zeit, daß das SED-Regime beseitigt worden ist“</u>				
sehr zufrieden/zufrieden	59	20	13	5	3
weniger zufrieden	45	26	19	9	1
unzufrieden	48	20	23	4	5
(r = .10; P = .057 ns)					
	<u>„Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber“</u>				
sehr zufrieden/zufrieden	4	15	33	26	22
weniger zufrieden	18	24	28	16	14
unzufrieden	36	31	19	4	10
(r = -.34; P = .000)					

	<u>„Leben in der DDR bedeutete 'lebenslangen Knast'“</u>				
sehr zufrieden/zufrieden	14	23	36	17	10
weniger zufrieden	10	17	39	20	14
unzufrieden	10	23	29	21	17

($r = .085$; $P = .102$ ns)

Die erwähnte deutlich zunehmende Distanz gegenüber dem jetzigen politischen System ist nicht gleichzusetzen mit einem Infragestellen der Beseitigung des SED-Regimes und damit der politischen Wende im Herbst 1989. Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder bejaht die Wende (1998 72 %), allerdings ist zwischen 1992 und 1998 eine leichte, aber signifikante rückläufige Tendenz nicht zu übersehen (NEP = 31 %; bei den weiblichen Teilnehmern ist die Regression stärker als bei den männlichen). Mit zunehmendem zeitlichen Abstand (und zunehmendem Alter) bejahen nicht mehr, sondern eher weniger die Wende. Außerdem fällt der beträchtliche Anteil wechselnder Positionen auf, auch in diesem Falle ein Indiz für die noch anhaltende Suche nach einem Standpunkt. Die Fortsetzung der Analysen zu dieser politischen Kernfrage wäre sehr wünschenswert.

Distanz gegenüber dem politischen System fördert dagegen die Präferenz einer reformsozialistischen Alternative: Systemunzufriedene sprechen sich eher für ein solches Modell aus als Systemzufriedene. Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Modell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm, die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative. 1998 würden immerhin 43 % eine reformsozialistische Alternative der gegenwärtigen Ordnung vorziehen. Die Meinungsbildung dazu hält nach wie vor an.

Der Charakterisierung des Lebens in der DDR als „lebenslangem Knast“ (in Anlehnung an eine Formulierung der 1992 eingesetzten Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“) schließen sich 1998 nur 31 % der Panelmitglieder an, 34 % widersprechen ihr, 35 % nehmen eine ambivalente Haltung ein. Zu einer totalen Verurteilung der DDR ist nur rund ein Drittel der Teilnehmer bereit. Auch hier fällt ein hoher Anteil wechselnder Positionen auf, ein Hinweis auf die anhaltende Suche nach einem Standpunkt. Ein Trend zu mehr Zustimmung bzw. Ablehnung ist nicht erkennbar.

Heutige Systemzufriedenheit korreliert nicht mit der Bewertung des Lebens in der DDR als „Knast“. Selbst Systemzufriedene betrachten das Leben in der DDR nicht häufiger als „Knast“ als Systemunzufriedene.

6. Einstellung zu den Parteien, Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum

Einstellung zu den politischen Parteien

Von 1991 an (6. Welle) wurde untersucht, inwieweit die Panelmitglieder Vertrauen zu den beiden großen Parteien CDU/CSU und SPD haben, ab 1992 wurden vier weitere Parteien einbezogen: Bündnis 90/Grüne, PDS, FDP und Republikaner. Die Tabelle 6.1 gibt einen Überblick der Ergebnisse in der Gesamtgruppe :

Tabelle 6.1: Vertrauen zu politischen Parteien im Trend 1991 bzw. 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle)

„Inwieweit haben Sie Vertrauen zu folgenden Parteien?“

1 sehr großes 2 großes
3 geringes 4 überhaupt keins

	1	2	(1+2)	3	4	X
<u>CDU/CSU</u>						
1991	1	10	(11)	42	47	3,4
1992	3	11	(14)	38	48	3,3
1993	2	4	(6)	47	47	3,4
1994	7	17	(24)	42	34	3,0
1995	2	19	(21)	49	30	3,1
1996	2	15	(17)	47	36	3,2
1998	2	14	(16)	46	38	3,2
<u>SPD</u>						
1991	4	22	(26)	56	18	2,9
1992	2	19	(21)	48	31	3,1
1993	1	14	(15)	62	23	3,1
1994	3	20	(23)	61	16	2,9
1995	1	16	(17)	61	22	3,0
1996	1	15	(16)	58	26	3,1
1998	2	20	(22)	61	17	2,9
<u>Bündnis 90/Grüne</u>						
1992	1	25	(26)	46	28	3,0
1993	2	27	(29)	40	31	3,0
1994	2	20	(22)	49	29	3,0
1995	2	24	(26)	44	30	3,0
1996	0	18	(18)	50	32	3,1
1998	0	12	(12)	40	48	3,4
<u>PDS</u>						
1992	2	12	(14)	33	53	3,4
1993	1	14	(15)	41	44	3,3
1994	3	22	(25)	34	41	3,1
1995	4	18	(22)	40	38	3,1
1996	2	13	(15)	40	45	3,3

S. 81 ff.). Die Vertrauensquoten (sehr großes und großes Vertrauen zusammengenommen) erreichen bei keiner Partei und zu keinem Untersuchungszeitpunkt ein Drittel der Panelmitglieder, liegen meist weit darunter.

1998 hat nur knapp ein Viertel Vertrauen zur SPD (22 %), rund ein Sechstel zu CDU/CSU bzw. PDS (jeweils 16 %) , zu Bündnis 90/Grüne (12 %). Zur FDP bzw. zu den Republikanern haben noch weniger Vertrauen: 6 % bzw. 4 %. Bei den Angaben zur FDP und zu den Republikanern muß allerdings berücksichtigt werden, daß sich die Quoten derer sehr stark unterscheiden, die überhaupt kein Vertrauen äußern. Bei der FDP trifft das 1998 auf 52 % zu, bei den Republikanern dagegen auf 82 %.

Die Trends zeigen teilweise eine sehr unterschiedliche Entwicklung der Vertrauensquoten. Bei der CDU/CSU stieg die Quote zwischen 1991 und 1992 leicht an, ging 1993 stark zurück, um dann 1994 (Bundestagswahlen) wieder stark zuzunehmen (allerdings noch unterhalb der Marke von 25 %). Danach setzte ein Rückgang ein, der auch 1998 noch anhielt. Trotz dieser zwischenzeitlich gegenläufigen Entwicklungen überwiegt im gesamten Zeitraum zwischen 1991 und 1998 eine leichte Zunahme des Vertrauens, allerdings auf einem niedrigen Prozentniveau.

Die Quoten des Vertrauens zur SPD gingen zwischen 1991 und 1993 zurück, stiegen 1994 leicht an, gingen 1995 und 1996 erneut zurück. 1998 ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen, die Werte von 1991 werden jedoch nicht erreicht.

Die Vertrauensquoten gegenüber Bündnis 90/Grüne waren zwischen 1992 und 1994 ziemlich stabil, danach ist ein klarer Rückgang zu beobachten, der 1998 seinen bisherigen Tiefpunkt erreicht. Zugleich hat sich 1998 der Anteil jener Panelmitglieder erheblich vergrößert, die überhaupt kein Vertrauen zu dieser Partei haben. Zwischen 1992 und 1998 überwiegt deutlich (signifikant) der Rückgang.

Gegenüber der PDS ist das Vertrauen bis 1994 leicht angestiegen, danach ist wieder ein Rückgang zu verzeichnen.

Mit Ausnahme des Jahres 1993 liegen die Vertrauensquoten gegenüber der FDP bei 10 % oder darunter. Zwischen 1992 und 1998 überwiegt der Rückgang des Vertrauens.

Die Vertrauensquoten gegenüber den Republikanern liegen durchweg unter 10 % mit rückläufiger Tendenz. Zwischen 1992 und 1998 ist ein signifikanter Rückgang des Vertrauens eingetreten.

Die Distanz gegenüber den politischen Parteien geht auch aus den Ergebnissen einer Frage hervor, die darauf zielt, von welcher Partei sich die Jugendlichen am besten vertreten fühlen. Sie wurde seit 1993 durchgängig gestellt:

Tabelle 6.2: Erleben der Interessenvertretung durch die Parteien im Trend 1993 bis 1998 (nur Teilnehmer 13.Welle)

„Von welcher Partei fühlen Sie sich am besten vertreten?“

1 SPD 2 CDU/CSU 3 Republikaner 4 Bündnis 90/Grüne
5 PDS 6 FDP 7 von einer anderen 0 von keiner

	1	2	3	4	5	6	7	0	N
1993	10	5	5	16	7	4	1	52	203
1994	14	20	3	11	16	2	2	32	230
1995	9	20	2	9	14	1	0	45	296
1996	11	16	3	10	9	2	0	49	335
1998	18	12	2	6	11	2	1	48	368

1998

Geschlechtergruppen

männlich	17	16	3	5	11	1	3	44
weiblich	19	9	1	6	12	2	0	51

Bewertung der Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung

mehr positive V.	11	24	4	7	5	4	2	43
positive und negative V.	20	10	1	5	13	0	1	50
mehr negative V.	23	5	3	3	17	6	0	43

Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum

links/eher links	23	3	0	14	32	0	0	28
weder-noch	18	17	0	2	4	2	0	57
eher rechts/rechts	9	16	16	4	2	5	9	39

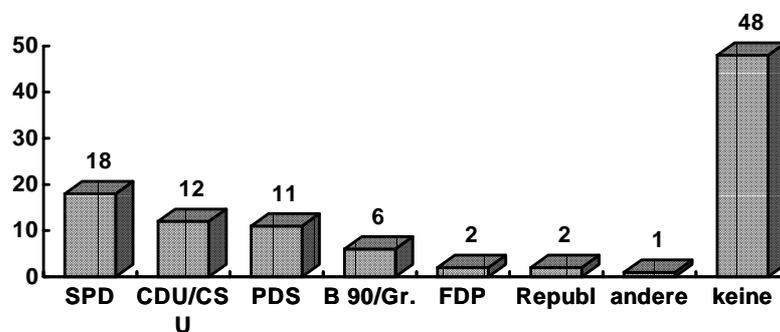


Abb. 6.2: „Von welcher Partei fühlen Sie sich am besten vertreten?“
Prozentanteile der Parteien 1998

Der größte Teil der Untersuchungsteilnehmer (48 %) fühlt sich 1998 - wie in den Jahren vorher (vom Wahljahr 1994 abgesehen) von keiner der aufgeführten Parteien am besten vertreten. Mit 18 % wird am häufigsten die SPD genannt, gefolgt von der CDU/CSU mit 12 % und der PDS mit 11 %. Auf Bündnis 90/Grüne entfallen 6 %. Von den Republikanern bzw. von der FDP fühlen sich nur sehr wenige Teilnehmer vertreten: je 2 %.

Die Trends zwischen 1993 und 1998 lassen schon von den Querschnittsverteilungen her erkennen, daß die Stabilität der Bindungen zu den Parteien (wie bei den Ostdeutschen generell; vgl. Arzinger/Falter 1998, S. 41) nicht sehr hoch ist. Tatsächlich zeigt die Längsschnittkorrelation zwischen 1993 und 1998, daß nur 48 % der Panelmitglieder zu beiden Zeitpunkten dieselbe Antwortposition gewählt haben, bei 52 % hat ein Wechsel stattgefunden. Die höchste Übereinstimmung besteht bei den Unionsparteien mit 73 %, überdurchschnittlich hoch ist sie außerdem bei der PDS mit 64 % sowie bei der Position „keine Partei“ mit 59 %. Die folgende Tabelle veranschaulicht die überwiegend geringe Stabilität der Bindungen im Zeitraum 1993 bis 1998 anhand der absoluten Zahlen:

Tabelle 6.3: Vertrauen zu den politischen Parteien zwischen 1993 und 1998 (absolute Zahlen)

	bevorzugte Partei 1998:								n
	keine	SPD	CDU	Rep.	B90/Gr.	PDS	FDP	and.	
<u>bevorzugte Partei 1993:</u>									
keine	<u>62</u>	15	9	1	6	12	0	0	105
SPD	6	<u>7</u>	2	0	1	4	0	0	20
CDU/CSU	1	1	<u>8</u>	0	0	0	0	1	11
Republikaner	3	2	0	<u>2</u>	0	0	1	2	10
Bündnis 90/Grüne	11	5	3	0	<u>8</u>	5	0	0	32
PDS	1	2	0	1	1	<u>2</u>	0	0	14
FDP	5	2	1	0	0	1	<u>0</u>	0	9
andere Partei	0	0	0	0	0	0	0	<u>2</u>	2
	89	34	23	4	16	31	1	5	203

Besonders deutlich erkennbar ist die geringe Stabilität der Bindungen bei Bündnis 90/Grüne: Von den 32 Panelmitgliedern, die sich 1993 am besten von dieser Partei vertreten fühlten, äußerten das 1998 nur noch 8 ! Weitere 11 Jugendliche gaben jetzt an, sich von keiner Partei am besten vertreten zu fühlen, je fünf präferierten nun die SPD bzw. die PDS, drei die Unionsparteien.

Aus den für 1998 vorliegenden Korrelationen geht hervor, daß männliche Teilnehmer etwas häufiger als weibliche die SPD präferieren, Letztere können sich etwas häufiger nicht für eine Partei entscheiden.

Weitaus stärker differenziert die Bewertung der Veränderungen in Ostdeutschland seit der Wende. Vorwiegend positive Veränderungen gehen deutlich häufiger mit einer Präferenz der Unionsparteien einher, vorwiegend negative mit einer Präferenz von SPD und PDS.

Enge Beziehungen bestehen zum politisch-weltanschaulichen Standpunkt: Linksorientierte fühlen sich häufiger von der PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD am besten vertreten, Rechtsorientierte dagegen häufiger von CDU/CSU und den Republikanern. Die große Gruppe der Vertreter der Mitte (Ap weder-noch) fühlt sich vor allem von SPD und CDU/CSU vertreten, die übrigen Parteien spielen fast keine Rolle, überdurchschnittlich viele (56 %) fühlen sich von keiner Partei vertreten.

Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum

Für junge Ostdeutsche ist das *Links-Rechts-Schema* in den letzten Jahren zweifellos zum wichtigsten Bezugssystem ihrer politischen Grundorientierung geworden. Das geht sehr klar aus unseren repräsentativen Jugendstudien in Sachsen hervor, und auch diese Langzeitstudie bestätigt dies. Da die große Mehrheit der Jugendlichen nach der Wende bei den Parteien nicht den erhofften Halt fand, um die damals weit verbreiteten Verunsicherungen, Konflikte, Orientierungsnot zu überwinden, erwies sich das Links-Rechts-Spektrum bald als ein diesen Bedürfnissen entgegenkommendes Orientierungsmodell (ausführlicher s. Friedrich/Förster 1996, S. 33 ff.).

Daten zur Selbsteinstufung der Teilnehmer dieser Studie in das Links-Rechts-Spektrum liegen seit 1992 vor. Die Tabelle 6.4 gibt einen Überblick, für den die Positionen „links“ und „eher links als rechts“ zu „Linksorientiert“ zusammengefaßt wurden, die Positionen „rechts“ und „eher rechts als links“ zu „Rechtsorientiert“.

Tabelle 6.4: Positionen im Links-Rechts-Spektrum im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle; reduzierte Darstellung)

„Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘ zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“

1 links 2 eher links als rechts 3 weder noch
4 eher rechts als links 5 rechts
0 Das weiß ich (noch) nicht

1+2	3	4+5	0	N	V	KOP
-----	---	-----	---	---	---	-----

1992	36	39	16	9	147	-	-
1993	34	49	11	6	204	92:93	76
1994	38	50	9	3	230	93:94	76
1995	31	54	11	4	296	94:95	78
1996	28	58	11	3	335	95:96	80
1998	28	57	12	3	367	96:98	82

1 links 2 eher links als rechts 3 weder noch
 4 eher rechts als links 5 rechts
 0 Das weiß ich (noch) nicht

1+2	3	4+5	0
-----	---	-----	---

1998:

Geschlechtergruppen

männlich	26	53	20	1
weiblich	29	60	5	6

beste Interessenvertretung durch Partei

PDS	76	22	2	0
B 90/Gr.	67	24	9	0
SPD	35	58	6	1
CDU/CSU	7	78	15	0
FDP	0	67	33	0 (n=6)
Republikaner	0	0	100	0 (n=7)
keine	16	67	10	7

Neue Bundesländer insgesamt 1996 (Allbus; vgl. Boll/Crow/Hofmann/Holtmann 1999, S. 41):

33,4	54,9	11,7	-
------	------	------	---

Nur 3 % der Panelmitglieder konnten oder wollten sich 1998 nicht in das Schema einordnen. Dieser Anteil war schon 1992 mit 9 % sehr klein und hat danach weiter abgenommen - Beleg dafür, daß die Einordnung den Teilnehmern keine Probleme bereitet.

Ablesbar ist, daß der Anteil der Vertreter der Mitte (Ap weder-noch) zwischen 1992 und 1998 kontinuierlich stark angestiegen ist: von 39 % auf 58 % 1996 bzw. 57 % 1998. Die Neigung, sich weder links noch rechts zu positionieren, hat offensichtlich zugenommen. Dafür ist der Anteil der Linksorientierten nach einem kurzen Anstieg 1994 von 36 % auf 28 % leicht zurückgegangen; auch der Anteil der Rechtsorientierten hat leicht abgenommen.

Wie der Koeffizient KOP erkennen läßt (die anderen Koeffizienten sind bei dem verwendeten Antwortmodell nicht relevant), war diese Grundorientierung ziemlich stabil, wenn jeweils die Daten von zwei aufeinander folgenden Wellen betrachtet werden. Im gesamten Untersuchungszeitraum 1992 bis 1998 sind jedoch nur 63 % bei ihrer Position geblieben,

Beleg dafür, daß auch sie Wandlungen unterworfen war. Die folgende Tabelle zeigt diese Veränderungen:

Tabelle 6.5: Position im Links-Rechts-Spektrum im Längsschnitt 1992 bis 1998
Einordnung 1998:

	Linksorientiert	weder-noch	Rechtsorientiert	weiß
<u>nicht</u>				
<u>1992:</u>				
Linksorient.	<u>70</u>	28	2	0
weder-noch	16	<u>79</u>	3	2
Rechtsorient.	4	61	<u>35</u>	0
weiß nicht	0	85	0	<u>15</u>

Überdurchschnittlich hoch war die Konstanz bei den Teilnehmern, die sich 1992 in der Mitte eingeordnet hatten (79 %), und bei den Linksorientierten (70 %); unterdurchschnittlich bei den Rechtsorientierten (35 %) sowie bei jenen Panelmitgliedern, die 1992 sich nicht einordnen konnten (15 %). Ziemlich große Anteile sind im Untersuchungszeitraum zur Mittelposition „weder-noch“ abgewandert. Das betrifft insbesondere die Rechtsorientierten mit 85 %. Doch auch von den ursprünglich Linksorientierten nehmen 1998 28 % eine Mittelposition ein. Von der kleinen Gruppe derer, die sich 1992 nicht festgelegt hatten, ordnen sich 1998 mit 85 % fast alle in der Mitte ein.

Die Geschlechtergruppen unterscheiden sich insofern, als sich von den männlichen Teilnehmern deutlich mehr als von den weiblichen rechts positionieren. Letztere nehmen tendenziell häufiger eine Mittelposition ein bzw. legen sich nicht fest.

Sympathisanten von PDS und Bündnis 90/Grüne fühlen sich mehrheitlich als Linksorientierte (76 % bzw. 67 %), der Republikaner (n = 7) vollständig als Rechtsorientierte. Von den Sympathisanten der SPD fühlen sich zwar auch 35 % als Linksorientierte, die meisten (58 %) ordnen sich jedoch in der Mitte ein. Die überwiegende Mehrheit der Sympathisanten von CDU/CSU nimmt eine Mittelposition ein (78 %), 15 % fühlen sich als Rechtsorientierte, 7 % als Linksorientierte.

Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, sind 1998 signifikant weniger rechtsorientiert als jene, die dem System mehr oder weniger ablehnend gegenüberstanden; wir kommen darauf zurück.

Der Vergleich mit repräsentativen Allbus-Daten von 1996 (s. o.) für die Gesamtbevölkerung der neuen Bundesländer zeigt eine weitgehende Übereinstimmung.

Linksorientierte wie Rechtsorientierte haben sehr divergente Auffassungen in faktisch allen Bereichen ihres Denkens, Fühlens und Verhaltens. Das haben wir in unseren großen

Jugendstudien nachweisen können und geht auch aus zahlreichen anderen Untersuchungen hervor (vgl. Förster/Friedrich 1993, S.44 ff.; Friedrich/Förster 1996, S. 41 ff.). Es ist auch in dieser Längsschnittstudie zu beobachten, wenngleich nicht mit dem Anspruch auf Repräsentativität. Belege dafür werden an verschiedenen Stellen dieses Berichts angeführt.

Seit 1993 gaben die Panelmitglieder über ihre eigene Position im Links-Rechts-Spektrum hinaus auch an, in welche Richtung sich ihrer Meinung nach die Gesellschaft in Deutschland bewegt:

Tabelle 6.6: Bewegungsrichtung der Gesellschaft in Deutschland im Trend 1993 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle, reduzierte Darstellung)
„In welche Richtung bewegt sich Ihrer Meinung nach gegenwärtig die Gesellschaft in Deutschland?“

- 1 nach links
- 2 eher nach links als nach rechts
- 3 weder nach links noch nach rechts
- 4 eher nach rechts als nach links
- 5 nach rechts
- 0 Das kann ich nicht beurteilen

	1+2	3	4+5	0
1993	2	9	71	18
1994	13	26	44	17
1995	10	31	39	20
1996	5	32	43	20
1998	7	20	51	22

1998:

Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum

links/eher links	7	23	65	5
weder-noch	7	17	46	30
eher rechts/rechts	14	30	52	4
weiß nicht	0	8	15	77

Die meisten (51 %) gehen 1998 davon aus, daß sich die Gesellschaft in Deutschland nach rechts bewegt, nur 7 % sehen eine Linksbewegung. Jeder fünfte (20 %) meint, daß sich die Gesellschaft weder nach links noch nach rechts bewegt, 22 % können das nicht beurteilen.

Aufschlußreich ist der Trend: Ablesbar ist, daß 1993 noch die übergroße Mehrheit der Panelmitglieder (71 %) eine Bewegung der Gesellschaft nach rechts reflektierte, zweifellos Nachwirkung der Anfang der 90er Jahre vor allem in Ostdeutschland zu beobachtenden rapiden Zunahme rechtsextrem motivierter Gewalttaten. Ab 1994 hatte sich dieser Anteil zwar

deutlich verringert, dennoch sehen zwischen 40 % und 50 % - mit seit 1996 erneut steigender Tendenz - eine Bewegung der Gesellschaft nach rechts.

Die Korrelation von 1998 zeigt, daß insbesondere Linksorientierte eine Bewegung nach rechts registrieren (65 %), aber auch eine knappe Mehrheit der Rechtsorientierten (52 %) sieht das so. Auch die knappe Hälfte der Vertreter der Mitte (46 %) konstatiert eine Bewegung nach rechts.

Einstellung zu den sozialistischen Idealen

Rund zwei Drittel der Panelmitglieder geben 1998 zu erkennen, daß sie sich vor der Wende mit den sozialistischen Idealen identifiziert haben, für knapp die Hälfte trifft das auch heute noch zu:

Tabelle 6.7: Identifikation mit den sozialistischen Idealen vor der Wende und heute (1998; N = 368)
 „Wie standen Sie a) vor der Wende zu den sozialistischen Idealen und wie stehen Sie b) heute dazu?“

	Ich war / bin					
	1 sehr dafür	2 eher dafür als dagegen		3 eher dagegen als dafür	4 sehr dagegen	
	1	2	(1+2)	3	4	X
<u>a) vor der Wende</u>						
Gesamt	14	49	(63)	31	6	2,3
<u>Systemverbundenheit vor der Wende</u>						
stark	21	57	(78)	20	2	
mittel	12	47	(59)	35	6	
schwach	9	41	(50)	40	10	
<u>b) heute</u>						
Gesamt	5	43	(48)	43	9	2,6
männlich	5	39	(44)	45	11	2,6
weiblich	6	46	(52)	40	8	2,5
<u>Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>						
zufrieden/eher zufr.	3	30	(33)	52	15	
eher unzufrieden	6	47	(53)	40	7	
unzufrieden	6	59	(65)	29	6	
<u>Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>						
mehr positive V.	5	26	(31)	46	23	
pos. u. neg. V.	5	48	(53)	42	5	
mehr negative V.	9	49	(58)	36	6	

Sozialistische Ideale vor der Wende

sehr dafür	27	53	(80)	20	0
eher dafür	3	52	(55)	42	3
eher dagegen	1	32	(33)	59	8
sehr dagegen	0	9	(9)	9	82

Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum

links/eher links	11	57	(68)	29	3
weder-noch	3	42	(45)	46	9
eher rechts/rechts	2	18	(20)	55	25

Die Angaben der Panelmitglieder zu ihrer Identifikation mit den sozialistischen Idealen in der Zeit vor der Wende korrelieren positiv mit ihren damals (im Frühjahr 1989) geäußerten politischen Einstellungen, exemplarisch nachgewiesen anhand der Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus als Ausdruck damaliger politischer Systemverbundenheit. Von den stark systemverbundenen Panelmitgliedern äußern deutlich mehr als von den nur schwach verbundenen, vor der Wende sozialistische Ideale vertreten zu haben ($r = .28$; $P = .000$).

Bei den Angaben zur heutigen Identifikation mit den sozialistischen Idealen bestehen zwischen den Geschlechtergruppen nur tendenzielle Unterschiede (nicht sign.). Sehr viel stärker differenziert die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung: Von den Panelmitgliedern, die unzufrieden sind, bekennen sich sehr viel mehr zu den sozialistischen Idealen als von jenen, die zufrieden sind (sign.). Auch wenn wir es hier zweifellos mit einer Wechselwirkung zu tun haben, ist davon auszugehen, daß Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung die Entstehung sozialistischer Vorstellungen fördert und verfestigt. Die Regressionsanalyse bestätigt diese Annahme. In dieselbe Richtung weist der Zusammenhang zwischen der Bewertung der Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung einerseits und der Identifikation mit den sozialistischen Idealen andererseits (sign.).

Sehr eng korrelieren heutige und frühere Identifikation mit den sozialistischen Idealen ($r = .50$; $P = .000$).

Ein enger Zusammenhang besteht erwartungsgemäß mit der politisch-weltanschaulichen Einstellung: Linksorientierte bekennen sich erheblich häufiger zu den sozialistischen Idealen als Rechtsorientierte, aber auch als Vertreter der Mitte.

Ein zwar schwacher, aber signifikanter Zusammenhang besteht auch mit der Systembindung vor der Wende. Wir kommen im Abschnitt 12. darauf zurück.

Tabelle 6.9: Glauben an die Verwirklichung der sozialistischen Ideale im Trend 1994 bis 1998
 „Die sozialistischen Gesellschaftsideale werden sich eines Tages durchsetzen“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
1994	5	8	(13)	25	29	33	3,8
1996	2	5	(7)	29	31	33	3,9
1998	2	6	(8)	29	31	32	3,9

1998

Identifikation mit den sozialistischen Idealen heute

sehr dafür	11	26	(37)	21	21	21
eher dafür	3	8	(11)	34	38	17
eher dagegen	0	1	(1)	27	31	41
sehr dagegen	0	0	(0)	15	12	73

Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum

links/eher links	4	9	(13)	29	42	16
weder-noch	1	5	(6)	31	28	35
eher rechts/rechts	2	4	(6)	16	23	55

Koeffizienten für den Zeitraum 1994 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
26	42	32	0,34	0,45	229

Nur eine Minderheit von 8 % der Panelmitglieder glaubt 1998 daran, daß sich die sozialistischen Gesellschaftsideale eines Tages durchsetzen werden (Ap 1+2), 29 % äußern sich ambivalent, die meisten (63 %) glauben das nicht. Selbst von jenen Teilnehmern, die sich stark mit den sozialistischen Idealen identifizieren, nehmen nur 37 % an, daß diese eines Tages Realität sein werden. Deutlich differenziert die politisch-weltanschauliche Position, doch auch bei den Linksorientierten ist der Anteil derer sehr gering (13 %), die den sozialistischen Gesellschaftsidealen die Chance ihrer Verwirklichung geben.

Zwischen 1994 und 1998 hat der ohnehin geringe Anteil derer tendenziell weiter abgenommen, die an eine Verwirklichung sozialistischer Gesellschaftsideale glauben (nicht sign.). Die Koeffizienten lassen außerdem darauf schließen, daß die meisten Teilnehmer ihre Meinung hierzu mehr oder weniger stark verändert haben, nur 42 % sind bei ihrer Meinung geblieben.

Generell lassen die Angaben erkennen, daß die Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum durchaus nicht überholt ist. Es wäre sehr interessant, die Entwicklung der Panelmitglieder in dieser Hinsicht weiter zu verfolgen, nicht zuletzt im Hinblick auf den erkennbaren Trend zur Mitte.

7. Kollektive Identitäten

Die Entwicklung kollektiver Identitäten war nach der Wende fast von Anfang an Forschungsgegenstand dieser Studie. Seit 1990 bzw. 1992 wurden folgende Aspekte des Zugehörigkeitsgefühls untersucht: Identität als Deutscher, als Sachse, als Europäer, als Bürger der Bundesrepublik Deutschland, als Bürger der DDR bzw. der ehemaligen DDR, als Bürger der Stadt/Gemeinde, als Ostdeutscher (letzterer Aspekt erst ab 1996).

Im Rahmen dieses Berichtes informieren wir zunächst über die 1998 ermittelten Daten zu allen einbezogenen Aspekten und geben einen knappen Überblick über die Trends für die Identität als Deutscher, als Sachse und als Europäer; etwas ausführlicher gehen wir danach auf den Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger ein.

Tabelle 7.1: Zugehörigkeitsgefühle der Panelmitglieder 1998 im Überblick (N=368)
„Als was fühlen Sie sich?“

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	(1+2)	3	4
als Sachse/Sächsin	62	26	(88)	8	4
als Deutsche (r)	59	30	(89)	8	3
als Ostdeutsche (r)	46	33	(79)	15	6
als Bürger (in) meiner Stadt/Gemeinde	42	33	(75)	20	5
als Bürger (in) der ehemaligen DDR	38	41	(79)	17	4
als Bürger (in) der Bundes- republik Deutschland	30	51	(81)	15	4
als Europäer (in)	28	43	(71)	21	8

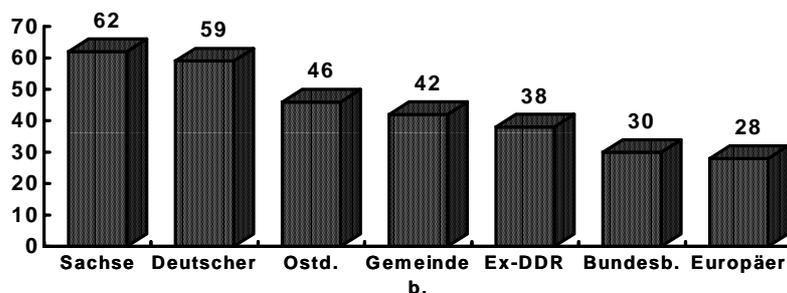


Abb. 7.1: Anteile einschränkungsloser Zugehörigkeitsgefühle 1998

Ablesbar ist, daß sich die Panelmitglieder 1998 besonders häufig als BürgerInnen des Freistaates Sachsen bzw. als Deutsche fühlen: 88 % bzw. 89 % (Ap 1+2). Bei diesen Aspekten liegen die Anteile einschränkungsloser Identifikation weit über der Hälfte.

Alle anderen Aspekte sind zwar ebenfalls mehrheitlich stark ausgeprägt, jedoch mit geringerer Häufigkeit einschränkungsloser Identifikation. Rund drei Viertel fühlen sich als Ostdeutsche (r) bzw. als Bürger (in) ihrer Stadt/Gemeinde, allerdings äußert jeweils nur die knappe Hälfte der Panelmitglieder einschränkungslose Identifikation. Reichlich drei Viertel fühlen sich als BürgerInnen der ehemaligen DDR bzw. als BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland mit einem noch geringeren Anteil einschränkungsloser Identifikation. Knapp drei Viertel fühlen sich als Europäer, darunter aber nur 28 % ohne Abstriche.

Die Entwicklung der einzelnen Aspekte ist sehr unterschiedlich verlaufen, wie sich zunächst am Zugehörigkeitsgefühl als Deutscher, Sachse und Europäer zeigt:

Tabelle 7.2: Zugehörigkeitsgefühle als Deutscher, Sachse und Europäer im Trend 1990 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle; Antwortmodell wie bei Tabelle 7.1)

	1	2	(1+2)	3	4	N
<u>als Deutsche (r)</u>						
1990	57	33	(90)	6	4	163
1991	55	25	(80)	11	9	165
1992	52	33	(85)	11	4	147
1993	51	28	(79)	15	6	204
1994	49	35	(84)	12	4	230
1995	52	34	(86)	11	3	296
1996	57	31	(88)	9	3	335
1998	59	30	(89)	8	3	368
<u>als Sachse/Sächsin</u>						
1990	47	26	(73)	13	14	
1991	49	30	(79)	14	7	
1992	57	27	(84)	8	8	
1993	59	25	(84)	9	7	
1994	58	24	(82)	11	7	
1995	61	28	(89)	9	2	
1996	61	27	(88)	8	4	
1998	62	26	(88)	8	4	
<u>als Europäer (in)</u>						
1990	39	44	(83)	16	1	
1991	35	45	(80)	14	6	
1992	36	36	(72)	20	8	
1993	32	41	(73)	23	4	
1994	28	42	(70)	18	12	
1995	30	39	(69)	25	6	
1996	28	41	(69)	24	7	

1998 28 43 (71) 21 8

Koeffizienten für den Zeitraum 1990 bis 1998:

	POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
als Deutsche (r)	25	55	20	0,28	0,25	163
als Sachse/Sächsin	<u>38</u>	50	12	0,53	0,15	163
als Europäer	23	40	<u>37</u>	0,27	0,50	163

Das hohe Niveau der Identität als Deutscher hat sich - von einem leichten Rückgang Mitte der 90er Jahre abgesehen - über den gesamten Zeitraum hinweg erhalten. Dennoch verweisen die Koeffizienten darauf, daß nur 55 % konstant bei ihrer ursprünglichen Position geblieben sind, 45 % haben sie in die eine oder andere Richtung verändert.

Bei der regionalen Identität als Sachse/Sächsin ist im Untersuchungszeitraum eine signifikante Zunahme (POP = 38) zu beobachten, bei der Identität als Europäer (in) dagegen ein signifikanter Rückgang (NEP = 37 %). Die Zurückhaltung gegenüber Europa läßt darauf schließen, daß die Zustimmung zum europäischen Einigungsprozeß bei den Jugendlichen (wie vermutlich bei der Bevölkerung insgesamt) in letzter Zeit eine Dämpfung erhalten hat und in einigen Bereichen (Binnenmarkt, Währungsunion) mit Skepsis begleitet wird. Diese regierungsamtliche Einschätzung von 1994 trifft offenbar noch immer zu (vgl. Situation der Jugend in Deutschland, S. 170), vermutlich noch verstärkt durch eine verbreitete Besorgnis gegenüber der Einführung des Euro. Auch jüngere Analysen gehen in diese Richtung. So fassen Sarcinelli und Hermann ihre Untersuchung zu Europa in der Wahrnehmung junger Menschen wie folgt zusammen: „Die Beziehungen der jungen Generation zum Integrationsprozeß sind durch ein Paradoxon geprägt: Einerseits hat sich Europa in der Lebenswelt Jugendlicher veralltäglicht, andererseits ist auch oder gerade die junge Generation von einer europapolitischen Indifferenz und zum Teil von Skepsis betroffen. Auch wenn sich die Einstellungen als flexible und komplexe Muster darstellen, so ist die Zustimmung der 15- bis 25jährigen zum Einigungsprozeß insgesamt rückläufig.“ (1998, S.40) Diese Entwicklung sollte unbedingt weiter verfolgt werden.

Wie der Gesamtüberblick in Tabelle 7.1 andeutet, erweist sich der Identitätswandel vom DDR-Bürger zum Bundesbürger als ein sehr langwieriger und widersprüchlicher Prozeß mit teilweise unerwarteten Tendenzen. Darauf verweisen unsere Forschungsergebnisse bei der Schuljugend (vgl. Friedrich/Förster 1996, S. 103 ff.), Ergebnisse des DJI-Jugendsurveys von 1992 (vgl. Westle 1995, S. 195 ff.) und nicht zuletzt diese Längsschnittstudie. Die hierzu vorliegenden Ergebnisse sollen etwas ausführlicher dargestellt werden.

Die folgende Tabelle informiert zunächst über die seit 1990 bzw. 1992 ermittelten Daten zur Ausprägung der Identität als Bürger der ehemaligen DDR bzw. als Bundesbürger:

Tabelle 7.3: Ausprägung der Identität als Bürger der ehemaligen DDR bzw. als Bürger der Bundesrepublik im Trend 1990 bzw. 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)

„Zu Ihrem Zugehörigkeitsgefühl: Als was fühlen Sie sich?“

1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

Jahr	1	2	3	4	N	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<i>als Bürger der ehemaligen DDR</i>											
1990*)	49	34	10	7	163	-	-	-	-	-	-
1992	40	43	10	7	148	90:92	22	42	36	0,25	0,53
1993	44	34	15	7	204	92:93	24	49	27	0,29	0,33
1994	41	38	14	7	229	93:94	23	54	23	0,27	0,27
1995	36	44	13	7	296	94:95	20	65	15	0,24	0,17
1996	38	40	13	9	335	95:96	19	59	22	0,23	0,25
1998	38	41	17	4	368	96:98	23	57	20	0,28	0,22

*) 1990 ohne den Zusatz „ehemalige“

<i>als Bürger der Bundesrepublik Deutschland</i>											
1992	37	41	18	4	146	-	-	-	-	-	-
1993	33	41	19	7	204	92:93	19	58	23	0,20	0,25
1994	27	46	19	8	229	93:94	20	55	25	0,25	0,32
1995	28	54	15	3	296	94:95	26	55	19	0,32	0,21
1996	29	46	19	6	335	95:96	15	59	26	0,19	0,31
1998	30	51	15	4	368	96:98	26	56	18	0,33	0,21

Koeffizienten für die Untersuchungszeiträume:

Zeitraum	Identitätsaspekt	POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
1990 bis 1998	Bürger der ehemal. DDR	28	43	29	0,36	0,39	163
1992 bis 1998	Bundesbürger	21	56	23	0,23	0,26	146

1998 fühlen sich reichlich drei Viertel der Panelmitglieder als ehemalige DDR-Bürger (79 %) bzw. als Bürger der Bundesrepublik (81 %; Positionen 1 und 2 zusammengefaßt). Die beiden Prozentverteilungen unterscheiden sich statistisch gesehen nicht ($P = .072$).

Die Identifikation mit der ehemaligen DDR ist im Untersuchungszeitraum 1990 bis 1998 trotz des wachsenden Abstandes zu ihrem Zusammenbruch nur tendenziell rückläufig, sie ist sogar zu einigen Meßpunkten - mit Ausnahme 1995 und der letzten Untersuchung 1998 - etwas häufiger verbreitet als die Identifikation mit der Bundesrepublik.

Die Identifikation mit der Bundesrepublik hat sich zwischen 1992 und 1998 nicht verstärkt. 1996 deutete sich im Vergleich mit 1995 sogar ein leichter (signifikanter) Rückgang an. 1998 ist im Vergleich mit 1996 wieder ein leichter (signifikanter) Zuwachs zu verzeichnen.

Bei beiden Aspekten ist aus den angeführten Längsschnittkoeffizienten für die Jahresvergleiche und für die Untersuchungszeiträume insgesamt jedoch auch ablesbar, daß bei den Panelmitgliedern erhebliche Veränderungen vor sich gegangen sind. Trotz ähnlicher Querschnittsverteilungen lassen die Koeffizienten POP und NEP auf einen beträchtlichen Wechsel der individuellen Werte zwischen den jeweiligen Meßpunkten erkennen, der mitunter fast die Hälfte der Panelmitglieder erfaßt.

Zur Veranschaulichung stellen wir exemplarisch die Veränderungen dar, die bei der Identifikation mit der Bundesrepublik zwischen 1996 und 1998 (zwischen 12. und 13. Welle) vor sich gegangen sind:

Tabelle 7.4: Veränderungen bei der Identität als Bürger der Bundesrepublik zwischen 1996 und 1998 (N = 335)
 „Ich fühle mich als Bürger der Bundesrepublik Deutschland“
Prozentwerte 1998, bezogen auf 1996

		etwas vollkommen schon	eigentlich nicht	absolut nicht

<u>1996</u>				
vollkommen	<u>65</u>	30	5	0
etwas schon	21	<u>64</u>	12	3
eigentlich nicht	11	53	<u>30</u>	6
absolut nicht	20	30	20	<u>30</u>

Wir erkennen: Von den Panelmitgliedern, die sich 1996 vollkommen als Bundesbürger fühlten, sind 1998 mit 65 % die meisten unverändert bei dieser Position geblieben, bei 35 % gab es Veränderungen: 30 % gingen auf die eingeschränkte Ap „etwas schon“ zurück, 5 % sogar auf die Position „eigentlich nicht“.

Auch von denen, die 1996 eine eingeschränkte Position einnahmen, sind 1998 mit 64 % die meisten bei dieser geblieben, 36 % haben sich verändert: 21 % fühlen sich jetzt einschränkungslos als Bundesbürger, 12 % dagegen wählen jetzt die Ap „eigentlich nicht“, weitere 3 % sogar die Ap „absolut nicht“.

Von jenen, die sich 1996 bei der Ap „eigentlich nicht“ eingeordnet hatten, sind nur 30 % bei ihrer leicht ablehnenden Haltung geblieben, bei 70 % sind Veränderungen ablesbar: 53 % fühlen sich jetzt mit Einschränkungen als Bundesbürger, weitere 11 % sogar ohne Einschränkungen.

Von den Panelmitgliedern, die 1996 eine völlig ablehnende Haltung einnahmen, sind 1998 ebenfalls nur 30 % bei dieser Ablehnung geblieben, 70 % haben sich verändert: 20 % äußern

nun nur noch eingeschränkte Ablehnung, 30 % fühlen sich mit Einschränkung als Bundesbürger, 20 % ohne Einschränkung.

Wie aus den Koeffizienten für den Vergleich 1996 zu 1998 hervorgeht, haben insgesamt gesehen 56 % ihre Position beibehalten (KOP), 26 % haben sie (im Sinne des Antwortmodells) positiviert (POP), 18 % negativiert (NEP). Die Positivierungen überwiegen signifikant die Negativierungen. In Skalenplätzen ausgedrückt stehen Positivierungen um 0,33 Punkte Negativierungen um 0,22 Punkte gegenüber.

Wir interpretieren diese Veränderungen (auch auf dem Hintergrund weiterer Daten unserer Studie) *als Indiz für die gravierenden Wandlungsprozesse in den Reflexionen sehr vieler Panelmitglieder über das neue Gesellschaftssystem, für die anhaltende Suche und die bestehende Unsicherheit bei der eigenen politischen Standortbestimmung, die auch die Revision von Standpunkten und Identifikationen einschließt.*

Für die Beurteilung der Identifikation mit der Bundesrepublik bzw. mit der ehemaligen DDR ist außerdem wesentlich, daß sich beide Aspekte keineswegs ausschließen. Auf diese für die Transformationsforschung bedeutsame Tatsache sind wir in eigenen Studien bereits früher gestoßen (vgl. Förster 1992, Förster/Friedrich u. a. 1993, S. 92). Die Kopplung des Zugehörigkeitsgefühls als Bundesbürger einerseits und als Ex-DDR-Bürger andererseits zeigt - leicht vereinfacht (die vier Antwortpositionen wurden dichotomisiert) - 1998 diese Relationen:

- > 16 % fühlen sich vorwiegend als Bundesbürger und nicht mehr als Ex-DDR-Bürger (Teilgruppe I);
- > 65 % fühlen sich als Bundesbürger, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der ehemaligen DDR aufgegeben zu haben (Teilgruppe II);
- > 14 % haben noch kein Zugehörigkeitsgefühl zur Bundesrepublik entwickelt, fühlen sich jedoch noch als Bürger der ehemaligen DDR (Teilgruppe III);
- > 5 % fühlen sich weder als Bundesbürger noch als Ex-DDR-Bürger (Teilgruppe IV).

Diese Relationen der Teilgruppen haben sich seit 1992 nur leicht verändert:

Tabelle 7.5: Anteile der Typen staatsbürgerlicher Identifikation im Trend 1992 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle)

	Teilgruppen:			
	I	II	III	IV
1992	15	63	20	2
1993	19	55	23	3
1994	18	56	23	3
1995	18	64	16	2
1996	15	60	18	7

1998 16 65 14 5

Erkennbar ist lediglich ein tendenzieller (nicht signifikanter) Rückgang des Anteils der Teilgruppe III, d. h. der Panelmitglieder, die sich vorwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen.

Für die meisten Panelmitglieder ist 1998 charakteristisch, *daß sie schon Bundesbürger sind, ohne jedoch ihre Verbundenheit mit der DDR aufgegeben zu haben*. Weitere 14 % fühlen sich vorwiegend als Bürger der ehemaligen DDR. Das Zugehörigkeitsgefühl zur ehemaligen DDR ist offensichtlich tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. Es wird auch von jungen Menschen nicht in kurzer Zeit als Ballast abgeworfen. Wie unsere für Sachsen repräsentativen Schülerstudien belegten, gilt das selbst für 14- bis 18jährige (vgl. Friedrich/Förster 1996, S. 103).

Eine große Rolle spielen dabei tiefe lebensgeschichtliche Prägungen, vor allem das Erleben der DDR als Heimatland, die Betonung der gelebten Biographie, die Erinnerung an eine meist sorgenfreie Kindheit in sozialer Sicherheit, die vielfach aufgewertet wird durch den Kontrast heutiger Alltagserfahrungen. Entscheidenden Einfluß haben jedoch die heutigen Erfahrungen der Panelmitglieder im Vereinigungsprozeß; wir kommen darauf zurück.

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die genannten Typen staatsbürgerlicher Identifikation in zahlreichen Merkmalen des politischen, weltanschaulichen und sozialen Bewußtseins. Exemplarisch veranschaulichen wir das für die Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung, einem sehr trennscharfen Kriterium:

Tabelle 7.6: Ausprägung der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung, differenziert nach den Typen staatsbürgerlicher Identifikation (1998, N = 367)

Typ	„Wie zufrieden sind Sie mit der gesellschaftlichen Entwicklung?“			
	zufrieden	eher zufrieden	eher unzufrieden	unzufrieden
I vorwiegend Bundesbürger	3	53	39	5
II Bundesbürger und DDR-Bürger	1	29	57	13
III vorwiegend DDR-Bürger	0	17	55	28
IV weder-noch	6	11	66	17
Gesamtgruppe	2	30	54	14

(CC = .33; P = .000)

Die (wechselseitigen) Beziehungen zwischen der staatsbürgerlichen Identifikation und der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung sind evident und müssen nicht kommentiert werden. Besonders stark unterscheiden sich die beiden Extremgruppen, d. h. die Panelmitglieder, die bereits mehr oder weniger in der Bundesrepublik „angekommen“ sind (I) bzw. jene, die sich noch vorwiegend als Bürger der ehemaligen DDR fühlen (III). Von Ersteren äußern 56 % Zufriedenheit (Ap zufrieden und eher zufrieden), von Letzteren nur 17 %.

Informativ ist auch die umgekehrte Blickrichtung auf den Zusammenhang:

Tabelle 7.7: Zugehörigkeit zu den Typen staatsbürgerlicher Identifikation, differenziert nach der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

<u>Zufriedenheit</u>	Typ			
	I	II	III	IV
zufrieden/eher zufrieden	28	61	8	3
eher unzufrieden	12	67	15	6
unzufrieden	6	60	28	6

Die Unterschiede treten vor allem bei den beiden Extremgruppen zutage: Von den Panelmitgliedern, die mit der gesellschaftlichen Entwicklung zufrieden sind (zufrieden und eher zufrieden zusammengefaßt), fühlen sich bereits 28 % vorwiegend als Bundesbürger und nur 8 % vorwiegend als Ex-DDR-Bürger. Bei den mit der gesellschaftlichen Entwicklung Unzufriedenen sind die Relationen fast umgekehrt: Nur 6 % sehen sich vorwiegend als Bundesbürger, aber 28 % noch als Ex-DDR-Bürger. Die Anteile derer, die sich als Bundesbürger und als Ex-DDR-Bürger fühlen, variieren nur wenig.

Einige weitere wesentliche (signifikante) Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen veranschaulicht die folgende Abbildung:

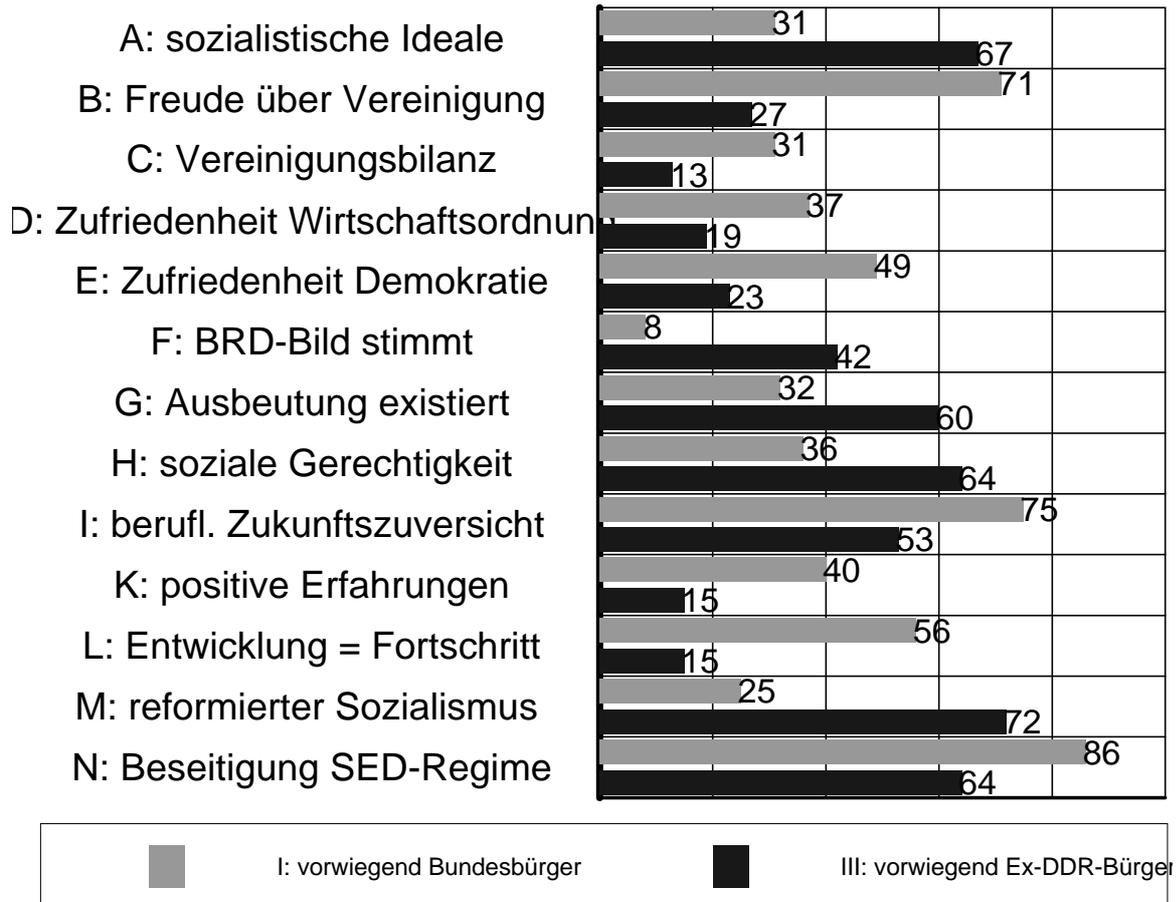


Abbildung 7.2: Politische und soziale Einstellungen von Panelmitgliedern, die sich 1998 als Bundesbürger, aber nicht mehr als Ex-DDR-Bürger fühlen (I) bzw. nicht als Bundesbürger, dagegen noch als DDR-Bürger fühlen (III)

Erläuterungen (in Klammer: Prozentanteil der jeweiligen Positionen in der Gesamtgruppe)

- A: Sozialistische Ideale: heute sehr dafür/eher dafür als dagegen (48 %)
- B: Freude über deutsche Vereinigung: sehr stark/stark (50 %)
- C: Vereinigungsbilanz in Ostdeutschland: mehr positive Veränderungen (22 %)
- D: Zufriedenheit mit jetziger Wirtschaftsordnung: sehr zufrieden/zufrieden (29 %)
- E: Zufriedenheit mit der Demokratie: sehr zufrieden/zufrieden (35 %)
- F: Das zu DDR-Zeiten vermittelte BRD-Bild stimmt: vollk./im großen und ganzen (22 %)
- G: Auch heute beuten die Kapitalisten die Arbeiter aus: ja (49 %)
- H: Soziale Gerechtigkeit vor der Wende besser als heute (52 %)
- I: Zuversicht, berufliche Pläne verwirklichen zu können: sehr zuversichtlich/zuversichtlich (67 %)
- K: Welche persönlichen Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht: nur / überwiegend positive Erfahrungen (25 %)
- L: Ist gesellschaftl. Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende eher Fortschritt oder eher Rückschritt : Fortschritt (41 %)
- M: Reformierter Sozialismus lieber als gegenwärtige politische Ordnung: völlige/ingeschränkte Zustimmung Ap 1+2 (43 %)
- N: Es war höchste Zeit für Beseitigung des SED-Regimes: völlige/ingeschränkte Zustimmung Ap 1+2 (72 %)

Charakteristisch sind die großen Unterschiede in bezug auf die Bejahung sozialistischer Ideale (A): Von den Panelmitgliedern, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen (I), bekennen sich heute 31 % zu den sozialistischen Idealen, von jenen dagegen, die sich vorwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen, mit 67 % mehr als doppelt so viele. Noch markanter sind die Unterschiede, wenn wir die Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum zugrundelegen: Von denen, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen, ordnen sich 5 % links ein (weitere 80 % in der Mitte, 10 % rechts), von jenen, die sich vorwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen, dagegen 52 % (31 % in der Mitte, 13 % rechts).

Symptomatisch sind auch die Unterschiede in bezug auf die emotionale Einstellung zur deutschen Einheit (B): Während von den Panelmitgliedern, die sich vorwiegend als Bundesbürger sehen, 1998 71 % starke Freude über die vollzogene Vereinigung äußern (Ap 1+2), gilt das nur für 27 % derer, die sich vorwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen. Ähnlich groß sind die Unterschiede hinsichtlich der Grundeinstellung zur deutschen Einheit: Von Ersteren bejahen mit 97 % fast alle die deutsche Einheit (darunter 58 % sehr), von Letzteren 68 % (aber nur 9 % sehr).

Deutlich ablesbar sind erhebliche Unterschiede in den Vereinigungserfahrungen (C): Von den Panelmitgliedern, die sich als Bundesbürger fühlen, konstatieren 31 %, daß sich seit der Wende in Ostdeutschland mehr positive Veränderungen vollzogen haben, von jenen dagegen, die sich als Ex-DDR-Bürger fühlen, nur 13 %. Und aus der umgekehrten Blickrichtung ist ablesbar, daß sich von denen, die mehr positive Veränderungen reflektieren, 23 % vorwiegend als Bundesbürger fühlen (und nur 9 % als Ex-DDR-Bürger), von jenen dagegen, die mehr negative Veränderungen sehen, nur 3 % (aber 26 % als Ex-DDR-Bürger). Das verweist nochmals auf die Bedeutung der Erfahrungen im Vereinigungsprozeß für den Prozeß der staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik.

In dieselbe Richtung weisen die großen Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung (D) und mit der Demokratie (E). Besonders bemerkenswert ist, daß die nur schwach entwickelte Zufriedenheit mit der Demokratie auch deutliche negative Folgen für den genannten Identifikationsprozeß hat. Bestätigt wird dieses Ergebnis, wenn wir die etwas konkretere Korrelation zwischen der (ähnlich gering entwickelten) Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik einerseits und der Zugehörigkeit zu den Typen staatsbürgerlicher Identifikation andererseits zugrundelegen; die Verteilungen sind fast identisch.

Auch die Merkmale F und G verweisen auf erhebliche Unterschiede in den Erfahrungen der Panelmitglieder bzw. deren unterschiedliche Verarbeitung und Interpretation. So stimmen von den Panelmitgliedern, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen, 8 % vollkommen oder im großen und ganzen zu, daß das zu DDR-Zeiten vermittelte Bild von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt mit der heutigen Realität übereinstimmt; von denen, die sich vorwiegend als Ex-DDR-Bürger sehen, dagegen 42 %. Und: Von Ersteren bejahen 32 %, daß es heute ihren Erfahrungen zufolge in der Bundesrepublik Ausbeutung gibt, von Letzteren immerhin 60 % (Gesamtgruppe: 49 %).

Sehr unterschiedlich fällt bei den beiden Extremgruppen der Systemvergleich in bezug auf viele Merkmale aus. So meinen z. B. 52 % aller Panelmitglieder, daß die Situation im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit vor der Wende besser war (H). Von denen, die in der Bundesrepublik mehr oder weniger angekommen sind, äußern das 36 %, von jenen aber, die sich noch als Ex-DDR-Bürger fühlen, immerhin 64 %. Ähnlich große Unterschiede sind in bezug auf den Schutz gegen Kriminalität bzw. die Schulbildung zu beobachten. Kein bedeutsamer Unterschied besteht bei den Merkmalen „Selbstentfaltung“ und „Persönliche Freiheiten“, beide Extremgruppen stimmen faktisch darin überein, daß es in dieser Hinsicht heute besser sei als vor der Wende.

Deutliche Unterschiede sind bei der beruflichen Zukunftszuversicht zu beobachten (I). Wie noch dargestellt wird, hat die Ausprägung der Zuversicht, seine beruflichen Pläne verwirklichen zu können, erhebliche Auswirkungen auf die politischen Einstellungen, die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik eingeschlossen.

Mit Blick auf die genannten Ergebnisse verwundert nicht, daß auch die Frage danach, welche generellen persönlichen Erfahrungen man mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht hat (K), von beiden Extremgruppen stark unterschiedlich beantwortet wird: Von den Panelmitgliedern, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen, haben 40 % nur positive (2 %) oder überwiegend positive (38 %) Erfahrungen gemacht, 60 % positive und negative, keiner überwiegend oder nur negative. Von jenen dagegen, die sich als Ex-DDR-Bürger sehen, verweisen 15 % auf nur oder überwiegend positive Erfahrungen, 72 % auf „gemischte“ Erfahrungen, 13 % auf überwiegend oder nur negative. Die Umkehrung der Blickrichtung auf den (wechselseitigen) Zusammenhang zeigt wiederum, daß bei positiven Erfahrungen mit der Gesellschaft die Wahrscheinlichkeit dafür viel höher ist, daß sich die Panelmitglieder vorwiegend als Bundesbürger fühlen, als bei negativen Erfahrungen. Die Relationen sind

ähnlich wie bei dem oben bereits dargestellten Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung und dem Typ staatsbürgerlicher Identifikation.

Es verwundert auch nicht, daß die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende sehr unterschiedlich als Fortschritt bzw. Rückschritt beurteilt wird (L). Tabelle 7.8 zeigt den Zusammenhang komplett für alle vier Typen staatsbürgerlicher Identifikation:

Tabelle 7.8: Beurteilung der Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende, differenziert nach den Typen staatsbürgerlicher Identifikation (1998; N = 367)
 „Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“
 1 eher als Fortschritt
 2 eher als Rückschritt
 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
 0 Das ist schwer zu sagen

Typen	1	2	3	0
I vorwiegend Bundesbürger	56	2	39	3
II Bundesbürger und DDR-Bürger	43	9	44	4
III vorwiegend DDR-Bürger	15	25	53	7
IV weder-noch	28	11	55	6
Gesamtgruppe	41	10	45	4

(CC = .32; P = .000)

Auch in diesem Falle unterscheiden sich die Werte der beiden Extremgruppen sehr stark. 56 % der Panelmitglieder, die bereits mehr oder weniger in der Bundesrepublik angekommen sind, sehen diese Entwicklung eher als Fortschritt an, nur 2 % eher als Rückschritt; 39 % äußern sich ambivalent. Anders bei denen, die sich vorwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen: Nur 15 % betrachten sie als Fortschritt, 25 % als Rückschritt, 53 % äußern ein ambivalentes Urteil. Wie bei allen Korrelationen dieser Art liegen die Werte der Panelmitglieder, die sich schon als Bundesbürger und noch als Ex-DDR-Bürger fühlen, etwa zwischen den Werten der Extremgruppen.

Auf dem Hintergrund dieser Ergebnisse überrascht nicht, daß die beiden Extremgruppen sehr unterschiedlich für einen reformierten Sozialismus als gesellschaftliche Alternative zur gegenwärtigen politischen Ordnung (M) plädieren: Stark dafür sind nur 25 % der

Panelmitglieder, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen, aber 72 % derer, die sich noch als Ex-DDR-Bürger sehen. Neben der Freude über die Vereinigung charakterisiert diese Einstellung die bestehenden Unterschiede zwischen beiden Extremgruppen besonders markant.

Erwähnenswert ist, daß beide Extremgruppen mehrheitlich der Aussage zustimmen, daß es höchste Zeit für die Beseitigung des SED-Regimes war. Bei den Teilnehmern, die sich schon als Bundesbürger fühlen, umfaßt diese Mehrheit 86 %, bei denen, die sich noch als Ex-DDR-Bürger fühlen, mit 64 % allerdings deutlich weniger. Der Unterschied ist bei der einschränkungslosen Zustimmung besonders krass: 73 % gegenüber 40 %. Stark in Frage gestellt wird die Aussage jedoch mit 19 % auch nur von einer Minderheit derer, die sich als DDR-Bürger fühlen (Bundesbürger: 5 %; Gesamtgruppe: 9 %). Auch von ihnen wünschen sich nur wenige die politischen Verhältnisse vor der Wende zurück.

Zur Systembindung vor der Wende besteht kein Zusammenhang, weder bei den einzelnen staatsbürgerlichen Identifikationen mit der Bundesrepublik bzw. mit der ehemaligen DDR, noch bei ihrer Kopplung. Es spielt auch keine Rolle, ob die Panelmitglieder in den neuen oder alten Bundesländern leben.

1998 wurde der emotionale Aspekt der staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch etwas differenzierter untersucht. Die Panelmitglieder gaben zusätzlich an, inwieweit sie glücklich darüber sind, Bürger der Bundesrepublik zu sein:

Tabelle 7. 9: Glücklich, Bürger der Bundesrepublik zu sein
 „Sind Sie glücklich darüber, Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland zu sein?“
 1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
 3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	(1+2)	3	4
Gesamt	19	57	(76)	22	2
männlich	27	52	(79)	21	0
weiblich	12	61	(73)	23	4
<u>Typen staatsbürgerlicher Identifikation</u>					
I vorwiegend Bundesbürger	36	52	(88)	12	0
II Bundesbürger und DDR-Bürger	20	62	(82)	17	1
III vorwiegend DDR-Bürger	4	41	(45)	47	8
IV weder-noch	0	59	(59)	35	6

(CC = . 41; P = .000)

Drei Viertel der Panelmitglieder (76 %) lassen 1998 eine positive emotionale Beziehung zu ihrer Staatsbürgerschaft erkennen, die meisten davon allerdings mit Einschränkung. Weibliche Panelmitgliedern sind deutlich weniger häufig als männliche einschränkungslos glücklich, Bundesbürger zu sein.

Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich die beiden Extremgruppen staatsbürgerlicher Identifikation sehr deutlich: Eine positive emotionale Beziehung zu ihrer Staatsbürgerschaft äußern 88 % derer, die sich vorwiegend als Bundesbürger fühlen (darunter 36 % einschränkungslos), aber nur 45 % jener, die sich noch vorwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen (nur 4 % einschränkungslos). Zu vermuten ist, daß für die größere Hälfte von ihnen die neue Staatsbürgerschaft nur formale Bedeutung besitzt, nicht oder nur wenig gefühlsmäßig verankert ist.

Aus den angeführten und weiteren Daten geht hervor, daß die Entwicklung einer neuen staatsbürgerlichen Identität keine Funktion der seit der Vereinigung vergangenen Zeit ist, sondern in komplexer Weise von den vielschichtigen und widersprüchlichen Erfahrungen der Panelmitglieder im Transformationsprozeß beeinflusst wird. Entstandene Zugehörigkeitsgefühle zur Bundesrepublik sind keine statische Größe, sondern können der Revision unterliegen, insbesondere unter dem Einfluß sich verändernder Erfahrungen und der damit einhergehenden Um- und Neubewertung der Vergangenheit. Von daher ist absehbar, daß die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik bei den Panelmitgliedern noch längere Zeit dauern wird.

Erwähnenswert ist der verhältnismäßig enge Zusammenhang zwischen der Identifikation mit der Bundesrepublik einerseits und mit Europa andererseits:

Tabelle 7.10: Zusammenhang zwischen der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland und mit Europa 1998 (N = 368)

	Ich fühle mich als Europäer (in)			
	ja, vollkommen	ja, etwas schon	nein, eigentl. nicht	nein, absolut nicht
Ich fühle mich als <u>Bürger (in) der Bundesrepublik</u> ja, vollkommen	48	38	11	3

ja, etwas schon	23	47	22	8
nein, eigentlich/ absolut nicht	13	39	34	14
(r = . 29; P = .000)				

Ablesbar ist, daß die europäische Identität um so mehr bejaht wird, je stärker die staatsbürgerliche Identität entwickelt ist. Eine politische „Doppel-Identität“, das Bewußtsein, Staatsbürger *und* Europa-Bürger zu sein (vgl. Sarcinelli/Hermann, S.17) ist dennoch erst bei knapp zwei Drittel (61 %) der Panelmitglieder zu erkennen (in der obigen Tabelle sowohl völlige oder eingeschränkte Bejahung der staatsbürgerlichen als auch der europäischen Identität); weitere 20 % bejahen nur die staatsbürgerliche, nicht aber die europäische Identität; 10 % verneinen umgekehrt die staatsbürgerliche, bejahen aber die europäische Identität; 9 % verneinen beide Identitäten.

8. Ausprägung und Entwicklung der Lebensorientierungen

Lebensorientierungen, Lebensziele widerspiegeln in spezifischer Weise Hoffnungen. Es sind segmentierte Zukunftsentwürfe, Vorstellungen, Prinzipien, die Individuen für Teilbereiche ihres Lebens als verbindlich bewerten und anstreben. Sie werden als handlungsorganisierende, durch Sozialisationsinflüsse erworbene, habituelle psychische Dispositionen verstanden, die für die Zukunftsgestaltung der Menschen von großer Bedeutung sind. Das Jugendalter ist eine Zeit intensiver Auseinandersetzungen und damit zugleich der Profilierung der individuellen Lebensorientierungen, eines strukturierten Lebenskonzepts (vgl. Förster/Friedrich u. a. 1993, S. 169).

Ein zentrales Anliegen dieser Studie seit ihrem Start 1987 war deshalb, die Entwicklung der Lebensorientierungen möglichst breit zu analysieren. Neben dem aktiven Einsatz für den Sozialismus, für die DDR, für den Frieden, für das Kollektiv spielten damals solche Werte eine Rolle wie eine erfüllende Arbeit, lebenslanges Lernen, Gesundheit, Geldverdienen. Ein Teil der vor der Wende eingesetzten Indikatoren konnte auch nach der Wende weitergeführt werden, sukzessive ergänzt durch neue Indikatoren, für die nun in vielen Fällen schon Zeitreihen über mehrere Jahre hinweg vorliegen, teilweise bereits ab 1990. Generell gehören die Trends zu den Veränderungen der Lebensorientierungen der Panelmitglieder zu den interessantesten Daten dieser Studie, die ihre Fortschreibung geradezu herausfordern. Die theoretische Aufarbeitung der Daten (insbesondere aus der Sicht der Diskussion um die Richtung gesellschaftlichen Wertewandels) wird noch längere Zeit in Anspruch nehmen, sie kann im Rahmen dieser Dokumentation nicht geleistet werden. Wir müssen uns hier zunächst auf die Dokumentation der vorliegenden Daten beschränken.

Aufschlußreich wäre vor allem eine Analyse unserer Daten unter dem Blickwinkel der verschiedenen Wertetypen, wie sie insbesondere von Klages (vgl. 1994) und Gensicke (vgl. 1996) vertreten werden. Die vorliegenden Daten geben für unsere Population z. B. (noch) keinen Anlaß zur verbreiteten Annahme einer Expansion des sogenannten „hedonistischen Materialisten“ („Hedomat“).

Die Operationalisierung der Lebensorientierungen erfolgte in bewährter Weise mit Hilfe einer umfangreichen Batterie von Lebenszielen.

Mit der folgenden Tabelle geben wir zunächst einen Überblick über die 1998 ermittelten Ergebnisse, schließen dann einige ausgewählte Zeitreihen ab 1987 bzw. 1990 an.

Tabelle 8.1: Ausprägung von Lebenszielen 1998 (nach dem Mittelwert geordnet, N = 368)
 „In seinem Leben kann man sich verschiedene Ziele stellen, die man erreichen möchte. Wir haben einige zusammengestellt. Bitte geben Sie an, wie bedeutsam jedes Ziel für Ihr Leben ist.“
 Das ist für mein Leben ...
 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
ein glückliches Ehe- und Familienleben führen	73	20	(93)	5	1	1	1,37
eine Arbeit haben, die mich erfüllt, in der ich aufgehen kann	65	30	(95)	5	0	0	1,40
mein Leben völlig selbständig und eigenverantwortlich gestalten ⁵⁵	38	(93)	6	1	0	1,52	
stets gute Freunde um mich haben	59	30	(89)	9	1	1	1,56
eigene Kinder großziehen	58	24	(82)	12	3	3	1,67
im Beruf hohe Leistungen erreichen	39	50	(89)	11	0	0	1,73
das Leben genießen, man lebt nur einmal	42	43	(85)	11	3	1	1,77
ständig weiterlernen	29	52	(81)	18	1	0	1,91
viel Geld verdienen	32	47	(79)	17	3	1	1,94
für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muß	19	54	(73)	23	3	1	2,14
politisch Andersdenkende tolerieren	15	32	(47)	37	10	6	2,60
größeren Besitz erwerben, z. B. repräsentatives Auto, komfortable Wohnungseinrichtung	13	34	(47)	37	12	4	2,61
ohne große Anstrengungen ein angenehmes Leben führen	5	28	(33)	40	18	9	2,97
bei allem, was man tut, den eigenen Vorteil im Auge behalten	3	18	(21)	42	25	12	3,26
in die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen	2	13	(15)	37	24	24	3,55
mich an das heutige politische System in Deutschland anpassen	0	8	(8)	42	25	25	3,66
aktiv am politischen Leben teilnehmen	2	7	(9)	33	34	24	3,70
nach christlichen Werten leben	7	11	(18)	16	20	46	3,85

mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen

1 6 (7) 28 29 36 3,94

An der Spitze der Lebensziele der Panelmitglieder stehen die Werte Familienglück, Arbeit bzw. Beruf, Freundschaft, selbständige Lebensführung, Lebensgenuß. Dagegen rangieren politische und christliche Werte weit abgeschlagen am unteren Ende des Spektrums. Das stimmt, soweit vergleichbar, weitgehend mit den Ergebnissen unserer anderen Jugendstudien überein (vgl. Friedrich/Förster 1996, S. 19 ff.).

Zwischen den männlichen und weiblichen Panelmitgliedern bestehen nur bei vier Lebenszielen deutliche (signifikante) Unterschiede: Weibliche Teilnehmer messen häufiger als männliche einem glücklichen Familienleben, eigenen Kindern sowie einer erfüllenden Arbeit große Bedeutung bei (offensichtlich Reflex ihrer besonders schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch Ausdruck zu DDR-Zeiten verinnerlichter Auffassungen zur Erwerbstätigkeit), männliche sind dagegen häufiger als weibliche auf die Durchsetzung ihres eigenen Vorteils bedacht.

Bei einigen Lebenszielen sind erhebliche Unterschiede in Abhängigkeit von der politisch-weltanschaulichen Position, der Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum zu beobachten:

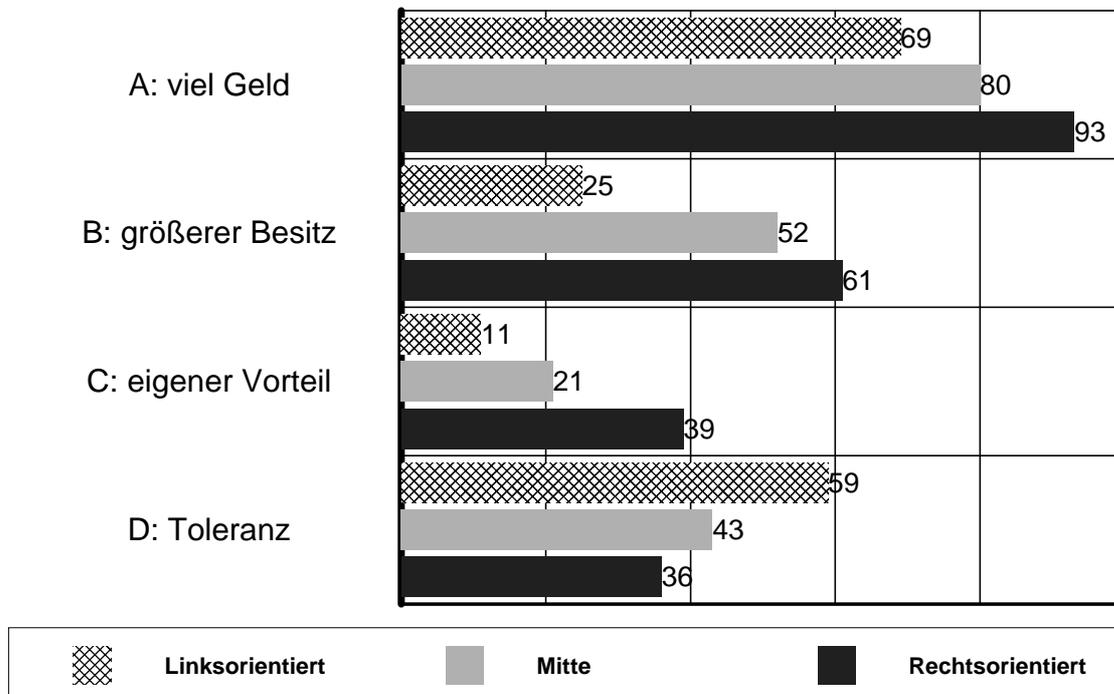


Abbildung 8.1: Anteile sehr starker und starker Ausprägung von Lebenszielen (Ap 1+2) bei Panelmitgliedern, die sich politisch-weltanschaulich links, in der Mitte oder rechts einordnen

Erläuterungen:

A: viel Geld verdienen (Gesamtgruppe AP 1+2: 79 %)

B: größeren Besitz erwerben (47 %)

C: den eigenen Vorteil im Auge behalten (21 %)

D: politisch Andersdenkende tolerieren (47 %)

Bei den Lebenszielen „viel Geld verdienen“, „größeren Besitz erwerben“ und „eigenen Vorteil im Auge behalten“ nimmt die Bedeutsamkeit von den Linksorientierten über die Vertreter der Mitte zu den Rechtsorientierten hin deutlich zu, beim Lebensziel „Andersdenkende tolerieren“ dagegen deutlich ab. Diese signifikanten Zusammenhänge bei einigen wesentlichen Lebenszielen stützen noch einmal unsere bereits erwähnte These, daß die Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum nach wie vor Bedeutung für die gesamte Persönlichkeitsentwicklung hat.

Interessant ist, daß bei den Panelmitgliedern, die in den alten Bundesländern leben, die Lebensziele „Erfüllende Arbeit“, „Weiterlernen“ und „Selbständiges Leben“ deutlich häufiger stark ausgeprägt sind als bei ihren Altersgefährten in den neuen Ländern. Ein „angenehmes Leben ohne Anstrengungen“ lehnen Erstere dagegen tendenziell häufiger ab als Letztere. (Die Signifikanzschwelle wird mit $P = .095$ knapp verfehlt). Inwieweit diese Unterschiede tatsächlich mit ihrer Übersiedlung im Zusammenhang stehen (Ursache oder Folge sind), kann von den vorliegenden Daten her nicht entschieden werden.

Wir schließen einige Trends der Veränderung von Lebenszielen an, zu denen uns Daten seit 1987 (8. Klasse) zur Verfügung stehen. Es sind dies die Lebensziele „Hohe Leistungen im Beruf“, „Ständig weiterlernen“, „Viel Geld verdienen“ und „Politisch engagieren“.

Tabelle 8.2: Ausgewählte Lebensziele im Trend zwischen 1987 und 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle 1998)

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	N
<i>„Im Beruf hohe Leistungen erreichen“</i>								
1987	75	23	(98)	2	0	0	1,3	346
1988	67	27	(94)	5	1	0	1,4	336
1989 (Frühjahr)	59	34	(93)	5	1	1	1,5	357
1990	51	41	(92)	8	0	0	1,6	163
1991	54	38	(92)	6	2	0	1,6	165
1992	53	40	(93)	6	1	0	1,5	147
1993	41	45	(86)	13	1	0	1,8	204
1994	43	42	(85)	12	3	0	1,7	231
1995	42	48	(90)	10	0	0	1,7	297
1996	44	48	(92)	8	0	0	1,7	335

1998 39 50 (89) 11 0 0 1,7 368

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<u>„Ständig weiterlernen“</u>							
1987	40	44	(84)	14	2	0	1,8
1988	35	49	(84)	13	2	1	1,8
1989	38	44	(82)	12	5	1	1,9
1990	36	37	(73)	20	6	1	2,0
1991	29	48	(77)	19	3	1	2,0
1992	34	42	(76)	22	1	1	1,9
1993	30	45	(75)	22	3	0	2,0
1994	27	50	(77)	19	4	0	2,0
1995	32	45	(77)	21	2	0	1,9
1996	33	47	(80)	17	3	0	1,9
1998	29	52	(81)	18	1	0	1,9
<u>„Viel Geld verdienen“</u>							
1987	45	36	(81)	12	6	1	1,8
1988	45	33	(78)	13	6	3	1,9
1989	47	32	(79)	14	4	3	1,8
1990	40	39	(79)	14	6	1	1,9
1991	47	33	(80)	13	5	2	1,8
1992	43	42	(85)	9	5	1	1,8
1993	39	39	(78)	17	3	2	1,9
1994	32	46	(78)	17	4	1	1,9
1995	35	47	(82)	16	2	0	1,9
1996	35	45	(80)	17	3	0	1,9
1998	32	47	(79)	18	3	0	1,9
<u>„aktiv am politischen Leben teilnehmen“</u>							
1987	17	38	(55)	24	12	9	2,6
1988	16	34	(50)	23	18	9	2,7
1989	12	30	(42)	28	17	13	2,9
1990	9	33	(42)	38	12	8	2,8
1991	5	23	(28)	37	23	12	3,1
1992	5	13	(18)	40	22	20	3,4
1993	4	10	(14)	32	31	23	3,6
1994	4	10	(14)	33	32	21	3,6
1995	3	7	(10)	29	37	24	3,7
1996	2	6	(8)	34	32	26	3,7
1998	2	7	(9)	33	33	25	3,7

Koeffizienten für die Zeiträume vor und nach der Wende:

		POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
Beruf	87:89	10	60	<u>30</u>	0,12	0,36	344
	89:98	21	40	<u>39</u>	0,27	0,48	357
Lernen	87:89	27	46	27	0,32	0,39	344
	89:98	26	44	30	0,29	0,32	357
Geld	87:89	25	51	24	0,31	0,32	344
	89:98	23	42	<u>35</u>	0,33	0,42	357
politisches Engagement	87:89	23	35	<u>42</u>	0,32	0,65	344
	89:98	19	22	<u>59</u>	0,27	1,09	357

Die Orientierung auf *hohe Leistungen im Beruf* war bereits in der Schulzeit der Panelmitglieder stark entwickelt, ging jedoch zwischen 1987 und Frühjahr 1989 (d. h. zwischen Klasse 8 und 10 der POS) in ihrer einschränkungslosen Ausprägung zurück. Das war sowohl Ausdruck einer zunehmend realistischeren Sicht auf die spätere berufliche Entwicklung als auch der inzwischen eingetretenen Regressionen in den politischen Einstellungen in der Endzeit der DDR, die in einem positiven Zusammenhang mit der Orientierung auf auf hohe berufliche Leistungen standen. Auch nach der Wende setzte sich der Rückgang der einschränkungslosen Orientierung auf hohe Leistungen im Beruf zwar leicht fort, jedoch äußerten auch 1998 mit 89 % nahezu alle Panelmitglieder eine hohe Leistungsbereitschaft (Ap 1+2).

Wir führen exemplarisch die komplette Längsschnittkorrelation zwischen 1989 und 1998 (zwischen 3. und 13. Welle) in absoluten Werten an:

Tabelle 8.3: Längsschnittkorrelation der Ausprägung des Lebenszieles „Hohe Leistungen im Beruf“ zwischen 1989 und 1998 (absolute Werte, N = 357)

Ausprägung 1989	Ausprägung 1998, bezogen auf 1989:					n
	1	2	3	4	5	
1	81	101	28	0	1	211
2	51	60	10	1	0	122
3	6	9	1	0	0	16
4	1	2	0	0	0	3
5	4	1	0	0	0	5

n	143	173	39	1	1	357

Bezogen auf die fünfstufige Skala weisen die Koeffizienten eine signifikante Negativierung aus (NEP = 39 %), und zwar um 0,48 Skaleneinheiten. Die Tabelle zeigt jedoch auch, daß der größte Teil der Negativierungen auf die Veränderung von der Position 1 im Jahr 1989 zur Position 2 im Jahr 1998 entfällt (n=101). Fassen wir die Positionen 1 und 2 als positiven Skalenbereich zusammen, so sind 88 % derer, die 1989 eine positive Orientierung geäußert haben, auch 1998 bei dieser positiven Orientierung geblieben. Und aus der umgekehrten Blickrichtung ist ablesbar, daß von denen, die 1998 eine positive Orientierung erkennen lassen, 93 % diese bereits 1989 äußerten. Das sind immerhin 82 % aller Panelmitglieder. So erscheint die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß bei den meisten Panelmitgliedern wesentliche Grundlagen der insgesamt stark entwickelten beruflichen Leistungsorientierung bereits in der Schulzeit gelegt wurden. Sie hat sich trotz der vielfach erfahrenen Umbrüche und Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der beruflichen Pläne seit der Wende als weitgehend stabil erwiesen. Bei den Nachwirkungen früherer Systembindungen kommen wir noch einmal darauf zurück.

Die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit (über die Hälfte hatte sie bis 1998 bereits machen müssen) wirkt sich bisher nicht negativ auf die berufliche Leistungsbereitschaft aus.

Die Bereitschaft zum *lebenslangen Lernen* war ebenfalls schon in der Schulzeit weit verbreitet; immerhin 82 % der 16jährigen äußerten sie am Ende der 10. Klasse, darunter 38 % ohne Einschränkung. Auch diese Orientierung hat sich bei sehr vielen Teilnehmern als stabil erwiesen, vermutlich zusätzlich stimuliert durch die Notwendigkeit, den beruflichen Anforderungen durch hohes Wissen und Können gewachsen zu sein. Darauf läßt auch die Tatsache schließen, daß ein positiver Zusammenhang zwischen den Orientierungen auf berufliche Leistungen einerseits und Lernen andererseits besteht (1998: $r = .40$).

Die Orientierung darauf, *viel Geld zu verdienen*, war vor und ist nach der Wende bei der überwiegenden Mehrheit der Panelmitglieder anzutreffen. Sie hat sich nach der Wende nicht verstärkt, sondern ist in ihrer starken Ausprägung sogar zurückgegangen.

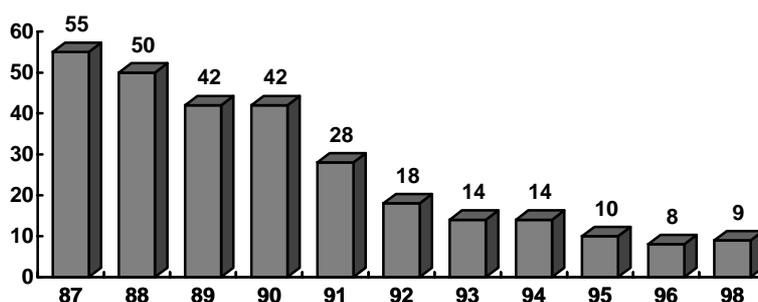


Abb. 8.2: Anteil der Panelmitglieder mit starker Orientierung auf aktive Teilnahme am politischen Leben (Ap 1+2) zwischen 1987 und 1998

Die Bereitschaft der Panelmitglieder zum *politischen Engagement* (s.Abb. 8.2 S. 126) hatte bereits vor der Wende drastisch abgenommen, Widerspiegelung der sich ab Mitte der 80er Jahre verstärkenden Distanzierung vom SED-Regime. Erkennbar ist aber auch, daß dieser Abwärtstrend nach der Wende weitergegangen ist, sich sogar deutlich verstärkt hat (s. die Koeffizienten für die Zeiträume vor und nach der Wende) - Ausdruck einer erneuten Enttäuschung und Verweigerung eines großen Teils der Panelmitglieder auch gegenüber dem neuen politischen System.

Die folgende Tabelle informiert über die Trends zu weiteren Lebenszielen, die für unterschiedliche Zeiträume vorliegen:

Tabelle 8.4: Lebensziele im Trend (nur Teilnehmer der 13. Welle 1998)
Das ist für mein Leben...
1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	N
<u>„Für andere da sein, auch wenn ich auf etwas verzichten muß“</u>								
1990	34	45	(79)	21	0	0	1,9	159
1991	42	40	(82)	16	2	0	1,8	165
1992	31	46	(77)	20	2	1	2,0	221
1993	35	37	(72)	25	2	1	2,0	204
1994	26	42	(68)	29	2	1	2,1	231
1995	22	51	(73)	23	3	1	2,1	297
1996	23	48	(71)	27	1	1	2,1	334
1998	19	54	(73)	23	3	1	2,1	368
<u>„Ohne große Anstrengungen ein angenehmes Leben führen“</u>								
1990	19	33	(52)	29	13	6	2,6	
1991	16	29	(45)	32	15	8	2,7	
1992	11	25	(36)	35	21	8	2,9	
1993	8	24	(32)	40	17	11	3,0	
1994	9	23	(32)	43	18	7	2,9	
1995	8	25	(33)	42	18	7	2,9	
1996	8	26	(34)	41	17	8	2,9	
1998	5	28	(33)	39	19	9	3,0	
<u>„Eine Arbeit haben, die mich erfüllt, in der ich aufgehen kann“</u>								
1991	77	21	(98)	2	0	0	1,2	
1992	75	22	(97)	2	0	1	1,3	
1993	72	23	(95)	5	0	0	1,3	
1994	68	27	(95)	4	1	0	1,4	
1995	67	30	(97)	3	0	0	1,4	
1996	66	30	(96)	4	0	0	1,4	

1998	65	30	(95)	5	0	0	1,4
------	----	----	------	---	---	---	-----

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	N
<u>„Mein Leben völlig selbständig und eigenverantwortlich gestalten“</u>								
1991	59	36	(95)	5	0	0	1,5	
1992	56	36	(92)	7	1	0	1,5	
1993	54	34	(88)	9	3	0	1,6	
1994	50	39	(89)	10	1	0	1,6	
1995	55	35	(90)	9	1	0	1,6	
1996	57	35	(92)	7	1	0	1,5	
1998	56	38	(94)	6	0	0	1,5	
<u>„Das Leben genießen, man lebt nur einmal“</u>								
1991	57	29	(86)	11	2	1	1,6	
1992	52	33	(85)	11	3	1	1,7	
1993	53	30	(83)	13	3	1	1,7	
1994	46	41	(87)	12	1	0	1,7	
1995	50	32	(82)	14	3	1	1,7	
1996	45	38	(83)	14	3	0	1,8	
1998	42	43	(85)	11	3	1	1,8	
<u>„Größeren Besitz erwerben, z. B. repräsentatives Auto, komfortable Wohnungseinrichtung“</u>								
1991	30	36	(66)	16	12	6	2,3	
1992	29	38	(67)	22	5	6	2,2	
1993	17	32	(49)	27	16	8	2,7	
1994	18	33	(51)	30	11	8	2,6	
1995	16	35	(51)	36	8	5	2,5	
1996	14	34	(48)	33	15	4	2,6	
1998	13	34	(47)	37	12	4	2,6	
<u>„Bei allem, was man tut, den eigenen Vorteil im Auge behalten“</u>								
1992 (7. Welle *)	5	19	(24)	42	27	7	3,1	(154)
1993	2	16	(18)	45	25	12	3,3	
1994	4	16	(20)	48	21	11	3,2	
1995	3	19	(22)	42	27	9	3,2	
1996	3	18	(21)	44	23	12	3,2	
1998	3	18	(21)	42	25	12	3,3	
<u>„Nach christlichen Werten leben“</u>								
1992 (7. Welle *)	5	9	(14)	18	26	42	3,9	
1993	5	13	(18)	12	23	47	3,9	
1994	5	10	(15)	14	18	53	4,0	
1995	6	10	(16)	19	21	44	3,9	
1996	7	9	(16)	17	23	44	3,9	
1998	7	11	(18)	16	20	46	3,9	

Das ist für mein Leben...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	(1+2)	3	4	5	X	N
<u>„Ein glückliches Ehe- und Familienleben führen“</u>								
1992	69	21	(90)	5	4	1	1,5	
1993	71	18	(89)	9	2	0	1,4	
1994	61	25	(86)	7	5	2	1,6	
1995	73	19	(92)	5	2	1	1,4	
1996	71	19	(90)	7	2	1	1,4	
1998	73	20	(93)	5	1	1	1,4	
<u>„In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“</u>								
1992	8	23	(31)	40	17	12	3,0	
1993	3	19	(22)	37	18	23	3,4	
1994	5	22	(27)	32	22	19	3,3	
1995	2	17	(19)	39	24	18	3,4	
1996	2	16	(18)	34	23	25	3,5	
1998	2	13	(15)	37	24	24	3,6	
<u>„Mich für die Erhaltung des heutigen politischen Systems einsetzen“</u>								
1992	3	18	(21)	33	21	25	3,5	
1993	3	7	(10)	26	32	32	3,8	
1994	3	15	(18)	29	24	29	3,6	
1995	1	7	(8)	32	31	29	3,8	
1996	1	7	(8)	29	29	34	3,9	
1998	1	6	(7)	28	29	36	3,9	
<u>„Mich an das heutige politische System in Deutschland anpassen“</u>								
1993	1	7	(8)	25	26	41	4,0	
1994	1	6	(7)	30	27	36	3,9	
1995	0	15	(15)	37	28	20	3,5	
1996	1	8	(9)	42	23	26	3,6	
1998	0	8	(8)	42	25	25	3,7	
<u>„Eigene Kinder großziehen“</u>								
1995	53	28	(81)	11	5	3	1,8	
1996	59	21	(80)	11	6	3	1,7	
1998	58	24	(82)	12	3	3	1,7	
<u>„Politisch Andersdenkende tolerieren“</u>								
1995	19	32	(51)	35	8	6	2,5	
1996	14	33	(47)	42	7	4	2,5	
1998	15	32	(47)	37	10	6	2,6	
<u>„Stets gute Freunde um mich haben“</u>								
1996	59	31	(90)	9	1	0	1,5	

steht (zusammen mit einem glücklichen Ehe- und Familienleben) zu allen Zeitpunkten an der Spitze der Orientierungen.

Die Zielstellung „Das Leben genießen“ ist tendenziell schwächer geworden, insbesondere in ihrer sehr starken Ausprägung (die Signifikanzschwelle für den Vergleich von POP und NEP wird nur knapp verfehlt: $P = .057$).

Die Zielstellung „Größeren Besitz erwerben“ hat sich eindeutig abgeschwächt (NEP = 41 %), vor allem in ihrer sehr starken Ausprägung.

Auch die Orientierungen „In die oberen Schichten der Gesellschaft aufsteigen“ und „Für die Erhaltung des politischen Systems einsetzen“ sind deutlich zurückgegangen (NEP = 47 % bzw. 44 %). Da beide positiv miteinander korrelieren (1998: $r = .29$; $P = .000$), kann vermutet werden, daß der Rückgang der Zielstellung, in die oberen Schichten aufzusteigen, u. a. mit der zunehmenden Distanz gegenüber dem politischen System zusammenhängt. Erwähnenswert ist auch, daß die Orientierung „In die oberen Schichten aufsteigen“ positiv korreliert mit den Zielen „Den eigenen Vorteil wahren“ ($r = .42$) und „Ohne Anstrengungen angenehm leben“ ($r = .30$).

Auf die deutliche Abnahme der Bereitschaft zur Unterstützung des politischen Systems sind wir im Abschnitt 5. bereits ausführlicher eingegangen.

Die signifikante Positivierung bei der Orientierung „Anpassung an das politische System“ (POP = 40 %) resultiert aus dem ablesbaren deutlichen Rückgang ihrer Ablehnung und dem Anwachsen der ambivalenten Haltung zu ihr (Mittelposition 3). Dennoch überwiegen auch 1998 mit 50 % ablehnende Positionen (Ap 4 + 5).

9. Zukunftszuversicht

Die gesellschaftliche und die persönliche Zukunftszuversicht gehören zu den Analysegegenständen, zu denen Daten seit dem Start der Studie im Frühjahr 1987 vorliegen. Diese Angaben und die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge geben in spezifischer Weise Aufschluß über die Reflexion von über zehn Jahren massiver gesellschaftlicher Veränderungen, eingeschlossen die Endzeit der DDR, die politische Wende, die Vereinigung und die nachfolgenden Transformationsprozesse mit ihren tiefgehenden Auswirkungen auf die Mentalität der Panelmitglieder.

Die folgende Tabelle informiert zunächst über die Ergebnisse der 13. Welle 1998, danach gehen wir auf die vorliegenden Trends ein.

Tabelle 9.1: Gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht 1998
 „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
 a) für die Entwicklung in Ostdeutschland
 b) für Sie persönlich ?“

1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
a) für die Entwicklung in Ostdeutschland	4	25	(29)	42	22	7	3,0
b) für Sie persönlich	12	60	(72)	24	3	1	2,2

Ablesbar ist, daß die Panelmitglieder außerordentlich stark zwischen der Zukunft der Gesellschaft in Ostdeutschland und ihrer eigenen Zukunft unterscheiden: Die zukünftige Entwicklung in Ostdeutschland sehen nur 29 % zuversichtlich (Ap 1 und 2), die eigene Zukunft dagegen 72 % (allerdings nur 12 % einschränkungslos). Dennoch stehen beide Aspekte in einem untrennbaren Zusammenhang; wir gehen noch darauf ein.

Wir schließen noch einige Differenzierungen für die Angaben zur persönlichen Zukunft an, die Rückschlüsse auf Einflußfaktoren zulassen:

Tabelle 9.2: Persönliche Zukunftszuversicht 1998, differenziert betrachtet
 1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5
<u>(a) arbeitslos gewesen ?</u>						
ja	8	58	(66)	27	5	2
nein	17	62	(79)	20	1	0
<u>(b) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>						
völlig sicher	26	52	(78)	22	0	0
ziemlich sicher	12	68	(80)	18	1	1
ziemlich/völlig unsicher	3	38	(41)	45	12	2
<u>(c) Berufliche Zukunftszuversicht</u>						
1 sehr zuversichtlich	45	45	(90)	10	0	0
2	11	73	(84)	15	1	0
3	1	52	(53)	42	3	2
4+5 kaum/überhaupt nicht zuvers.	0	23	(23)	47	23	7
<u>d) gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten ?</u>						
ja	32	53	(85)	15	0	0
schwer zu sagen	9	66	(75)	21	2	2
nein	5	59	(64)	30	5	1
<u>e) Zufriedenheit, es durch Leistung zu etwas zu bringen</u>						
zufrieden	41	49	(90)	10	0	0
eher zufrieden	8	67	(75)	23	1	1
eher unzufrieden/unzufrieden	3	53	(56)	33	8	3
<u>f) Zufriedenheit mit Möglichkeiten zur Einflußnahme auf Politik</u>						
zufrieden	28	63	(91)	6	3	0
eher zufrieden	17	63	(80)	17	2	1
eher unzufrieden	8	64	(72)	25	2	1
unzufrieden	9	50	(59)	34	5	2
<u>g) Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensstandard</u>						
zufrieden	24	64	(88)	10	2	0
eher zufrieden	7	64	(71)	28	0	1
eher unzufrieden/unzufrieden	5	22	(27)	49	19	5
<u>h) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>						
mehr positive Veränderungen	29	57	(86)	14	0	0
positive und negative V.	8	62	(70)	25	4	1
mehr negative Veränderungen	6	48	(54)	34	6	6

	1	2	(1+2)	3	4	5
<u>i) Gesellschaftliche Zukunftszuversicht</u>						
1+2 sehr stark/stark	24	68	(92)	8	0	0
3 mittel	7	64	(71)	27	1	1
4+5 schwach/keine	8	45	(53)	35	9	3
<u>k) Grundeinstellung zur deutschen Einheit</u>						
sehr dafür	24	59	(83)	15	2	0
eher dafür	6	61	(67)	29	3	1
eher dagegen/sehr dagegen	5	57	(62)	30	4	4

Wie zu erwarten ist, nimmt die berufliche Situation erheblichen Einfluß auf die persönliche Zukunftszuversicht. Panelmitglieder, die bereits die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mußten, sind weniger zuversichtlich als jene, für die das nicht zutrifft (a). Der Unterschied ist signifikant, wenn auch nicht sehr stark. Wesentlich stärker wirkt sich die aktuelle Sicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes aus (b), die sehr wesentlich das Maß erlebter sozialer Sicherheit bestimmt. Folgerichtig beeinflußt die berufliche Zukunftszuversicht außerordentlich stark die persönliche Zukunftszuversicht (c), bildet die berufliche Entwicklung doch eine entscheidende, existentielle Grundlage individueller Zukunftsplanung.

Erlebte soziale Gerechtigkeit wirkt sich ebenfalls positiv auf die Zukunftszuversicht aus, sei es durch die Erfahrung, seinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten (d), bzw. es entsprechend seiner Leistung zu etwas zu bringen (e). Auch die Erfahrung, auf die Politik Einfluß nehmen zu können (f), hat positive Auswirkungen. Allerdings sind gerade diese Erfahrungen nicht sehr verbreitet, wir sind darauf eingegangen.

Eine positive Korrelation besteht ebenso zwischen eigenem Lebensstandard und persönlicher Zukunftszuversicht (g).

Die genannten Faktoren (und viele weitere) bilden zugleich den Hintergrund dafür, daß Panelmitglieder, die im Rückblick in Ostdeutschland mehr positive Veränderungen seit der Vereinigung feststellen, deutlich zuversichtlicher in ihre persönliche Zukunft blicken als jene, die mehr negative Veränderungen bemerken bzw. sich ambivalent hierzu äußern (h). Dementsprechend gilt für den Ausblick: Positive Erwartungen an die künftige Entwicklung in Ostdeutschland fördern positive Erwartungen an die persönliche Zukunft, negative Erwartungen (die im Anwachsen begriffen sind), dämpfen die persönliche Zukunftssicht dagegen erheblich (i). Auf diesen bedeutsamen Zusammenhang kommen wir noch ausführlicher zurück.

In dieselbe Richtung weist der Zusammenhang zwischen der Grundeinstellung zur deutschen Einheit und der persönlichen Zukunftszuversicht (k). Wie schon unsere Untersuchungen unmittelbar nach der Wende und Anfang der 90er Jahre zeigten, ging die Bejahung der deutschen Einheit von Anfang an mit einer optimistischen Zukunftssicht einher, Ausdruck der Hoffnung auf eine gesicherte Zukunft in Wohlstand und Freiheit, vor allem auf eine baldige Angleichung der ostdeutschen an die westdeutsche Lebensqualität (vgl. Förster/Roski 1990, S. 83; Friedrich/Förster 1996, S. 54). Auch von Silbereisen, Vaskovics und Zinnecker wird über einen solchen Zusammenhang berichtet (vgl. 1996, S.35).

Erwähnenswert ist, daß die 1996 beobachtete signifikant positivere Zukunftszuversicht der im Westen lebenden Panelmitglieder 1998 nur noch tendenziell besteht. Die in der Gesamtgruppe zwischen 1996 und 1998 festgestellte leicht rückläufige Tendenz (s. u.) ist vor allem auf die Abnahme der Zukunftszuversicht bei dieser Teilpopulation zurückzuführen.

Damit wenden wir uns den Trends der Entwicklung der gesellschaftlichen und persönlichen Zukunftszuversicht bei den Panelmitgliedern zwischen 1987 und 1998 zu. Die folgende Tabelle informiert über die vorliegenden Zeitreihen, gesondert berechnet für die Teilnehmer der 13. Welle:

Tabelle 9.3: Gesellschaftliche und persönliche Zukunftszuversicht zwischen 1987 und 1996
 „Wie zuversichtlich sehen Sie die Zukunft
 a) für die Entwicklung in der DDR / ab 1991 : in Ostdeutschland
 b) für Sie persönlich ?“

1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

Jahr	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<i>a) für die Entwicklung in der DDR / in Ostdeutschland</i>												
1987	39	51	9	1	0	1,7	-	-	-	-	-	-
1988	29	46	19	4	2	2,0	87:88	17	45	<u>38</u>	0,18	0,50
1989	15	45	28	8	4	2,4	88:89	15	47	<u>38</u>	0,18	0,53
1991	13	39	33	13	2	2,5	89:91	29	35	36	0,41	0,51
1992	12	37	40	8	3	2,5	91:92	25	42	33	0,33	0,42
1993	13	33	41	9	4	2,6	92:93	27	52	21	0,35	0,25
1994	15	46	29	7	3	2,4	93:94	<u>34</u>	50	16	0,44	0,20
1995	14	42	35	7	2	2,4	94:95	25	52	23	0,31	0,27
1996	7	33	40	14	6	2,8	95:96	12	48	<u>40</u>	0,13	0,51
1998	4	25	42	22	7	3,0	96:98	17	49	<u>34</u>	0,20	0,44
<i>b) für Sie persönlich</i>												
1987	42	50	8	0	0	1,7	-	-	-	-	-	-
1988	38	53	8	1	0	1,7	87:88	21	53	26	0,23	0,30
1989	39	53	7	1	0	1,7	88:89	21	58	21	0,24	0,23
1990	21	50	23	5	1	2,2	89:90	17	37	<u>46</u>	0,20	0,65
1991	21	54	21	4	0	2,1	90:91	33	47	20	0,39	0,23
1992	24	60	15	1	0	1,9	91:92	27	56	17	0,29	0,17
1993	16	60	21	2	1	2,1	92:93	16	61	23	0,17	0,27
1994	17	65	17	1	0	2,0	93:94	24	59	17	0,27	0,17
1995	16	66	15	2	1	2,1	94:95	15	65	20	0,15	0,21
1996	15	58	22	3	2	2,2	95:96	15	60	<u>25</u>	0,16	0,28
1998	12	60	24	3	1	2,2	96:98	20	58	22	0,22	0,24

Anzahl der 1998 durch Rückrechnung in die Längsschnitte einbezogenen identischen Personen: 1987 = 344;
 1988 = 333; 1989 = 357; 1990 = 163; 1991 = 165; 1992 = 147; 1993 = 204; 1994 = 231; 1995 = 296;
 1996 = 335. N 1998 = 368.

Koeffizienten für die Zeiträume vor und nach der Wende:

Zeitraum	Aspekt	POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
87:89	gesellschaftl. Zukunft	10	38	<u>52</u>	0,11	0,78	341
	persönliche Zukunft	22	52	26	0,26	0,30	342
89:98	gesellschaftl. Zukunft	17	28	<u>55</u>	0,25	0,90	356
	persönliche Zukunft	13	40	<u>47</u>	0,15	0,62	357

Zunächst ein Blick auf die Veränderungen *vor der Wende*, zwischen 1987 und 1989. In diesem Zeitraum schrumpfte der Anteil der Panelmitglieder, die die *gesellschaftliche Entwicklung* in der DDR zuversichtlich betrachteten, erheblich zusammen. Das zeigen die Jahresvergleiche in der Tabelle 9.3, noch deutlicher geht dies aus den Koeffizienten hervor. Der Prozentanteil einschränkungslos zuversichtlicher Jugendlicher ging von 39 % 1987 auf 15 % im Frühjahr 1989 zurück. Der Mittelwert auf der fünfstufigen Skala sank von 1,7 auf 2,4. Die negativen Veränderungen auf der Skala um einen oder mehrere Skalenpunkte (NEP) bei 52 % der Panelmitglieder waren erheblich größer (signifikant) als die positiven Veränderungen (POP) bei nur 10 %. Negativen Veränderungen auf der Skala um 0,78 Skalenpunkte standen positive Veränderungen um nur 0,11 Skalenpunkte gegenüber.

Dieser Trend lief völlig konform mit der starken Regression der politischen Identifikation der Panelmitglieder mit der DDR in diesem Zeitraum: Der Anteil der Jugendlichen, die sich einschränkungslos mit der DDR identifizierten, ging von 45 % 1987 auf 21 % 1989 zurück.

Hinsichtlich der *persönlichen Zukunft* war dagegen nur ein sehr geringer Rückgang der Zuversicht zu beobachten. Die eigene Zukunft schien damals von den negativ erlebten und kritisch bewerteten gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in der DDR weniger betroffen zu sein, zumal zum Zeitpunkt der Befragung faktisch alle Panelmitglieder mit dem feststehenden Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz eine klare persönliche Perspektive zu haben glaubten. Ein völliger Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft mit weitreichenden persönlichen Konsequenzen wurde auch von den damals 16jährigen Schülern nicht erwartet (vgl. Abschnitt 2.: Ergebnisse vor der Wende).

Aufschlußreich sind die Trends *nach der Wende*: Für die Jahre 1991 bis 1993 (1990 war diese Frage nicht gestellt worden) ist ablesbar, daß sich die Bewertung der *gesellschaftlichen Zukunft* nach dem Systemwechsel gegenüber der Endzeit der DDR nicht grundsätzlich verändert hatte, sie war 1991 eher etwas kritischer geworden, der Anteil ambivalenter Urteile nahm zu. Erst die Daten von 1994 und 1995 ließen auf einen leichten Positivtrend schließen, der sich ab 1996 jedoch wieder umgekehrt hat: Schon zwischen 1995 und Ende 1996 überwogen deutlich die Negativierungen (NEP 40 %), Widerspiegelung zunehmender Enttäuschungen. Dieser Negativtrend setzte sich auch zwischen 1996 und 1998 fort: Der Anteil der Panelmitglieder, die sich zuversichtlich über die künftige Entwicklung in Ostdeutschland äußern (Ap 1 und 2) hat mit 29 % den bisher tiefsten Stand erreicht, der Mittelwert sank weiter von 2,8 1996 auf 3,0 1998. Die Quote der Negativierungen war mit 34 % deutlich größer (signifikant) als die der Positivierungen mit 17 %, negativen

Veränderungen auf der (fünfstufigen) Meßskala um 0,44 Punkte (DIN) standen positive Veränderungen von nur 0,20 Punkten (DIP) gegenüber. In Übereinstimmung mit anderen Ergebnissen der Studie widerspiegeln diese Daten die sehr kritische Wahrnehmung der gesellschaftlichen Krisenerscheinungen in Ostdeutschland, die hier nicht näher auszuführen sind. Im gesamten Zeitraum 1989 bis 1998 überwogen die Negativierungen eindeutig die Positivierungen: 55 % (NEP) gegenüber 17 % (POP).

Auch im Hinblick auf die *persönliche Zukunft* ging die Zuversicht nach der Wende weiter zurück. Schon zwischen 1989 und 1990 verringerte sich der Anteil der Panelmitglieder mit einschränkungsloser Zuversicht von 39 % auf 21 %, dafür stieg der Anteil ambivalenter Angaben von 7 % auf 23 % an. Die für diesen Zeitraum berechneten Koeffizienten verdeutlichen diese negativen Veränderungen sehr klar (NEP = 46 %, DIP 0,65 Skalenpunkte; s. Tab. 9.3). Bei einem nicht geringen Teil der Panelmitglieder waren die bis dahin feststehenden Pläne der beruflichen Entwicklung durch die Umbrüche stark ins Wanken geraten oder mußten sogar völlig aufgegeben werden. Fast die Hälfte der Teilnehmer äußerte in dieser Zeit kurz nach der Wende Angst vor eigener Arbeitslosigkeit.

In den folgenden Jahren war mit zunehmender Tendenz eine eingeschränkt positive persönliche Zukunftszuversicht charakteristisch, zwischen 1995 und 1996 war dagegen wie bei der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht eine signifikante Negativierung zu verzeichnen, die sich tendenziell auch zwischen 1996 und 1998 fortsetzte. Insgesamt gesehen überwiegen zwischen den Meßpunkten kurz vor der Wende und 1998 bei 47 % die Negativierungen, die Verschiebungen auf der Skala betragen immerhin 0,62 Skalenplätze.

Trotz der unterschiedlichen Tendenzen in der Ausprägung der Zukunftszuversicht im Hinblick auf die Gesellschaft einerseits und die eigene Person andererseits vor der Wende bestand schon damals ein Zusammenhang beider Aspekte: Je geringer der Gesellschaft die Chance einer positiven Entwicklung beigemessen wurde, desto geringer wurden auch die eigenen Zukunftschancen eingeschätzt. Dieser grundsätzliche Zusammenhang besteht auch nach der Wende bei den inzwischen älter gewordenen Panelmitgliedern, er ist sogar deutlich enger geworden: Für 1989 wurde ein Korrelationskoeffizient von $r = .25$ berechnet, für 1998 dagegen von $r = .39$ (nur Teilnehmer der 13. Welle). Außer Zweifel steht, daß die gesellschaftliche Situation für die persönliche Perspektive bei den 1998 25jährigen ein erheblich höheres Gewicht besitzt als damals bei den 16jährigen. „Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht“ - diese grundsätzliche Aussage der 12. Shellstudie kann aus der Sicht unserer jüngsten Ergebnisse nur unterstrichen werden (vgl. Jugend '97, S. 13 und 294). Für

nicht wenige ostdeutsche Jugendliche ist wohl hinzuzufügen, daß ihre persönlichen Zukunftsmöglichkeiten zum zweiten Mal in einem lebensgeschichtlich kurzen Zeitraum durch gesellschaftliche Krisenerscheinungen beeinträchtigt werden.

Wie sehr die gesellschaftliche Zukunftszuversicht die persönliche beeinflusst, belegt die folgende differenzierte Längsschnittkorrelation, die nur im Rahmen von Längsschnittstudien möglich ist und die den Beweis für vermutete Zusammenhänge liefert. Für den Zeitraum zwischen 1993 und 1998 (zwischen 9. und 13. Welle) wurde geprüft, wie sich bei unterschiedlicher Entwicklung der gesellschaftlichen Zuversicht die persönliche Zuversicht verändert. (Dieser Zeitraum wurde gewählt, um möglichst große Untergruppen zu erhalten, die für dieses Herangehen erforderlich sind.)

Tabelle 9.4: Längsschnittanalyse der Veränderung der persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1993 und 1998, differenziert nach der Veränderung der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht. Antwortmodell wie bei Tabelle 9.3 (N = 204)

Jahr	1	2	3	4	5	X	n	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<u>bei Positivierung der gesellschaftl. Zuversicht (POP)</u>												
1993	16	36	45	3	0	2,4						
1998	20	61	16	3	0	2,1	31	<u>35</u>	55	10	0,39	0,10
<u>bei Konstanz der gesellschaftl. Zuversicht (KOP)</u>												
1993	11	68	19	1	1	2,2						
1998	5	76	17	1	1	2,2	78	18	60	22	0,21	0,23
<u>bei Negativierung der gesellschaftl. Zuversicht (NEP)</u>												
1993	21	61	15	2	1	2,0						
1998	6	58	31	4	1	2,4	95	9	49	<u>42</u>	0,11	0,45

Die diametral entgegengesetzten Tendenzen in diesem Zeitraum bei den beiden Extremgruppen sind deutlich erkennbar: Eine Positivierung der gesellschaftlichen Zuversicht (POP) ging mit einer signifikanten Positivierung der persönlichen Zuversicht einher, eine Negativierung der gesellschaftlichen Zuversicht (NEP) dagegen mit einer signifikanten Negativierung der persönlichen Zuversicht. Bei Konstanz der gesellschaftlichen Zuversicht (KOP) blieben auch die Werte der persönlichen Zuversicht überwiegend konstant.

Über ähnliche rückläufige Tendenzen bei der gesellschaftlichen und persönlichen Zukunftszuversicht in den letzten Jahren berichtet auch die jüngste, 12. Shellstudie (vgl. 'Jugend 97, S. 289 f.). Dasselbe gilt für den engen Zusammenhang zwischen der Sicht auf die eigene Zukunft und die der Gesellschaft: „Wer die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der Gesellschaft gravierend empfindet, der fühlt sich durch eben diese auch in seinen eigenen

Zukunftsmöglichkeiten stark beeinträchtigt.“ (S. 294). In dieselbe Richtung gehen die Aussagen von Silbereisen u. a. Besonders bei den älteren Jahrgängen im dritten Lebensjahrzehnt konstatieren sie eine Tendenz zur Rücknahme persönlicher Zuversicht in ihre Zukunft; sie stellen ebenfalls hohe Zusammenhänge zwischen persönlicher und gesellschaftlicher Zukunftszuversicht fest (vgl.1996, S. 202 ff.).

Berufliche Zukunftszuversicht

Bei der erwähnten starken Regression der gesellschaftlichen Zukunftszuversicht kommt unseren Ergebnissen zufolge der dramatischen Beschäftigungssituation in Ostdeutschland ein besonderes Gewicht zu. So ergab die 13. Welle unserer Studie, daß bereits über die Hälfte der Panelmitglieder die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit machen mußte: 32 % waren einmal, weitere 23 % sogar mehrmals arbeitslos; wir haben das im Abschnitt 2. bereits erwähnt. Vor allem bei diesen Jugendlichen, aber auch bei vielen von denen, die noch nicht von Arbeitslosigkeit betroffen waren, nahm in den letzten Jahren die Zuversicht ab, die geplante berufliche Entwicklung verwirklichen zu können. Wir informieren darüber ausführlicher, zunächst über die Situation 1998:

Tabelle 9.5: Ausprägung der beruflichen Zukunftszuversicht 1998
 „Wie zuversichtlich sind Sie, daß Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“
 1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Gesamt	14	53	(67)	25	5	3	2,3
männlich	14	59	(73)	25	1	1	2,2
weiblich	14	47	(61)	26	8	5	2,4
<u>Wohnregion</u>							
lebt im Osten	10	55	(65)	27	5	3	2,4
lebt im Westen	31	46	(77)	16	2	5	2,1
<u>arbeitslos gewesen ?</u>							
ja	11	50	(61)	29	5	5	2,4
nein	17	57	(74)	21	4	1	2,2
<u>Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>							
völlig sicher	37	44	(81)	15	4	0	1,9
ziemlich sicher	13	62	(75)	21	2	2	2,2
ziemlich/völlig unsicher	2	32	(34)	41	15	10	3,0

Zwei Drittel der Panelmitglieder (67 %) sind 1998 zuversichtlich, ihre beruflichen Pläne auch tatsächlich verwirklichen zu können, davon allerdings nur 14 % einschränkungslos. Ein Viertel äußert sich ambivalent, 8 % sind wenig oder überhaupt nicht zuversichtlich. Männliche Panelmitglieder äußern in dieser Beziehung deutlich häufiger Zuversicht als weibliche, im Westen lebende häufiger als im Osten lebende. Erfahrene Arbeitslosigkeit dämpft diese Zuversicht, noch mehr allerdings eine aktuelle Unsicherheit des Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes.

Wir schließen den Trend an, zu dem Daten ab 1991 (6. Welle) vorliegen:

Tabelle 9.6: Ausprägung der Zukunftszuversicht hinsichtlich der beruflichen Karriere zwischen 1991 und 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle)

„Wie zuversichtlich sind Sie, daß Sie Ihre beruflichen Pläne verwirklichen können?“

1 sehr zuversichtlich 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zuversichtlich

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1991	22	51	(73)	24	2	1	2,08	-	-	-	-
1992	21	55	(76)	19	4	1	2,10	91:92	21	51	28
1993	17	52	(69)	22	5	4	2,29	92:93	25	42	33
1994	18	54	(72)	22	3	3	2,20	93:94	26	53	21
1995	15	55	(70)	26	1	3	2,23	94:95	22	53	25
1996	15	50	(65)	27	6	2	2,30	95:96	19	56	25
1998	14	53	(67)	25	5	3	2,31	96:98	22	56	22

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1991 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
21	43	<u>36</u>	0,22	0,53	165

Ablesbar ist, daß bei den Panelmitgliedern in diesen 7 Jahren (insbesondere ab 1995) ein signifikanter Abbau der beruflichen Zukunftszuversicht eingetreten ist. Der Anteil einschränkungslos zuversichtlicher junger Leute ist zurückgegangen, ambivalente Urteile haben zugenommen.

Diese Regression hat (neben anderen Faktoren) wesentlich mit zu dem erwähnten Rückgang der persönlichen Zukunftszuversicht beigetragen. Das geht aus einer bedingten Längsschnittkorrelation der Veränderung der persönlichen Zuversicht entsprechend der Veränderung der beruflichen Zuversicht hervor:

Tabelle 9.7: Längsschnittanalyse der Veränderung der persönlichen Zukunftszuversicht zwischen 1991 und 1998, differenziert nach der Veränderung der beruflichen Zuversicht. Antwortmodell wie bei Tabelle 9.6

Jahr	1	2	3	4	5	X	n	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<u>bei Positivierung der beruflichen Zuversicht (POP)</u>												
1991	9	56	32	3	0	2,3						
1998	18	70	12	0	0	1,9	34	<u>41</u>	47	12	0,47	0,12
<u>bei Konstanz der beruflichen Zuversicht (KOP)</u>												
1991	20	56	21	3	0	2,1						
1998	16	63	20	0	1	2,1	71	23	56	21	0,24	0,25
<u>bei Negativierung der beruflichen Zuversicht (NEP)</u>												
1991	30	48	15	7	0	2,0						
1998	3	55	33	7	2	2,5	60	13	33	<u>54</u>	0,17	0,67

Die diametral entgegengesetzten Veränderungen in diesem Zeitraum sind bei den Extremgruppen deutlich erkennbar: Eine Positivierung der beruflichen Zuversicht ging mit einer signifikanten Positivierung der persönlichen Zuversicht einher, eine Negativierung der beruflichen Zuversicht (für einen großen Teil charakteristisch) dagegen mit einem signifikanten Abbau der persönlichen Zuversicht. Von daher ist bei den Panelmitgliedern bei einer weiteren Zuspitzung der Beschäftigungssituation in Ostdeutschland auch ein weiterer Rückgang ihrer persönlichen Zukunftszuversicht zu vermuten.

Den Zusammenhang von beruflicher und persönlicher Zukunftszuversicht unterstreicht auch Gerhard Schmidtchen auf der Grundlage seiner gesamtdeutschen Jugendstudien. Aus dem Vergleich der Ergebnisse westdeutscher und ostdeutscher Jugendlicher zu ihrer Berufsperspektive geht hervor, daß die berufliche Zukunft für Jugendliche im Osten unklarer ist als im Westen. Und: Von den beruflichen Zukunftsperspektiven hängt im Osten noch stärker als im Westen das Zukunftsvertrauen junger Menschen überhaupt ab (vgl. 1997, S.125).

10. Befindlichkeiten

Erst nach der Wende sind sukzessive verschiedene Seiten der psychischen Befindlichkeit der Panelmitglieder Gegenstand dieser Studie geworden. Uns interessiert vor allem, wie die Jugendlichen die massiven Veränderungen in der Gesellschaft und in der eigenen Biographie psychisch bewältigen, welche typischen Problemlagen sich herausbilden und welche Wechselbeziehungen zwischen der Befindlichkeit einerseits und den politischen Grundeinstellungen andererseits bestehen. Schwerpunkte dieser Analysen waren bzw. sind das Erleben von Bedrohungsgefühlen durch Zeitereignisse, das Auftreten von ausgewählten psychosozialen Belastungen bzw. psychosomatischen Beschwerden sowie verschiedene Aspekte der Lebenszufriedenheit. Die Indikatoren zu allen diesen Gegenständen wurden aus den Meinungsumfragen des ZIJ 1990 bzw. aus unseren repräsentativen Jugendstudien 1992 und 1994 übernommen, was punktuelle Vergleiche ermöglicht.

10.1 Bedrohungsgefühle durch Zeitereignisse

Seit 1990 wurde untersucht, ob und inwieweit sich die abrupt eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen und Ereignisse bei den Panelmitgliedern in Bedrohungsgefühlen widerspiegeln. Die hierzu vorliegenden Daten sind sehr aufschlußreich, weil sie unterschiedliche Trends erkennen lassen, von deutlicher Abnahme bis zur tendenziellen Zunahme.

Tabelle 10.1 gibt zunächst einen Gesamtüberblick der 1998 ermittelten Daten:

Tabelle 10.1: Bedrohungsgefühle 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert (nach dem Mittelwert geordnet; N = 368)
 „Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“
 1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4	X
<i><u>zunehmende Verteuerung des Lebens</u></i>						
Gesamt	30	46	(76)	22	2	2,0
männlich	24	45	(69)	28	3	2,1
weiblich	35	47	(82)	17	1	1,9
<i><u>Zunahme von Kriminalität</u></i>						
Gesamt	28	47	(75)	21	4	2,0
männlich	19	49	(68)	26	6	2,2
weiblich	35	45	(80)	18	2	1,9

„Inwieweit fühlen Sie sich durch das Folgende persönlich bedroht?“

1 stark 2 eher stark 3 eher schwach 4 schwach

	1	2	(1+2)	3	4	X
<u>Zunahme von Aggressivität und Gewalt</u>						
Gesamt	18	46	(64)	30	6	2,2
männlich	13	42	(55)	38	7	2,4
weiblich	22	49	(71)	24	5	2,1
<u>Zunahme von Leistungsdruck</u>						
Gesamt	17	41	(58)	35	7	2,3
männlich	13	37	(50)	41	9	2,4
weiblich	20	45	(65)	30	5	2,2
<u>Ausbreitung von Rechtsradikalismus</u>						
Gesamt	19	35	(54)	36	10	2,4
männlich	13	29	(42)	44	14	2,6
weiblich	23	40	(63)	32	5	2,2
<u>Zunahme von Egoismus</u>						
Gesamt	16	38	(54)	38	8	2,4
männlich	15	27	(42)	48	10	2,5
weiblich	17	47	(64)	30	6	2,2
<u>mögliche eigene Arbeitslosigkeit</u>						
Gesamt	15	22	(37)	49	14	2,6
männlich	7	23	(30)	54	16	2,8
weiblich	22	20	(42)	45	13	2,5
<u>Eintreten einer persönlichen Notlage</u>						
Gesamt	12	23	(35)	56	9	2,6
männlich	8	20	(28)	62	10	2,7
weiblich	15	25	(40)	53	7	2,5
<u>Ausbreitung von Linksradikalismus</u>						
Gesamt	7	16	(23)	51	26	3,0
männlich	10	12	(22)	50	28	3,0
weiblich	5	20	(25)	51	24	2,9
<u>zunehmende Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen</u>						
Gesamt	4	17	(21)	51	28	3,0
männlich	3	15	(18)	48	34	3,1

weiblich	4	19	(23)	55	22	3,0
----------	---	----	------	----	----	-----

Die bei den Panelmitgliedern untersuchten Bedrohungsgefühle sind sehr unterschiedlich verbreitet. Eindeutig am häufigsten geäußert wird die Angst vor einer *zunehmenden Verteuerung des Lebens* (76 % stark oder eher stark; siehe die Angaben in der Klammer) sowie vor einer *Zunahme von Kriminalität* (75 %), gefolgt von der Angst vor einer *Zunahme von Aggressivität und Gewalt*. Vor allem diese Ängste müssen nach wie vor als Massenerscheinungen angesehen werden.

Stark verbreitet sind aber auch Ängste vor einem *steigenden Leistungsdruck* (58 %), vor der *Ausbreitung von Rechtsradikalismus* (54 %), vor der *Zunahme von Egoismus* (54 %).

Deutlich seltener geäußert werden Ängste vor möglicher eigener *Arbeitslosigkeit* (37 %), dem Eintreten einer *persönlichen Notlage* (35 %), der Ausbreitung von *Linksradikalismus* (23 %) und vor zunehmenden *Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen* (21 %).

Weibliche Panelmitglieder äußern fast durchgängig häufiger Ängste als ihre männlichen Altersgefährten. Das betrifft insbesondere die Angst vor Rechtsradikalismus (Mittelwertdifferenz 0,4 Punkte), aber auch die Angst vor Kriminalität, von Aggressivität und Gewalt, Egoismus und Arbeitslosigkeit (Mittelwertdifferenz jeweils 0,3 Punkte).

Wesentlich ist, daß sich alle untersuchten Bedrohungsgefühle mehr oder weniger stark auf die persönliche Zukunftszuversicht (Lebensgrundstimmung) auswirken, aber auch auf die politischen Grundeinstellungen wie z. B. die Zufriedenheit mit dem politischen System. Den stärksten Einfluß im Hinblick auf die Zukunftszuversicht hat die Angst vor möglicher eigener Arbeitslosigkeit. Sie gehört bei den Panelmitgliedern trotz der rückläufigen Tendenz ihrer Verbreitung nach wie vor zu den besonders tiefgehenden Bedrohungsgefühlen, betrifft sie doch existentielle Lebensbedingungen.

Wir teilen in dieser Hinsicht die Einschätzung der Autoren der 12. Shell-Jugendstudie, daß die Angst um den Arbeitsplatz zu einer „prägenden Generationserfahrung“ wird (vgl. Jugend 97, S. 14; Münchmeier 1998, S. 5). „Die Krisen im Erwerbsarbeitssektor: Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung und Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung sind inzwischen nicht mehr ‚bloß‘ eine Randbedingung des Aufwachsens. Sie sind nicht mehr ‚bloß‘ Belastungen des Erwachsenenlebens, von denen Jugendliche, die in einem Schonraum ihr Jugendleben führen, nicht betroffen sind. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht. Wenn die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muß auch die Jugendphase als Phase der biologischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft davon tangiert sein.“ (Münchmeier 1998, S. 5)

Starken negativen Einfluß auf die Lebensgrundstimmung nehmen auch die Ängste vor einer Notlage bzw. vor der Verteuerung des Lebens.

Wie angedeutet, verweisen die überwiegend bereits seit 1991 vorliegenden Zeitreihen auf unterschiedliche Trends. Das geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Tabelle 10.2: Bedrohungsgefühle im Trend (nur Teilnehmer 13. Welle)
Antwortmodell wie bei Tab. 10.1

	1	2	(1+2)	3	4	X
<u><i>zunehmende Verteuerung des Lebens</i></u>						
1991	30	46	(76)	22	2	2,0
1992	27	46	(73)	24	3	2,0
1993	34	41	(75)	24	1	1,9
1994	27	49	(76)	22	2	2,0
1995	28	50	(78)	20	2	2,0
1996	32	48	(80)	18	2	1,9
1998	30	46	(76)	22	2	2,0
<u><i>Zunahme von Kriminalität</i></u>						
1991	51	30	(81)	14	5	1,7
1992	52	36	(88)	10	2	1,6
1993	47	34	(81)	19	0	1,7
1994	34	46	(80)	19	1	1,9
1995	35	43	(78)	20	2	1,9
1996	30	42	(72)	24	4	2,0
1998	28	47	(75)	21	4	2,0
<u><i>Zunahme von Aggressivität und Gewalt</i></u>						
1991	59	30	(89)	9	2	1,5
1992	44	37	(81)	14	5	1,8
1993	36	40	(76)	21	3	1,9
1994	27	41	(68)	29	3	2,1
1995	27	41	(68)	29	3	2,1
1996	19	45	(64)	30	6	2,2
1998	18	46	(64)	30	6	2,2
<u><i>Ausbreitung von Rechtsradikalismus</i></u>						
1991	53	35	(88)	8	4	1,6
1992	52	29	(81)	13	6	1,7
1993	44	31	(75)	17	8	1,9
1994	32	35	(67)	24	9	2,1
1995	23	36	(59)	31	10	2,3
1996	17	30	(47)	43	10	2,5
1998	19	35	(54)	37	9	2,4
<u><i>Zunahme von Egoismus</i></u>						
1991	43	33	(76)	21	3	1,8
1992	48	31	(79)	19	2	1,7
1993	39	38	(77)	19	4	1,9
1994	20	41	(61)	30	9	2,3
1995	19	41	(60)	32	8	2,3

1996	16	42	(58)	34	8	2,3
1998	16	38	(54)	38	8	2,4
	1	2	(1+2)	3	4	X

mögliche eigene Arbeitslosigkeit

1991	26	19	(45)	34	21	2,5
1992	13	12	(25)	40	35	3,0
1993	15	18	(33)	40	27	2,8
1994	14	17	(31)	48	21	2,8
1995	15	20	(35)	47	18	2,7
1996	17	20	(37)	46	17	2,6
1998	15	22	(37)	49	14	2,6

Eintreten einer persönlichen Notlage

1992	6	17	(23)	56	21	2,9
1993	7	20	(27)	56	17	2,8
1994	9	17	(26)	61	13	2,8
1995	10	23	(33)	58	9	2,7
1996	11	24	(35)	54	11	2,6
1998	12	23	(35)	56	9	2,6

Ausbreitung von Linksradikalismus

1992 (7. Welle)	14	21	(35)	47	18	2,7
1993	13	26	(39)	39	22	2,7
1994	10	16	(26)	44	30	2,9
1995	9	17	(26)	50	24	2,9
1996	7	17	(24)	51	25	3,0
1998	7	16	(23)	51	26	3,0

zunehmende Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen

1992	7	23	(30)	52	18	2,8
1993	10	25	(35)	48	17	2,7
1995	5	16	(21)	49	30	3,0
1996	5	15	(20)	51	29	3,0
1998	3	17	(20)	52	28	3,0

Zunahme von Leistungsdruck

1995	18	40	(58)	35	7	2,3
1996	15	42	(57)	36	7	2,3
1998	17	41	(58)	35	7	2,3

Anzahl der in den verschiedenen Jahren einbezogenen Personen (nur Teilnehmer der 13. Welle): 1991 = 165; 1992 = 147; 1993 = 203; 1994 = 231; 1995 = 296; 1996 = 335; 1998 = 368.

Koeffizienten für die Untersuchungszeiträume:

Aspekt	Zeitraum	POP	KOP	NEP	N
Verteuerung des Lebens	1991 - 1998	30	42	28	165
Kriminalität	1991 - 1988	20	38	<u>42</u>	165

Aggressivität und Gewalt	1991 - 1998	8	31	<u>61</u>	165
Rechtsradikalismus	1991 - 1998	10	27	<u>63</u>	165

Aspekt	Zeitraum	POP	KOP	NEP	N
Egoismus	1991 - 1998	18	32	<u>50</u>	165
eigene Arbeitslosigkeit	1991 - 1998	27	37	36	165
persönliche Notlage	1992 - 1998	<u>35</u>	48	17	147
Linksradikalismus	1992 - 1998	20	36	<u>44</u>	152
Ost- West- Konflikte	1992 - 1998	22	37	<u>41</u>	147
Leistungsdruck	1995 - 1998	24	53	23	296

Diese bemerkenswerten Trends bedürfen einer ausführlichen Interpretation, die im Rahmen dieser Dokumentation nicht geleistet werden kann. Wir heben hier nur hervor:

Auffällig sind die erheblichen rückläufigen Trends im Hinblick auf Rechtsradikalismus, Aggressivität/Gewalt, Egoismus, Linksradikalismus und Kriminalität. Bei diesen Aspekten hat sich der Anteil der Panelmitglieder fast kontinuierlich verringert, die sich bedroht fühlen. Das ist insofern überraschend, als die genannten Erscheinungen im Untersuchungszeitraum durchaus nicht verschwunden sind, sondern (wie im Falle der Kriminalität) eher stärker geworden sind. Vermutlich spielen hier Anpassungs- bzw. Gewöhnungsprozesse eine erhebliche Rolle. Bezüglich des Rückganges der Angst vor Kriminalität wird diese Annahme durch Aussagen von Panelmitgliedern in mündlichen Interviews bestätigt.

Bei der Angst vor *eigener Arbeitslosigkeit* ist auf den gesamten Zeitraum bezogen ein tendenzieller Rückgang zu verzeichnen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß der Anteil der Panelmitglieder, die solche Angst äußern, ab 1995 (11. Welle) wieder leicht angestiegen ist. Das gilt für beide Geschlechtergruppen, jedoch bei einer sehr unterschiedlichen Quote:

Tabelle 10.3: Angst vor eigener Arbeitslosigkeit im Trend 1991 bis 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert (nur Teilnehmer 13. Welle)
Antwortmodell wie bei Tab. 10-2; reduzierte Darstellung

<u>männliche Teilnehmer</u>					<u>weibliche Teilnehmer</u>						
	1	2	(1+2)	3+4	X		1	2	(1+2)	3+4	X
1991	18	16	(34)	66	2,7	31	21	(52)	48	2,4	
1992	6	11	(17)	83	3,2	18	13	(31)	69	2,8	
1993	7	14	(21)	79	3,1	21	21	(42)	58	2,6	
1994	8	13	(21)	79	2,9	19	21	(40)	60	2,6	
1995	8	16	(24)	76	2,9	21	23	(44)	56	2,5	
1996	9	16	(25)	75	2,9	24	22	(46)	54	2,4	
1998	7	24	(31)	69	2,8	22	20	(42)	58	2,5	

<u>Koeffizienten 1991 bis 1998:</u>	<u>POP</u>	<u>KOP</u>	<u>NEP</u>
männlich	27	36	37
weiblich	27	37	36

Im Durchschnitt gesehen äußerten zu den verschiedenen Befragungszeitpunkten fast doppelt so viele weibliche wie männliche Teilnehmer der Studie Angst vor eigener Arbeitslosigkeit!

Auf hohem Niveau etwa gleich geblieben ist die Angst vor einer zunehmenden *Verteuerung des Lebens*, nicht überraschend angesichts der Realitäten, die auch an den Panelmitgliedern nicht spurlos vorüber gegangen sind (insbesondere Mieterhöhungen).

Die Lebenshaltungskosten sind in den 90er Jahren im Osten stärker gestiegen als im Westen. So wuchs der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in den neuen Ländern und Ost-Berlin im Jahresdurchschnitt von 1991 bis 1998 um durchschnittlich 39,5 Prozent, was einer durchschnittlichen Jahresteuerrate von 4,9 Prozent entspricht (alte Bundesländer 17 bzw. 2,3 Prozent; Information der Bundesregierung, LVZ vom 27./28.3.1999).

Deutlich erhöht haben sich die Mieten in Ostdeutschland: Von durchschnittlich 332 Mark 1993 auf 571 Mark 1998, d.h. um 72 % (bzw. die Quadratmetermiete von 5,56 Mark auf 9,35 Mark, d. h. um 68 %; LVZ und ND vom 28. 7. 1999).

Deutlich zugenommen hat von Beginn der Messung an (1992) die Angst vor einer *persönlichen Notlage*. 1992 äußerte knapp ein Viertel diese für junge Leute im Osten bislang unbekannte Angst, 1998 waren es bereits mehr als ein Drittel. Auch hier zeigt die differenzierte Längsschnittanalyse erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtergruppen:

Tabelle 10.4: Angst vor persönlicher Notlage im Trend 1991 bis 1998, nach Geschlechtergruppen differenziert (nur Teilnehmer 13. Welle)
Antwortmodell wie bei Tab. 10.2; reduzierte Darstellung

<u>männliche Teilnehmer</u>					<u>weibliche Teilnehmer</u>						
	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>(1+2)</u>	<u>3+4</u>	<u>X</u>		<u>1</u>	<u>2</u>	<u>(1+2)</u>	<u>3+4</u>	<u>X</u>
1992	2	16	(18)	82	3,1	10	18	(28)	72	2,8	
1993	3	19	(22)	78	2,9	11	21	(32)	68	2,7	
1994	7	13	(20)	80	2,8	11	21	(32)	68	2,7	
1995	10	16	(26)	74	2,7	9	29	(38)	62	2,6	
1996	8	18	(26)	74	2,8	14	29	(43)	57	2,5	
1998	8	20	(28)	72	2,7	15	25	(40)	60	2,5	

<u>Koeffizienten 1992 bis 1998:</u>	<u>POP</u>	<u>KOP</u>	<u>NEP</u>
männlich	34	46	20
weiblich	<u>36</u>	49	15

Bei den männlichen Teilnehmern nahm die Quote derer, die existentielle Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage empfinden, zwischen 1992 und 1998 tendenziell von 18 % auf 28 % zu, bei den weiblichen signifikant von 28 % auf 40 %. Dieser sehr beunruhigende Trend sollte weiter beobachtet werden. Aus Korrelationen geht hervor, daß insbesondere erfahrene Arbeitslosigkeit und ein unsicherer Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zur Entstehung von Angst vor einer Notlage beitragen:

Tabelle 10.5: Ausprägung von Angst vor einer persönlichen Notlage 1998, differenziert nach erfahrener Arbeitslosigkeit und Sicherheit des Arbeits- /Ausbildungsplatzes

	1 stark	2 eher stark	3 eher schwach	4 schwach	
	1	2	(1+2)	3	4
<u>erfahrene Arbeitslosigkeit</u>					
ja, mehrmals	21	28	(49)	48	3
ja, einmal	14	21	(35)	56	9
nein	5	22	(27)	61	12
(CC = .29; P = .001)					
<u>Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>					
völlig sicher	2	24	(26)	54	20
ziemlich sicher	9	21	(30)	62	8
ziemlich/völlig unsicher	25	34	(59)	38	3
(CC = .36; P = .000)					

Erwähnt werden muß auch, daß Panelmitglieder mit Kindern tendenziell häufiger diese Angst äußern als jene ohne Kinder: Angst vor einer Notlage haben 32 % der Panelmitglieder ohne Kinder gegenüber 44 % derer mit Kindern. Die Anschaffung von Kindern erhöht heute offensichtlich die Wahrscheinlichkeit, in eine Notlage zu geraten.

Bestehende Ängste wirken sich, wie bereits angedeutet, auf die gesamte Persönlichkeitsentwicklung aus. Das schließt auch die politischen Einstellungen ein. Darauf lassen Querschnittskorrelationen schließen, beweiskräftiger sind jedoch die nur in Panelstudien möglichen Längsschnittanalysen über längere Zeiträume hinweg. Die folgende Tabelle dokumentiert exemplarisch den Einfluß der Angst vor einer zunehmenden Verteuerung des Lebens auf die Zufriedenheit mit dem politischen System:

Tabelle 10.6: Längsschnittanalyse der Veränderung der Zufriedenheit mit dem politischen System zwischen 1993 und 1998, differenziert nach der Veränderung der Ausprägung von Angst vor zunehmender Verteuerung des Lebens

Zufriedenheit mit dem politischen System										
1 sehr zufrieden		2 zufrieden		3 weniger zufrieden		4 unzufrieden				
1	2	3	4	X	POP	KOP	NEP	DIP	DIN	

bei Zunahme der Angst (n = 48)

1993	2	17	62	19	3,0	-	-	-	-	-
1998	0	8	61	31	3,2	12	50	<u>38</u>	0,13	0,38

bei Abnahme der Angst (n = 52)

1993	0	13	56	31	3,2	-	-	-	-	-
1998	4	21	58	17	2,9	<u>35</u>	55	10	0,37	0,10

Die entgegengesetzten Tendenzen sind gut erkennbar: Eine Zunahme der Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens ging mit einem signifikanten Rückgang der Zufriedenheit mit dem politischen System einher, ein Rückgang dieser Angst dagegen mit einem signifikanten Anwachsen der Zufriedenheit. Außer Zweifel steht, daß nicht zuletzt die Zunahme der Sorgen und Verunsicherungen infolge der erfahrenen Verteuerungen im Alltag bei den Panelmitgliedern mit zum Abbau ihrer Zufriedenheit mit dem politischen System beigetragen hat. Die erwähnten rückläufigen Tendenzen bei anderen Ängsten haben dies offensichtlich nicht kompensieren können.

10.2 Lebenszufriedenheit

Teilweise seit 1993 (9. Welle) wurden einige spezielle Seiten der Lebenszufriedenheit untersucht, die mit der Thematik der Studie zusammenhängen. Die folgende Tabelle informiert zunächst über die Ergebnisse der 13. Welle:

Tabelle 10.7: Ausprägung verschiedener Seiten der Lebenszufriedenheit 1998
„Zu Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Seiten des Lebens“

	1	2	(1+2)	3	4	X
<u>Ich bin</u>						
	1	2		3	4	
	zufrieden	eher zufrieden als unzufrieden		eher unzufrieden als zufrieden	unzufrieden	
<u>mit meinen Wohnverhältnissen</u>						
Gesamt	58	31	(89)	10	1	1,5
männlich	52	37	(89)	9	2	1,6
weiblich	64	26	(90)	9	1	1,5
<u>mit meinem Lebensstandard</u>						
Gesamt	33	57	(90)	8	2	1,8
männlich	26	67	(93)	6	1	1,8
weiblich	39	48	(87)	10	3	1,8
<u>mit meinem Einkommen</u>						
Gesamt	19	41	(60)	29	11	2,3
<u>mit den Chancen, die ich in der jetzigen Gesellschaft habe, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen</u>						
Gesamt	17	53	(70)	25	5	2,2
<u>mit meinen Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik</u>						
Gesamt	9	26	(35)	39	26	2,8
<u>mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>						
Gesamt	2	30	(32)	54	14	2,8

Bei den drei untersuchten materiellen Seiten der Lebensbedingungen überwiegt eindeutig der Anteil zufriedener Panelmitglieder. Das betrifft insbesondere die Wohnverhältnisse und - mit Abstand - den Lebensstandard, über die sich rund 90 % mehr oder weniger zufrieden äußern. Mit ihrem Einkommen sind mit 60 % deutlich weniger Panelmitglieder zufrieden, geringer ist vor allem der Anteil einschränkungslos zufriedener (19 %).

Weibliche Panelmitglieder sind etwas häufiger mit ihren Wohnverhältnissen und mit ihrem Lebensstandard zufrieden. Das hängt vor allem damit zusammen, daß von den weiblichen

Teilnehmern mehr als von den männlichen in einer eigenen Wohnung leben, dazu meist mit einem Partner.

Auch mit den in der jetzigen Gesellschaft bestehenden Leistungschancen sind die meisten Panelmitglieder zufrieden, die meisten davon machen allerdings Einschränkungen. Fast ein Drittel ist mit seinen Leistungschancen mehr oder weniger unzufrieden, ein ernstzunehmendes Ergebnis angesichts der erwähnten engen Zusammenhänge, die mit der Identifikation mit dem Gesellschaftssystem bestehen.

Nur ein reichliches Drittel der Panelmitglieder (35 %) ist mit seinen Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik zufrieden, die meisten davon noch mit Einschränkungen. Die überwiegende Mehrheit ist mehr oder weniger unzufrieden. Wir haben es hier mit einem Schlüsselergebnis der gesamten Studie zu tun, trägt doch dieses offensichtliche Defizit an persönlich tatsächlich erlebter Demokratie sehr nachhaltig zu der verbreiteten Skepsis oder Distanz gegenüber der neuen gesellschaftlichen Ordnung bei, insbesondere gegenüber dem politischen System (siehe den im Abschnitt 5. dargestellten engen Zusammenhang zwischen erlebter Demokratie und Systemzufriedenheit). Stark beeinträchtigt wird naturgemäß besonders die die ohnehin schwach entwickelte Zufriedenheit mit der Demokratie:

Tabelle 10.8: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik und der Zufriedenheit mit der Demokratie 1998

	Mit der Demokratie bin ich ...				
	1	2	(1+2)	3	4
<u>Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik:</u>					
zufrieden	6	50	(56)	38	6
eher zufrieden	5	41	(46)	42	12
eher unzufrieden	3	34	(37)	51	12
unzufrieden	0	13	(13)	56	31

($r = .31$; $P = .000$)

Mit abnehmender Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik geht auch die Zufriedenheit mit der Demokratie erheblich zurück. Von den Panelmitgliedern, die sich zufrieden über ihre Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik äußern, sind immerhin 56 % mit der Demokratie zufrieden (Ap 1+2), von jenen, die sich unzufrieden äußern, dagegen nur 13 % - dieser Zusammenhang spricht für sich.

Erwähnenswert ist auch, daß mit zunehmender Unzufriedenheit mit den Möglichkeiten zur politischen Einflußnahme um so häufiger die sehr kritische Auffassung geäußert wird, daß es auf dem Gebiet der demokratischen Mitwirkung zwischen heutiger Situation und der vor der Wende kaum einen Unterschied gibt:

Tabelle 10.9: Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik und dem Systemvergleich auf dem Gebiet der demokratischen Mitwirkung
 Auf dem Gebiet der demokratischen Mitwirkung ...
 1 war es vor der Wende besser 2 ist es heute besser
 3 gibt es kaum einen Unterschied 0 Das kann ich nicht beurteilen

	1	2	3	0
Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik:				
zufrieden	0	62	16	22
eher zufrieden	1	63	20	16
eher unzufrieden	1	48	29	22
unzufrieden	2	28	48	22

(CC = .32; P = .000)

Auf dem Hintergrund unserer Forschungen vor der Wende muß vermutet werden, daß nicht wenige Jugendliche erneut enttäuscht darüber sind, sich nicht (wie unmittelbar nach der Wende erhofft und erwartet) durch reale, erlebbare demokratische Mitbestimmung in die Gesellschaft einbringen zu können. Damit bleiben entscheidende Potenzen der Identifikation mit der neuen Gesellschaftsordnung ungenutzt.

Mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist nur ein knappes Drittel (32 %) zufrieden, sehr wenige davon (2 %) ohne Abstriche. Die meisten artikulieren ihre Unzufriedenheit. Das bestätigt noch einmal die erwähnte Distanz gegenüber dem Gesellschaftssystem.

Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit vermindert deutlich die Zufriedenheit mit dem Einkommen und dem Lebensstandard, aber auch mit den Chancen, in dieser Gesellschaft durch Leistung voranzukommen. Letzterer Zusammenhang belegt die weitreichenden Folgen persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit für die Beurteilung der Gesellschaft, des Leistungsprinzips als Kriterium von Anerkennung durch die Gesellschaft.

Panelmitglieder, die im Westen leben, unterscheiden sich von denen, die im Osten geblieben sind, sehr deutlich hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit ihrem Einkommen:

Tabelle 10. 10: Zufriedenheit mit dem Einkommen, differenziert nach der Wohnregion
Mit meinem Einkommen bin ich ...
1 sehr zufrieden 2 zufrieden
3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
lebt im Osten	17	39	(56)	32	12
lebt im Westen	29	54	(83)	13	4

Von den im Osten lebenden Teilnehmern sind 56 % zufrieden (Ap 1+2), von den im Westen lebenden dagegen 83 %. Das verwundert nicht angesichts der nach wie vor bestehenden großen West-Ost-Unterschiede im Gehalts-/Lohnniveau.

Nach den Angaben des DGB lagen die Durchschnittslöhne im Juli 1988 im Schnitt der neuen Bundesländer bei 3810 Mark (darunter Sachsen 3762 Mark), der alten Bundesländer dagegen bei 5142 Mark (Quelle: Leipziger Volkszeitung bzw. Neues Deutschland vom 26.2.1999).

Nicht ganz so große, jedoch signifikante Unterschiede bestehen auch im Hinblick auf die Zufriedenheit mit dem Lebensstandard (Ap 1+2: 98 % im Westen gegenüber 86 % im Osten). Bemerkenswert ist, daß im Westen lebende Panelmitglieder deutlich häufiger mit den Chancen zufrieden sind, im Leben durch Leistung voranzukommen: 84 % im Westen gegenüber 68 % im Osten.

In bezug auf die Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen, mit den Möglichkeiten politischer Einflußnahme und die gesellschaftliche Entwicklung bestehen keine Unterschiede zwischen den beiden Untergruppen.

Damit wenden wir uns den vorliegenden Trends zu.

Tabelle 10. 11: Ausprägung verschiedener Seiten der Lebenszufriedenheit im Trend betrachtet (nur Teilnehmer 13. Welle)
1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden
3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	X	N
<i>mit meinen Wohnverhältnissen</i>							
1993	43	41	(84)	12	4	1,8	204
1994	42	42	(84)	10	6	1,8	230
1995	51	37	(88)	9	3	1,6	296
1996	51	36	(87)	11	2	1,6	335
1998	58	31	(89)	10	1	1,5	368

1 zufrieden 2 eher zufrieden als unzufrieden
 3 eher unzufrieden als zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	X	N
<u>mit meinem Lebensstandard</u>							
1993	32	59	(91)	7	2	1,8	
1994	31	59	(90)	9	1	1,8	
1995	31	60	(91)	9	0	1,8	
1996	32	56	(88)	10	2	1,8	
1998	33	57	(90)	8	2	1,8	
<u>mit meinem Einkommen</u>							
1993	14	37	(51)	29	20	2,5	
1994	13	40	(53)	28	19	2,5	
1995	15	42	(57)	30	13	2,4	
1996	12	44	(56)	29	15	2,5	
1998	19	41	(60)	29	11	2,3	
<u>mit meinen Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik</u>							
1993	13	23	(36)	33	31	2,8	
1995	10	29	(39)	41	20	2,7	
1996	8	22	(30)	43	27	2,9	
1998	9	26	(35)	40	25	2,8	
<u>mit den Chancen, die ich in der jetzigen Gesellschaft habe, es im Leben durch Leistung zu etwas zu bringen</u>							
1995	19	57	(76)	21	3	2,1	
1996	16	56	(72)	23	5	2,2	
1998	17	53	(70)	25	5	2,2	
<u>mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>							
1996	2	32	(34)	51	15	2,8	
1998	2	30	(32)	54	14	2,8	

Koeffizienten für die Untersuchungszeiträume:

		POP	KOP	NEP	N
Wohnverhältnisse	1993-1998	<u>36</u>	44	20	204
Lebensstandard	1993-1998	25	52	23	204
Einkommen	1993-1998	<u>42</u>	36	22	204
Einflußnahme auf Politik	1993-1998	30	40	30	200
Leistungschancen	1995-1998	20	53	27	294
gesellschaftliche Entwicklung	1996-1998	23	53	24	332

Signifikante Positivierungen sind bei der Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen zu erkennen, vor allem bedingt durch den Auszug aus dem Elternhaus und den Einzug in eigenen Wohnraum (meist mit Partner/Partnerin). Angewachsen ist auch die Zufriedenheit mit dem Einkommen, die insbesondere bei den im Westen lebenden Panelmitgliedern zu beobachten ist.

Bei den übrigen Aspekten sind keine deutlichen Veränderungen in die eine oder andere Richtung festzustellen. Festzuhalten ist, daß die Zunahme der Zufriedenheit mit dem Einkommen nicht mit einer Zunahme der Zufriedenheit mit den Möglichkeiten politischer Partizipation, mit den Leistungschancen und mit der gesellschaftlichen Entwicklung einhergeht. Zeitlich parallel ist die Zufriedenheit mit dem politischen System und mit der Wirtschaftsordnung sogar zurückgegangen (siehe Abschnitt 5.). Wir geben Renate Köcher völlig recht, wenn sie feststellt: „Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung bestreitet nicht, daß es ihr heute materiell besser geht als vor der Einheit. Dies nimmt sie jedoch keineswegs automatisch für dieses Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ein.“ (1998, S. 5)

Eine positive Tendenz zeigt sich bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit, die seit 1991 beobachtet wird. Wir informieren zunächst über die Ergebnisse der 13. Welle:

Tabelle 10.12: Allgemeine Lebenszufriedenheit 1998
 „Wie schätzen Sie - alles in allem - Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?“
 Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
 1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
Gesamt	11	63	(74)	21	3	2	2,2

(a) Geschlechtergruppen

männlich	8	67	(75)	23	2	0	2,2
weiblich	13	61	(74)	19	4	3	2,2

(b) selbst Arbeitslosigkeit erfahren ?

ja, mehrmals	7	58	(65)	26	7	2	2,4
ja, einmal	6	64	(70)	25	3	2	2,3
nein	16	66	(82)	16	1	1	2,0

(c) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes

völlig sicher	28	54	(82)	18	0	0	1,9
ziemlich sicher	9	72	(81)	18	1	0	2,1
ziemlich/ völlig unsicher	4	47	(51)	32	9	8	2,8

(d) Berufliche Zukunftszuversicht

1 sehr zuversichtlich	33	61	(94)	6	0	0	1,7
2	10	72	(82)	16	2	0	2,1
3	3	54	(57)	36	3	4	2,5
4+5 kaum/überhaupt nicht zuversichtlich	3	43	(46)	30	14	10	2,8

Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
 1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
--	---	---	-------	---	---	---	---

(e) Zufriedenheit mit dem Einkommen

zufrieden	30	57	(87)	12	0	1	1,9
eher zufrieden	10	76	(86)	14	0	0	2,1
eher unzufrieden	2	59	(61)	34	5	0	2,4
unzufrieden	5	37	(42)	30	13	15	3,0

(f) Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen

zufrieden	15	68	(83)	14	1	2	2,1
eher zufrieden	5	61	(66)	29	5	0	2,3
eher unzufrieden/ unzufrieden	5	50	(55)	32	5	8	2,6

(g) Zufriedenheit mit den Chancen, im Leben durch Leistung voranzukommen

zufrieden	33	57	(90)	10	0	0	1,8
eher zufrieden	8	70	(78)	18	3	1	2,2
eher unzufrieden/ unzufrieden	3	55	(58)	31	6	5	2,5

(h) Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik

zufrieden	28	66	(94)	6	0	0	1,8
eher zufrieden	16	65	(81)	15	2	2	2,1
eher unzufrieden	7	63	(70)	26	3	1	2,3
unzufrieden	7	60	(67)	24	5	4	2,4

(i) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden	16	69	(85)	12	2	1	2,0
eher zufrieden	8	64	(72)	23	3	2	2,3
eher unzufrieden/ unzufrieden	9	49	(58)	32	6	4	2,5

Knapp drei Viertel der Panelmitglieder (74 %) sind 1998 alles in allem mit ihrer Lebenssituation zufrieden, die meisten davon allerdings mit Einschränkungen. Das betrifft beide Geschlechtergruppen (a), der geringe Prozentunterschied ist nicht statistisch bedeutsam. Dasselbe gilt für die Wohnregion: Panelmitglieder, die im Westen leben, sind nicht zufriedener als jene, die im Osten geblieben sind.

Erhebliche Unterschiede bestehen dagegen in Abhängigkeit von erfahrener Arbeitslosigkeit (b) und der Sicherheit des Arbeitsplatzes (c). Dieser Einfluß der beruflichen Situation auf die allgemeine Lebenszufriedenheit widerspiegelt sich auch im engen Zusammenhang mit der beruflichen Zukunftszuversicht (d). Eine bedingte Längsschnittkorrelation bestätigt diese Aussage:

Tabelle 10.13: Längsschnittanalyse der Veränderung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen 1993 und 1998, differenziert nach der Veränderung der beruflichen Zukunftszuversicht

Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<u>bei Zunahme der beruflichen Zuversicht (n = 48)</u>											
1993	6	52	23	11	8	2,6	-	-	-	-	-
1998	15	60	23	0	2	2,1	<u>36</u>	54	10	0,58	0,10
<u>bei Rückgang der beruflichen Zuversicht (n = 62)</u>											
1993	23	64	13	0	0	1,9	-	-	-	-	-
1998	7	55	32	3	3	2,4	9	52	<u>39</u>	0,10	0,61

Die diametral entgegengesetzten Richtungen der Veränderung der Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit von der Veränderung der beruflichen Zuversicht sind deutlich erkennbar. Sie beweisen anhand in einem längeren Zeitraum tatsächlich abgelaufener Prozesse den starken Einfluß der Hoffnungen, aber auch der Enttäuschungen und Verunsicherungen hinsichtlich der beruflichen Perspektive auf die generelle Zufriedenheit mit dem Leben.

Erwartungsgemäß spielen auch materielle Faktoren eine bedeutende Rolle, exemplarisch belegt am Einfluß der Zufriedenheit mit dem Einkommen (e) bzw. mit den Wohnverhältnissen (f). Die Verbesserung der Wohnverhältnisse hat sich nachweislich positiv auf die Lebenszufriedenheit ausgewirkt, wie eine bedingte Längsschnittkorrelation zwischen 1996 und 1998 erkennen läßt:

Tabelle 10.14: Längsschnittanalyse der Veränderung der allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen 1996 und 1998, differenziert nach der Veränderung der Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen

Mit meiner Lebenssituation bin ich ...
1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
<u>bei Zunahme der Zufriedenheit (n = 77)</u>											
1996	5	51	34	6	4	2,5	-	-	-	-	-
1998	4	75	17	1	3	2,2	<u>31</u>	63	6	0,40	0,10
<u>bei Rückgang der Zufriedenheit (n = 67)</u>											
1996	12	58	28	2	0	2,2	-	-	-	-	-
1998	2	65	22	8	3	2,4	15	55	30	0,16	0,36

Eine Zunahme der Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen geht mit einer signifikanten Zunahme der allgemeinen Lebenszufriedenheit einher, ein Rückgang der Wohnzufriedenheit mit einer tendenziellen Abnahme (die Signifikanzschwelle wird nur knapp verfehlt).

Lebenszufriedenheit hängt aber auch davon ab, inwieweit man die Erfahrung machen kann, durch eigene Leistung im Leben voranzukommen (g) bzw. Einfluß auf die Politik nehmen zu können (h). Sie entwickelt sich nicht isoliert von der Zufriedenheit mit der Gesellschaft: Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung geht deutlich häufiger mit persönlicher Lebenszufriedenheit einher als Unzufriedenheit (i). Hier gilt natürlich auch die Umkehrung: Je höher die persönliche Lebenszufriedenheit, desto stärker auch die Zufriedenheit mit der Gesellschaft. Stark gedämpft wird die Lebenszufriedenheit erwartungsgemäß durch das Erleben von Bedrohungen und Verunsicherungen. So nimmt die Lebenszufriedenheit mit zunehmender Angst vor weiterer Verteuerung des Lebens ab; wir gehen hier nicht ausführlicher darauf ein.

Aufschlußreich sind die seit 1991 vorliegenden Zeitreihen:

Tabelle 10.15: Lebenszufriedenheit im Trend 1991 bis 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle)

„Wie schätzen Sie - alles in allem - Ihre gegenwärtige Lebenssituation ein?“

Mit meiner Lebenssituation bin ich ...

1 sehr zufrieden 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht zufrieden

Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X	N	V	POP	KOP	NEP
1991	10	52	(62)	27	8	3	2,4	165	-	-	-	-
1992	14	64	(78)	18	4	0	2,1	147	91:92	<u>39</u>	42	19
1993	16	61	(77)	17	4	2	2,2	204	92:93	20	52	28
1994	18	61	(79)	15	4	2	2,1	231	93:94	27	54	19
1996	13	53	(66)	28	4	2	2,3	335	94:96	17	54	<u>29</u>
1998	11	63	(74)	21	3	2	2,2	368	96:98	24	58	18

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum 1991 bis 1998:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
36	38	26	0,48	0,32	165

Nach einem deutlichen Anstieg der Zufriedenheit zwischen 1991 und 1992 und einer länger anhaltenden Phase hoher Zufriedenheit kam es 1996 zu einem deutlichen Rückgang (insbesondere bei den weiblichen Teilnehmern). 1998 scheint dieser Rückgang gestoppt zu sein, es deutet sich eine leichte (nichtsignifikante) Zunahme des Anteils lebenszufriedener Panelmitglieder an, die insbesondere im Zusammenhang mit der Zunahme der Zufriedenheit

mit den Wohnbedingungen steht (s. Tabelle 10.14). Insgesamt ist für den gesamten Zeitraum 1991 bis 1998 eine positive Tendenz erkennbar.

10.3 Psychosoziale Belastungen

Die erwähnten sozialen Verunsicherungen, Sorgen und Ängste widerspiegeln sich bei einem Teil der Panelmitglieder im Erleben psychosozialer Belastungen. Sie werden seit 1991 untersucht, allerdings liegen nicht aus jeder Welle Ergebnisse vor. Wir informieren zunächst über die Ergebnisse der 13. Welle:

Tabelle 10.16: Ausprägung psychosozialer Belastungen 1998
 „Inwieweit trifft das Folgende auf Sie zu?“
 1 ja, und zwar seit Jahren
 2 ja, aber erst seit einigen Monaten
 3 nein

	1	2	(1+2)	3
<u><i>Ich bin oft ratlos, verstehe die Welt nicht mehr</i></u>				
Gesamt	5	5	(10)	90
männlich	4	1	(5)	95
weiblich	6	8	(14)	86
<u><i>Manchmal weiß ich nicht mehr, was der Sinn meines Lebens ist</i></u>				
Gesamt	6	6	(12)	88
männlich	4	5	(9)	91
weiblich	8	6	(14)	86
<u><i>Ich fühle mich oft niedergeschlagen und mutlos</i></u>				
Gesamt	7	11	(18)	82
männlich	2	7	(9)	91
weiblich	10	14	(24)	76
<u><i>Ich habe Angst vor der Zukunft</i></u>				
Gesamt	8	16	(24)	76
männlich	4	12	(16)	84
weiblich	11	19	(30)	70

> 10 % der Panelmitglieder geben zu erkennen, oft ratlos zu sein, die Welt nicht mehr zu verstehen, darunter 5 % seit Jahren.

> 12 % geben an, manchmal nicht mehr zu wissen, was der Sinn ihres Lebens sei, darunter 6 % seit Jahren.

> 18 % geben an, sich oft niedergeschlagen und mutlos zu fühlen, darunter 7 % seit Jahren.

> Immerhin 24 % stimmen zu, Angst vor der Zukunft zu haben, darunter 8 % seit Jahren.

Bis auf den Zweifel am Lebenssinn lassen weibliche Panelmitglieder signifikant häufiger als männliche das Bestehen dieser Belastungen erkennen. Hervorzuheben ist, daß sich rund ein Viertel der jungen Frauen oft niedergeschlagen und mutlos fühlt; fast ein Drittel von ihnen (30 %) hat Angst vor der Zukunft.

Eine übergreifende Analyse macht sichtbar, daß 1998 ein reichliches Drittel der Panelmitglieder (34 %) mindestens eine der angeführten Belastungen empfindet, 66 % sind frei von ihnen. Wir führen diese Analyse hier an, da sie besser als mit Hilfe der einzelnen Indikatoren die Untersuchung von Zusammenhängen möglich macht.

Für jede bejahende Antwort wurde ein Punkt gegeben, und zwar unabhängig davon, ob die Belastung „seit Jahren“ oder „erst seit einigen Monaten“ auftritt. Für jede Person wurde so ein Wert auf einer Skala zwischen null und vier Punkten berechnet. Die folgende Tabelle informiert über die Ergebnisse in der Gesamtgruppe und in den Geschlechtergruppen sowie über einige wesentliche signifikante Zusammenhänge. Die Skalenwerte drei und vier Punkte werden wegen geringer Besetzung (n = 13 bzw. 14) zusammengefaßt.

Die Skalenwerte bedeuten: 0 = ohne Belastung, 3+4 starke Belastung.

Tabelle 10. 17: Psychosoziale Belastungen 1998 - komplexe Analyse
Punktwert:

	0	1	2	3+4
Gesamt	66	16	11	7
<u>(a) Geschlechtergruppen</u>				
männlich	75	16	6	3
weiblich	58	17	5	10
<u>(b) arbeitslos gewesen ?</u>				
ja, mehrmals	55	20	8	17
ja, einmal	59	21	14	6
nein	76	11	10	3
<u>(c) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>				
völlig sicher	80	11	4	5
ziemlich sicher	71	14	10	5
ziemlich unsicher	46	24	18	12
völlig unsicher	28	28	16	28

Punktwert:

	0	1	2	3+4
<u>(d) berufliche Zukunftszuversicht</u>				
1 sehr zuversichtlich	85	10	4	1
2	77	14	6	3
3	46	25	17	12
4+5 kaum/überhaupt nicht	20	20	30	30
<u>(e) Zufriedenheit mit Einkommen</u>				
zufrieden	79	6	10	5
eher zufrieden	71	18	7	4
eher unzufrieden	59	21	14	6
unzufrieden	40	17	18	25
<u>(f) Zufriedenheit mit den Chancen, im Leben durch Leistung voranzukommen</u>				
zufrieden	93	3	2	2
eher zufrieden	67	19	10	4
eher zufrieden/unzufrieden	48	18	19	15
<u>(g) Überwiegen neue Chancen oder neue Risiken ?</u>				
neue Chancen überwiegen	86	5	3	6
es gibt beides	63	17	13	7
neue Risiken überwiegen	47	29	8	16
<u>(h) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>				
mehr positive V.	86	9	4	1
positive und negative V.	64	18	12	6
mehr negative V.	31	23	17	29
<u>(i) Freude über die Vereinigung</u>				
sehr stark	84	9	5	2
stark	74	13	8	5
mittel	56	20	15	9
kaum/überhaupt nicht	37	30	11	22
<u>(k) staatsbürgerliche Identifikation</u>				
vorwiegend Bundesbürger	71	20	9	0
vorwiegend Ex-DDR-Bürger	57	13	11	19
<u>(l) Zurechtkommen mit den neuen gesellschaftl. Verhältnissen</u>				
1 vollkommen	88	8	4	0
2 mit Einschränkung	65	19	11	5
3,4,5 mittel bis überhaupt nicht	40	18	19	23
<u>(m) Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>				
nur/überwiegend positive	86	7	6	1
positive und negative	61	20	13	6
nur/überwiegend negative	30	22	4	44

Wie bereits erwähnt, sind bei rund einem Drittel der Panelmitglieder psychosoziale Belastungen erkennbar, die bei 7 % als stark einzuschätzen sind. Weibliche Panelmitglieder äußern diese Belastungen signifikant häufiger als männliche: 42 % gegenüber 25 % (a).

Wie nach den bisher dargestellten Ergebnissen zu erwarten ist, wirkt sich die berufliche Situation (b, c, d) deutlich auf die psychische Verfassung aus. Erfahrene Arbeitslosigkeit (vor allem mehrmalige) beeinträchtigt die psychische Gesundheit deutlich. Noch deutlicher geht der Einfluß der beruflichen Situation aus der engen Korrelation mit der aktuellen Sicherheit des eigenen Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes hervor: Mit einer Abnahme dieser Sicherheit nimmt der Anteil derer erheblich zu, die Belastungen angeben, auch jener, bei denen die Belastungen stark auftreten. In dieselbe Richtung weist der enge Zusammenhang zwischen der beruflichen Zukunftszuversicht und dem Auftreten psychosozialer Belastungen. Dieser deutliche negative Einfluß von Arbeitslosigkeit bzw. unsicherer beruflicher Situation auf die psychische Befindlichkeit geht auch aus verschiedenen anderen Untersuchungen hervor, wir verweisen hier nur auf Veröffentlichungen von Hessel/Geyer/Würz/Brähler 1997, Zelle 1998, Palentien/Klocke/Hurrelmann 1999.

Als weitere Einflußfaktoren erweisen sich die Zufriedenheit mit dem Einkommen (e) und mit den erfahrenen Chancen, im Leben durch Leistung voranzukommen (f). Offensichtlich wirkt sich das in dieser Hinsicht von vielen Panelmitgliedern registrierte Erfahrungsdefizit negativ auf ihre psychische Befindlichkeit aus.

Bemerkenswert ist der enge Zusammenhang zwischen dem Auftreten psychosozialer Belastungen und den eigenen Erfahrungen im Hinblick auf die heute bestehenden Relationen von neuen Chancen und neuen Risiken bei der Gestaltung des Lebens (g). Vor allem zwischen den beiden Extremgruppen zeigen sich bedeutende Unterschiede: Von den Panelmitgliedern, die meinen, daß neue Chancen überwiegen, äußert nur eine Minderheit von 14 % solche Belastungen; von jenen dagegen, deren Erfahrungen zufolge neue Risiken überwiegen, eine knappe Mehrheit von 53 %. Unterschiedliche Erfahrungen bei der Lebensgestaltung führen zu deutlich unterschiedlichen psychischen Reaktionen.

Das zeigt sich auch bei der Bewertung der Veränderungen in Ostdeutschland seit der Vereinigung (h). Von den Teilnehmern, die mehr positive Veränderungen registrieren, äußern nur 14 % Belastungen. Schon bei denen, die ambivalent über die Veränderungen urteilen, steigt dieser Anteil auf 36 % an; er erhöht sich weiter auf 69 % bei denen, die mehr negative Veränderungen sehen. Die psychische Verfassung der Teilnehmer wird durch die

gesellschaftlichen Umbrüche im Transformationsprozeß stark beeinflusst. Darauf verweist auch der enge Zusammenhang mit der emotionalen Einstellung zur Vereinigung (i).

Bemerkenswert ist der signifikante Zusammenhang mit der staatsbürgerlichen Identifikation (k): Teilnehmer, die bereits mehr oder weniger in der Bundesrepublik „angekommen“ sind, sind psychisch deutlich weniger belastet als jene, die sich noch überwiegend als Ex-DDR-Bürger fühlen (CC = .28; P = .023). Den Hintergrund dafür bilden die bereits dargestellten differenten Erfahrungs- und Einstellungsstrukturen dieser beiden Gruppen, die mehr oder weniger stark mit psychosozialen Belastungen einhergehen. Das gilt auch für den Zusammenhang mit dem Zurechtkommen mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen (l): Panelmitglieder, die sich in der neuen Gesellschaft zurechtfinden, sind weitaus häufiger frei von Belastungen als jene, die aus den verschiedensten Gründen Schwierigkeiten damit haben. Analog zeigt sich, daß Panelmitglieder, die überwiegend positive Erfahrungen mit dem neuen System gemacht haben, viel seltener Belastungen erkennen lassen als jene, die über positive und negative oder überwiegend negative Erfahrungen berichten (m).

Die Ausprägung psychischer Belastungen wurde schon in einigen vorangegangenen Wellen untersucht, die folgende Tabelle informiert über die vorliegenden Trends:

Tabelle 10.17: Ausprägung psychosozialer Belastungen im Trend (nur Teilnehmer der 13. Welle)
 „Inwieweit trifft das Folgende auf Sie zu?“
 1 ja, und zwar seit Jahren
 2 ja, aber erst seit einigen Monaten
 3 nein

	1	2	(1+2)	3
<i><u>Ich habe Angst vor der Zukunft</u></i>				
1991	7	27	(34)	66
1992	5	19	(24)	76
1993	9	21	(30)	70
1996	10	17	(27)	73
1998	8	16	(24)	76
<i><u>Ich fühle mich oft niedergeschlagen und mutlos</u></i>				
1991	5	26	(31)	69
1992	8	20	(28)	72
1996	6	14	(20)	80
1998	7	11	(18)	82
<i><u>Manchmal weiß ich nicht mehr, was der Sinn meines Lebens ist</u></i>				
1991	10	18	(28)	72
1992	6	6	(12)	88
1996	8	9	(17)	83

Signifikant zurückgegangen ist jedoch nur der Anteil stark belasteter Panelmitglieder, der Anteil derer, die völlig von Belastungen frei sind, hat sich nur geringfügig erhöht (von 62 % 1991 auf 66 % 1998).

Im Zusammenhang mit der psychischen Verfassung der Panelmitglieder fragten wir sie im Rahmen der 12. und 13. Welle danach, ob sie an Selbstmord gedacht haben. Über die Ergebnisse soll hier nur kurz informiert werden, eine differenzierte Analyse kann erst später vorgenommen werden.

Tabelle 10.19: Selbstmordabsichten der Panelmitglieder
„Waren Sie schon in der Situation, daß Sie nicht mehr weiterleben wollten?“

	1 ja, mehrmals	2 ja, einmal	3 nein	
	1	2	(1+2)	3
Gesamt 1996	7	13	(20)	80
Gesamt 1998	7	12	(19)	81
männlich	5	11	(16)	84
weiblich	8	13	(21)	79
<u>Zukunftsangst ?</u>				
ja, seit Jahren	25	21	(46)	54
ja, seit Monaten	10	17	(27)	73
nein	4	10	(14)	86
<u>Zufriedenheit mit Lebenssituation</u>				
1 sehr zufrieden	2	8	(10)	90
2	3	12	(15)	85
3	13	18	(31)	69
4+5 kaum/überhaupt nicht zufr.	28	6	(34)	66
<u>Zurechtkommen mit den neuen gesellschaftl. Verhältnissen</u>				
1 vollkommen	5	6	(11)	89
2	5	14	(19)	81
3,4,5 mittel bis überhaupt nicht	15	15	(30)	70
<u>Angst vor Arbeitslosigkeit</u>				
stark/eher stark	12	14	(26)	74
eher schwach/schwach	3	11	(14)	86
<u>Angst vor Leistungsdruck</u>				
stark/eher stark	9	16	(25)	75
eher schwach/schwach	3	7	(10)	90

Sowohl 1996 als auch 1998 äußerte immerhin rund ein Fünftel (20 % bzw. 19 %), Selbstmordabsichten gehabt zu haben, darunter 7 % mehrmals. Zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern besteht kein signifikanter Unterschied.

Ein Zusammenhang besteht erwartungsgemäß zur Zukunftsangst und zur Zufriedenheit mit der aktuellen Lebenssituation. Wie weitere signifikante Korrelationen belegen, spielen dabei auch gesellschaftliche Faktoren eine Rolle. So ist die Quote derer, die schon Selbstmordabsichten hatten, bei denen am größten, die Schwierigkeiten haben, mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen zurechtzukommen, die Angst vor persönlicher Arbeitslosigkeit bzw. vor steigendem Leistungsdruck haben.

10.4 Psychosomatische Beschwerden

In den modernen Industrieländern werden bei Jugendlichen in zunehmendem Maße auch psychosomatische Beschwerden und Krankheiten festgestellt. Es besteht weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der psychosozialen Verursachung solcher Erscheinungen: durch Verunsicherung, Vernachlässigung oder Überforderung in der Familie, in der Schule und im sozialen Lebensprozeß überhaupt. Im Ergebnis der emotionalen Angespanntheit in solchen Risikosituationen kommt es nicht selten zu spezifischen Formen von resignativen und diffus angstbetonten Reaktionen, die mit vegetativen Störungen einhergehen (ausf. vgl. Förster/Friedrich/Müller/Schubarth 1993, S. 191; Hurrelmann/Ulich 1991, S. 191).

Im Rahmen der 12. und 13. Welle wurden von den Panelmitgliedern Angaben zu einigen typischen Symptomen psychosomatischer Störungen erbeten, über die kurz informiert werden soll:

Tabelle 10.19: Häufigkeit psychosomatischer Beschwerden 1996 und 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)
 „Hatten Sie in den letzten 12 Monaten folgende Beschwerden?“
 1 ja, häufig
 2 ja, ab und zu
 3 ja, selten
 4 nein, nie

	1	2	3	4
<u>Nervosität</u>				
Gesamt 1996	15	26	33	26
Gesamt 1998	10	29	30	31
männlich	5	30	34	31
weiblich	15	28	26	31
<u>Schlaflosigkeit</u>				
Gesamt 1996	9	17	25	49
Gesamt 1998	9	19	23	49
männlich	3	19	26	52
weiblich	13	20	20	47
<u>Magenschmerzen</u>				
Gesamt 1996	9	16	23	52
Gesamt 1998	4	16	27	53
männlich	1	16	25	58
weiblich	7	16	28	49
<u>Herzbeschwerden</u>				
Gesamt 1996	2	5	7	86
Gesamt 1998	2	4	8	86
männlich	0	4	6	90
weiblich	4	4	10	82
<u>Depressionen*)</u>				
Gesamt 1996	6	12	24	58
Gesamt 1998	4	11	20	65
männlich	1	7	18	74
weiblich	7	13	22	58

*) Depressionen wurden im Rahmen dieser Indikatorbatterie mit erfragt, obwohl sie sachlich auf einer anderen Ebene liegen.

Am meisten klagen die Panelmitglieder über Nervosität (69 % sind 1998 in unterschiedlicher Häufigkeit davon betroffen), gefolgt von Schlaflosigkeit (51 %) und Magenschmerzen (47 %); Herzbeschwerden äußern nur 14 %. Depressionen geben immerhin 35 % an.

Weibliche Panelmitglieder äußern alle genannten Störungen häufiger als männliche, was auf größere außenbedingte Belastungen schließen läßt.

Zwischen 1996 und 1998 haben sich die Werte nur unwesentlich verändert.

Um eine übergreifende Analyse vornehmen zu können, wurde mittels Zusammenfassung der Ausprägungsgrade der Einzelmerkmale eine Punktsummenskala konstruiert (ohne das Merkmal Depressionen), und zwar nach folgender Vorschrift: Häufiges Auftreten = 3 Punkte, gelegentliches Auftreten (ab und zu) = 2 Punkte, seltenes Auftreten = 1 Punkt. Maximale Ausprägung: 12 Punkte, minimale Ausprägung; 0 Punkte.

Die niedrigste Punktklasse 0 bedeutet: keine Beschwerden; die höchste Punktklasse 6 bedeutet: hohe Belastung.

Tabelle 10.20: Psychosomatische Beschwerden 1998 - komplexe Analyse

Punktklasse	0	1	2	3	4	5	6
Klassenbreite (Anzahl der Punkte)	0	1	2	3	4	5,6	7-12
Häufigkeiten in Prozent:							
Gesamtgruppe	18	14	18	14	11	14	11
<u>(a) Geschlechtergruppen</u>							
männlich	22	15	18	16	10	13	6
weiblich	14	13	18	12	13	15	15
<u>(b) arbeitslos gewesen ?</u>							
ja, mehrmals	9	16	14	12	14	21	14
ja, einmal	18	12	13	17	15	15	10
nein	22	15	23	13	7	10	10
<u>(c) berufliche Zukunftszuversicht</u>							
1 sehr zuversichtlich	23	16	22	6	15	10	8
2	20	14	16	15	12	17	6
3	12	14	16	18	9	13	18
4+5 kaum/überhaupt nicht zuvers.	7	10	26	10	10	10	27
<u>(d) Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>							
nur/überwiegend positive	24	21	20	11	10	8	6
positive und negative	17	12	17	15	12	17	10

11. Rechtsextreme Orientierungen, Einstellung zu Ausländern

11.1 Rechtsextreme Orientierungen

Die Analyse rechtsextremer Orientierungen gehört nicht zu den Schwerpunkten unserer Untersuchung, die Studie wäre damit quantitativ und qualitativ überfordert worden. In einigen Wellen wurden dennoch einzelne relevante Indikatoren eingesetzt, die sich in unseren Befragungen unter sächsischen Schülern bewährt hatten. Über die theoretische Konzeption dieser Analysen und ihre Ergebnisse wurde an anderer Stelle ausführlich berichtet, wir verweisen ausdrücklich auf diese Publikationen (vgl. insbesondere Förster/Friedrich/Müller/Schubarth 1993, S.103 ff.; Friedrich/Förster 1996, S. 125 ff.).

Im Rahmen dieser Dokumentation beschränken wir uns auf Ergebnisse der 13. Welle 1998, teilweise ergänzt durch vorliegende Trends. Sie betreffen folgende Aspekte des Rechtsextremismus-Syndroms: nationalistische Einstellungen (a, b), Antisemitismus (c), Verharmlosung des Nationalsozialismus (d), Autoritarismus (e, f), Einstellung zur Gewalt (g, h, i). Außerdem wurde ab 1992 mit einem speziellen Indikator die Fremdenfeindlichkeit untersucht; darauf gehen wir weiter unten ausführlicher ein.

Tabelle 11.1: Ausprägung rechtsextremer Orientierungen 1998
Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>a) „Wir Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.“</i>							
Gesamt	1	6	(7)	20	16	57	4,2
<i>b) „Die ehemaligen deutschen Gebiete im Osten sollten wieder zu Deutschland kommen.“</i>							
Gesamt	2	3	(5)	11	14	70	4,5
<i>c) „Es ist weit übertrieben, was über die Judenvernichtung im Dritten Reich erzählt wird.“</i>							
Gesamt	1	2	(3)	13	13	71	4,5
<i>d) „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“</i>							
Gesamt	6	8	(14)	21	17	48	3,9

Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>e) „Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten.“</i>							
Gesamt	4	11	(15)	27	29	29	3,7
männlich	5	15	(20)	29	32	19	3,4
weiblich	4	7	(11)	25	27	37	3,9
<i>f) „Die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind.“</i>							
Gesamt	2	4	(6)	14	20	60	4,3
männlich	4	4	(8)	20	27	45	4,1
weiblich	1	3	(4)	9	15	72	4,5
<i>g) „In der Natur setzt sich der Stärkere durch, das muß auch unter Menschen gelten.“</i>							
Gesamt	2	6	(8)	16	25	51	4,2
männlich	5	9	(14)	15	28	43	3,9
weiblich	0	5	(5)	16	22	57	4,2
<i>h) „Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.“</i>							
Gesamt	1	5	(6)	14	23	57	4,3
männlich	2	8	(10)	24	23	43	4,0
weiblich	0	2	(2)	5	24	69	4,6
<i>i) „Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung - notfalls mit Gewalt.“</i>							
Gesamt	5	13	(18)	22	27	33	3,7
männlich	8	20	(28)	27	23	22	3,3
weiblich	2	6	(8)	19	31	42	4,0

Wir schließen die vorliegenden Trends an:

Tabelle 11.2: Ausprägung rechtsextremer Orientierungen im Trend
(nur Teilnehmer 13. Welle)
Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<u>„Die ehemaligen deutschen Gebiete im Osten sollten wieder zu Deutschland kommen.“</u>							
1992	5	3	(8)	10	17	65	4,3
1993	3	5	(8)	10	11	71	4,4
1995	3	5	(8)	12	14	66	4,4
1998	2	3	(5)	12	14	69	4,5
<u>„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“</u>							
1992	6	6	(12)	18	20	50	4,0
1993	6	9	(15)	11	18	56	4,1
1995	9	11	(20)	15	18	47	3,8
1998	6	8	(14)	21	17	48	3,9
<u>„Es ist weit übertrieben, was über die Judenvernichtung im Dritten Reich erzählt wird.“</u>							
1992 (7. Welle)	4	5	(9)	13	19	59	4,3
1995	1	5	(6)	12	11	71	4,5
1998	1	2	(3)	12	13	72	4,5
<u>„Wir Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.“</u>							
1992 (7. Welle)	1	2	(3)	13	13	71	4,5
1995	2	10	(12)	16	15	57	4,2
1998	1	6	(7)	20	16	57	4,2
<u>„Die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind.“</u>							
1992 (7. Welle)	5	8	(13)	16	21	50	4,0
1996	4	6	(10)	13	17	60	4,3
1998	2	4	(6)	14	20	60	4,3
<u>„In der Natur setzt sich der Stärkere durch, das muß auch unter Menschen gelten.“</u>							
1992 (7. Welle)	7	11	(18)	30	20	32	3,6
1995	1	7	(8)	21	23	48	4,1
1998	2	6	(8)	16	25	51	4,2

Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5	X
<i>„Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.“</i>							
1992 (7. Welle)	3	12	(15)	17	21	47	4,0
1995	2	3	(5)	12	26	57	4,3
1998	1	5	(6)	14	23	57	4,3
<i>„Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten.“</i>							
1995	5	10	(15)	30	25	30	3,6
1998	4	11	(15)	27	29	29	3,7
<i>„Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung - notfalls mit Gewalt.“</i>							
1995	7	11	(18)	25	29	28	3,6
1998	5	13	(18)	22	27	33	3,7

Koeffizienten für die Untersuchungszeiträume:

Aspekt	Zeitraum	POP	KOP	NEP	N
Ostgebiete wieder zu Deutschland	1992 - 1998	7	73	<u>20</u>	144
NS hatte auch gute Seiten übertrieben, was über Judenvernichtung erzählt wird	1992 - 1998	24	49	27	143
Wir Deutschen sind anderen überlegen	1992 - 1998	9	65	<u>26</u>	151
Frau sollte Beruf aufgeben	1992 - 1998	<u>21</u>	68	11	153
Stärkerer soll sich durchsetzen	1992 - 1998	16	48	<u>36</u>	154
Manchmal muß man zur Gewalt greifen	1992 - 1998	16	35	<u>49</u>	154
Gehorsam und Autorität	1992 - 1998	18	46	<u>36</u>	154
Recht und Ordnung notfalls mit Gewalt	1995 - 1998	27	42	31	296
	1995 - 1998	23	45	<u>32</u>	297

Die untersuchten rechtsextremen Orientierungen werden nur von sehr wenigen Panelmitgliedern geäußert. Relativ am häufigsten wird die Auffassung vertreten,

- daß heute das Wichtigste die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung sei (Ap 1 und 2 = 18 %),
- daß Gehorsam und Autorität die wichtigsten Eigenschaften seien, die Kinder lernen sollten (15 %),
- daß der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hätte (14 %).

Dennoch handelt es sich bei den zustimmenden Panelmitgliedern um Minderheiten. Auf eine massenhafte Verbreitung von „Untertanengeist“ bei den DDR-Bürgern beispielsweise, die

mitunter behauptet wird, lassen diese Prozentwerte in unserer Population keinesfalls schließen.

Bei fünf der neun untersuchten Orientierungen bestehen signifikante Prozentunterschiede zugunsten der männlichen Teilnehmer (in Tabelle 11.1 ausgewiesen).

Für die meisten Orientierungen (sechs von neun) weisen die berechneten Koeffizienten eine signifikante rückläufige Tendenz aus. Leicht (aber signifikant) zugenommen hat dagegen die Zustimmung zur These, daß die Deutschen anderen Völkern grundsätzlich überlegen seien (1995 fand die These sogar die Zustimmung von 12 % der Panelmitglieder).

Die Untersuchung der Zusammenhänge mit anderen relevanten Indikatoren ist noch nicht abgeschlossen. Bemerkenswerte Zusammenhänge bestehen z. B. zwischen der Verharmlosung des Nationalsozialismus einerseits und der Lebenssituation, insbesondere in beruflicher Hinsicht.

Eine komplexe Analyse aller neun 1998 in die Analyse einbezogenen Orientierungen läßt die erwähnten Unterschiede zwischen den Geschlechtern sowie zwischen den politisch-weltanschaulichen Positionen deutlich hervortreten. Zu diesem Zweck wurde für alle Teilnehmer über alle neun Indikatoren je nach Beantwortung eine Punktschätzung berechnet. Die so entstandene Punktskala wurde schließlich entsprechend der Verteilung trichotomisiert. Die folgende Tabelle informiert über die Prozentwerte:

Tabelle 11.3: Rechtsextreme Orientierungen 1998 - Komplexe Analyse
Ausprägung:

	stark	mittel	schwach	
<u>Geschlechtergruppen</u>				
männlich	42	33	25	
weiblich	28	28	44	
<u>Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum</u>				
rechts/eher rechts	78	17	5	
weder-noch	36	32	32	
eher links/links	10	34	56	
<u>Parteibindung</u>				
Republikaner	86	14	0	(n=7)
CDU/CSU	47	31	22	
SPD	36	32	32	
FDP	33	50	17	(n=6)
PDS	15	24	61	
B90/Grüne	5	38	57	
keine	35	30	35	

Männliche Teilnehmer vertreten deutlich häufiger als weibliche rechtsextreme Orientierungen. Als weitaus stärker differenzierender Faktor erweist sich jedoch erwartungsgemäß die Position im Links-Rechts-Spektrum und - damit zusammenhängend - die Bindung an eine Partei (hier gemessen an der Frage, welche Partei die eigenen Interessen am besten vertritt).

Auf den Zusammenhang von rechtsextremen Orientierungen und politisch-weltanschaulicher Position kommen wir im nächsten Abschnitt noch einmal zurück.

11.2 Einstellung zu Ausländern

Im Rahmen unserer Studie wurde die Einstellung zu Ausländern nur mit einem Indikator erfaßt, der sich ebenfalls in den Untersuchungen unter sächsischen Schülern bewährt hatte. Er zielt auf das Gefühlsverhältnis zu Ausländern. Tabelle 11.4 informiert über die wichtigsten Ergebnisse der 13. Welle:

Tabelle 11.4: Emotionales Verhältnis zu Ausländern 1998
 „Wie ist - ganz allgemein - Ihre Einstellung zu Ausländern?“
 Ich bin gefühlsmäßig
 1 klar gegen Ausländer
 2 mehr gegen als für Ausländer
 3 weder gegen noch für Ausländer
 4 mehr für als gegen Ausländer
 5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
Gesamt	5	27	(32)	43	18	7	(25)
<u>(a) Geschlechtergruppen</u>							
männlich	7	27	(34)	43	19	4	(23)
weiblich	5	26	(31)	44	17	8	(25)
<u>(b) Selbsteinstufung im Links-Rechts-Spektrum</u>							
rechts/eher rechts	27	55	(82)	16	2	0	(2)
weder - noch	2	31	(33)	49	14	4	(18)
links/eher links	1	9	(10)	40	35	15	(50)
(r = -.50; P =.000)							
<u>(c) Parteibindung</u>							
Republikaner (n=7)	43	43	(86)	14	0	0	(0)
FDP (n=6)	0	66	(66)	17	17	0	(17)
CDU/CSU	2	36	(38)	49	13	0	(13)
SPD	3	22	(25)	55	15	5	(20)
B90/Grüne	5	5	(10)	33	33	24	(57)

PDS	5	14	(19)	31	38	12	(50)
keine	5	30	(35)	44	15	6	(21)

(CC = .40; P = .000)

Ich bin gefühlsmäßig
 1 klar gegen Ausländer
 2 mehr gegen als für Ausländer
 3 weder gegen noch für Ausländer
 4 mehr für als gegen Ausländer
 5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)
<u>(d) Identität als Deutscher</u>							
vollkommen	8	34	(42)	40	15	3	(18)
etwas schon	3	20	(23)	49	19	9	(28)
eigentlich/absolut nicht	0	7	(7)	42	31	20	(51)

(r = .32; P = .000)

<u>(e) Identität als Bundesbürger</u>							
vollkommen	5	33	(38)	48	12	2	(14)
etwas schon	6	26	(32)	41	21	6	(27)
eigentlich/absolut nicht	4	18	(22)	41	21	16	(37)

(r = .20; P = .000)

<u>(f) Identität als Europäer</u>							
vollkommen	3	27	(30)	41	17	12	(29)
etwas schon	5	27	(32)	39	23	6	(29)
eigentlich nicht	8	25	(33)	50	13	4	(17)
absolut nicht	10	30	(40)	53	7	0	(7)

(r = -.15; P = .005)

<u>(g) arbeitslos gewesen ?</u>							
ja, mehrmals	11	26	(37)	42	15	6	(21)
ja, einmal	5	30	(35)	45	16	4	(29)
nein	3	25	(28)	43	21	8	(29)

(CC = .13; P = .320 ns)

<u>(h) Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes</u>							
völlig sicher	11	11	(22)	39	28	11	(39)
ziemlich sicher	5	30	(35)	41	17	7	(24)
ziemlich/völlig unsicher	4	28	(32)	50	16	2	(18)

(r = -.09; P = .083 ns)

<u>(i) berufliche Zukunftszuversicht</u>							
1 sehr zuversichtlich	6	22	(28)	31	29	12	(41)
2	4	25	(29)	45	18	8	(26)
3	8	27	(35)	48	15	2	(17)
4+5 kaum/überhaupt nicht zuvers.	7	43	(50)	34	13	3	(16)

(r = -.16; P = .002)

(k) Angst vor eigener Arbeitslosigkeit

stark	7	32	(39)	43	15	3	(18)
schwach	4	24	(28)	43	20	9	(29)
(r = .12; P = .019)							
	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)

(l) Angst vor persönlicher Notlage

stark	9	30	(39)	40	16	5	(21)
schwach	3	25	(28)	45	20	7	(27)
(r = .19; P = .008)							

1998 sind mehr Panelmitglieder gegen als für Ausländer eingestellt: 32 % gegenüber 25 %. Die größte Gruppe (43 %) äußert sich indifferent. Zwischen männlichen und weiblichen Teilnehmern bestehen keine signifikanten Unterschiede (a).

Sehr stark beeinflußt dagegen die politisch-weltanschauliche Position das emotionale Verhältnis zu Ausländern (b). Während von den Rechtsorientierten 82 % Ausländer ablehnen, gilt das für 33 % der Vertreter der Mitte und nur für 10 % der Linksorientierten. Ein positives Verhältnis lassen 50 % der Linksorientierten, 18 % der Vertreter der Mitte und 2 % der Rechtsorientierten erkennen. Ähnlich große Unterschiede bestehen in Abhängigkeit von der Parteibindung (c).

Erwähnenswert ist, daß die Ablehnung von Ausländern mit zunehmender Identität als Deutscher stark anwächst (d) - Widerspiegelung der bereits erwähnten Rechtslastigkeit dieses Identitätsaspektes (s. Abschnitt 7.). Etwas schwächer ist diese Tendenz auch im Hinblick auf die Identität als Bundesbürger erkennbar (e). Eine positive Korrelation besteht dagegen mit der Identität als Europäer (f). Panelmitglieder, die sich vollkommen oder etwas als Europäer fühlen, sprechen sich deutlich häufiger für Ausländer aus als jene, deren europäische Identität erst schwach entwickelt ist.

Die Erfahrung eigener Arbeitslosigkeit (g) hat tendenziell Einfluß auf das Verhältnis zu Ausländern, stärker wirkt sich die aktuell erlebte Sicherheit des Arbeits-/Ausbildungsplatzes aus (h): Panelmitglieder, die sich ihres Arbeitsplatzes unsicher sind, äußern sich negativer gegenüber Ausländern als jene, die sich in dieser Hinsicht keine Sorgen machen (die Signifikanzschwelle wird nur knapp verfehlt). Ein deutlicher Einfluß zeigt sich bei der beruflichen Zukunftszuversicht (i): Je schwächer die Zuversicht entwickelt ist, die beruflichen Pläne verwirklichen zu können, desto stärker ist die Ablehnung von Ausländern. In dieselbe Richtung weist der signifikante Zusammenhang mit der Angst vor eigener Arbeitslosigkeit (k). Alles in allem zeigt sich: Eine unsichere berufliche Situation wirkt sich bei den Panelmitgliedern offensichtlich negativ auf ihre Einstellung zu Ausländern aus. Vermutlich

nimmt noch immer ein Teil von ihnen an, daß Ausländer die Arbeitsmarktsituation verschärfen. Auch (die mit der Angst vor Arbeitslosigkeit korrelierende) Angst vor einer persönlichen Notlage trägt offenbar zur Ablehnung von Ausländern bei (1).

Im Vorgriff auf den folgenden Abschnitt soll schon an dieser Stelle betont werden, daß im Hinblick auf die Einstellung zu Ausländern keine negativen Nachwirkungen früherer Systembindungen zu erkennen sind (etwa im Sinne der Behauptungen des Kriminologen Christian Pfeiffer über die Folgen des Erziehungssystems der DDR).

Betrachten wir jetzt den Entwicklungstrend dieser Einstellung:

Tabelle 11.5: Emotionales Verhältnis zu Ausländern im Trend 1992 bis 1998
(nur Teilnehmer 13. Welle)
„Wie ist - ganz allgemein - Ihre Einstellung zu Ausländern?“
Ich bin gefühlsmäßig
1 klar gegen Ausländer
2 mehr gegen als für Ausländer
3 weder gegen noch für Ausländer
4 mehr für als gegen Ausländer
5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X	N
1992	5	35	(40)	32	20	8	(28)	2,9	147
1993	3	24	(27)	35	27	11	(38)	3,2	204
1994	4	19	(23)	34	30	13	(43)	3,3	231
1995	4	21	(25)	44	22	9	(31)	3,1	297
1996	4	26	(30)	43	16	11	(27)	3,1	334
1998	5	27	(32)	43	18	7	(25)	2,9	368

Koeffizienten für verschiedene Untersuchungszeiträume:

	POP	KOP	NEP	N
1992 - 1998	14	54	<u>32</u>	147
1992 - 1994	11	43	<u>46</u>	120
1994 - 1998	<u>35</u>	54	11	231

Für den gesamten Zeitraum zwischen 1992 und 1998 wird ein signifikanter Rückgang der Ablehnung von Ausländern ausgewiesen (bei der Interpretation von NEP ist die Formulierung des Antwortmodells zu beachten). Zu berücksichtigen ist allerdings, daß nach dem Minimum der Ablehnung 1994 diese danach bis zur Untersuchung 1998 wieder zugenommen hat. Die ungünstige wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, insbesondere die wachsende Massenarbeitslosigkeit, haben vermutlich dazu beigetragen.

Im Rahmen der 8. Welle 1992 hatten wir die Teilnehmer gebeten, sich daran zu erinnern, wie ihre Einstellung zu Ausländern vor der Wende war. Wir führen die damaligen Angaben an und setzen sie in Beziehung zu den Daten von 1998:

Tabelle 11.6: Einstellung zu Ausländern vor der Wende aus der Erinnerung von 1992 (reduzierte Darstellung)
 „Bitte erinnern Sie sich an die Zeit vor der Wende, 1988/89, als Sie die 10. Klasse besuchten.
 Wie war damals Ihre Einstellung zu Ausländern?“

	1+2	3	4+5	0
Gesamt 1992 über die Zeit vor der Wende	14	43	33	10
<u>Geschlechtergruppen</u>				
männlich	16	46	32	6
weiblich	13	41	33	13
<u>Ausprägung 1998</u>				
klar/mehr dagegen (1+2)	38	35	8	19
weder gegen noch für (3)	6	54	28	12
klar/mehr dafür (4+5)	5	28	62	5

(CC .59; P =.000)

Die (mit gewissen Verzerrungen behaftete) Rückschau von 1992 auf die Zeit unmittelbar vor der Wende läßt darauf schließen, daß damals nach den eigenen Angaben der Panelmitglieder im Vergleich mit heute viel weniger gegen Ausländer eingestellt waren: 14 %; mehr als heute waren für Ausländer: 33 %; für 43 % waren Ausländer gleichgültig. Und die Korrelation zeigt: Selbst von denen, die 1998 gegen Ausländer eingestellt sind, waren das vor der Wende nur 38 %; für 35 % waren Ausländer damals gleichgültig, 8 % waren für Ausländer, 19 % können sich nicht mehr erinnern.

Bei aller Vorsicht lassen diese Ergebnisse für unsere Panelmitglieder den Schluß zu, daß Ausländerfeindlichkeit bei einem kleinen Teil von ihnen auch schon vor der Wende existierte, der erwähnte Anstieg jedoch erst nach der Wende eingesetzt hat.

12. Langzeitwirkungen von Einflüssen aus der Zeit vor der Wende

In diesem Abschnitt gehen wir in unterschiedlicher Breite vermuteten Langzeitwirkungen von Einflüssen aus der Zeit vor der Wende nach. Es sind dies

- die früheren Systembindungen der Panelmitglieder (12.1),
- ihre Orientierung auf das Kollektiv (Kollektivbewußtsein; 12.2),
- die Rezeption westlicher Sender (12.3)
- sowie (nur sehr knapp) die Schulleistungen (12.4).

Betont sei, daß wir bei allen diesen Aspekten erst am Anfang der Auswertungsarbeiten stehen. Deutlich wird jedoch schon jetzt, daß solche Langzeitanalysen bei einer identischen Personengruppe über den Systemwechsel hinweg besonders gut geeignet sind, jene Erwartungen zu erfüllen, die die Sozialwissenschaften an die deutsche Vereinigung als „Sozialem Großversuch“, als „gigantisches soziales Experiment“ (vgl. Giesen/Leggewie 1991, S. 7) geäußert haben. Frei von Spekulationen kann z. B. das politische Denken der einbezogenen Personen vor und nach dem Systemwechsel in Beziehung gesetzt werden, um hypothetisch angenommene Nachwirkungen der Sozialisation unter DDR-Bedingungen wissenschaftlich exakt zu untersuchen. Für die gegenwärtige Diskussion um die Ursachen für im ostdeutschen Alltagsleben zunehmend spürbare Nachwirkungen früherer Sozialisation (in jüngster Zeit erneut deutlich sichtbar geworden in den sehr unterschiedlichen Reaktionen der Westdeutschen und der Ostdeutschen auf den Nato-Einsatz gegen Jugoslawien), um das Gewicht und das Verhältnis früherer gesellschaftlicher Einflußfaktoren (Sozialisationshypothese) einerseits und heutiger Bedingungen (Situationshypothese; vgl. hierzu u .a. Detlef Pollack und Gert Pickel 1998, S. 9 ff.) andererseits kann dieser Längsschnittansatz durchaus anregend und weiterführend sein. Wir wollen uns bemühen, dazu einen Beitrag zu leisten. Die folgenden Ausführungen stellen allerdings erst einen Anfang dar, der weiter ausgebaut werden soll. Vor allem der statistischen Absicherung ist dabei große Aufmerksamkeit zu schenken, um mögliche Artefakte auszuschließen. Das ist bei den folgenden Darstellungen bereits geschehen, ohne die erfolgten Berechnungen im Detail anzuführen (z. B. multivariate Verfahren wie Varianz- bzw. Regressionsanalysen).

12.1 Langzeitwirkungen von Systembindungen vor der Wende

Der Vorzug längsschnittlichen Herangehens an die Analyse des politischen Einstellungswandels im Rahmen unserer Studie zeigt sich besonders deutlich bei der Untersuchung von Nachwirkungen der durch die DDR-Sozialisation geprägten politischen

Grundeinstellungen auf das heutige Denken und Fühlen der Panelmitglieder, insbesondere auf ihre Einstellungen zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem. Diese aufwendigen Analysen sind noch im Gange, hier kann nur eine Zwischenbilanz gezogen werden. Auf eine erst am (vorläufigen) Ende des Auswertungsprozesses entdeckte Bedingungskonstellation für die Erklärung von Langzeitwirkungen früherer Systembindung gehen wir abschließend zusammenhängend ein.

Zur Vorgehensweise:

Wir gehen von der generellen Annahme aus, daß im Rahmen dieser Studie auf Langzeitwirkungen von vor der Wende vertretenen politischen Grundeinstellungen dann geschlossen werden kann, *wenn bei der Analyse heutiger politischer Einstellungen signifikante und eindeutig interpretierbare Zusammenhänge mit der politischen Systembindung der Untersuchungsteilnehmer vor der Wende nachweisbar sind*. In diesem Falle ist es u. E. auch legitim, von Langzeitwirkungen der DDR-Sozialisation zu sprechen.

Bestehen keine signifikanten Zusammenhänge, antworten also alle Personen (statistisch gesehen) etwa gleich, können allerdings dennoch Langzeitwirkungen vorliegen, die sich hinter stark einheitlichen Auffassungen verbergen.

So besteht z. B. bei den Teilnehmern eine außerordentlich hohe Übereinstimmung darüber, daß es hinsichtlich der sozialen Sicherheit vor der Wende besser gewesen sei als heute (s. Abschnitt 5.). Stark systemverbundene Panelmitglieder urteilen dabei fast genauso wie schwach systemverbundene. Dennoch steht außer Zweifel, daß diese Urteile sehr stark von der erfahrenen Sozialisation unter den Bedingungen der DDR beeinflußt werden. Ein exakter statistischer Nachweis ist jedoch in diesem Falle nicht möglich.

Bei den Analysen kommt uns zustatten, daß die aktuellen Angaben jedes Teilnehmers per Programm personenidentisch mit seinen Angaben vor der Wende gekoppelt werden können. Für diese Längsschnittkorrelationen steht z. B. in der 13. Welle eine große Population von immerhin rund 355 Personen zur Verfügung (einige wenige Personen fallen aus, weil sie an den damaligen Befragungen aus unterschiedlichen Gründen nicht teilnehmen konnten).

Zur Bestimmung der politischen Grundhaltung vor der Wende steht uns ein Indikator zur Verfügung, der von seinem Inhalt her geeignet ist, die Bindung an das politische System vor der Wende hinreichend genau nachzuweisen. Zugleich bietet er von der Prozentverteilung auf einer fünfstufigen Intervallskala her die notwendigen Voraussetzungen für die Bildung von aussagekräftigen Untergruppen. Es handelt sich um den in eine größere Batterie von Lebenszielen eingeordneten Indikator „*die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten*“, mit dem in der Untersuchungsphase vor der Wende (d. h. zwischen 1987 und

Frühjahr 1989) auf der Ebene von generellen Wertorientierungen (neben konkreteren politischen Einstellungen) über drei Jahre hinweg die erreichten Erziehungsfortschritte im Sinne des sozialistischen Erziehungsziels analysiert wurden.

Die in den ersten drei Wellen gewonnenen Ergebnisse unterstreichen den im Abschnitt 2. bereits erwähnten starken Rückgang der Identifikation der Schuljugend mit dem Marxismus-Leninismus. Die folgende Tabelle informiert über damaligen Trends in der Gesamtgruppe:

Tabelle 12.1: Veränderung der Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus zwischen 1987 und Frühjahr 1989 (1. und 3. Welle)
Gesamtgruppe der Panelmitglieder, die an allen drei Befragungen vor der Wende teilgenommen haben (N = 1028)
„In seinem Leben kann man sich verschiedene Ziele stellen, die man erreichen möchte. Unter a) bis m) wurden einige zusammengestellt. Bitte geben Sie an, wie bedeutsam jedes einzelne für Sie persönlich ist“.
Das ist für mein Leben

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

h) die marxistisch-leninistische Weltanschauung vertreten

	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP	DIP	DIN
1987	19	39	25	11	6	2,4	-	-	-	-		
1988	13	34	28	14	11	2,8	87/88	23	35	<u>42</u>	0,30	0,60
1989	8	26	30	18	18	3,1	88/89	20	36	<u>44</u>	0,28	0,63

Koeffizienten für den gesamten Zeitraum zwischen 1987 und 1989:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
16	30	<u>54</u>	0,21	0,90	1028

Erkennbar sind sehr starke Regressionen zwischen den Meßpunkten. Bekanntens sich in der 8. Klasse (1987) noch 58 % der Teilnehmer zum Marxismus-Leninismus (Ap 1+2), waren es in der 9. Klasse (1988) noch 47 % und am Ende der 10. Klasse (Frühjahr 1989) nur noch 34 %. Der Mittelwert auf der fünfstufigen Skala ging von 2,4 über 2,8 auf 3,1 zurück.

Aus den Koeffizienten ist ablesbar, daß die Negativierungen signifikant überwogen. Auch die negativen Veränderungen auf der Skala überwogen erheblich die positiven. Zwischen 1987 und 1989 betragen die positiven Veränderungen 0,21 Skaleneinheiten, die negativen dagegen 0,90.

Wesentlich ist, daß sich bezüglich der Angaben der 3. Welle die Werte der Teilnehmer der 13. Welle statistisch nicht von denen der übrigen ursprünglichen Teilnehmer unterscheiden, weder in der Prozentverteilung auf der fünfstufigen Meßskala ($P = .120$) noch im Mittelwert

($P = .484$). Die Teilnehmer der 13. Welle repräsentieren auch hinsichtlich der damaligen Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus (ML) die ursprüngliche Gesamtgruppe.

Um die folgenden Zusammenhangsanalysen mit den Ergebnissen der 3. Welle 1989 überschaubar zu halten, nehmen wir eine Trichotomisierung der fünfstufigen Skala vor. Die Skalenpunkte 1 und 2 werden zum Ausprägungsgrad „stark“ zusammengefaßt (Anteil : 40 %), der Skalenpunkt 3 erhält die Bezeichnung „mittel“ (27 %), die Skalenpunkte 4 und 5 werden zum Ausprägungsgrad „schwach“ zusammengefaßt (33 %).

Wir informieren zunächst für die Teilnehmer der 13. Welle über einige wesentliche Zusammenhänge der Identifikation mit dem ML mit anderen Indikatoren zu politisch relevanten Denk- und Verhaltensweisen 1989, um die drei Subgruppen zu charakterisieren:

Tabelle 12.2: Charakteristik politisch relevanter Denk- und Verhaltensweisen der Teilnehmer der 13. Welle 1998 entsprechend der Ausprägung ihrer Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus im Frühjahr 1989

Ausprägung des ML	Politische Bindung an die DDR „Ich fühle mich mit der DDR als meinem sozialistischen Vaterland eng verbunden.“				
	1	2	3	4	5
stark	41	51	7	1	0
mittel	11	54	28	7	0
schwach	3	30	36	19	12

($r = .64$; $P = .000$ *)

	Bereitschaft zur Verteidigung der DDR „Ich bin bereit, die DDR jederzeit mit allen meinen Kräften zu verteidigen.“				
	1	2	3	4	5
stark	53	40	6	1	0
mittel	13	56	27	4	0
schwach	6	24	39	22	9

($r = .62$; $P = .000$)

	Überzeugung von der Perspektive des Sozialismus „Dem Sozialismus gehört die Zukunft, trotz zeitweiliger Rückschläge.“				
	1	2	3	4	5
stark	52	39	7	2	0
mittel	32	28	34	6	0
schwach	9	29	35	14	13

($r = .59$; $P = .000$)

Einstellung zur FDJ
„Ich bin stolz, Mitglied der FDJ zu sein.“

	AM wie oben				
	1	2	3	4	5
stark	25	51	19	4	1
mittel	5	36	34	20	5
schwach	0	9	26	29	36

(r = .66; P = .000)

Einstellung zum späteren Eintritt in die SED

Wie werden Sie sich in dieser Hinsicht voraussichtlich engagieren?

„Mich durch aktive Mitarbeit in der FDJ darauf vorbereiten, einmal Mitglied der SED zu werden.“

	1 sehr stark	2,3,4,5 überhaupt nicht,	0 Darüber noch nicht im klaren			
	1	2	3	4	5	0
stark	11	25	13	13	17	21
mittel	2	7	13	19	30	29
schwach	0	1	6	11	68	14

(CC = .56; P = .000)

	Zensuren im Fach Staatsbürgerkunde				
	1	2	3	4	X
stark	46	35	16	3	1,8
mittel	30	42	23	5	2,0
schwach	26	46	22	6	2,1

(r = .17; P = .001)

Aktivität in der FDJ: Mitgliedschaft und Ausübung von Funktionen

	Mitglied mit Funktion	Mitglied ohne Funktion	Nichtmitglied
	stark	56	43
mittel	43	56	1
schwach	39	57	4

(CC = .21; P = .028)

Aktivität in der FDJ: Übernahme von Aufträgen für Verwirklichung des Programms der FDJ-Gruppe

1 ja, mit Interesse 2 ja, aber ohne Interesse
3 nein, hätte aber Interesse 4 nein, habe auch kein Interesse

	1	2	3	4	(1+3)
	stark	28	12	22	38
mittel	16	14	15	55	(31)
schwach	3	15	10	72	(13)

(CC = .39; P = .000)

Nur männliche Teilnehmer: Bereitschaft zu längerer Dienstzeit in der NVA

„Für welche Form des Wehrdienstes werden Sie sich voraussichtlich entscheiden?“

1 für den Soldaten im Grundwehrdienst

2 für den Soldaten/Unteroffizier/Offizier auf Zeit (mindestens drei Jahre)

3 für den Berufsunteroffizier (mindestens 10 Jahre)

4 für den Fähnrich (mindestens 15 Jahre)

5 für den Berufsoffizier (mindestens 25 Jahre)

0 Das weiß ich noch nicht

	1	2	3	4	5	(2-5)	0
stark	37	38	3	3	10	(54)	9
mittel	54	32	5	0	2	(39)	7
schwach	69	10	2	2	2	(16)	15

(CC = .42; P = .008)

Überzeugung, daß der ML eine Lebenshilfe ist

„Der Marxismus-Leninismus hilft mir, auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort zu finden.“

AM wie oben

	1	2	3	4	5
stark	6	47	34	11	2
mittel	0	17	39	35	9
schwach	0	2	14	23	61

(r = .73; P = .000)

*) Wenn angeführt, bezieht sich der Korrelationskoeffizient r auf die ursprüngliche *fünfstufige* Skala (siehe Tabelle 12.1). Das gilt auch für die folgenden Tabellen.

Die drei Untergruppen unterscheiden sich außerordentlich stark hinsichtlich solcher politischer Grundeinstellungen wie politische Identifikation mit der DDR, Verteidigungsbereitschaft, Glaube an die Überlegenheit des Sozialismus, Identifikation mit der FDJ. Das gilt auch für die Bereitschaft, später einmal Mitglied der SED zu werden. Von den sich stark mit dem ML identifizierenden Panelmitgliedern wollten im Frühjahr 1989 36 % später voraussichtlich Mitglied werden, von den sich schwach identifizierenden dagegen nur ein Prozent.

Erhebliche Unterschiede bestehen im Hinblick auf die Note im Fach Staatsbürgerkunde. Dabei ist von einer Wechselwirkung von Identifikation mit dem ML und Leistung in diesem Fach auszugehen.

Deutliche Unterschiede sind hinsichtlich der Aktivität in den FDJ erkennbar, wobei auch hier von einer Wechselwirkung von Identifikation und Aktivität auszugehen ist (in den Untersuchungsphasen vor der Wende nachgewiesen).

Sehr stark unterscheiden sich die drei Untergruppen nicht zuletzt im Hinblick auf die damalige Bereitschaft der männlichen Teilnehmer, über den Grundwehrdienst hinaus Dienst in der NVA zu leisten. Von den sich stark mit dem ML identifizierenden Jugendlichen wollten 1989 54 % länger dienen, von sich nur schwach identifizierenden dagegen nur 16 % (die Zielstellung der Gewinnung für einen längeren NVA-Dienst lag zu diesem Zeitpunkt bei 40 %).

Eine sehr hohe Korrelation besteht erwartungsgemäß zur (1989 nur noch von einer Minderheit bestätigten) Erfahrung, daß der ML hilft, auf alle wichtigen Lebensfragen eine richtige Antwort zu finden. Die Wechselwirkung von Überzeugung und Erfahrung ist evident.

Erwähnenswert ist, daß der Anteil männlicher und weiblicher Panelmitglieder in den drei Untergruppen gleich ist.

Zusammenfassend ergibt sich, daß der ausgewählte Indikator mit wesentlichen Aspekten des politischen Denkens und Verhaltens der Panelmitglieder vor der Wende hoch korreliert und insofern für eine Analyse von möglichen Nachwirkungen damaliger Systembindung geeignet ist.

Die bisherigen Analysen mit dem erwähnten Indikator lassen in verschiedenen Einstellungsbereichen auf mehr oder weniger starke Nachwirkungen früherer Systembindungen schließen. Diese sollen im folgenden dargestellt werden. Wir stellen diese dabei jeweils dem Einfluß der heutigen Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem gegenüber, und zwar exemplarisch anhand

- a) der Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung,
- b) der Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung,
- c) der persönlichen Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem.

Sowohl bei den unabhängigen als auch bei den abhängigen Variablen nehmen wir vielfach Zusammenfassungen der Skalen vor, um wesentliche Verteilungsunterschiede deutlicher hervortreten zu lassen.

Urteile über die DDR und das SED-Regime

Nachwirkungen werden insbesondere bei grundsätzlichen Urteilen über die DDR deutlich. Charakteristisch dafür sind die Aussagen über das Leben in der DDR. Im Abschnitt 5. haben

wir bereits über die Ergebnisse der 13. Welle sowie über einige Differenzierungen informiert (Tab. 5.26). Wir stellen wesentliche Ergebnisse nochmals knapp dar und ergänzen sie durch die Korrelation mit der früheren Systembindung.

Tabelle 12.3: Urteil über das Leben in der DDR (nur Teilnehmer der 13. Welle)
„Wenn Sie zurückdenken: Wie war das Leben in der DDR im ganzen gesehen ?“

	1+2	3	4+5
Gesamt 1998	8	77	15
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>			
zufrieden/eher zufrieden	14	77	9
eher unzufrieden	6	77	17
unzufrieden	2	75	23
(r = .20; P = .000)			
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>			
mehr positive Veränderungen	21	66	13
positive und negative V.	4	83	13
mehr negative Veränderungen	3	59	38
(CC = .39; P = .000)			
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>			
nur/überwiegend positive Erfahrungen	18	70	12
sowohl positive als auch negative Erf.	5	80	15
nur/überwiegend negative Erfahrungen	0	70	30
(r = .19; P = .000)			
<u>(d) Frühere Systembindung</u>			
stark	5	75	20
mittel	7	74	19
schwach	11	83	6
(r = .21; P = .000)			

Ablesbar ist, daß die Urteile über die DDR sowohl von den heutigen Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem (a, b, c) als auch - und sogar ziemlich stark - von der früheren Systembindung (d) beeinflußt werden. Differenziertere statistische Auswertungsverfahren (einfache und mehrfache Regressionsanalysen) bestätigen diese Aussage.

Wesentlich ist, daß der Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und Urteil über die DDR seit der ersten Messung 1993 (9. Welle) etwas enger geworden ist (1993 $r = .16$; $P = .023$). Das könnte auf einen leicht gewachsenen Einfluß dieser Bindung hindeuten.

Einflüsse früherer Systembindung zeigen sich bei den Urteilen über die Beseitigung des SED-Regimes und damit über die politische Wende in der DDR 1989:

Tabelle 12.4: Urteile über die Beseitigung des SED-Regimes 1998
 „Es war höchste Zeit, daß das SED-Regime beseitigt worden ist.“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1+2	3	4+5
Gesamt	72	19	9

(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden	82	12	6
eher unzufrieden	68	21	11
unzufrieden	64	27	9

($r = .17$; $P = .001$)

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	90	6	4
positive und negative V.	69	21	10
mehr negative Veränderungen	57	29	14

($CC = .35$; $P = .000$)

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	86	5	9
sowohl positive als auch negative Erf.	69	22	9
nur/überwiegend negative Erfahrungen	48	35	17

($r = .25$; $P = .000$)

(d) Frühere Systembindung

stark	61	24	15
mittel	76	19	5
schwach	81	13	6

($r = .19$; $P = .000$)

Die Haltung zur Wende wird deutlich von den Erfahrungen im Transformationsprozeß beeinflusst, zugleich sind aber auch verhältnismäßig starke (signifikante) Nachwirkungen der früheren Systembindung erkennbar. Zwar bejahen auch die damals stark systemverbundenen Panelmitgliedern mehrheitlich die Beseitigung des SED-Regimes, es sind aber deutlich weniger als bei den damals weniger systemverbundenen.

Bemerkenswert ist außerdem, daß der für die Gesamtgruppe charakteristische leichte (aber signifikante) Rückgang der Bejahung der Wende zwischen 1992 und 1998 (s. Abschnitt 5.) in erster Linie auf den Rückgang bei den damals stark systemverbundenen Teilnehmern zurückzuführen ist. Ihre Haltung zur Wende hat sich in diesem Zeitraum signifikant verändert. Eine differenzierte Längsschnittanalyse belegt das :

Tabelle 12.5: Veränderung der Einstellung zur Beseitigung des SED-Regimes zwischen 1992 und 1998, differenziert nach der früheren Systembindung

Systemverbundenheit		1+2	3	4+5	n	POP	KOP	NEP	Pt *)
stark:	1992	84	12	4	-	-	-	-	-
	1998	62	27	11	56	4	67	<u>29</u>	.001
mittel	1992	74	24	2	-	-	-	-	-
	1998	71	21	8	38	13	69	18	.520
schwach	1992	79	17	4	-	-	-	-	-
	1998	78	15	7	58	12	74	14	.568

*) Pt bezeichnet die Überschreitungswahrscheinlichkeit für den T-Test für abhängige Variablen (hier bezogen auf die trichotomisierte Skala).

Die leichten Abweichungen der Prozentwerte gegenüber den Angaben in Tabelle 12.4 hängen damit zusammen, daß in diese Berechnungen nur Panelmitglieder eingehen, die sowohl 1992 (7. Welle) als auch 1998 an der Untersuchung teilnahmen.

Die folgende Grafik stellt noch einmal die Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen anhand der Häufigkeiten starker Bejahung der Wende (Ap 1 und 2) in den 6 Wellen zwischen 1992 und 1998 dar:

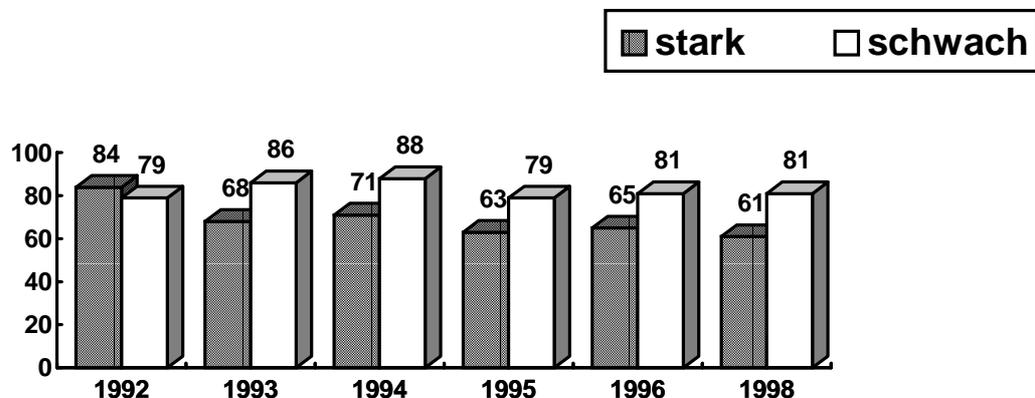


Abb. 12.1: Trend 1992 - 1998: Anteile der Bejahung der Beseitigung des SED-Regimes bei den Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren

Bis auf die Angaben von 1992 unterscheiden sich alle Prozentverteilungen der beiden Extremgruppen signifikant (P: 1993 = .035; 1994 = .024; 1995 = .030; 1996 = .027; 1998 = .002).

Ablesbar ist, daß die Zustimmung zur erfolgten Beseitigung des SED-Regimes bei den früher schwach systemverbundenen in diesem Zeitraum nahezu unverändert geblieben ist, während sie bei den früher stark systemverbundenen signifikant zurückging.

Ähnliche Zusammenhänge und Trends wurden für die Zustimmung zu der Aussage ermittelt „Das Leben in der DDR vor der Wende bedeutete für die Menschen `lebenslangen Knast‘“; wir führen das hier nicht näher aus.

Urteile über die Bundesrepublik und das Gesellschaftssystem

Nachwirkungen früherer Systembindung zeigen sich bei verschiedenen Urteilen über die Bundesrepublik und das neue Gesellschaftssystem. Das betrifft insbesondere die Meinung dazu, ob bzw. inwieweit die heutige Realität des vereinten Deutschland mit dem zu DDR-Zeiten vermittelten BRD-Bild übereinstimmt:

Tabelle 12.6: Grad der Übereinstimmung zwischen dem in Staatsbürgerkunde vermittelten BRD-Bild und der heutigen Realität 1998
 „Wenn Sie das damals vermittelte Bild von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt, mit der heutigen Realität im nun vereinten Deutschland vergleichen: Inwieweit stimmt beides überein?“

- 1 vollkommen
- 2 im großen und ganzen
- 3 teils-teils
- 4 kaum
- 5 überhaupt nicht

	1+2	3	4+5
Gesamt	22	50	28

(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden	8	48	44
eher unzufrieden	25	55	20
unzufrieden	40	36	24

($r = -.27$; $P = .000$)

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	8	41	51
positive und negative V.	23	54	23
mehr negative Veränderungen	49	37	14

($CC = .39$; $P = .000$)

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	7	38	55
sowohl positive als auch negative Erf.	24	56	20
nur/überwiegend negative Erfahrungen	66	17	17

($r = .38$; $P = .000$)

(d) Frühere Systembindung

stark	29	47	24
mittel	19	56	25
schwach	17	47	36

($r = .15$; $P = .005$)

Wie schon im Abschnitt 5. ausgeführt wurde und auch aus den oben dargestellten Differenzierungen ablesbar ist, nehmen die gegenwärtigen Erfahrungen starken Einfluß auf das Urteil darüber, inwieweit das zu DDR-Zeiten vermittelte BRD-Bild mit der heutigen Realität übereinstimmt. Wesentlich schwächer, aber immer noch deutlich (und signifikant) ist der Einfluß der früheren Systembindung. Das zeigt auch ein Blick in umgekehrter Richtung auf diesen Zusammenhang:

Tabelle 12.7: BRD-Bild und frühere Systembindung 1998

Grad der Übereinstimmung	frühere Systembindung		
	stark	mittel	schwach
vollkommen/im großen u. ganzen	52	23	25
teils-teils	38	31	31
kaum/überhaupt nicht	34	24	42

Von den Panelmitgliedern, die 1998 meinen, daß das damals vermittelte BRD-Bild vollkommen oder im großen und ganzen mit der heutigen Realität übereinstimmt, waren vor der Wende (1989) deutlich mehr stark systemverbunden als von jenen, die kaum oder überhaupt keine Übereinstimmung feststellen: 52 % gegenüber 34 %.

Der leichte Zuwachs an Zustimmung zwischen 1994 und 1998 geht tendenziell vor allem auf den Zuwachs bei den früher stark systemverbundenen Panelmitgliedern zurück.

Nachwirkungen sind auch hinsichtlich der Einstellung zu einer sozialistischen Alternative zum gegenwärtigen Gesellschaftssystem zu beobachten:

Tabelle 12.8: Einstellung zu einer sozialistischen Alternative 1998
 „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1+2	3	4+5
Gesamt	43	27	30

(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden	22	26	52
eher unzufrieden	49	29	22

unzufrieden ($r = -.40$; $P = .000$)	68	21	11
--	----	----	----

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	22	19	59
positive und negative V.	47	30	23
mehr negative Veränderungen ($CC = .42$; $P = .000$)	66	23	11

Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1+2	3	4+5
--	-----	---	-----

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	24	25	51
sowohl positive als auch negative Erf.	47	29	24
nur/überwiegend negative Erfahrungen ($r = -.35$; $P = .000$)	78	13	9

(d) Frühere Systembindung

stark	51	26	23
mittel	42	27	31
schwach ($r = .16$; $P = .003$)	36	28	36

Wiederum ist ein verhältnismäßig starker Einfluß der gegenwärtigen Situation auf diese politische Grundhaltung zu erkennen. Wesentlich schwächer, aber erkennbar (und signifikant) ist auch der Einfluß der früheren Systembindung.

Tendenzielle Einflüsse früherer politischer Bindungen bestehen bei einigen weiteren Urteilen über das heutige Gesellschaftssystem. Exemplarisch führen wir zwei von ihnen an, bei denen die statistischen Prüfungen bei der früheren Bindung nur äußerst knapp die Signifikanzschwelle verfehlen:

Tabelle 12.9: Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 1998
„Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“
1 eher als Fortschritt
2 eher als Rückschritt
3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
Gesamt	41	10	45	4

(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden	63	4	30	3
eher unzufrieden	31	11	53	5
unzufrieden	26	23	45	6

(CC = .39; P = .000)

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	74	2	20	4
positive und negative V.	35	8	53	4
mehr negative Veränderungen	6	47	41	6

(CC = .55; P = .000)

„Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“

- 1 eher als Fortschritt
 2 eher als Rückschritt
 3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
--	---	---	---	---

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	69	1	26	4
sowohl positive als auch negative Erf.	32	10	53	5
nur/überwiegend negative Erfahrungen	17	48	35	0

(CC = .50; P = .000)

(d) Frühere Systembindung

stark	36	16	45	3
mittel	41	4	49	6
schwach	45	9	41	5

(CC = .21; P = .065)

Die subjektive Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland hängt vor allem von den Erfahrungen mit der neuen Ordnung ab; die frühere Systembindung beeinflusst dieses Urteil nur in tendenziellem Grade (die Signifikanzschwelle von P = .050 wird sehr knapp verfehlt).

Ähnliche Relationen sind im Hinblick auf das Urteil darüber zu beobachten, ob es heute in der Bundesrepublik Ausbeutung gibt:

Tabelle 12.10: Existiert in der Bundesrepublik Ausbeutung ?
 „Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach Ihren heutigen Erfahrungen zu ?“

1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	0
Gesamt	48	21	31

(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden	30	40	30
eher unzufrieden	55	17	28
unzufrieden	70	13	17

(CC = .37; P = .000)

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	30	42	28
positive und negative V.	52	19	29
mehr negative Veränderungen	72	14	14

(CC = .32; P = .000)

„Im Stabü-Unterricht wurde die BRD als Gesellschaft charakterisiert, in der die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten. Trifft das nach Ihren heutigen Erfahrungen zu?“

1 ja 2 nein 0 Das ist schwer zu sagen

1 2 0

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	26	46	28
sowohl positive als auch negative Erf.	56	17	27
nur/überwiegend negative Erfahrungen	74	4	22

(CC = .40; P = .000)

(d) Frühere Systembindung

stark	57	21	22
mittel	45	28	27
schwach	43	22	35

(CC = .19; P = .071)

Früher stark systemverbundene Panelmitglieder bejahen tendenziell häufiger als schwach verbundene, daß heute jene Ausbeutung existieren würde, von der sie im Stabü-Unterricht gehört hatten.

Schwache, aber signifikante Nachwirkungen früherer Systembindung sind 1998 bei folgenden Aspekten der Zufriedenheit mit dem neuen Gesellschaftssystem zu beobachten:

- Zufriedenheit mit dem politischen System : $r = -.13$; $P = .013$
(Angaben für die vorhergehenden Jahre: 1992 und 1993 nicht signifikant;
1994: $r = -.14$; $P = .037$ / 1995: $r = -.18$; $P = .002$ / 1996: $r = -.10$; $P = .072$)
- Zufriedenheit mit der Demokratie: $r = -.12$; $P = .023$
- Zufriedenheit mit der Sozialpolitik: $r = -.14$; $P = .009$
- Zufriedenheit mit der Jugendpolitik: $r = -.11$; $P = .030$
- Zufriedenheit mit der Familienpolitik: $r = -.11$; $P = .039$

(Keine Nachwirkungen sind 1998 nachweisbar im Hinblick auf die Zufriedenheit mit der jetzigen Wirtschaftsordnung, mit der Militärpolitik und mit der Außenpolitik.)

Bei allen Aspekten ist das Gewicht heutiger Einflußfaktoren wesentlich größer. Exemplarisch belegen wir das am Beispiel der Zufriedenheit mit dem politischen System und mit der Demokratie:

Tabelle 12. 11: Zufriedenheit mit dem politischen System bzw. mit der Demokratie

„Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden
3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>					
zufrieden/eher zufrieden	4	33	(37)	55	8
eher unzufrieden	0	17	(17)	58	25
unzufrieden	0	2	(2)	32	66
(r = .46; P = .000)					
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>					
mehr positive Veränderungen	6	31	(37)	42	21
positive und negative V.	0	19	(19)	59	22
mehr negative Veränderungen	0	3	(3)	37	60
(CC = .42; P = .000)					
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>					
nur/überwiegend positive Erfahrungen	5	37	(42)	48	10
sowohl positive als auch negative Erf.	0	15	(15)	55	30
nur/überwiegend negative Erfahrungen	0	4	(4)	48	48
(r = .35; P = .000)					
<u>(d) Frühere Systembindung</u>					
stark	1	13	(14)	56	30
mittel	1	23	(24)	53	23
schwach	3	23	(26)	49	25
(r = -.13; P = .013)					

„Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden
3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>					

zufrieden/eher zufrieden	8	50	(58)	37	5
eher unzufrieden	1	28	(29)	57	14
unzufrieden	0	11	(11)	42	47

($r = .43$; $P = .000$)

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	10	42	(52)	40	8
positive und negative V.	1	32	(33)	51	16
mehr negative Veränderungen	0	14	(14)	49	37

($CC = .37$; $P = .000$)

„Wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden
3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
--	---	---	-------	---	---

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	9	48	(57)	39	4
sowohl positive als auch negative Erf.	1	28	(29)	53	18
nur/überwiegend negative Erfahrungen	0	17	(17)	48	35

($r = .32$; $P = .000$)

(d) Frühere Systembindung

stark	1	28	(29)	51	20
mittel	4	35	(39)	43	18
schwach	5	31	(36)	53	11

($r = -.12$; $P = .023$)

Die bei beiden Aspekten geringe Zufriedenheit resultiert bei den Panelmitgliedern in erster Linie aus ihren heutigen Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem, in viel geringerem Maße - aber noch statistisch nachweisbar - aus ihren früheren Systembindungen.

Der seit 1994 signifikante, wenn auch geringe Einfluß der früheren Systembindung auf die Zufriedenheit mit dem politischen System geht auch aus einer Trendanalyse der Daten von 1992 und 1998 hervor:

Tabelle 12.12 : Mittelwerte und Koeffizienten der Veränderung der Systemzufriedenheit zwischen 1992 und 1998

Systembindung vor der Wende	X	Differenz	Pt	POP	KOP	NEP	n
<u>stark</u>							
1992	2,90						
1998	3,15	-.25	.008 s	14	49	<u>37</u>	63
<u>mittel</u>							
1992	2,79						

1998	3,00	-.21	.118 ns	15	57	28	39
<u>schwach</u>							
1992	2,73						
1998	2,91	-.18	.146 ns	13	54	33	45
<u>Gesamt</u>							
1992	2,82						
1998	3,04	-.22	.001 s	14	53	<u>33</u>	147

Erkennbar ist, daß der erhebliche (signifikante) Rückgang der Systemzufriedenheit zwischen 1992 und 1998 in der Gesamtgruppe vor allem auf den signifikanten Rückgang bei den vor der Wende (Frühjahr 1989) stark systemverbundenen Panelmitgliedern zurückzuführen ist. Kein Einfluß früherer Systembindung ist nachweisbar im Hinblick auf die Einstellung zu den Parteien.

Einstellung zur deutschen Einheit

Eine schwache, aber signifikante Nachwirkung besteht im Hinblick auf die Grundeinstellung zur deutschen Einheit:

Tabelle 12.13:

Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1998

„Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten ? Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD ?

Ich bin

1 sehr dafür

2 eher dafür als dagegen

3 eher dagegen als dafür

4 sehr dagegen

	1	2	3	4
--	---	---	---	---

(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung

zufrieden/eher zufrieden	53	42	4	1
eher unzufrieden	28	56	14	2
unzufrieden	21	43	23	13

(r = .33; P = .000)

(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung

mehr positive Veränderungen	66	30	3	1
positive und negative V.	29	58	11	2
mehr negative Veränderungen	6	34	43	17

(CC = .56; P = .000)

(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem

nur/überwiegend positive Erfahrungen	62	35	1	2
sowohl positive als auch negative Erf.	27	57	14	2

nur/überwiegend negative Erfahrungen 13 26 39 22
 (r = .39; P = .000)

„Wir hatten 1990 folgende Frage gestellt. Wie würden Sie heute antworten ? Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD ?

Ich bin

1 sehr dafür

2 eher dafür als dagegen

3 eher dagegen als dafür

4 sehr dagegen

1 2 3 4

(d) Frühere Systembindung

Zusammenhang 1998

stark	30	46	20	4
mittel	38	52	8	2
schwach	37	53	7	3

(r = -.15; P = .006)

Zusammenhang 1990

stark	28	40	19	13
mittel	41	40	16	3
schwach	53	17	23	7

(r = -.16; P = .038)

Der Einfluß früherer Systembindung ist nur bei jenen Panelmitgliedern erkennbar, die sich damals stark mit dem System identifizierten.

Erwähnenswert ist, daß in unserer ersten Messung im Frühjahr 1990 (4. Welle) ebenfalls ein signifikanter Zusammenhang auftrat (siehe obige Tabelle), danach in den Jahren 1991 (6. Welle), 1992 (8. Welle), 1993 (9. Welle) und 1994 (10. Welle) nicht mehr. Erst ab 1995 (11. bis 13. Welle) sind wieder signifikante Zusammenhänge in dem Sinne zu beobachten, daß sich früher stark systemverbundene Panelmitglieder signifikant weniger häufig zustimmend äußern. Wir vermuten, daß die 1990 registrierte kritische bzw. ablehnende Sicht der früher stark systemverbundenen Teilnehmer danach vorübergehend verdrängt wurde, sich ab 1995 jedoch unter dem Einfluß veränderter Erfahrungen (und einer zunehmend kritischen Stimmung in Ostdeutschland zum realen Gang des Vereinigungsprozesses) erneut durchgesetzt hat. Nachstehende Tabelle dokumentiert die entsprechenden Korrelationskoeffizienten r, ergänzt durch die Koeffizienten für den Zusammenhang mit der früheren Rezeption westlicher Sender (zu Letzteren s. ausf. Abschnitt 12.3):

Tabelle 12.14: Maßkorrelationskoeffizienten r sowie Überschreitungswahrscheinlichkeit P für den Zusammenhang von
 a) Grundeinstellung zur Vereinigung und dem Grad früherer Systembindung;
 b) Grundeinstellung zur Vereinigung und der Häufigkeit früherer Westsenderrezeption
 (nur Teilnehmer 13. Welle)

Jahr	a)	b)	n
1990	$r = -.16$; $P = .038$	$r = .32$; $P = .000$	162
1991	$r = -.06$; $P = .459$ ns	$r = .27$; $P = .000$	164
1992	$r = -.03$; $P = .683$ ns	$r = .24$; $P = .004$	147
1993	$r = -.00$; $P = .950$ ns	$r = .17$; $P = .018$	200
1994	$r = -.10$; $P = .117$ ns	$r = .23$; $P = .000$	229
1995	$r = -.15$; $P = .008$	$r = .10$; $P = .080$ ns	291
1996	$r = -.14$; $P = .011$	$r = .13$; $P = .015$	328
1998	$r = -.15$; $P = .006$	$r = .11$; $P = .031$	360

Ähnliche Relationen bestehen bei der emotionalen Einstellung zur deutschen Einheit:

Tabelle 12.15: Emotionale Einstellung zur deutschen Einheit 1998
 „Freuen Sie sich darüber, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist?“
 1 sehr stark
 2 stark
 3 teils-teils
 4 kaum
 5 überhaupt nicht

	1+2	3	4+5
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>			
zufrieden/eher zufrieden	76	23	1
eher unzufrieden	39	55	6
unzufrieden	30	45	25
(r = .43; P = .000)			
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>			
mehr positive Veränderungen	84	15	1
positive und negative V.	44	51	5
mehr negative Veränderungen	14	52	34
(CC = .56; P = .000)			
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>			
nur/überwiegend positive Erfahrungen	81	17	2
sowohl positive als auch negative Erf.	42	52	6
nur/überwiegend negative Erfahrungen	13	48	39
(r = .45; P = .000)			
<u>(d) Frühere Systembindung</u>			
stark	41	51	8
mittel	54	40	6
schwach	58	35	7

($r = -.15$; $P = .005$)

Wie bei der Grundeinstellung zur Einheit sind auch bei der emotionalen Beziehung zu ihr seit 1995 (11. Welle) signifikante Zusammenhänge mit der früheren Systembindung nachweisbar (1995: $r = -.19$; $P = .001$ / 1996: $r = -.15$; $P = .004$). Allerdings liegen hierzu erst seit 1992 (8. Welle) Daten vor.

Bekenntnis zu sozialistischen Idealen, Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum

Interessant ist die Frage, ob das heutige Bekenntnis zu sozialistischen Idealen mit der früheren Systembindung zusammenhängt, oder erst unter den gesellschaftlichen Bedingungen nach der Wende entstanden ist.

Tabelle 12.16 :

Bekenntnis zu sozialistischen Idealen heute (1998)
 „Wie stehen Sie heute zu den sozialistischen Idealen ?“
 Ich bin
 1 sehr dafür
 2 eher dafür als dagegen
 3 eher dagegen als dafür
 4 sehr dagegen

	1	2	3	4
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>				
zufrieden/eher zufrieden	3	30	52	15
eher unzufrieden	6	47	40	7
unzufrieden	6	59	29	6
(r = -.23; P = .000)				
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>				
mehr positive Veränderungen	5	26	46	23
positive und negative V.	5	48	42	5
mehr negative Veränderungen	9	49	36	6
(CC = .32; P = .000)				
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>				
nur/überwiegend positive Erfahrungen	3	35	44	18
sowohl positive als auch negative Erf.	5	46	43	6
nur/überwiegend negative Erfahrungen	18	50	27	5
(r = -.21; P = .000)				
<u>(d) Frühere Systembindung</u>				
stark	7	47	42	4
mittel	5	40	43	12
schwach	3	43	41	13
(r = .14; P = .011)				

Wie bereits im Abschnitt 6. dargestellt, wird die heutige Identifikation mit den sozialistischen Idealen deutlich von den Erfahrungen mit den gesellschaftlichen Veränderungen nach der Wende beeinflusst. Einen schwachen, aber signifikanten Einfluß nehmen jedoch auch die früheren Systembindungen.

Uns interessierte darüber hinaus, ob Nachwirkungen früherer Systembindungen auf die heutige politisch-weltanschauliche Position, das Selbstverständnis als „Linker“ oder „Rechter“ zu beobachten sind.

Tabelle 12.17: Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum
 „Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen links und rechts zu unterscheiden. Wie ordnen Sie sich ein?“
 1 links
 2 eher links als rechts
 3 weder links noch rechts
 4 eher rechts als links
 5 rechts
 0 Das weiß ich (noch) nicht

	1+2	3	4+5	0
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>				
zufrieden/eher zufrieden	18	62	18	2
eher unzufrieden	30	56	9	5
unzufrieden	42	47	9	2
(CC = .25; P = .009)				
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>				
mehr positive Veränderungen	25	55	20	0
positive und negative V.	29	57	10	4
mehr negative Veränderungen	26	60	9	5
(CC = .19; P = .133 ns)				
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>				
nur/überwiegend positive Erfahrungen	29	57	12	2
sowohl positive als auch negative Erf.	26	58	12	4
nur/überwiegend negative Erfahrungen	43	48	9	0
(CC = .13; P = .644 ns)				
<u>(d) Frühere Systembindung</u>				
stark	29	56	10	5
mittel	30	56	8	6
schwach	24	58	18	0
(CC = .22; P = .052) *)				

*) Ohne die (gering besetzte) Antwortposition 0 (weiß ich nicht) wurde ein signifikanter Maßkorrelationskoeffizient von $r = .12$ ($P = .021$) berechnet.

Die heutige Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum wird durch die frühere Systembindung insofern leicht beeinflusst, als nur schwach systemverbundene Panelmitglieder sich häufiger rechts einordnen als die stark bzw. in mittlerem Grade systemverbundenen.

Die Untersuchung des Einflusses heutiger Faktoren führt zu teilweise widersprüchlichen Ergebnissen, die zunächst weiter analysiert werden müssen. Gesichert erscheint, daß mit zunehmender Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung die Häufigkeit linker Orientierungen anwächst.

Staatsbürgerliche Identität

Im Hinblick auf die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik bzw. mit der ehemaligen DDR sind keine Nachwirkungen zu beobachten. Eine Ausnahme bildete die Identifikation mit der (noch existierenden) DDR im Frühjahr 1990 (4. Welle). Wir führen diese Daten an, weil sie erkennen lassen, daß zu diesem Zeitpunkt noch deutliche Nachwirkungen bestanden (die staatsbürgerliche Identifikation mit der Bundesrepublik wurde erst ab 7. Welle 1992 erfaßt):

Tabelle 12.18: Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und staatsbürgerlicher Identifikation mit der DDR Frühjahr 1990
„Ich fühle mich als Bürger (in) der DDR“
1 ja, vollkommen 2 ja, etwas schon
3 nein, eigentlich nicht 4 nein, absolut nicht

	1	2	3	4
<u>Systembindung</u>				
stark	61	31	7	1
mittel	41	40	11	8
schwach	40	32	15	13

($r = .32$; $P = .000$)

In der Folgezeit (ab 1992, für 1991 liegen keine Werte vor) bestanden keine signifikanten Zusammenhänge mehr mit der früheren Systembindung, wohl aber mit situativen Einflüssen. Das gilt auch für die 13. Welle 1998. Wir dokumentieren diese Daten, und zwar sowohl getrennt für beide Aspekte als auch für ihre Kopplung:

Tabelle 12.19: Staatsbürgerliche Identifikation
 „Ich fühle mich als ...“
 (Antwortmodell wie oben)

	1	2	3	4
<u>Bürger (in) der ehemaligen DDR</u>				
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>				
zufrieden/eher zufrieden	27	42	23	8
eher unzufrieden	40	42	16	2
unzufrieden	51	38	7	4
(r = -.22; P = .000)				
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>				
mehr positive Veränderungen	31	45	19	5
positive und negative V.	39	41	17	3
mehr negative Veränderungen	46	37	14	3
(CC = .11; P = .846 ns)				
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>				
nur/überwiegend positive Erfahrungen	24	48	22	6
sowohl positive als auch negative Erf.	41	40	16	3
nur/überwiegend negative Erfahrungen	65	26	5	4
(r = -.21; P = .000)				
<u>(d) Frühere Systembindung</u>				
stark	38	43	16	3
mittel	37	37	21	5
schwach	37	42	17	4
(r = .05; P = .364 ns)				
<u>Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland</u>				
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>				
zufrieden/eher zufrieden	39	51	8	2
eher unzufrieden	27	52	18	3
unzufrieden	23	43	19	15
(r = -.23; P = .000)				
<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>				
mehr positive Veränderungen	46	44	10	0
positive und negative V.	28	53	15	4
mehr negative Veränderungen	11	49	29	11
(CC = .31; P = .000)				
<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>				
nur/überwiegend positive Erfahrungen	40	48	11	1
sowohl positive als auch negative Erf.	28	52	16	4
nur/überwiegend negative Erfahrungen	22	39	26	13
(r = -.18; P = .000)				

	1	2	3	4
<u>(d) Frühere Systembindung</u>				
stark	27	52	16	5
mittel	28	55	15	2
schwach	34	45	16	5
(r = -.04; P = .483 ns)				

Kombinierte Typen staatsbürgerlicher Identifikation

	I	II	III	IV
<u>(a) Zufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung</u>				
zufrieden/eher zufrieden	28	61	8	3
eher unzufrieden	12	67	15	6
unzufrieden	6	60	28	6
(CC = .32; P = .000)				

<u>(b) Bewertung der Veränderungen seit der Vereinigung</u>				
mehr positive Veränderungen	23	67	9	1
positive und negative V.	16	64	15	5
mehr negative Veränderungen	3	57	26	14
(CC = .27; P = .003)				

<u>(c) persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem</u>				
nur/überwiegend positive Erfahrungen	25	63	9	3
sowohl positive als auch negative Erf.	14	66	15	5
nur/überwiegend negative Erfahrungen	0	61	30	9
(CC = .24; P = .011)				

<u>(d) Frühere Systembindung</u>				
stark	13	66	15	6
mittel	19	65	9	7
schwach	19	60	19	2
(CC = .16; P = .273 ns)				

Die Typen bedeuten: I = vorwiegend Bundesbürger
 II = Bundesbürger und Ex-DDR-Bürger
 III = vorwiegend Ex-DDR-Bürger
 IV = weder noch

(Ausführliche Beschreibung der Typen siehe Abschnitt 7.)

Ablesbar ist, daß weder bei den beiden Einzelindikatoren noch bei ihrer Kopplung eine Nachwirkung früherer Systembindung festzustellen ist. Dagegen ist (von einer Ausnahme abgesehen, die jedoch zumindest eine Tendenz erkennen läßt) ein mehr oder weniger starker Einfluß gegenwärtiger Erfahrungen im Vereinigungsprozeß zu beobachten.

Rechtsextreme Orientierungen, Ausländerfeindlichkeit

Bei den in der 13. Welle untersuchten rechtextremen Orientierungen sind keine Zusammenhänge mit der früheren Systembindung der Panelmitglieder festzustellen (faktisch handelt es sich um „Nullkorrelationen“). Enge Zusammenhänge bestehen dagegen erwartungsgemäß mit der Selbsteinordnung in das Links-Rechts-Spektrum. Wir stellen die berechneten Maßkorrelationskoeffizienten gegenüber, beziehen uns dabei auf die im Abschnitt 11. gewählte Darstellung des Rechtsextremismus-Syndroms (siehe Tab. 11.1). Bei den Berechnungen des Zusammenhangs mit der Links-Rechts-Skala wurde auf die Einbeziehung der Ap 0 „Das weiß ich nicht“ (nur mit 4 % besetzt) verzichtet.

Tabelle 12.20: Maßkorrelationskoeffizienten des Zusammenhangs zwischen rechtsextremen Orientierungen einerseits und früherer Systembindung bzw. Links-Rechts-Einordnung 1998

	<u>Systembindung</u>	<u>Links-Rechts-Spektrum</u>
a) „Wir Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.“	$r = -.023$ P = .663	$r = -.379$ P = .000
b) „Die ehemaligen deutschen Gebiete im Osten sollten wieder zu Deutschland kommen.“	$r = -.004$ P = .945	$r = -.402$ P = .000
c) „Es ist weit übertrieben, was über die Judenvernichtung im Dritten Reich erzählt wird.“	$r = .000$ P = 1.000	$r = -.381$ P = .000
d) „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	$r = .032$ P = .546	$r = -.426$ P = .000
e) „Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten“.	$r = -.013$ P = .804	$r = -.376$ P = .000
f) „Die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind.“	$r = -.056$ P = .287	$r = -.202$ P = .000

	<u>Systembindung</u>	<u>Links-Rechts-Spektrum</u>
g) „In der Natur setzt sich der Stärkere durch, das muß auch unter Menschen gelten.“	r = .005 P = .932	r = -.295 P = .000
h) „Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen“.	r = .006 P = .917	r = -.249 P = .000
i) „Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung - notfalls mit Gewalt.“	r = .005 P = .925	r = -.352 P = .000

Zur Veranschaulichung stellen wir über die Koeffizienten hinaus exemplarisch für drei ausgewählte rechtsextreme Orientierungen die berechneten Prozentverteilungen der Zusammenhänge mit der früheren Systembindung und mit der Links-Rechts-Einordnung dar. Für die frühere Systembindung (Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus; s.o.) führen wir in diesem Falle alle fünf Antwortstufen an, die auch den Berechnungen des Korrelationskoeffizienten zugrunde liegen:

Tabelle 12. 21: Prozentverteilungen der Zusammenhänge zwischen ausgewählten rechtsextremen Orientierungen einerseits und früherer Systembindung bzw. Links-Rechts-Einordnung andererseits

	Das entspricht meiner Meinung					
	1	2	(1+2)	3	4	5
<i>„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“</i>						
<u>frühere Systembindung</u>						
1 vollkommen	8	11	(19)	13	14	54
2	7	8	(15)	22	20	43
3	3	8	(11)	26	17	46
4	7	4	(11)	11	24	54
5 überhaupt nicht	8	8	(16)	21	10	53
(r = .032; P = .546 ns)						
<u>Links-Rechts-Einordnung</u>						
links/eher links	0	5	(5)	8	17	70
weder-noch	4	6	(10)	25	18	47
rechts/eher rechts	28	19	(47)	30	16	7
weiß ich nicht	8	15	(23)	39	23	15

(r = -.426; P = .000)

Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2,3,4,5 überhaupt nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
--	---	---	-------	---	---	---

„Manchmal muß man zur Gewalt greifen,
um seine Interessen durchzusetzen.“

frühere Systembindung

1 vollkommen	0	3	(3)	13	27	57
2	1	7	(8)	16	20	56
3	0	3	(3)	12	30	55
4	2	2	(4)	11	16	69
5 überhaupt nicht	2	6	(8)	16	21	55

(r = .006; P = .917 ns)

Links-Rechts-Einordnung

links/eher links	1	2	(3)	13	21	63
weder-noch	0	4	(4)	10	26	60
rechts/eher rechts	5	14	(19)	31	18	32
weiß ich nicht	0	8	(8)	15	15	62

(r = -.249; P = .000)

„Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten
Eigenschaften, die Kinder lernen sollten.“

frühere Systembindung

1 vollkommen	3	11	(14)	25	30	31
2	6	11	(17)	31	27	25
3	4	7	(11)	24	30	35
4	2	11	(13)	27	26	34
5 überhaupt nicht	6	15	(21)	27	26	26

(r = -.013; P = .804 ns)

Links-Rechts-Einordnung

links/eher links	2	4	(6)	15	32	47
weder-noch	2	11	(13)	30	31	26
rechts/eher rechts	16	29	(45)	34	14	7
weiß ich nicht						

(r = -.376; P = .000)

Wie bereits angedeutet, sind keine Nachwirkungen früherer Systembindung auf die Einstellung gegenüber Ausländern erkennbar. Wir führen dazu die vollständige Tabelle an :

Tabelle 12.22: Zusammenhang zwischen der früheren Systembindung (Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus) und der Einstellung zu Ausländern 1998

„Wie ist - ganz allgemein - Ihre Einstellung zu Ausländern ?“

Ich bin gefühlsmäßig

1 klar gegen Ausländer

2 mehr gegen als für Ausländer

3 weder gegen noch für Ausländer

4 mehr für als gegen Ausländer

5 klar für Ausländer

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X
<u>Systembindung</u>								
1 vollkommen	8	19	(27)	38	19	16	(35)	3,16
2	5	30	(35)	40	18	7	(25)	2,93
3	2	24	(26)	52	17	5	(22)	2,99
4	4	21	(25)	46	25	4	(29)	3,04
5 überhaupt nicht	11	31	(42)	37	16	5	(21)	2,73

($r = -.09$; $P = .103$ ns; eine zusätzliche Varianzanalyse belegt, daß zwischen den fünf Subgruppen der Systembindung keine statistisch signifikante Mittelwertunterschiede bestehen)

Mitunter vertretene Auffassungen, daß die Wurzeln heutiger Ausländerfeindlichkeit ostdeutscher Jugendlicher in der DDR-Sozialisation zu suchen seien, entbehren zumindest für unser Panel jeglicher Grundlage.

Exkurs: Autoritäre Persönlichkeitsmerkmale

Speziell zur Analyse von Nachwirkungen früherer Systembindungen auf die heutigen Denk- und Verhaltensweisen der Panelmitglieder wurde in die Untersuchungsmethodik der 12. Welle 1996 ein von Detlef Oesterreich erarbeiteter und erprobter *Autoritarismustest* aufgenommen (vgl. Oesterreich 1993). In Fortführung langjähriger Forschungen zur autoritären Persönlichkeit entwickelte Oesterreich einen neuen theoretischen Ansatz zum Autoritarismusproblem, den der Autor wie folgt umreißt:

„Der neue Ansatz stellt in das Zentrum eine psychische Reaktion, die durch situationelle Faktoren ausgelöst wird. Die Idee einer situationsspezifischen Reaktion beschreibt sowohl menschliches Verhalten in kritischen, Angst erzeugenden Situationen als auch die Entwicklung eines Persönlichkeitstypus, der durch die Unfähigkeit, sich aus der autoritären Reaktion zu lösen, gekennzeichnet ist. Die autoritäre Persönlichkeit ist die habitualisierte Bereitschaft, in Krisensituationen mit einer Flucht in den Schutz von Sicherheit bietenden Instanzen zu reagieren.“ (1993, S. 43)

Kern seines auf diesem Konzept basierenden neuen Autoritarismusmaßes sind Fragen zur Bereitschaft, autoritär zu reagieren. Der Einsatz des Maßes bei Ostberliner und Westberliner Jugendlichen ergab, daß zwischen ihnen keine Unterschiede hinsichtlich autoritärer Persönlichkeitsmerkmale bestehen. Dazu schreibt der Autor zusammenfassend: "Insgesamt muß die These, die Gesellschaftsordnung der DDR hätte in stärkerem Maße autoritäre Persönlichkeiten hervorgebracht als die parlamentarisch-demokratische, marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik, im Vergleich Ost- und Westberliner Jugendlicher für die Untersuchungspopulation verworfen werden." (S.213)

(Eine ausführliche Darstellung des Konzeptes und des erwähnten Maßes würde den Rahmen dieser Dokumentation sprengen. Wir verweisen auf die genannte Publikation des Autors, insbesondere auf die zusammenfassenden Überlegungen zur empirischen Studie auf den Seiten 225 ff.).

Beim Einsatz des von Oesterreich entwickelten Tests im Rahmen unserer Studie gehen wir von der Hypothese aus, daß bei Existenz und anhaltenden Nachwirkungen autoritärer Persönlichkeitsdispositionen Unterschiede *innerhalb* unserer Population dahingehend auftreten müßten, daß Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, heute signifikant häufiger autoritäre Merkmale äußern als jene, bei denen das nicht zutrifft.

Die folgende Tabelle informiert zunächst über die Antwortverteilungen aller 16 Einzelitems in der Gesamtgruppe sowie differenziert nach den Geschlechtergruppen und entsprechend der Systembindung (Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus) vor der Wende:

Tabelle 12.23: Ausprägung autoritärer Persönlichkeitsmerkmale 1996
 „Jetzt geht es um verschiedene Verhaltensweisen im Alltag. Bitte geben Sie zu jeder der folgenden Aussage an, ob das für Sie im allgemeinen zutrifft oder nicht“
 Das trifft für mich zu 1 ja 2 nein

Anteil der bejahenden Antworten in Prozent, nach der Häufigkeit in der Gesamtgruppe geordnet

Item	Ges.	m	w	Systembindung 1989			P
				stark	mittel	schwach	
Ich lerne gern fremde Menschen kennen	85	85	86	88	85	82	.351
Ich handle gern nach dem Vorsatz „Vorsicht ist besser als Nachsicht“	72	69	75	73	71	72	.957
Ich wünsche mir für die Zukunft ein möglichst ruhiges Leben	60	61	59	60	57	62	.788
Ich habe mich immer bemüht, es meinen Eltern recht zu machen	52	48	54	58	51	44	.074
Ich fühle mich wohl in organisierten Gruppen	50	48	51	46	58	48	.185
Ich versuche, Dinge immer in der üblichen Weise zu machen	48	44	51	47	43	50	.583
Ich glaube, daß die meisten so wie ich denken	36	36	36	37	35	34	.878
Neue und ungewöhnliche Situationen sind mir unangenehm	34	29	37	29	31	39	.232
Ich lasse mich nicht gerne auf Auseinandersetzungen ein, aber ich weiß ganz gut, wie ich mich rächen kann	27	32	24	29	27	26	.888
Ich fühle mich in Gesellschaft fremder Menschen unsicher und unwohl	27	21	<u>31</u>	23	33	25	.222
Ich freue mich, wenn jemand, den ich nicht leiden kann, Ärger mit seinem Vorgesetzten bekommt	24	<u>28</u>	19	23	22	27	.662
Ich sehe zu, immer auf der Seite der Stärkeren zu sein	23	20	26	23	25	22	.807
Veränderungen sind mir unangenehm	17	15	18	12	14	22	.070

Item	Ges.	m	w	Systembindung 1989			P
				stark	mittel	schwach	
Ich gehe Menschen, die anders sind als ich, aus dem Weg	16	<u>21</u>	13	14	17	21	.247
Wer nicht für mich ist, ist gegen mich	15	14	16	14	14	18	.671
Ich bewundere Menschen, die die Fähigkeit haben, andere zu beherrschen	14	16	13	15	12	18	.468

Unter der Überschrift Systembindung 1989 sind die Zahlen für den letzten Indikator beispielsweise wie folgt zu lesen: Von den Panelmitgliedern, die damals stark systemverbunden waren, stimmen 15 % dem Indikator zu „Ich bewundere Menschen, die die Fähigkeit haben, andere zu beherrschen“; von denen, die damals in mittlerem Grade systemverbunden waren, stimmen 12 % zu; von jenen, die damals nur schwach systemverbunden waren, 18 %. Der Wert P bedeutet die Überschreitungswahrscheinlichkeit für den (nicht aufgeführten) Kontingenzkoeffizienten (Signifikanz besteht, wenn dieser Wert kleiner als .050 ist).

Uns interessiert hier vor allem, daß sich aus der Sicht der früheren Systembindung durchweg keine statistisch gesicherten Unterschiede nachweisen lassen. Panelmitglieder, die im Frühjahr 1989 stark systemverbunden waren, heben sich nicht von denen ab, die nur schwach systemverbunden waren. Zu weitgehend identischen Ergebnissen führen die Berechnungen, wenn wir die Daten zur Systemverbundenheit aus den Jahren 1987 oder 1988 heranziehen bzw. uns auf andere politische Indikatoren stützen. Weder die Prozentverteilungen der einzelnen Items noch die Mittelwerte über alle Items unterscheiden sich.

Unterschiede sind auch dann nicht zu beobachten, wenn die Daten klassifiziert werden. In diesem Falle wurden die Daten von ihrer Verteilung her zu drei Merkmalsklassen zusammengefaßt (trichotomisiert):

Tabelle 12.24: Ausprägung autoritärer Persönlichkeitsmerkmale 1996, differenziert nach der Systembindung im Frühjahr 1989 sowie nach der Links-Rechts-Einordnung 1996 (N=346)

Systembindung 1989	Merkmalsklassen der Ausprägung			n
	schwach	mittel	stark	
stark	32	37	31	142
mittel	33	32	35	96
schwach	35	27	38	108

(P = .587 ns)

	Merkmalsklassen der Ausprägung			n
	schwach	mittel	stark	
<u>Einordnung in Links-Rechts-Spektrum</u>				
links/eher links	48	31	21	98
weder-noch	30	32	38	205
rechts-eher rechts	19	27	54	41
weiß ich nicht	9	73	18	11
(CC = .32; P = .000)				

(Anmerkung: Vor diesen Berechnungen wurden die Antwortvorgaben des Indikators „Ich lerne gern fremde Menschen kennen“ umcodiert, um ihn der Aussagerichtung der übrigen Items anzupassen.)

Zwischen früherer Systembindung und autoritären Persönlichkeitszügen bestehen keine Zusammenhänge, wohl aber zwischen dem heutigen Selbstverständnis als Linker oder Rechter und Letzteren. Autoritäres Denken (im Sinne des Tests) ist bei Rechtsorientierten erheblich stärker ausgeprägt als bei Linksorientierten.

Zusammenfassend kann für die Mitglieder unseres Panels festgestellt werden, daß speziell im Hinblick auf autoritäre Persönlichkeitsmerkmale keine Nachwirkungen früherer politischer Überzeugungen nachweisbar sind. Diese Analysen sollen weiter fortgesetzt und vertieft werden.

Wertorientierungen (Lebensziele)

Zu teilweise überraschenden Ergebnissen führt die Analyse des Einflusses der früheren Systembindung auf die Wertorientierungen, in unserer Studie erfaßt über die individuellen Lebensziele. Wir können im Rahmen dieser Dokumentation nur über erste Auswertungen informieren, aus denen hervorgeht, daß frühere Systembindungen auch auf der Ebene der Wertorientierungen noch lange Zeit nach der Wende nachgewirkt haben bzw. noch heute nachwirken.

Besonders auffällig ist diese Erscheinung bei der beruflichen Leistungsorientierung, die seit 1987 mit dem Lebensziel „Im Beruf hohe Leistungen erreichen“ erfaßt wurde. Über den Trend wurde bereits im Abschnitt 8. berichtet. Diese Angaben werden jetzt durch die Korrelation mit der früheren Systembindung ergänzt.

Wir stellen zunächst eine Übersicht der Korrelationskoeffizienten voran:

Tabelle 12.25: Maßkorrelationskoeffizienten für den Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und Ausprägung des Lebenszieles „Im Beruf hohe Leistungen erreichen“ in den Untersuchungswellen zwischen 1987 und 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)

Jahr	Welle	r	P	N
1987	1.	.35	.000	347
1988	2.	.41	.000	341
1989 (Frühjahr)	3.	.29	.000	358
1990	4.	.26	.000	162
1991	6.	.30	.000	164
1992	8.	.21	.000	147
1993	9.	.19	.006	201
1994	10.	.18	.006	228
1995	11.	.21	.000	291
1996	12.	.10	.073	327
1998	13.	.10	.050	358

Die Korrelationen basieren bei beiden Indikatoren auf den fünfstufigen Originalskalen. Für die Berechnungen vor der Wende wurden die Daten für das jeweilige Jahr gekoppelt (also z. B. die Daten der Leistungsorientierung von 1987 mit denen der Systembindung von 1987), für die nach der Wende die aktuellen Daten der Ausprägung der Leistungsorientierung mit den Daten der Systembindung 1989.

Ablesbar ist vor der Wende ein verhältnismäßig enger Zusammenhang zwischen Systembindung und Leistungsorientierung. Das entsprach damals weitgehend dem Erziehungsziel, den Schülern durch eine überzeugungswirksame Vermittlung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung richtige Lebensorientierungen zu geben, ihr Lernen und Arbeiten zu motivieren, ihr gesamtes moralisches Verhalten zu beeinflussen (Lehrbuch „Pädagogik“, vgl. Neuner 1983, S. 161).

Erstaunlich ist, daß der Einfluß der Systembindung auf diese Orientierung auch nach der Wende und dem damit verbundenen Systemwechsel noch lange Zeit angehalten hat. Erst ab 1992 ist dieser Einfluß offensichtlich zurückgegangen, jedoch auch im Jahr 1998 noch nachweisbar.

Zur Veranschaulichung der Zusammenhänge führen wir im folgenden die berechneten Verteilungen an:

Tabelle 12.26: Ausprägung des Lebenszieles „Im Beruf hohe Leistungen erreichen“ zwischen 1987 und 1998, differenziert nach der früheren Systembindung
 Das ist für mein Leben ...
 1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Systembindung	Jahr	1	2	3	4	5	X
	1987						
stark		87	13	0	0	0	1,13
mittel		62	37	1	0	0	1,39
schwach		54	38	8	0	0	1,54
	1988						
stark		80	20	0	0	0	1,20
mittel		65	33	2	0	0	1,38
schwach		43	35	19	2	1	1,84
	1989						
stark		76	22	1	0	1	1,28
mittel		53	43	3	0	1	1,53
schwach		43	42	9	3	3	1,79
	1990						
stark		60	37	3	0	0	1,43
mittel		49	43	8	0	0	1,59
schwach		40	45	15	0	0	1,75
	1991						
stark		64	34	2	0	0	1,37
mittel		54	44	2	0	0	1,49
schwach		43	38	12	7	0	1,84
	1992						
stark		64	30	6	0	0	1,43
mittel		46	54	0	0	0	1,54
schwach		45	42	11	2	0	1,71
	1993						
stark		49	41	10	0	0	1,61
mittel		46	36	18	0	0	1,72
schwach		30	53	14	0	3	1,92
	1994						
stark		54	32	12	2	0	1,62
mittel		47	39	12	2	0	1,69
schwach		28	55	12	5	0	1,94

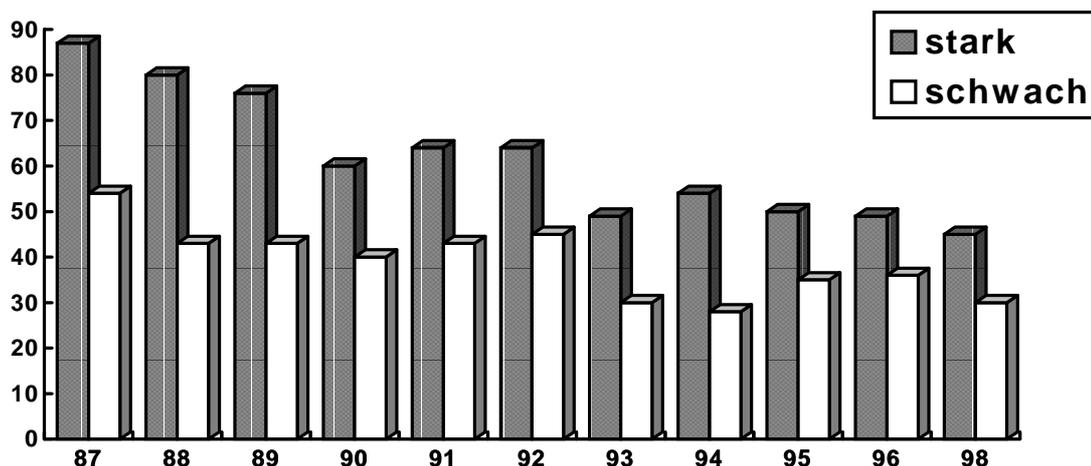
Das ist für mein Leben ...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Systembindung	Jahr	1	2	3	4	5	X
	1995						
stark		50	46	4	0	0	1,54
mittel		45	48	7	0	0	1,62
schwach		35	47	18	0	0	1,83
	1996						
stark		49	47	4	0	0	1,56
mittel		46	42	10	1	1	1,70
schwach		36	53	11	0	0	1,74
	1998						
stark		45	46	9	0	0	1,64
mittel		43	43	12	1	1	1,75
schwach		30	58	12	0	0	1,81

Die folgende Grafik veranschaulicht noch einmal den auf einem sehr unterschiedlichen Niveau verlaufenden Trend bei den beiden Extremgruppen:

Abb. 12.2: Prozentanteile sehr starker Orientierungen (Ap 1) auf hohe berufliche Leistungen bei Panelmitgliedern, die vor der Wende stark bzw. schwach systemverbunden waren (nur Teilnehmer 13. Welle 1998)



Erkennbar ist, daß die vor der Wende deutlich ausgeprägten Unterschiede zwischen den beiden Extremgruppen der Systembindung auch nach der Wende weiter bestehen, wenn auch mit abnehmender Tendenz.

Ähnlich langanhaltende Nachwirkungen sind bei dem Lebensziel „Ständig weiterlernen“ zu beobachten, sie sind allerdings 1998 nicht mehr nachweisbar.

Anhaltende Nachwirkungen sind bei dem erst seit 1992 aufgenommenen Lebensziel „nach christlichen Werten leben“ zu erkennen:

Tabelle 12.27: Maßkorrelationskoeffizienten für den Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und Ausprägung des Lebenszieles „nach christlichen Werten leben“ in den Untersuchungswellen zwischen 1992 und 1998 (nur Teilnehmer der 13. Welle)

Jahr	Welle	r	P	N
1992	7.	-.19	.020	152
1993	9.	-.20	.005	201
1994	10.	-.17	.010	227
1995	11.	-.20	.000	291
1996	12.	-.22	.000	327
1998	13.	-.16	.003	358

Wir schließen auch in diesem Falle noch die Verteilungen an:

Tabelle 12.28: Ausprägung des Lebenszieles „nach christlichen Werten leben“ zwischen 1992 und 1998, differenziert nach der früheren Systembindung
Das ist für mein Leben ...
1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Systembindung	Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X
	1992							
stark		2	7	(9)	14	32	45	4,11
mittel		2	0	(2)	24	29	45	4,13
schwach		10	17	(27)	16	17	40	3,59
	1993							
stark		4	10	(14)	10	24	52	4,10
mittel		0	12	(12)	14	22	52	4,14
schwach		11	18	(29)	13	22	36	3,54
	1994							
stark		1	6	(7)	17	18	58	4,24
mittel		0	16	(16)	8	23	53	4,04
schwach		12	11	(23)	15	15	47	3,74
	1995							
stark		1	8	(9)	17	24	50	4,15
mittel		4	8	(12)	26	15	47	3,93
schwach		12	13	(25)	18	21	36	3,57
	1996							
stark		2	8	(10)	14	23	53	4,17
mittel		4	4	(8)	16	33	43	4,04
schwach		15	13	(28)	20	14	38	3,49

Das ist für mein Leben ...
1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Systembindung	Jahr	1	2	(1+2)	3	4	5	X
	1998							
stark		3	9	(12)	18	19	51	4,04
mittel		6	13	(19)	13	21	47	3,90
schwach		13	14	(27)	14	20	39	3,59

Vor allem jene Panelmitglieder heben sich deutlich durch eine stärkere Orientierung auf christliche Werte ab, die vor der Wende schwach systemverbunden waren. Allerdings beträgt auch bei ihnen der Anteil der auf christliche Werte orientierten Personen nur maximal 29 %; auch bei ihnen ist kein Zuwachs auszumachen. Welche weiteren Faktoren außerdem wirksam sind, kann erst in einer späteren Auswertungsphase untersucht werden.

Bei den meisten anderen Lebenszielen sind keine Nachwirkungen früherer Systembindungen zu beobachten. Zu ihnen zählt insbesondere die Orientierung auf soziales Engagement und Hilfsbereitschaft. Das ist insofern bedeutsam, als mitunter angenommen bzw. unterstellt wird, daß sich die Identifikation mit dem Marxismus-Leninismus negativ auf die zwischenmenschlichen Beziehungen ausgewirkt habe. Bei den Panelmitgliedern sind solche Auswirkungen nicht feststellbar, auch nicht in Form einer Orientierung auf den eigenen Vorteil. Dasselbe gilt nicht zuletzt für die Akzeptanz von Anderssein, insbesondere Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden.

Ebenfalls keine signifikanten Nachwirkungen bestehen bei materiellen bzw. hedonistischen Orientierungen. Wir führen entsprechende Ergebnisse der 13. Welle an, ähnliche Verteilungen und Korrelationskoeffizienten wurden auch (soweit die entsprechenden Indikatoren eingesetzt wurden) in den anderen Wellen berechnet:

Tabelle 12.29: Ausprägung verschiedener sozialer, materieller und hedonistischer Lebensziele 1998, differenziert nach der früheren Systembindung

Das ist für mein Leben ...

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

Systembindung	1	2	(1+2)	3	4	5	X
	<u>„für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muß“</u>						
stark	20	50	(70)	23	5	2	2,19
mittel	18	53	(71)	27	2	0	2,14
schwach	19	61	(80)	16	2	2	2,05
(r = .05; P = .375 ns)							
	<u>„bei allem, was man tut, den eigenen Vorteil im Auge behalten“</u>						
stark	4	19	(23)	42	24	11	3,19
mittel	1	15	(16)	46	28	10	3,32
schwach	3	19	(22)	39	25	14	3,29
(r = .04; P = .431 ns)							
	<u>„Politisch Andersdenkende tolerieren“</u>						
stark	18	32	(50)	36	8	6	2,53
mittel	18	34	(52)	35	8	5	2,49
schwach	9	31	(40)	43	11	6	2,73
(r = .09; P = .099 ns)							
	<u>„viel Geld verdienen“</u>						
stark	36	46	(82)	14	3	1	1,85
mittel	33	47	(80)	17	3	0	1,90
schwach	27	47	(74)	23	2	1	2,03
(r = .06; P = .276 ns)							
	<u>„größeren Besitz erwerben, z. B. repräsentatives Auto, komfortable Wohnungseinrichtung“</u>						
stark	17	36	(53)	30	12	5	2,52
mittel	13	32	(45)	38	15	2	2,61
schwach	9	32	(41)	42	11	6	2,72
(r = .05; P = .323 ns)							
	<u>„Das Leben genießen, man lebt nur einmal“</u>						
stark	42	43	(85)	11	3	1	1,76
mittel	46	43	(89)	9	2	0	1,68
schwach	38	43	(81)	14	3	2	1,88
(r = .07; P = .203 ns)							

Keiner der dargestellten Zusammenhänge ist (trotz teilweise bestehender leichter Tendenzen) signifikant. Die frühere Systembindung hat keine Nachwirkungen auf diese Orientierungen.

Urteile über die Schulzeit

Nachgewiesen wurden deutliche Langzeitwirkungen früherer Systembindung hinsichtlich verschiedener Aspekte der Bildung und Erziehung in der Schule und darüber hinaus. Die entsprechenden Fragen wurden bereits 1994, im Rahmen der 10. Welle gestellt. Die Ergebnisse sind doppelt interessant: Zum einen, weil sie rund fünf Jahre nach der Wende die Meinungen der Panelmitglieder über die in der DDR erlebte Bildung und Erziehung deutlich werden lassen. Zum anderen differenzieren diese Meinungen ziemlich stark in Abhängigkeit von der früheren Systembindung.

Tabelle 12.30: Urteile über verschiedene Unterrichtsfächer und andere Formen gesellschaftlicher Erziehung vor der Wende (10. Welle 1994, N = 240)
 „Nachstehend sind einige damalige Unterrichtsfächer sowie andere Formen der gesellschaftlichen Erziehung genannt. Geben Sie an, ob bei Ihnen daran positive oder negative Erinnerungen überwiegen oder ob beides zutrifft.“

Meine Erinnerungen daran sind ...

- 1 ausschließlich negativ
- 2 überwiegend negativ
- 3 teils negativ, teils positiv - „gemischt“
- 4 überwiegend positiv
- 5 ausschließlich positiv
- 0 Daran habe ich nicht teilgenommen.

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	0
<u>Wehrunterricht</u>								
Gesamt	30	23	(53)	28	12	2	(14)	5
<u>Systembindung</u>								
stark	22	27	(49)	31	13	4	(17)	3
mittel	22	22	(44)	30	13	2	(15)	11
schwach	44	20	(64)	23	10	1	(11)	2
(r = -.20; P = .002)								
<u>Fach Staatsbürgerkunde</u>								
Gesamt	18	31	(49)	41	8	2	(10)	0
<u>Systembindung</u>								
stark	9	27	(36)	54	8	2	(10)	0
mittel	9	27	(36)	47	15	2	(17)	0
schwach	33	38	(71)	22	6	1	(7)	0
(r = -.32; P = .000)								

Meine Erinnerungen daran sind ...

- 1 ausschließlich negativ
- 2 überwiegend negativ
- 3 teils negativ, teils positiv - „gemischt“
- 4 überwiegend positiv
- 5 ausschließlich positiv
- 0 Daran habe ich nicht teilgenommen.

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	0
<u>Note im Fach Staatsbürgerkunde 1989</u>								
Note 1	14	26	(40)	49	10	1	(11)	0
Note 2	20	35	(55)	36	8	1	(9)	0
Note 3 oder 4	21	30	(51)	36	9	4	(13)	0
(r = -.08; P = .239 ns)								
<i>FDJ-Veranstaltungen (außer „Studienjahr“)</i>								
Gesamt	10	22	(32)	38	27	2	(29)	1
<u>Systembindung</u>								
stark	6	20	(26)	35	35	3	(38)	1
mittel	7	18	(25)	47	26	2	(28)	0
schwach	17	28	(45)	35	17	1	(18)	2
(r = -.25; P = .000)								
<i>Jugendstunden</i>								
Gesamt	11	18	(29)	41	20	3	(23)	7
<u>Systembindung</u>								
stark	5	14	(19)	47	23	6	(29)	5
mittel	9	16	(25)	42	20	2	(22)	11
schwach	20	24	(44)	33	16	1	(17)	6
(r = -.30; P = .000)								
<i>Fach Geschichte</i>								
Gesamt	0	15	(15)	43	37	5	(42)	0
<u>Systembindung</u>								
stark	0	5	(5)	43	45	7	(52)	0
mittel	0	20	(20)	41	37	2	(39)	0
schwach	1	22	(23)	43	30	4	(34)	0
(r = -.27; P = .000)								

Meine Erinnerungen daran sind ...
 1 ausschließlich negativ
 2 überwiegend negativ
 3 teils negativ, teils positiv - „gemischt“
 4 überwiegend positiv
 5 ausschließlich positiv
 0 Daran habe ich nicht teilgenommen.

	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	0
<i>Fach Sport</i>								
Gesamt	2	9	(11)	18	42	29	(71)	0
<u>Systembindung</u>								
stark	2	8	(10)	12	45	33	(78)	0
mittel	5	11	(16)	13	35	36	(71)	0
schwach	1	9	(10)	29	42	19	(61)	0
(r = .14; P = .029)								
<i>die Zeit bei den Pionieren (1. - 7. Klasse)</i>								
Gesamt	2	8	(10)	32	45	12	(57)	1
<u>Systembindung</u>								
stark	0	6	(6)	23	56	15	(71)	0
mittel	2	4	(6)	40	38	16	(54)	0
schwach	4	12	(16)	37	39	6	(45)	2
(r = -.27; P = .000)								
<u>Ausübung von Pionierfunktionen (1. - 7. Klasse)</u>								
ja, mehrmals	2	5	(7)	26	55	12	(67)	0
ja, einmal	1	6	(7)	36	42	15	(57)	0
nein	2	14	(16)	36	33	10	(43)	5
(CC = .33; P = .037)								
<i>die Jugendweihe selbst</i>								
Gesamt	3	7	(10)	16	44	28	(72)	2
<u>Systembindung</u>								
stark	1	6	(7)	11	46	35	(81)	1
mittel	2	4	(6)	9	53	22	(75)	0
schwach	5	11	(16)	28	34	17	(51)	5
(r = -.29; P = .000)								

(Für die Berechnung des Maßkorrelationskoeffizienten r wurde bei einigen Indikatoren die gering besetzte Ap „0“ eliminiert).

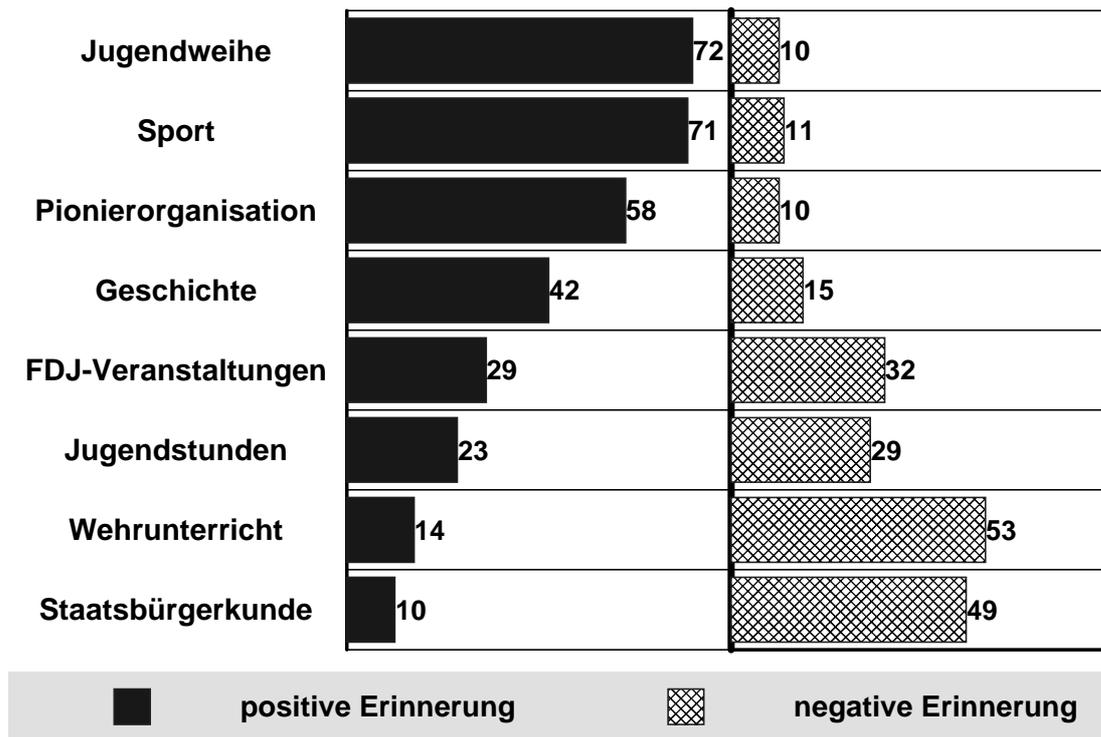


Abb. 12.3: Urteile 1994 über verschiedene Unterrichtsfächer und andere Formen gesellschaftlicher Erziehung vor der Wende - Gegenüberstellung der Anteile positiver und negativer Erinnerungen (Ap 1+2 bzw. 4+5)

Wie die Tabelle und die obige Abbildung belegen, wurden die ausgewählten Aspekte/Formen von den Panelmitgliedern sehr differenziert beurteilt. Von der großen Mehrheit werden positive Erinnerungen zur Jugendweihe, zum Fach Sport und zur Zeit bei den Jungen Pionieren geäußert (zu Letzteren berichtet Schmidtchen über sehr ähnliche Ergebnisse des Rückblicks ostdeutscher Jugendlicher auf die DDR; vgl.1997, S. 77). Interessant ist, daß sich die frühere Aktivität vieler Panelmitglieder in der Pionierorganisation (39 % von ihnen hatten in ihrer Pionierzeit mehrmals Pionierfunktionen ausgeübt, weitere 42 % einmal) noch 1994 positiv auf ihre Urteile auswirkt. In ZIJ-Analysen vor der Wende wurde nachgewiesen, daß das Engagement in der Pionierorganisation erheblichen Einfluß auf die Entwicklung des politischen Bewußtseins und der gesellschaftlichen Aktivität hatte. Schüler, die Pionierfunktionen hatten, übernahmen z B. mit hoher Wahrscheinlichkeit auch später viel häufiger Funktionen in der FDJ.

Das zeigt sich auch in dieser Studie. Die folgende Tabelle dokumentiert für die frühere Gesamtpopulation den quantitativen Zusammenhang zwischen früherer Pionierfunktion (Klassen 1 - 7) und der Ausübung von FDJ-Funktionen in der 8., 9. und 10. Klasse:

Tabelle 12.31: Zusammenhang zwischen der Ausübung von Pionierfunktionen in der 1. bis 7. Klasse und von FDJ-Funktionen in den Klassen 8 bis 10. Gesamtpopulation der Längsschnittstudie vor der Wende (N = 1320)

Häufigkeit von Pionierfunktionen in der 1. - 7. Klasse	Häufigkeit von FDJ-Funktionen in der 8. - 10. Klasse (1987-1989)			
	keine	einmal	zweimal	dreimal
mehrmals	19	22	20	39
einmal	40	23	18	19
keine	70	18	9	3

(CC = .49; P = .000)

Schüler, die in den Klassenstufen 1 bis 7 mehrmals Pionierfunktionen ausübten, hatten später, in den Klassen 8 bis 10, auch deutlich häufiger FDJ-Funktionen. Für die Untersuchungsteilnehmer der 13. Welle stellt sich der Zusammenhang sehr ähnlich dar.

Bemerkenswert viele Panelmitglieder haben positive Erinnerungen an das Fach Geschichte, dem bei der sozialistischen Erziehung und Bildung der Schüler durch die Vermittlung eines wissenschaftlichen Geschichtsbildes ein hoher Stellenwert beigemessen wurde und das vermutlich hierzu auch wesentlich beigetragen hat.

Bei den übrigen Aspekten überwiegen mehr oder weniger deutlich die negativen Erinnerungen. Das betrifft insbesondere das Fach Staatsbürgerkunde (bei dem kein Zusammenhang zur Note in diesem Fach besteht) und das Fach Wehrunterricht.

Bei allen Aspekten kommt noch hinzu, daß die Urteile je nach früherer Systembindung mehr oder weniger unterschiedlich ausfallen (s. obige Tabelle). Früher stark systemverbundene Panelmitglieder äußern - vom Fach Sport abgesehen - durchweg weniger häufig negative Erinnerungen als nur schwach systemverbundene. Besonders gravierende Unterschiede bestehen im Hinblick auf das Fach Staatsbürgerkunde: Von den früher stark systemverbundenen Panelmitgliedern artikulieren 36 % negative Erinnerungen (und nur 10 % positive), von den früher schwach systemverbundenen dagegen 71 % (und 7 % positive). Auffällig ist, daß in bezug auf die Jugendweihe Unterschiede zwischen beiden Extremgruppen bestehen, sowohl bei den stark als auch bei den schwach systemverbundenen Panelmitgliedern jedoch die positiven Erinnerungen überwiegen. Auch in bezug auf die Pionierzeit äußert fast die Hälfte der früher schwach systemverbundenen Teilnehmer (43 %) positive Erinnerungen. Alles in allem wird sichtbar, daß die frühere Systembindung 1994 teilweise erhebliche Nachwirkungen auf die erwähnten Urteile hatte.

Ähnlich starke Nachwirkungen zeigen sich 1994 bei den Urteilen der Panelmitglieder über verschiedene Aspekte der Schule vor der Wende. Wir informieren über die jeweiligen Ergebnisse in der Gesamtgruppe und differenziert nach der früheren Systembindung:

Tabelle 12.32: Urteile über die Schule vor der Wende, differenziert nach früherer Systembindung (10. Welle 1994, N = 248; nach dem Mittelwert in der Gesamtgruppe geordnet)
 „Wie beurteilen Sie heute die Schule im Hinblick auf die nachfolgend genannten Aspekte?“
 Die Schule war ...
 1 sehr kritikwürdig 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht kritikwürdig

<i>im Hinblick auf ...</i>	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X
<i>die politische Ausrichtung</i>								
Gesamt	39	32	(71)	21	7	1	(8)	1,98
<u>Systembindung</u>								
stark	31	38	(69)	25	6	0	(6)	2,06
mittel	34	29	(63)	24	11	2	(13)	2,16
schwach	51	28	(79)	14	6	1	(7)	1,80
(r = -.14; P = .028)								
<i>die Bildungsziele</i>								
Gesamt	5	22	(27)	31	31	11	(42)	3,21
<u>Systembindung</u>								
stark	2	17	(19)	24	40	17	(57)	3,53
mittel	2	26	(28)	38	25	9	(34)	3,15
schwach	11	25	(36)	35	24	5	(29)	2,87
(r = -.27; P = .000)								
<i>die Unterrichtsgestaltung</i>								
Gesamt	2	18	(20)	39	31	10	(41)	3,27
<u>Systembindung</u>								
stark	0	15	(15)	38	32	15	(47)	3,47
mittel	2	24	(26)	31	38	5	(43)	3,29
schwach	6	17	(23)	45	25	7	(32)	3,11
(r = -.16; P = .016)								

Die Schule war ...

1 sehr kritikwürdig 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht kritikwürdig

<i>im Hinblick auf...</i>	1	2	(1+2)	3	4	5	(4+5)	X
<i>die außerunterrichtlichen Angebote</i>								
Gesamt	10	17	(27)	21	29	23	(52)	3,38
<u>Systembindung</u>								
stark	9	12	(21)	25	31	23	(54)	3,47
mittel	9	16	(25)	24	22	29	(51)	3,45
schwach	12	23	(35)	15	31	19	(50)	3,23
(r = -.11; P = .100 ns)								
<i>die Kollektiverziehung</i>								
Gesamt	6	14	(20)	27	32	21	(53)	3,49
<u>Systembindung</u>								
stark	4	13	(17)	29	36	18	(54)	3,51
mittel	4	7	(11)	36	27	26	(53)	3,64
schwach	8	18	(26)	20	30	24	(54)	3,43
(r = -.02; P = .774 ns)								
<i>das Lehrer-Schüler-Verhältnis</i>								
Gesamt	4	13	(17)	26	37	20	(57)	3,55
<u>Systembindung</u>								
stark	1	13	(14)	19	43	24	(67)	3,76
mittel	11	7	(18)	24	36	22	(58)	3,51
schwach	4	17	(21)	37	28	14	(42)	3,33
(r = -.20; P = .002)								

Die Prozentverteilungen für die Gesamtgruppe lassen auch bei diesen Aspekten eine sehr differenzierte Beurteilung erkennen. Die folgende Abbildung veranschaulicht das durch eine Gegenüberstellung der Anteile kritischer bzw. weniger kritischer Urteile:

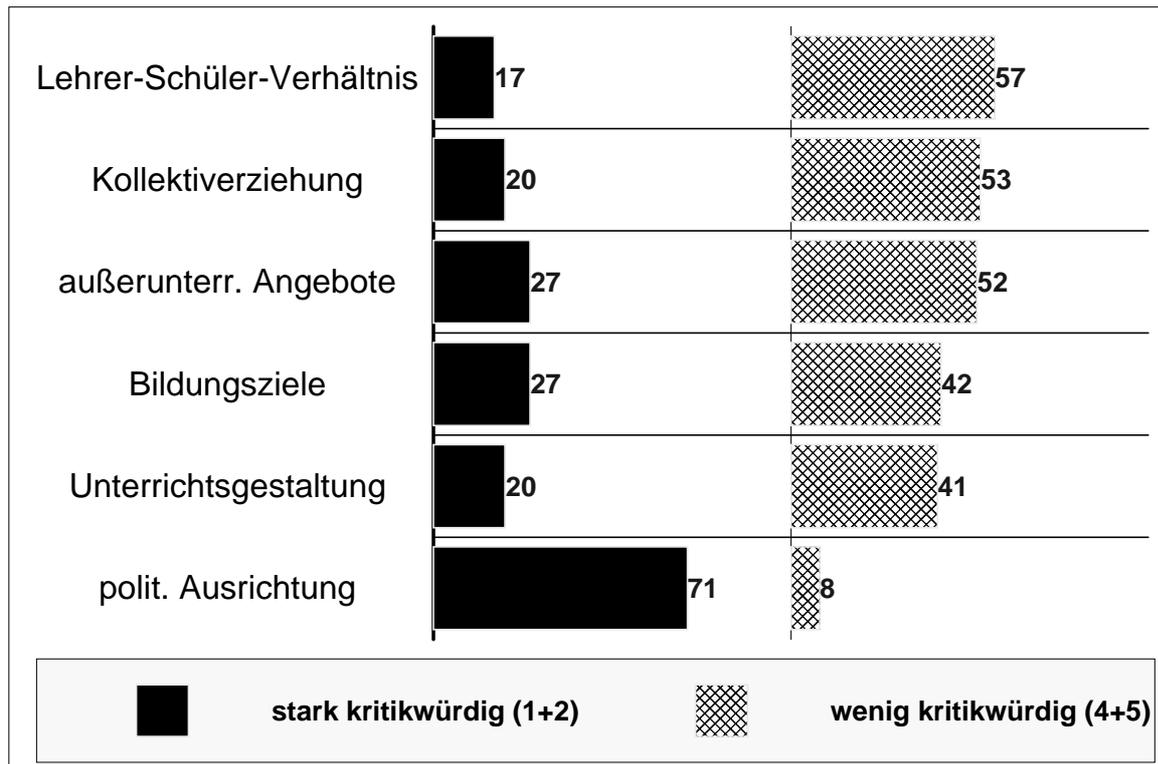


Abb. 12.4: Urteile 1994 über die Schule vor der Wende: Stark und wenig kritikwürdige Aspekte (Ap 1+2 bzw. 4+5)

Mehrheitlich starke Kritik wird nur in bezug auf die politische Ausrichtung der Schule geübt, alle anderen untersuchten Aspekte finden über oder knapp die Hälfte die Panelmitglieder in der Rückschau wenig kritikwürdig. Das betrifft insbesondere das damalige Lehrer-Schüler-Verhältnis, an das sich nur 17 % mit negativem Vorzeichen erinnern, dafür aber 57 % mit positivem. Hervorzuheben ist auch die überwiegend positive Erinnerung an die damalige Kollektiverziehung, die darauf schließen läßt, daß die verschiedenen Kollektive, denen die Panelmitglieder in der Schulzeit angehörten, von den meisten durchaus als förderlich für ihre Entwicklung angesehen wurden.

Für vier der genannten Aspekte liegen Daten aus dem Jahr 1990 (Frühjahr, 4. Welle) vor, die aufschlußreiche Vergleiche ermöglichen:

Tabelle 12.33: Vergleich von Urteilen über die Schule vor der Wende (1990 und 1994; N = 122)
 „Wie beurteilen Sie heute die Schule im Hinblick auf die nachfolgend genannten Aspekte?“
 Die Schule war ...
 1 sehr kritikwürdig 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht kritikwürdig

	1	2	3	4	5	X	POP	KOP	NEP	Pt
<u>politische Ausrichtung</u>										
1990	62	12	12	10	4	1,82				
1994*)	44	24	24	6	2	1,98	22	45	33	.222
<u>außerunterr. Angebote</u>										
1990	35	27	24	10	4	2,20				
1994	12	18	21	25	24	3,32	16	21	<u>63</u>	.000
<u>Bildungsziele</u>										
1990	24	32	30	11	3	2,38				
1994	7	21	33	28	11	3,13	16	32	<u>52</u>	.000
<u>Unterrichtsgestaltung</u>										
1990	17	33	30	16	4	2,57				
1994	4	18	38	32	8	3,22	18	27	<u>55</u>	.000
<u>materiell-technische Ausstattung**)</u>										
nur 1990	30	32	21	12	5	2,29				
<u>ihre Gesamteffektivität**)</u>										
nur 1990	8	34	42	14	2	2,68				

*) Geringe Abweichungen der Prozentwerte gegenüber der Tabelle 12.32 ergeben sich daraus, daß es sich hier um Daten aus der Korrelation von jeweils zwei Wellen handelt.

***) N = 273 (Querschnittsverteilung 4. Welle)

Außer bei der politischen Ausrichtung war bereits im Zeitraum zwischen (Frühjahr) 1990 und 1994 eine signifikante Positivierung der Urteile über die Schule vor der Wende zu beobachten. Dieser Zuwachs ist bei den vor der Wende stark systemverbundenen Panelmitgliedern am deutlichsten zu beobachten, wie exemplarisch im Hinblick auf die Urteile über die Bildungsziele belegt wird:

Tabelle12.34: Vergleich von Urteilen über die Schule vor der Wende, differenziert nach der früheren Systembindung
 „Wie beurteilen Sie heute die Schule im Hinblick auf die Bildungsziele?“
 Die Schule war ...
 1 sehr kritikwürdig 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht kritikwürdig

	1	2	3	4	5	X	DX*)	POP	KOP	NEP	Pt
<u>Systembindung 1989 stark (n=51)</u>											
1990	23	26	27	18	6	2,57					
1994	2	14	25	45	14	3,55	-.98	16	23	<u>61</u>	.000
<u>Systembindung 1989 mittel (n=28)</u>											
1990	14	43	29	14	0	2,43					
1994	4	29	46	14	7	2,93	-.50	18	46	<u>36</u>	.046
<u>Systembindung 1989 schwach (n=43)</u>											
1990	30	33	35	0	2	2,12					
1994	16	26	33	16	9	2,77	-.65	14	33	<u>53</u>	.002

*) Differenz der Mittelwerte 1994 gegenüber 1990

Die frühere Systembindung wirkte sich deutlich auf den Veränderungsprozeß der Urteile aus. Insbesondere von den früher stark systemverbundenen Panelmitgliedern nahmen viele ihre kurz nach der Wende getroffene kritische Beurteilung der Bildungsziele der Schule zurück. Aufschlußreich wäre, diesen Prozeß sich verändernder, positivierender Wahrnehmung des Vergangenen weiter zu beobachten.

Nachtrag: Nachwirkungen früherer starker Systembindungen treten vor allem bei jenen Panelmitgliedern auf, die heute negative Erfahrungen machen

Auf den voranstehenden Seiten haben wir mehrfach den signifikanten und relevanten Einfluß früherer Systembindungen auf die heutigen politischen Einstellungen nachgewiesen. Erst gegen Ende der Analysen sind wir auf eine Erscheinung gestoßen, über die an dieser Stelle zusammenhängend informiert werden soll, weil sie wahrscheinlich grundsätzliche Bedeutung für die Untersuchung dieser Langzeitwirkungen hat.

Bei verschiedenen politischen Einstellungen stellten wir fest, daß signifikante und relevante Nachwirkungen starker früherer Systembindungen vor allem bei jenen Panelmitgliedern auftreten, die *heute negative Erfahrungen machen*, insbesondere im Ergebnis eigener Arbeitslosigkeit und deren Folgen wie z. B. starke existentielle Verunsicherungen. Wir veranschaulichen dies exemplarisch am Beispiel der Einstellung zu einer reformsozialistischen Alternative:

Tabelle 12.35: Einstellung zu einer sozialistischen Alternative 1998
 „Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.“
 Das entspricht meiner Meinung
 1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1+2	3	4+5
Gesamt	43	27	30
<u>Frühere Systembindung</u>			
stark	51	26	23
mittel	42	27	31
schwach	36	28	36
(r = .16; P = .003)			
<u>Frühere starke Systembindung</u>			
arbeitslos gewesen	61	25	14
nicht arbeitslos gewesen	42	26	32
starke existentielle Verunsicherungen *)			
schwache existent. Verunsicherungen	64	18	18
	34	36	30

*) Grundlage: Dichotomisierte Punktsummenskala über sechs Bedrohungen (Arbeitslosigkeit, Aggressivität und Gewalt, Verteuerung des Lebens, Kriminalität, persönliche Notlage, Egoismus).

Erkennbar ist, daß innerhalb der Subgruppe der früher stark Systemverbundenen ein Unterschied in Abhängigkeit davon besteht, ob sie schon Arbeitslosigkeit erfahren mußten oder nicht (der Unterschied ist signifikant, $P = .020$; bei den früher in mittlerem Maße bzw. nur schwach Systemverbundenen tritt dieser Unterschied nicht auf), bzw. ob sie stark oder schwach verunsichert sind (Unterschied ebenfalls signifikant, $P = .002$).

Ähnliche Relationen bestehen hinsichtlich der Zufriedenheit mit dem politischen System:

Tabelle 12.36: Zufriedenheit mit dem politischen System
 „Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“

	1 sehr zufrieden	2 zufrieden	3 weniger zufrieden	4 unzufrieden
	1	2	(1+2)	3
Gesamt	1	20	(21)	53
				4
				26
<u>Frühere Systembindung</u>				
stark	1	13	(14)	56
mittel	1	23	(24)	53
schwach	3	23	(26)	49
				25

(r = -.13; P = .013)

„Wie zufrieden sind Sie mit dem politischen System in der Bundesrepublik Deutschland?“

1 sehr zufrieden 2 zufrieden
3 weniger zufrieden 4 unzufrieden

	1	2	(1+2)	3	4
<u>Frühere starke Systembindung</u>					
arbeitslos gewesen	0	7	(7)	51	42
nicht arbeitslos gewesen	1	20	(21)	61	18
starke existentielle Verunsicherungen	0	6	(6)	55	39
schwache existent. Verunsicherungen	2	23	(25)	57	18

Früher stark systemverbundene Panelmitglieder äußern die geringste Zufriedenheit mit dem politischen System, vor allem dann, wenn sie schon arbeitslos waren bzw. starke existentielle Verunsicherungen erfahren mußten.

Ähnlich sind die Relationen bei der Grundeinstellung zur deutschen Einheit und bei weiteren politischen Einstellungen, u. a. bei der Frage danach, inwieweit eine Übereinstimmung zwischen dem früher in der Schule vermittelten Kapitalismusbild und der heutigen Realität im vereinten Deutschland besteht sowie bei der Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende:

Tabelle 12.37: Bewertung der gesellschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland 1998
„Bewerten Sie die gesellschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit der Wende grundsätzlich eher als Fortschritt oder eher als Rückschritt?“

1 eher als Fortschritt
2 eher als Rückschritt
3 teils als Fortschritt, teils als Rückschritt
0 Das ist schwer zu sagen

	1	2	3	0
Gesamt	41	10	45	4
<u>Frühere Systembindung</u>				
stark	36	16	45	3
mittel	41	4	49	6
schwach	45	9	41	5
(CC = .21; P = .065)				
<u>Frühere starke Systembindung</u>				
arbeitslos gewesen	29	25	43	3
nicht arbeitslos gewesen	42	7	48	3

Früher stark Systemverbundene bewerten die gesellschaftliche Entwicklung im Vergleich mit schwach Systemverbundenen tendenziell weniger häufig als Fortschritt (die Signifikanzschwelle wird knapp verfehlt) - vor allem dann, wenn sie schon arbeitslos waren. Der Einfluß früherer starker Systembindungen ist demnach bei jenen Panelmitgliedern besonders deutlich erkennbar, die negative Erfahrungen machen mußten, bereits arbeitslos waren bzw. erhebliche existentielle Verunsicherungen verarbeiten mußten. *Frühere Systembindungen wirken offenbar nicht zwangsläufig, automatisch nach, sondern vor allem dann (bzw. nur dann - diese Frage muß noch offen bleiben), wenn aktuelle Erfahrungen vorliegen, die die vor der Wende verinnerlichten, danach vermutlich zeitweise verdrängten, „vergessenen“ Ansichten und Orientierungen, nachträglich als richtig erscheinen lassen.* Für die Diskussion über den Einfluß von früheren sozialisatorischen Prägungen und neuen Erfahrungen auf die heutigen politischen Einstellungen (insbesondere in der Wochenzeitung Das Parlament, vgl. dazu u. a. Pollack 1997, Veen 1997, Bulmahn 1997, Fuchs/Roller/Weßels 1997, Pollack/Pickel 1998, Probst 1998, Faulenbach 1998, Misselwitz 1999) bedeutet dies u. E., nicht nur das unterschiedliche Gewicht früherer Sozialisationseinflüsse (Sozialisationshypothese) bzw. gegenwärtiger gesellschaftlicher Bedingungen (Situationshypothese) zu beachten, sondern auch stärker die möglichen *Rückwirkungen negativer oder ambivalenter Erfahrungen auf frühere sozialistische Prägungen* zu berücksichtigen, auch bei jungen Menschen. Solche individuellen Erfahrungen können zu einem *Wiederbewußtwerden* und zu einer Verstärkung von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z. B. über das kapitalistische Gesellschaftssystem) führen, wodurch die Distanz gegenüber der heutigen Ordnung und ihren Werten noch erhöht wird. Vermutlich spielt dabei auch die in den letzten Jahren zunehmend kritische Stimmung in der ostdeutschen Bevölkerung zur Situation in den neuen Ländern eine nicht zu unterschätzende Rolle. Diese tiefergehenden Analysen müssen später fortgesetzt werden, wir brechen ihre Darstellung hier zunächst ab.

12.2 Langzeitwirkungen der Orientierung auf das Kollektiv

Im Zusammenhang mit zahlreichen fremdenfeindlichen Überfällen auf Ausländer in Ostdeutschland wurden 1999 in der Öffentlichkeit Thesen des Kriminologen Prof. Christian Pfeiffer zu Auswirkungen der DDR-Erziehung auf die Einstellung heutiger Jugendlicher zur Gewalt und zu Ausländern diskutiert (von ihm veröffentlicht unter der Überschrift „Erziehung zum Haß“ in Nr. 12/1999 des SPIEGEL). Die Frage danach, warum sich solche Überfälle von

Jugendlichen im Osten viel häufiger als im Westen ereignen, beantwortet er wie folgt: „Hauptursache ist die autoritäre Erziehung der DDR. Viel zu früh und für viel zu lange Zeit seien die Kinder von ihren Eltern getrennt worden und in Krippen, Kindergärten, Schulen und Jugendorganisationen ständig einem hohen Anpassungsdruck an die Gruppe ausgesetzt gewesen.“ (S. 60) Und an anderer Stelle stellt er fest: „Die vom Partei- und Staatsapparat der DDR gesteuerte Erziehung hat Einflußfaktoren gesetzt, die bei vielen Kindern und Jugendlichen Folgen haben: eine starke Verunsicherung des Individuums, hohe Anpassungsbereitschaft an Gruppen sowie ausgeprägte Ausländerfeindlichkeit.“ (S.63)

Hier kann nur knapp auf diese den Fakten widersprechende Argumentation eingegangen werden. Auf die (zwar immer wieder geäußerte, aber nach wie vor unbewiesene) Behauptung der stark verbreiteten Existenz autoritärer Persönlichkeitsmerkmale bei ostdeutschen Jugendlichen sind wir bereits eingegangen. Jetzt soll anhand von Daten unserer Studie untersucht werden, ob die starke Gruppen- bzw. Kollektivorientierung, die es im Erziehungssystem der DDR zweifellos gab, bei den Panelmitgliedern Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit gefördert hat.

Zunächst sei festgehalten, daß die Orientierung auf das Kollektiv - wie generell bei der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen in der DDR - auch bei den Panelmitgliedern stark verbreitet war. Die damals in der Schule und in der FDJ praktizierte Kollektiverziehung hatte (bei allen Mängeln, die gerade auch durch die Untersuchungswellen vor der Wende nachgewiesen und in den Forschungsberichten kritisch benannt wurden) weitgehend die damals angezielten Ergebnisse. Dafür spricht, daß dem Wert „Kollektiv“ von den Panelmitgliedern ein sehr hoher Stellenwert beigemessen wurde. Wir führen die Ergebnisse der ersten drei Wellen dieser Studie an, ergänzt durch die Daten einer identischen Frage aus einer vorangegangenen Längsschnittstudie bei ebenfalls 14- bis 16jährigen Schülern in den Jahren 1983 bis 1985. In beiden Untersuchungen bewerteten die Schüler die subjektive Bedeutsamkeit des Wertes Kollektiv im Rahmen einer umfangreichen Batterie weiterer Werte (operationalisiert als Lebensziele).

Tabelle 12.38: Bedeutsamkeit des Wertes „Kollektiv“ bei Schülern vor der Wende
 „In seinem Leben kann man sich verschiedene Ziele stellen, die man erreichen möchte. Unter a) bis m) wurden einige zusammengestellt. Bitte geben Sie an, wie bedeutsam jedes einzelne für Ihr persönliches Leben ist.“

c) „in einem festen Kollektiv arbeiten, in dem sich jeder für den anderen verantwortlich fühlt“

Teilnehmer dieser Studie (nur Teilnehmer der 13. Welle; N = 326)

Das ist für mein Leben

1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

	1	2	3	4	5	X	V	POP	KOP	NEP
1987 (8. Kl.)	59	32	7	1	1	1,52	-	-	-	-
1988 (9. Kl.)	54	34	8	3	1	1,62	87/88	20	54	26
1989 (10. Kl.)	53	37	6	3	1	1,63	88/89	22	56	22

Koeffizienten für den Zeitraum 1987 bis 1989:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
21	49	<u>30</u>	0,26	0,37	328

Teilnehmer der vorangegangenen Panelstudie 1983 bis 1985 (N = 378):

Das hat für mein Leben

1 sehr große Bedeutung

2 große Bedeutung

3 geringe Bedeutung

4 überhaupt keine Bedeutung

	1	2	3	4	X	V	POP	KOP	NEP
1983 (8. Kl.)	46	47	7	0	1,61	-	-	-	-
1984 (9. Kl.)	45	47	7	1	1,62	83/84	22	54	24
1985 (10. Kl.)	39	53	8	0	1,70	84/85	17	58	<u>25</u>

Koeffizienten für den Zeitraum 1983 bis 1985:

POP	KOP	NEP	DIP	DIN	N
21	50	<u>29</u>	0,22	0,32	378

(Bei beiden Studien wurden nur jene Panelmitglieder berücksichtigt, die an allen drei Befragungen teilgenommen haben.)

Ablesbar ist, daß die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer der hier dargestellten Studie eine sehr positive Beziehung zum Kollektiv als soziale Lebensform hatte - Widerspiegelung vorangegangener langjähriger Erziehung zur Kollektivität von Kind an. Diese hohe Wertschätzung des Kollektivs ging zwischen der 8. und der 10. Klasse nur wenig zurück, in viel geringerem Maße als die politischen Einstellungen und Orientierungen.

Ähnlich verlief die Entwicklung in der vorangegangenen Längsschnittstudie.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß in den ersten Befragungen nach der Wende von nicht wenigen Panelmitgliedern vermerkt wurde, daß sie den Weggang aus den gewohnten Kollektiven bzw. deren Auflösung als starken Verlust empfanden. Wir verweisen außerdem auf die erwähnten positiven Bewertungen der Kollektiverziehung beim Rückblick auf die Schule 1994.

Die folgende Tabelle informiert über die Zusammenhänge zwischen früherer Kollektivorientierung einerseits und einigen Merkmalen andererseits, bei denen sich die behaupteten negativen Nachwirkungen zeigen müßten.

Tabelle 12.39: Relevante soziale Einstellungen 1998, differenziert nach dem Grad früherer Kollektivorientierung

Lebensziel: „Politisch Andersdenkende tolerieren“
Das ist für mein Leben
1 sehr bedeutsam 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht bedeutsam

<u>Kollektivorientierung 1989</u>	1	2	3	4	5	X
sehr stark	18	31	35	9	7	2,57
stark	12	35	41	9	3	2,56
mittel bis schwach	11	30	35	13	11	2,84

(r = .07; P = .227 ns)

Lebensziel: „Für andere da sein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muß“
(AM wie oben)

	1	2	3	4	5	X
sehr stark	24	50	21	3	2	2,07
stark	13	62	22	2	1	2,16
mittel bis schwach	16	49	27	5	3	2,30

(r = .08; P = .110 ns)

Einstellung zur Gewalt: „Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen“
Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X

sehr stark	1	5	12	22	60	4,36
stark	0	3	15	25	57	4,37
mittel bis schwach	3	11	19	21	46	3,97

($r = -.09$; $P = 084$ ns)

Einstellung zur Gewalt: "In der Natur setzt sich der Stärkere durch. Das muß auch unter Menschen gelten"

Das entspricht meiner Meinung

1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5	X
sehr stark	2	7	15	18	58	4,23
stark	2	4	17	31	46	4,16
mittel bis schwach	8	11	19	30	32	3,68

($r = -.12$; $P = .020$)

Autoritäre Einstellung: „Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten“

AM wie oben

	1	2	3	4	5	X
sehr stark	4	9	25	26	36	3,79
stark	5	12	28	33	22	3,56
mittel bis schwach	5	11	33	27	24	3,54

($r = -.09$; $P = .106$ ns)

Autoritarismus-Test

Ausprägung autoritärer Persönlichkeitsmerkmale 1996

	schwach	mittel	stark
sehr stark	35	33	32
stark	32	31	37
mittel bis schwach	32	30	38

($CC = .07$; $P = 873$ ns)

Einstellung zu Ausländern 1998

Ich bin gefühlsmäßig

1 klar gegen Ausländer

2 mehr gegen als für Ausländer

3 weder gegen noch für Ausländer

4 mehr für Ausländer

5 klar für Ausländer

	1	2	3	4	5	X
sehr stark	6	29	39	18	8	2,91
stark	3	23	46	21	7	3,05
mittel bis schwach	11	22	54	11	2	2,73

($r = -.01$; $P = .819$ ns)

Alle untersuchten Zusammenhänge weisen faktisch Nullkorrelationen aus, in einem Fall („In der Natur setzt sich der Stärkere durch“) besteht eine leichte signifikante Korrelation insofern, als sehr stark kollektivorientierte Panelmitglieder der Aussage häufiger widersprechen. Vor allem die Ergebnisse des Autoritarismustests belegen für unsere Population die Haltlosigkeit der erwähnten Thesen.

12.3 Langzeitwirkungen der „Westkanäle“

Zur Alltagsrealität des Lebens vor der Wende gehörte bei den Jugendlichen der DDR in zunehmendem Maße die Rezeption der westlichen elektronischen Medien (ausf. vgl. Förster 1999, S. 128 ff.). Das gilt auch für die Teilnehmer an dieser Studie. Entsprechende Informationen wurden in der 2. und 3. Welle unserer Studie (1988 bzw. 1989) erhoben; wesentliche Ergebnisse haben wir im Abschnitt 2. dargestellt.

Die Korrelation dieser Daten mit den Denk- und Verhaltensweisen nach der Wende läßt auf bemerkenswerte Langzeitwirkungen der Westsenderrezeption schließen, die sich allerdings je nach Abstand von Wende und Vereinigung differenziert darstellen. Auch diese Auswertungen sind noch nicht abgeschlossen, wir können hier nur einige ausgewählte, dabei typische Ergebnisse darstellen.

Deutliche Langzeitwirkungen bestanden und bestehen bis 1998 in bezug auf die Grundeinstellung zur deutschen Einheit. Im Zusammenhang mit Langzeitwirkungen früherer Systembindungen auf diese Grundeinstellung von der 4. Welle 1990 an haben wir auch über die entsprechenden Koeffizienten für die Westsenderrezeption informiert (siehe Tab. 12.14). Ablesbar ist, daß ein Einfluß früherer Systembindungen kurz nach der Wende (Frühjahr 1990) deutlich erkennbar war, 1992 bis 1994 nicht existierte, jedoch ab 1995 wieder hervortrat. Ein Einfluß früherer Westsenderrezeption ist in jeder Welle nach der Wende nachweisbar, er ist jedoch zwischen 1990 und 1998 eindeutig geringer geworden.

Die folgende Tabelle belegt diesen Zusammenhang exemplarisch für die 4., 12. und 13. Welle:

Tabelle 12.40:	<p>Zusammenhang zwischen der Rezeption politischer Informationen durch westliche Sender vor der Wende und der Grundeinstellung zur deutschen Einheit 1990, 1996 und 1998 (nur Teilnehmer 13. Welle)</p> <p>„Seit 1990 haben wir in dieser Studie folgende Frage gestellt. Wie würden Sie <i>heute</i> antworten:</p> <p>Wie stehen Sie zur Vereinigung von DDR und BRD?</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">1 sehr dafür</td> <td style="width: 50%;">2 eher dafür als dagegen</td> </tr> <tr> <td>3 eher dagegen als dafür</td> <td>4 sehr dagegen</td> </tr> </table>	1 sehr dafür	2 eher dafür als dagegen	3 eher dagegen als dafür	4 sehr dagegen
1 sehr dafür	2 eher dafür als dagegen				
3 eher dagegen als dafür	4 sehr dagegen				

Tabelle 12.41: Zusammenhang zwischen der Rezeption politischer Informationen durch westliche Sender vor der Wende und Einstellungen zur vereinten Bundesrepublik 1998 (N = 38)

*„Sind Sie glücklich darüber,
Bürger (in) der Bundesrepublik Deutschland zu sein ?“*

- 1 ja, vollkommen
2 ja, etwas schon
3 nein, eigentlich nicht
4 nein, absolut nicht

Westsender 1989	1	2	3	4
täglich	25	58	15	2
mehrmals in der Woche	15	57	25	3
seltener/nie	11	46	41	2

(r = .20; P = .000)

*„Ich lebe gern
in der nunmehr vereinten Bundesrepublik Deutschland.“*

- Das entspricht meiner Meinung
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5
täglich	26	38	28	7	1
mehrmals in der Woche	18	31	38	9	4
seltener/nie	11	30	41	11	7

(r = .18; P = .000)

(Die zweifaktorielle Varianzanalyse belegt, daß kein Zusammenhang zwischen damaliger Systembindung und beiden Einstellungen sowie keine Wechselwirkung zwischen Systembindung und Westsenderrezeption besteht. Ein statistischer Artefakt kann somit ausgeschlossen werden.)

Bemerkenswert ist der signifikante Zusammenhang mit den Angaben darüber, inwieweit man daran geglaubt hat, was im Fach Staatsbürgerkunde vermittelt wurde bzw. inwieweit die heutige Realität mit dem damals vermittelten BRD-Bild übereinstimmt:

Tabelle 12.42: Zusammenhang zwischen der Westsenderrezeption vor der Wende und dem 1998 getroffenen Urteil über die Glaubwürdigkeit des Faches Staatsbürgerkunde bzw. über die Übereinstimmung des damals vermittelten BRD-Bildes mit der heutigen Realität

„Erinnern Sie sich bitte an Ihre Schulzeit, speziell an das Fach Staatsbürgerkunde: Inwieweit haben Sie damals geglaubt, was in diesem Fach gelehrt wurde?“
1 vollkommen 2, 3, 4, 5 überhaupt nicht

Westsender 1989	1	2	3	4	5
täglich	5	20	30	25	20
mehrmals in der Woche	10	22	33	25	10
seltener/nie	11	28	41	18	2

($r = -.20$; $P = .000$)

„Wenn Sie das damals vermittelte Bild von der BRD, vom Kapitalismus überhaupt, mit der heutigen Realität ... vergleichen: Inwieweit stimmt beides überein?“
1 vollkommen 2 im großen und ganzen 3 teils-teils
4 kaum 5 überhaupt nicht

	1	2	3	4	5
täglich	1	16	48	29	6
mehrmals in der Woche	2	20	52	21	5
seltener/nie	13	28	44	13	2

($r = -.22$; $P = .000$)

Panelmitglieder, die 1989 häufig politische Informationen von BRD-Sendern rezipierten, äußern 1998 retrospektiv weitaus weniger häufig, daran geglaubt zu haben, was damals im Fach Staatsbürgerkunde gelehrt wurde. Außerdem stimmen sie viel weniger häufig zu, daß das damals vermittelte BRD-Bild mit der heutigen Realität übereinstimmt.

In fast allen Wellen (außer der 9.) sind signifikante Nachwirkungen früherer intensiver Westsenderrezeption auf die Einstellung zur PDS zu beobachten. Wir informieren exemplarisch über die Ergebnisse der 13. Welle 1998:

Tabelle 12.43: Zusammenhang zwischen der Westsenderrezeption vor der Wende und der Einstellung zur PDS 1998
„Inwieweit haben Sie Vertrauen zur PDS?“
1 sehr großes 2 großes 3 geringes 4 überhaupt keins

Westsenderrezeption 1989	1	2	3	4
täglich	1	10	37	52
mehrmals in der Woche	3	14	45	38
seltener/nie	7	26	28	39

($r = .22$; $P = .000$)

Panelmitglieder, die sich vor der Wende politisch häufig über Westkanäle informierten, äußern 1998 (und in den vorhergehenden Wellen außer der 9.) erheblich weniger häufig Vertrauen zur PDS als jene, bei denen das nur selten oder nie zutraf. (Auch in diesem Falle besagt eine zweifaktorielle Varianzanalyse, daß kein statistischer Artefakt vorliegt). Offensichtlich haben wir es hier ebenfalls mit Langzeitwirkungen von Westsenderrezeption zu tun.

In einigen Fällen bestehen Langzeitwirkungen sowohl der Westsenderrezeption als auch der Systembindung vor der Wende. Das betrifft z. B. die Einstellung zur erfolgten Beseitigung der SED und damit zur Wende.

Insgesamt betrachtet scheint der Einfluß früherer Westsenderrezeption jetzt allmählich zurückzugehen. Klarheit darüber können erst weitere Untersuchungen bringen. Dennoch lassen die für unser Panel vorliegenden Ergebnisse darauf schließen, daß die Rundfunk- und Fernsehsender der BRD durchaus Erfolg bei der Verwirklichung ihres Verfassungsauftrages hatten, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes in ihren Sendungen zu beachten (vgl. Förster 1995, S. 1223).

12.4 Nachwirkungen der Schulleistungen

Die Analyse von Nachwirkungen der Schulleistungen steht noch aus. Bisher vorliegende Ergebnisse lassen darauf schließen, daß solche Nachwirkungen durchaus bestehen. Wir führen hier exemplarisch nur den Zusammenhang mit der heutigen politisch-weltanschaulichen Position (Selbsteinstufung in das Links-Rechts-Spektrum) an:

Tabelle 12.44: Zusammenhang zwischen den Schulleistungen in der 10. Klasse der POS (Frühjahr 1989) und der politisch-weltanschaulichen Position 1998 (N = 353)

Leistungsgruppe	links/		rechts/		weiß nicht
	eher links	weder-noch	eher rechts		
I (++)	41	52	5	2	
II (+)	30	51	15	4	
III (-)	25	59	10	6	
IV (--)	16	64	17	3	

($CC = .26$; $P = .023$)

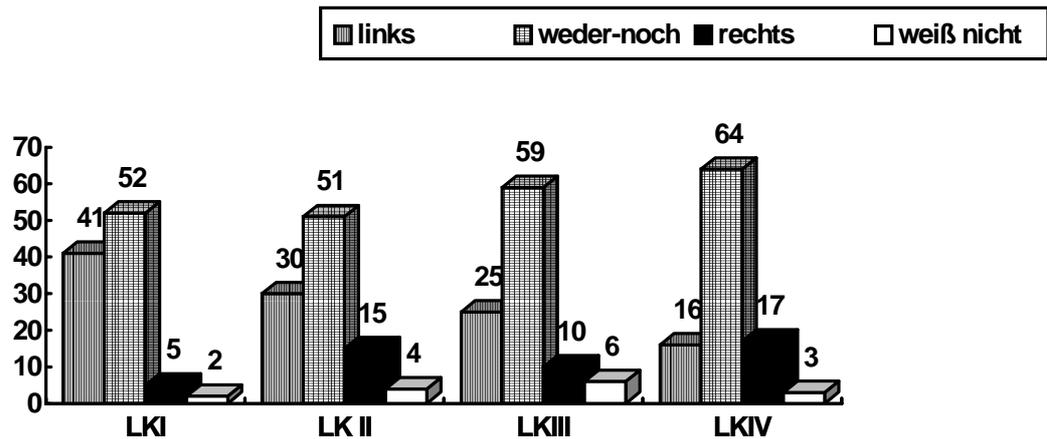


Abbildung 12.5: Zusammenhang zwischen den Schulleistungen in der 10. Klasse der POS (Frühjahr 1989) und der politisch-weltanschaulichen Position 1998

Die vier Leistungsgruppen wurden auf der Grundlage der in der 10. Klasse angegebenen Zensuren für die Fächer Mathematik, Physik und Deutsch gebildet (also ohne das Fach Staatsbürgerkunde). Zur LK I gehören die SchülerInnen mit den besten Leistungen in diesen Fächern, zur LK IV die mit den schwächsten.

Erkennbar ist, daß sich von den Panelmitgliedern, die damals zu den leistungsstärksten Schülern gehören, 1998 erheblich mehr links einordnen als von den damals leistungsschwächsten. Rechts ordnen sich dagegen mehr von den damals leistungsschwächeren Schülern ein als von den leistungsstärkeren.

13. Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse nach der Wende

Die Dokumentation informiert über ausgewählte Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie, die bereits 1987 bei damals 14jährigen Schülern gestartet wurde. Sie begleitet seitdem mit bisher 13 Untersuchungswellen den Weg dieser Jugendlichen von den letzten Jahren der DDR über die Wende und die Vereinigung hinweg in das vereinte Deutschland, vom DDR-Bürger zum Bundesbürger.

Die 13. Welle der Untersuchung fand im Zeitraum April bis Ende September 1998 statt, d. h. vor den Bundestagswahlen und dem Machtwechsel in Bonn.

1998 waren die Teilnehmer der Studie im Durchschnitt 25 Jahre alt. Die Ergebnisse können mit hoher Wahrscheinlichkeit für ostdeutsche Jugendliche dieser Altersgruppe verallgemeinert werden. Repräsentativität für junge Ostdeutsche insgesamt wird nicht unterstellt.

Die Ergebnisse nach der Wende widerspiegeln den politischen Mentalitätswandel im Hinblick auf drei hauptsächliche Aspekte dieses Prozesses: Die differenzierten Entwicklungstrends der politischen Einstellungen und Orientierungen, das Gewicht wesentlicher Einflußfaktoren sowie die Verläufe des Prozesses.

Diese drei Aspekte sollen zusammenfassend kurz charakterisiert werden.

I. Wesentliche Einstellungstrends

1. Die Studie belegt anhand der seit 1990 vorliegenden Zeitreihen, daß die heute 25jährigen Panelmitglieder mehrheitlich und relativ konstant die deutsche Einheit grundsätzlich befürworten. Sie haben von diesem einheitlichen Deutschland Besitz ergriffen, nutzen die sich aus der Vereinigung ergebenden Vorteile für ihre Persönlichkeitsentwicklung. Die deutsche Einheit ist für sie bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden geworden, die - von einer Minderheit abgesehen - nicht in Frage gestellt wird. Allerdings äußern sehr viele von ihnen „gemischte Gefühle“ über den realen Verlauf des Vereinigungsprozesses, vor allem dann, wenn sie selbst von negativen Folgen betroffen sind. Die Herstellung der inneren Einheit wird weit in die Zukunft verlagert. Nach Ansicht der knappen Mehrheit der Panelmitglieder (56 %) überwiegt gegenwärtig zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen noch mehr das Trennende als die Gemeinsamkeiten.

2. Politisch gesehen ist erst ein kleiner Teil der Jugendlichen in der Bundesrepublik angekommen. Das vergangene politische Gesellschaftsmodell hat seine Anziehungskraft bei

ihnen fast vollständig verloren, dem neuen Gesellschaftssystem stehen die meisten Teilnehmer jedoch noch distanziert oder kritisch gegenüber. Das betrifft insbesondere das politische System in der Bundesrepublik, aber auch die Wirtschaftsordnung, die Demokratie, die Sozialpolitik und die Familienpolitik. Besonders unzufrieden sind die Teilnehmer mit der Jugendpolitik.

Dabei ist ein bemerkenswerter widersprüchlicher Prozeß zu beobachten: Einerseits kommen sie zunehmend besser mit dem neuen System zurecht, andererseits haben ihre Zufriedenheit mit dem politischen System und ihre Bereitschaft zu seiner aktiven Unterstützung - beides nur schwach entwickelt - in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Den politischen Parteien wird fast durchweg ziemlich konstant geringes Vertrauen entgegengebracht. Rund die Hälfte der Teilnehmer kann keine Partei nennen, die ihre Interessen vertritt.

3. Charakteristisch für die noch vorherrschende Distanz und Widersprüchlichkeit in den Beziehungen der Panelmitglieder gegenüber dem neuen Gesellschaftssystem ist die Tatsache, daß sich die meisten von ihnen schon als Bürger der Bundesrepublik und zugleich noch als Bürger der ehemaligen DDR fühlen. Das Zugehörigkeitsgefühl zur ehemaligen DDR ist tiefer verwurzelt, als bisher angenommen wurde. An den bisherigen Trends ist ablesbar, daß die Herausbildung einer von „Resten“ der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik noch längere Zeit dauern wird.

Dafür sprechen auch die Trends beim Vergleich der Situation vor der Wende und heute (Systemvergleich). Seit Jahren halten die meisten Panelmitglieder relativ konstant an der Auffassung fest, daß es vor der Wende besser gewesen wäre im Hinblick auf die soziale Sicherheit, das Verhältnis der Menschen untereinander, den Schutz vor Kriminalität, die soziale Gerechtigkeit, die Förderung der Familie und die Betreuung der Kinder. Hinsichtlich der Förderung der Jugend wird die frühere Situation sogar zunehmend besser als heute bewertet. In bezug auf die persönlichen Freiheiten und die Möglichkeiten der Selbstentfaltung präferiert dagegen der größte Teil der Panelmitglieder die heutige Situation.

Nur ein reichliches Viertel der Panelmitglieder verneint eine Übereinstimmung zwischen dem vor der Wende vermittelten BRD-Bild und der inzwischen selbst erlebten Realität. Für etwa ein Viertel stimmt dieses Bild mehr oder weniger mit ihren Erfahrungen überein, rund die Hälfte äußert sich ambivalent. Der Trend verweist auf eine Tendenz zur nachträglichen Aufwertung des in der Schule Gelernten. Sie geht mit einer Positivierung der Urteile über die

DDR einher: Je kritischer die Panelmitglieder die heutige Bundesrepublik beurteilen, desto günstiger bewerten sie die Situation in der DDR.

Alles in allem meinen nach wie vor rund drei Viertel der Teilnehmer, daß es in der DDR sowohl gute als auch schlechte Seiten gegeben habe, für 15 % überwiegen die guten Seiten, für 8 % die schlechten.

4. Die zunehmende Distanz gegenüber dem jetzigen politischen System ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem Infragestellen der Beseitigung des SED-Regimes und damit der politischen Wende im Herbst 1989. Die überwiegende Mehrheit der Panelmitglieder bejaht die Wende, allerdings ist zwischen 1992 und 1998 eine leichte (signifikante) rückläufige Tendenz nicht zu übersehen. Mit zunehmendem zeitlichen Abstand (und zunehmendem Alter) bejahen nicht mehr, sondern eher weniger die Wende.

Distanz gegenüber dem politischen System fördert dagegen die Präferenz einer reformsozialistischen Alternative. Systemunzufriedene sprechen sich eher für ein solches System aus als Systemzufriedene. Die Auffassungen zu einem reformsozialistischen Modell streuen in jeder Untersuchungswelle enorm, die Panelmitglieder sind in dieser politischen Grundfrage seit Jahren gespalten, allerdings mit einem leichten Übergewicht der Anhänger einer Alternative.

5. Die seit 1987 vorliegenden Zeitreihen zur gesellschaftlichen und persönlichen Zukunftszuversicht und die zwischen ihnen bestehenden engen Zusammenhänge machen die gravierenden krisenhaften Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld der Teilnehmer deutlich, zuerst in der Endzeit der DDR, später in Ostdeutschland. Die auch nach der Wende sich weiter in negativer Richtung verändernden Trends lassen erkennen, daß gegenwärtig die persönlichen Zukunftsmöglichkeiten dieser Jugendlichen zum zweiten Mal in einem lebensgeschichtlich kurzen Zeitraum durch gesellschaftliche Krisenerscheinungen beeinträchtigt werden. Das schließt die berufliche Zukunftszuversicht ein, die in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist.

II. Einflußfaktoren

Bei der Auswertung der Studie und der Darstellung der Ergebnisse in dieser Dokumentation bemühten wir uns darum, durch differenzierte Korrelationen (im Querschnitt und im

Längsschnitt) einige der Faktoren näher zu bestimmen, die hinter den erwähnten Einstellungsveränderungen stehen. Diese Analysen, insbesondere ihre Systematisierung, sind noch nicht abgeschlossen. Schon jetzt zeichnen sich jedoch einige Faktoren ab, die zusammenfassend skizziert werden sollen.

1. Die gegenwärtigen persönlichen Erfahrungen der Panelmitglieder

Viele der untersuchten Faktoren lassen sich auf den gemeinsamen Nenner persönliche Erfahrungen mit dem neuen Gesellschaftssystem bringen. Wie schon vor der Wende, so sind auch heute nicht politische Rhetorik und Versprechungen von Parteien entscheidend für die Identifikation mit dem Gesellschaftssystem, sondern das persönliche Erleben der gesellschaftlichen Realität.

Diese Erfahrungen sind hochgradig ambivalent. Danach befragt, welche Erfahrungen sie in den 8 Jahren seit der Vereinigung mit dem neuen Gesellschaftssystem gemacht haben, äußert 1998 mit 69 % die Mehrheit der Teilnehmer, sowohl positive als auch negative Erfahrungen gemacht zu haben. Auch die Veränderungen die Ostdeutschland seit der Wende werden mehrheitlich ambivalent beurteilt: 69 % geben an, daß es sowohl positive als auch negative Veränderungen gegeben habe. Zum Verhältnis von neuen Chancen und neuen Risiken meinen 72 %, daß ihren persönlichen Erfahrungen zufolge Chancen und Risiken zusammen auftreten. Diese Ambivalenz durchzieht die Ergebnisse der Studie von der Wende an, zunächst bei den Erwartungen an die deutsche Einheit, dann bei den Urteilen über ihre Folgen.

Folgende Einflußfaktoren haben besonderes Gewicht:

1.1 Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit, abnehmende Arbeitsplatzsicherheit

Die dramatische Beschäftigungssituation in Ostdeutschland widerspiegelt sich auch in der Population dieser Studie. Obwohl ihr Durchschnittsalter erst rund 25 Jahre beträgt, haben bis 1998 schon 55 % der Panelmitglieder selbst Arbeitslosigkeit erlebt. 32 % waren einmal, weitere 23 % mehrmals arbeitslos. Im Durchschnitt dauerte die Arbeitslosigkeit 9,3 Monate bei großen Unterschieden zwischen den Geschlechtergruppen: männliche Teilnehmer 6,9 Monate, weibliche 11,4 Monate. Länger als ein Jahr waren 15 % der männlichen Teilnehmer arbeitslos gegenüber 32 % der weiblichen.

Außerdem geben 1998 37 % an, daß ihre Eltern (beide oder ein Elternteil) von Arbeitslosigkeit betroffen sind, bei 10 % ist der Lebenspartner arbeitslos. Das bedeutet, daß 1998 70 % der Teilnehmer direkt oder indirekt mit den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit konfrontiert sind.

Der erhebliche Einfluß persönlich erfahrener Arbeitslosigkeit ist bei den Teilnehmern der Studie durchgängig erkennbar. Starke Auswirkungen zeigen sich in ihrer gesamten Befindlichkeit (z. B. im signifikanten Rückgang ihrer Zukunftszuversicht im allgemeinen und der beruflichen Zuversicht im besonderen, im Auftreten von psychosomatischen Beschwerden usw.), aber auch in ihren politischen Orientierungen. So wurde nachgewiesen, daß bei Panelmitgliedern, die schon ein- oder mehrmals arbeitslos waren, die Systemzufriedenheit deutlich zurückging, während bei denen, für die das nicht zutraf, nur ein tendenzieller Abbau zu verzeichnen war. Hinzu kommt, daß das Gefühl, einen sicheren Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz zu besitzen, in den letzten Jahren generell erheblich abgenommen hat. Persönlich erfahrene Arbeitslosigkeit und die zurückgehende Arbeitsplatzsicherheit sind für die 25jährigen Teilnehmer der Studie nach der Wende zu prägenden Generationserfahrungen geworden, sie gehören zu den wesentlichen Ursachen für ihre zunehmende Distanz gegenüber dem politischen System.

Die vorliegenden Daten legen die Annahme nahe, daß die Entwicklungsrichtung der Systembindung, des künftigen politischen Mentalitätswandels überhaupt bei den Panelmitgliedern entscheidend mit davon abhängen wird, ob sie im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland jene individuellen Bedingungen vorfinden, die ihre berufliche Entwicklung fördern. Politik werden sie sehr stark unter diesem Gesichtspunkt beurteilen.

1.2 Existentielle Verunsicherungen

Nach wie vor fühlen sich sehr viele Panelmitglieder von negativen Begleiterscheinungen des Vereinigungsprozesses mehr oder weniger stark bedroht. Kaum einer von ihnen ist frei von ihnen. Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren insbesondere die Angst vor einer persönlichen Notlage, eine für junge Leute im Osten bisher unbekannte Angst mit deutlichen negativen Auswirkungen auf die Lebensgrundstimmung, aber auch auf die Einstellung zum neuen Gesellschaftssystem. Stark verbreitet sind auch Ängste vor einer weiteren Verteuerung des Lebens. Zurückgegangen sind die Ängste vor Kriminalität, Aggressivität und Gewalt, Rechtsradikalismus; sie werden jedoch noch immer von mehr als der Hälfte der Teilnehmer geäußert.

1.3 Geringe Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung

Die Panelmitglieder äußern sich mehrheitlich sehr kritisch über die Möglichkeiten demokratischer Mitgestaltung. Nur 35 % von ihnen sind zufrieden (9 %) oder eher zufrieden als unzufrieden (26 %) mit ihren Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Politik. Noch weniger haben die Erfahrung gemacht, daß die Politiker an ihrer Meinung interessiert sind: 4 %! Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang auch, daß nur 65 % zustimmen, in der Öffentlichkeit offen ihre Meinung sagen zu können. Mit 40 % stimmen noch weniger zu, ihren Vorgesetzten offen ihre Meinung sagen zu können.

Die Konsequenz ist - durch Zusammenhangsanalysen belegt - die erwähnte zunehmende Distanz gegenüber dem politischen System. Geringe erlebbare Mitwirkungsmöglichkeiten führen offensichtlich zu einer Erosion der Legitimität der Demokratie.

1.4 Erhebliche Defizite im Erleben sozialer Gerechtigkeit

Nur eine Minderheit von 20 % der Panelmitglieder stimmt 1998 zu, einen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand zu erhalten. Auch die Chancen, es in der heutigen Gesellschaft durch Leistung zu etwas zu bringen, werden kritisch beurteilt: nur 17 % äußern einschränkungslose Zufriedenheit, weitere 53 % sind eingeschränkt zufrieden, 30 % dagegen mehr oder weniger unzufrieden. Diese verbreitete Unzufriedenheit mit der real erlebten Chancengerechtigkeit fördert ebenfalls eine kritische Sicht auf das politische System, auf die Gesellschaft insgesamt.

1.5 Erfahrung, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden

Über die Hälfte der Panelmitglieder (1998 53 %) hat die Erfahrung gemacht, daß viele Westdeutsche die Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse behandeln, weitere 25 % äußern sich ambivalent, nur 22 % stellen das in Abrede. Solche Erfahrungen der Benachteiligung wirken sich deutlich auf die Systemzufriedenheit aus, dämpfen die Freude an der deutschen Einheit und hemmen vor allem die Entwicklung einer von Resten der DDR-Verbundenheit freien staatsbürgerlichen Identifikation mit der Bundesrepublik.

Erwähnt werden muß, daß die Wirksamkeit der genannten Einflußfaktoren nicht durch von vielen Panelmitgliedern bestätigte positive Veränderungen ihrer materiellen Lebensbedingungen (spürbar insbesondere an den Wohnverhältnissen und am Einkommen) kompensiert wird. Solche Verbesserungen nehmen sie nicht automatisch für das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik ein.

2. Nachwirkungen von Einflüssen aus der Zeit vor der Wende

2.1 Langzeitwirkungen von Systembindungen vor der Wende

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie über die Wende hinweg bietet die einzigartige Möglichkeit, vermuteten Langzeitwirkungen früherer Identifikationen der Panelmitglieder mit dem Gesellschaftssystem der DDR exakt nachzugehen. Diese Analysen sind noch nicht abgeschlossen. Sicher ist, daß bei verschiedenen Sachverhalten solche Wirkungen bestehen, die häufig zunächst nur als Tendenzen auftraten, sich dann verstärkten und statistisch gesichert werden konnten. Bei der Grundeinstellung zur deutschen Einheit z. B. zeigten sich kurze Zeit nach der Wende, im Frühjahr 1990, noch deutliche Nachwirkungen früherer Systembindungen: Stark systemverbundene Panelmitglieder votierten signifikant weniger häufig für die Einheit als schwach systemverbundene.

In den folgenden Untersuchungswellen (1991 bis 1994) wurden keine Nachwirkungen mehr beobachtet, die Korrelationskoeffizienten für den Zusammenhang zwischen früherer Systembindung und Einstellung zur Einheit gingen gegen Null. Erst ab 1995 sind wieder zwar schwache, aber signifikante Zusammenhänge festzustellen. Früher stark systemverbundene Panelmitglieder sprechen sich (wieder) weniger für die Einheit aus als die übrigen Mitglieder, die Zahlen von 1998 ähneln stark denen vom Frühjahr 1990. Wir nehmen an, daß ein Teil jener Panelmitglieder, die vor der Wende stark systemverbunden waren, ihre ursprünglichen Einstellungen in der allgemeinen Euphorie der Nachwendezeit zunächst verdrängt, „vergessen“ hatte. Sie wurden ihnen als Folge neuer, häufig ambivalenter oder sogar negativer Erfahrungen, aber auch einer zunehmend kritischen Stimmung in Ostdeutschland zum Verlauf des Vereinigungsprozesses allmählich wieder bewußt. Für diese Annahme spricht, daß der Einfluß früherer starker Systembindungen auf die Einstellung zur Einheit bei den Panelmitgliedern besonders deutlich ist, die bereits arbeitslos waren und erhebliche existentielle Verunsicherungen verarbeiten mußten. Frühere Systembindungen, die in der DDR erfahrene politische Sozialisation wirken offensichtlich nicht zwangsläufig nach, sondern vor allem dann, wenn Erfahrungen vorliegen, die die damals verinnerlichten Ansichten und Orientierungen nachträglich als richtig erscheinen lassen. Diese These wird durch die Tatsache unterstützt, daß früher stark systemverbundene Panelmitglieder, die arbeitslos waren, deutlich häufiger als jene, die davon nicht betroffen waren, eine

Übereinstimmung zwischen dem in der Schulzeit vermittelten Bild von der BRD und der heutigen Realität feststellen.

Bei verschiedenen Sachverhalten sind 1998 erstmals nennenswerte signifikante Nachwirkungen früherer Systembindungen zu beobachten. Das gilt z. B. für die Zufriedenheit mit dem politischen System in der Bundesrepublik, bei der 1996 keine Nachwirkungen festzustellen waren. Daraus ergeben sich teilweise neue Akzente in den Interpretationen der Daten.

Für die Mitglieder unserer Studie kann alles in allem festgestellt werden, daß die stärksten, entscheidenden Einflüsse auf ihre heutigen Einstellungen zum neuen Gesellschaftssystem von den differenzierten persönlichen Erfahrungen ausgehen, die sie in diesem System bisher gesammelt haben und noch sammeln. Die nachgewiesenen signifikanten Nachwirkungen früherer Systembindungen sind demgegenüber zwar schwächer, jedoch durchaus beachtenswert und relevant.

Für die Diskussion über den Einfluß von früheren sozialisatorischen Prägungen und neuen Erfahrungen auf die heutigen politischen Einstellungen bedeutet dies u. E., nicht nur das unterschiedliche Gewicht früherer Sozialisationseinflüsse bzw. gegenwärtiger gesellschaftlicher Bedingungen zu beachten, *sondern auch stärker die möglichen Rückwirkungen ambivalenter oder negativer aktueller Erfahrungen auf frühere sozialistische Prägungen zu berücksichtigen, auch bei jungen Menschen.* Solche Erfahrungen können zu einem Wiederbewußtwerden und zu einer Verstärkung von vor der Wende verinnerlichten Auffassungen (z. B. über das kapitalistische Gesellschaftssystem) führen, wodurch die Distanz gegenüber der heutigen Ordnung und ihren Werten noch erhöht wird.

2.2. Nachgewiesen werden Langzeitwirkungen früherer intensiver Rezeption westlicher Sender, z. B. auf die Grundeinstellung zur deutschen Einheit. Sie lassen vermuten, daß eine intensive und zugleich meist selektive mediale Wahrnehmung der Vorzüge westlicher Lebensqualität im Kontrast zu den Alltagserfahrungen in der Endzeit der DDR langfristig mit den Boden dafür bereitet hat, die Vereinigung herbeizuwünschen und so selbst an der erstrebten Lebensqualität der Bundesrepublik teilzuhaben. Diese starken medialen Einflüsse auf das politische Bewußtsein haben sich auch lange Zeit nach der Vereinigung erhalten, scheinen jetzt aber zurückzugehen.

2.3 Langzeitwirkungen früherer Systembindungen auf die heutigen Einstellungen zur Gewalt und gegenüber Ausländern konnten bei den Teilnehmern unserer Studie nicht beobachtet werden. Auch die in der DDR praktizierte Gruppen-/Kollektiverziehung hat nicht jene negativen Auswirkungen, wie sie mitunter unterstellt werden. Panelmitglieder, die in der 10. Klasse nach ihrer Zugehörigkeit zu zahlreichen Kollektiven/Gruppen (vom Kindergarten bis zur FDJ-Gruppe in der Schule) stark kollektivorientiert waren, äußern heute nicht häufiger Ausländerfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft als jene, für die das nur schwach zutrif.

2.4 Erste Analysen zu Langzeitwirkungen der früheren Schulleistungen der Panelmitglieder ergeben, daß sich von den damals leistungsstärkeren Schülern 1998 erheblich mehr als Linksorientierte fühlen als von den damals leistungsschwächeren. Letztere fühlen sich dagegen häufiger als Rechtsorientierte.

III. Zum Prozeßverlauf des Einstellungswandels

Die Anlage unserer Untersuchung als Längsschnittstudie macht es möglich, über die Zustandsbeschreibung hinaus tiefer in den politischen *Einstellungswandel* einzudringen, d. h.

- > eine Analyse der individuellen Entwicklungs- /Veränderungsprozesse politischer Einstellungen vorzunehmen,
- > sie in ihren wechselseitigen Zusammenhängen zu betrachten,
- > Entwicklungstypen herauszuarbeiten,
- > sowie nicht zuletzt den Einfluß hypothetisch vermuteter Entwicklungsbedingungen nachzuweisen.

Vor allem in diesen nur in Längsschnittstudien zu realisierenden *Prozeßanalysen* besteht der Neuigkeitswert dieser Studie. Die hierzu erforderliche spezifische Aufbereitung und Auswertung der Daten ist noch im Gange. Bisher zeichnen sich insbesondere folgende Erkenntnisse ab:

1. Die Analyse der Entwicklungsverläufe mit Hilfe des speziell dafür erarbeiteten statistischen Instrumentariums verweist in vielen Einstellungsbereichen trotz häufig gut übereinstimmender Querschnittsverteilungen auf eine erstaunlich hohe Variabilität der individuellen Werte. Bei einigen politischen Einstellungen (z. B. bei der emotionalen Beziehung zur deutschen Einheit, zum politischen System, bei der staatsbürgerlichen Identität als Bundesbürger u. a.) entsprechen die Veränderungen in positiver bzw. in negativer Richtung quantitativ gesehen dem Anteil der konstant gebliebenen Einstellungen oder sind sogar größer als diese.

Diese vielfach starke Variabilität individueller Daten im Untersuchungszeitraum ist ein Indiz für die gravierenden Wandlungsprozesse in den Reflexionen sehr vieler Panelmitglieder über das neue Gesellschaftssystem, für die anhaltende Suche und Unsicherheit bei der eigenen politischen bzw. politisch-weltanschaulichen Standortbestimmung, die auch Revisionen von Standpunkten und Identitäten einschließt.

Diese Ergebnisse (ergänzt durch umfangreiche qualitative Daten) stützen unsere generelle These, daß sich die Panelmitglieder (wie vermutlich große Teile der ostdeutschen Jugend insgesamt) *nach wie vor in einem intensiven Such- und Wandlungsprozeß ihrer politischen Orientierungen, ihrer gesamten politischen Mentalität befinden*. Das wird sich vermutlich so bald nicht ändern. Auch künftig erwarten wir starke, möglicherweise heute noch nicht absehbare Veränderungen ihrer Bewußtseinslage als Folge des anhaltenden politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland. Das schließt die Möglichkeit einer weiteren Verstärkung

von Langzeitwirkungen früherer Systembindungen, das Wiederbewußtwerden von in der DDR verinnerlichten Einstellungen und Werten, durchaus mit ein. Auch deshalb soll die Studie noch einige Zeit fortgesetzt werden.

2. Die Prozeßanalysen lassen zugleich gravierende Veränderungen in den Lebensverhältnissen der Panelmitglieder und den starken Einfluß dieser Veränderungen auf den politischen Einstellungswandel, aber auch auf die psychische Befindlichkeit erkennen. Der Wert der Studie besteht auch im differenzierten Nachweis solcher prozessualen Zusammenhänge, z. B. zwischen den erheblichen Diskontinuitäten und Brüchen im Hinblick auf die berufliche Situation einerseits und den in diesem Kontext variierenden Urteilen über die deutsche Einheit, das politische System und den damit einhergehenden Schwankungen in der Zukunftszuversicht (Lebensgrundstimmung) andererseits.

3. Die Prozeßanalysen deuten darauf hin, daß das Gewicht bestimmter negativer Begleiterscheinungen des Transformationsprozesses für die politische Einstellungsbildung und die Befindlichkeit in den letzten Jahren nicht konstant geblieben ist, sondern ebenfalls Veränderungen unterworfen war und ist. So ist zwar der Anteil der Panelmitglieder zurückgegangen, die sich durch mögliche Arbeitslosigkeit bedroht fühlen. Die Auswirkungen dieses tiefgehenden Bedrohungsgefühls auf die Systembindung und die Lebensgrundstimmung bei denen, die sich nach wie vor bedroht fühlen, haben sich jedoch kaum vermindert, insbesondere bei den jungen Frauen. Wir vermuten hier kumulative Effekte im Ergebnis der nun schon länger anhaltenden Krise auf dem Arbeitsmarkt (und negativer Prognosen), die sich auf junge Menschen am Beginn ihrer Berufskarriere besonders stark auswirken. Ähnliche Erscheinungen sind im Hinblick auf die existentielle Angst vor dem Eintreten einer persönlichen Notlage zu beobachten.

4. Aus den Prozeßanalysen geht hervor, daß sich die politischen Einstellungen der weiblichen Teilnehmer häufig nicht nur hinsichtlich ihrer aktuellen Ausprägung von denen ihrer männlichen Altersgefährten unterscheiden, sondern auch im Hinblick auf die Charakteristika ihres Wandels, mitunter sogar tendenziell in ihrer Entwicklungsrichtung.

Alles in allem sprechen die bisher vorliegenden Ergebnisse und ersten Erkenntnisse für eine Fortsetzung der Studie, zumal nach dem erfolgten Machtwechsel zu erwarten ist, daß sich die

gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verändern werden (insbesondere durch die angekündigte Wiederherstellung und Sicherung sozialer Gerechtigkeit, sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit). Faktisch alle Panelmitglieder sind dazu bereit. Diese einmalige Chance wissenschaftlicher Langzeitforschung sollte nicht vertan werden.

14. Anhang

14.1 Literatur

- Boll, B. / Crow, K. / Hofmann, B. / Holtmann, E.: Sozialprofil und Einstellungen der Mitglieder von Parteien in Ostdeutschland am Beispiel Sachsen-Anhalts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 12/99
- Bulmahn, Th.: Vereinigungsbilanzen. Die deutsche Einheit im Spiegel der Sozialwissenschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 40-41/97
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Bericht über die Situation der Kinder und Jugendlichen und die Entwicklung der Jugendhilfe in den neuen Bundesländern - Neunter Jugendbericht. Bonn 1994
- Faulenbach, B.: Viele Prägungen werden nur langsam verschwinden. In : Das Parlament Nr. 46-47 vom 6./13. November 1998
- Förster, P.: Weltanschaulich-politisches Bewußtsein. In: Friedrich, W. / Griese, H. (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Opladen 1991
- Förster, P.: Jugendliche in Sachsen auf dem Weg in das vereinte Deutschland. Dokumentation einer Intervallstudie 1987 bis 1992. Arbeitsberichte. Herausg. Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig, 1992
- Förster, P.: Situation der Jugendlichen in Ostdeutschland - eine Generation auf gepackten Koffern ? In: Schriftenreihe Jugendpolitik der SPD, Bd. IV, Bonn o. J. (1993)
- Förster, P.: Jungwähler Ost - Das unbekannte Wesen ? In: media Spectrum H.1/1994
- Förster, P.: Jugend zwischen zwei Systemen - Ergebnisse einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie bei ostdeutschen Jugendlichen. In: Vom Beitritt zur Vereinigung. Akademische Tage 1993 - Protokoll. Hrsg. E. Fromm und H.-J. Mende. Berlin 1994
- Förster, P.: Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Einstellungen junger Menschen in der DDR. Expertise. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, herausg. vom Deutschen Bundestag, Bd. V / 2, S. 1212 - 1380. Baden-Baden 1995
- Förster, P.: Der lange Weg vom DDR- zum Bundesbürger. In: Schlegel, U. / Förster, P. (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen 1997
- Förster, P.: Systemwechsel und Mentalitätswandel. Ergebnisse einer Längsschnittstudie bei ostdeutschen Jugendlichen zwischen 1987 und 1996. In: Oswald, H. (Hrsg.): Sozialisation und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Ergebnisse empirischer

- Längsschnittforschung. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2. Beiheft 1998
- Förster, P.: Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989. In : Friedrich, W. / Förster, P. / Starke, K. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966 - 1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse
- Förster, P.: Zwischen Wende und Ende der DDR. Ergebnisse der Meinungsforschung des ZIJ. A.a.O.
- Förster, P. / Roski, G.: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch. Berlin 1990
- Förster, P. / Friedrich, W.: Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/1992
- Förster, P. / Friedrich, W. / Müller, H. / Schubarth, W.: Jugend Ost - Zwischen Hoffnung und Gewalt. Opladen 1993
- Förster, P. / Friedrich, W.: Jugendliche in den neuen Bundesländern. Ergebnisse einer empirischen Studie zum Wandel der Meinungen, Einstellungen und Werte von Jugendlichen in Sachsen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 19/1996
- Friedrich, W.: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 16-17/1990
- Friedrich, W. / Förster, P.: Ostdeutsche Jugend 1990. In: Deutschland Archiv, Heft 4 und 7/1991
- Friedrich, W. / Förster, P.: Jugendliche in den neuen Bundesländern. In: Veen, H.-J. u. a.: *Eine Jugend in Deutschland ?* Opladen 1994
- Friedrich, W. / Förster, P.: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Leipzig 1996
- Friedrich, W. / Förster, P.: Politische Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher und junger Erwachsener im Transformationsprozeß. In: Sydow, H. (Hrsg.): Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands. Beiträge zu den Berichten der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW), Opladen 1997
- Friedrich, W. / Förster, P. / Starke, K. (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999
- Fuchs, D. / Roller, E. / Weßels, B.: Die Akzeptanz der Demokratie des vereinten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 51/97

- Gensicke, Th.: Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 42/96
- Giesen, B. / Leggewie, C. (Hrsg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin 1991
- Herzog, R.: „Was wirklich wichtig ist“. Weihnachtsansprache von Bundespräsident Herzog. In: Das Parlament Nr. 1-2 vom 8. Januar 1999
- Hessel, A. / Geyer, M. / Würz, J. / Brähler, E.: Psychische Befindlichkeiten in Ost- und Westdeutschland im siebten Jahr nach der Wende. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 13/97
- Hurrelmann, K. / Ulich, D.: Neues Handbuch der Sozialisationsforschung. Weinheim und Basel 1991
- Jugend '97: Zukunftsperspektiven, Gesellschaftliches Engagement, Politische Orientierungen. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Opladen 1997
- Jugendreport: Ich bin jung - ich habe Angst. In: Bildwoche Nr. 26/1998
- Klages, H.: Idealist, Realist und Hedomat in Konkurrenz. In: Das Parlament Nr. 50 vom 16. Dezember 1994
- Köcher, R.: In der neuen Lage hat die CDU neue Aufgaben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. Oktober 1998
- Köcher, R.: Hat Deutschland eine gefestigte Demokratie? In: Das Parlament Nr. 16 vom 16. April 1999
- Leben 97/98. Sozialreport II Quartal 1998. Neue Bundesländer. Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, Berlin 1998
- Ludwig, R.: Möglichkeiten der Ergebnisdarstellung bei Intervallstudien. In : Schlegel, U. / Förster, P. (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger, Opladen 1997
- Misselwitz, H.-J.: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die „innere Einheit“ und die Rolle der politischen Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 7-8/99
- Müller, H. / Hennig, W. / Ludwig, R.: Über Anlage und Organisation der Intervallstudie. In: Friedrich, W. / Müller, H. (Hrsg.): Zur Psychologie der 12- bis 22jährigen. Berlin 1980
- Münchmeier, R.: „Entstrukturierung“ der Jugendphase. Zum Strukturwandel des Aufwachsens und zu den Konsequenzen für Jugendforschung und Jugendtheorie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 31/98
- Neuner, G. (Leiter des Redaktionskollegiums): Pädagogik. Berlin 1983

- Oesterreich, D.: Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Weinheim und München 1993
- Palentien, C. /Klocke, A. / Hurrelmann K.: Armut im Kindes- und Jugendalter. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B. 18/99
- Patzelt, W. J.: Politikverdrossenheit, populäres Parlamentsverständnis und die Aufgaben der politischen Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B.7-8/99
- Pfeiffer, C.: Anleitung zum Haß. In: Der Spiegel, Nr. 12/1999
- Pollack, D. : Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 13/97
- Pollack, D. / Pickel, G.: Die ostdeutsche Identität - Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 41-42/98
- Probst, L.: Ost-West-Differenzen und das republikanische Defizit der deutschen Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 41-42/98
- Rattinger, H. / Maier, J.: Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 52/98
- Roski, G. / Förster, P.: Leipziger DEMOSkopie. In: Leipziger DEMOntagebuch. Leipzig und Weimar 1990
- Sarcinelli, U. / Hermann, M. C.: Europa in der Wahrnehmung junger Menschen - Bedingungen und Konsequenzen für Politikvermittlung und politische Bildungsarbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 25-26/98
- Schlegel, U. / Förster, P. (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche. Vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen 1997
- Schmidtchen, G.: Wie weit ist der Weg nach Deutschland ? Sozialpsychologie der Jugend in der postsozialistischen Welt. Opladen 1997
- Schöppner, K.-P.: Was denken die Deutschen am 3. Oktober? In: Neues Deutschland vom 2. Oktober 1998
- Schröder, G.: Soziale Balance wiederherstellen. (Rede im Deutschen Bundestag.) In: Das Parlament Nr. 11 vom 12. März 1999
- Seiring, K.: Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 20/95

- Silbereisen, R. K. / Vaskovics, L. A. / Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein In Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen 1996
- Trabert, G.: Soziale Dimension von Krankheit vernachlässigt. In: Dt. Ärztebl. Heft 12/1999
- Vaskovics, L.A.: Lebensläufe junger Erwachsener und elterliche Unterstützungsleistungen. Kontinuitäten und Diskontinuitäten. In: Oswald, H. (Hrsg.): Sozialisation und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 2. Beiheft 1998
- Veen, H.-J.: Innere Einheit - aber wo liegt sie? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 40-41/97
- Walz, D. / Brunner, W.: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: Warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 51/97
- Weidenfeld, W. /Korte, K.-R. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Neuausgabe 1996. Bundeszentrale für politische Bildung
- Westle, B.: Nationale Identität und Nationalismus. In: Hoffmann-Lange, U. (Hrsg.): Jugend und Demokratie in Deutschland. Opladen 1995
- Zelle, C.: Soziale und liberale Wertorientierungen: Versuch einer situativen Erklärung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 41-42/98
- Zinnecker, J.: Deutsche Jugend heute. Eine Porträtskizze. In: Jugend '97. Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.), Bd. 1, Opladen 1992

14.2 Übersicht der bisherigen Befragungswellen dieser Studie nach der Wende

4. Welle: Mai 1990, N = 276
5. Welle: Dezember 1990, N = 86
Diese Welle fand im Rahmen und mit dem Fragebogen der für Ostdeutschland bevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfrage M 9 des Zentralinstituts für Jugendforschung statt. Wegen der bevorstehenden Schließung und Abwicklung des Instituts konnte aus Zeitgründen nur eine per Zufall ausgewählte Teilstichprobe einbezogen werden.
6. Welle: Juli 1991, N = 220
7. Welle: März 1992, N = 224
Diese Welle wurde im Rahmen und mit dem Fragebogen (Kurzfassung) der „Jugendstudie 92“ der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e. V. durchgeführt.
8. Welle: Dezember 1992, N = 170
9. Welle: Dezember 1993, N = 232
10. Welle: Dezember 1994, N = 250
11. Welle: Dezember 1995, N = 316
12. Welle: Dezember 1996/Januar 1997, N = 355
13. Welle: April - Ende September 1998, N = 368

Besonders bei den ersten Wellen nach der Wende machte ein kleiner Teil der Panelmitglieder noch von der angebotenen Möglichkeit der anonymen Beteiligung Gebrauch, was zu Ausfällen bei der Zuordnung der Daten und damit bei den Längsschnittkorrelationen führt (nicht bei Querschnittsanalysen). Dennoch sind die Populationen selbst für differenzierte Auswertungen groß genug.

14.3 Weitere ausgewählte Ergebnisse vor der Wende

Ergänzung der Angaben im Abschnitt 2. (Tabelle 2.3) zu den Antworten auf die im Frühjahr 1989 gestellte offene Frage „Was gefällt Ihnen gegenwärtig in der DDR besonders? Und was gefällt Ihnen nicht?“

Wir führen hier die Ergebnisse des zweiten Teils der Frage an. Sie geben an, welchen prozentualen Anteil die verschiedenen Kategorien an der Gesamtzahl der Nennungen haben.

Tabelle 14.1: Anteil verschiedener Lebens- bzw. Erfahrungsbereiche, die den Teilnehmern der Studie (Gesamtgruppe) im Frühjahr 1989 „in der DDR nicht gefielen“, an der Gesamtzahl der Nennungen (2993 Nennungen = 100 %)

<u>Lebens-/Erfahrungsbereiche</u>	<u>Anteil in Prozent</u>
Das schlechte Angebot an Waren und Dienstleistungen	35,5
Die Politik der Partei- und Staatsführung der DDR	25,1
<i>darunter u. a.:</i>	
Ablehnung einer nicht dem Volke dienenden Innenpolitik	7,2
Unzufriedenheit mit den eingeschränkten Reisemöglichkeiten	10,7
Beschränkungen der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit	3,7
Die Mauer und der Schießbefehl	1,3
Die Ablehnung der Politik Gorbatschows durch die SED	1,1
Die Vernachlässigung des Umweltschutzes	5,5
Zu wenige Jugendklubs, zu wenige Veranstaltungen für die Jugend	4,8
Allgemeine Mißstände in der Wirtschaft	3,7
Die schlechten Straßenverhältnisse	3,6
Zu lange Wartezeiten auf PKW, zu hohe PKW-Preise	3,2
Die Wohnungspolitik hinsichtlich der Wartezeiten und der Erhaltung der Bausubstanz	2,9
Die in der DDR lebenden Ausländer, Ausländerpolitik der DDR	2,8
Ungerechte Unterschiede zwischen Stadt und Land hinsichtlich Versorgung und Baugeschehen	2,2
Notwendigkeit von persönlichen Beziehungen bei der Alltagsgestaltung	1,9
Die Schule (Schulsystem, Unterricht, zeitliche Gestaltung)	1,6
Sonstiges	7,2

Die kritischen Aussagen der Teilnehmer konzentrierten sich vor allem auf zwei Bereiche: Die Versorgungslage im weitesten Sinne (einschließlich Dienstleistungen) und die Politik der „Partei- und Staatsführung“ gegenüber der Bevölkerung des Landes.

Rund 36 % der Äußerungen beschäftigten sich mit der permanenten Versorgungskrise auf allen Gebieten, die im Frühjahr 1989 katastrophale Ausmaße angenommen hatte. Besonders häufig wurden von den Jugendlichen die seit Jahren bestehenden Defizite im Bereich der Jugendmode kritisiert, aber auch die Preise in den Delikat- und Exquisit-Läden. Unverständnis wurde von vielen jungen Leuten über die (gewohnt) mangelhafte Versorgung mit Obst und Südfrüchten sowie mit bestimmten Ersatzteilen geäußert (z. B. für Fahrräder und Mopeds).

Rund 25 % der Äußerungen enthielten eine zum Teil sehr deutlich formulierte Kritik am autoritären Machtsystem der SED-Führung, das zu dieser Zeit bereits in einer tiefen Krise steckte und wenige Monate später zusammenbrach. Hauptsächlich zielte die Kritik der Befragten auf eine realitätsferne, dogmatische und unehrliche Innenpolitik, auf die restriktive Handhabung des Reiseverkehrs in den Westen und auf die Beschränkung der Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit. Von einem Teil der Jugendlichen kamen kritische Aussagen zur Mauer und zum Schießbefehl sowie zur ablehnenden Haltung der SED-Spitze gegenüber der Politik Gorbatschows. (Das Stichwort „Stasi“ kam nicht vor.)

Wir führen zu den ersten beiden Kategorien einige typische Aussagen an:

> Das schlechte Angebot an Waren und Dienstleistungen

„Daß man beim Einkauf nicht das bekommt, was man will. Zu wenig Obst, Bananen, Apfelsinen.“

„Wenn ich in einen Laden gehe und mir gesagt wird: `Haben wir nicht`“.

„Ungenügende Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse (Es gibt: Rot- und Weißkohl !!!)“

„Die derzeitige Versorgungslage in der DDR.“

„Jugendmode ist viel zu teuer.“

„Daß es in den Läden nichts zu kaufen gibt, und wenn es etwas gibt, dann nur unterm Ladentisch und durch Beziehungen.“

„Daß man nach vielen Sachen erst laufen muß, bevor man sie bekommt.“

„Leere Läden.“

> Ablehnung der Innenpolitik

„Daß wir die Probleme, die wir im Staat haben, nicht versuchen zu lösen, sondern sie immer schlimmer machen, und nach außen immer so tun, als sei alles vollkommen.“

„Pseudodemokratie, Personenkult, politisch-ideologisches Stagnationsdenken, Selbstzufriedenheit, Selbstverherrlichung, politische Arroganz gegenüber anderen sozialistischen Staaten.“

„Schmalzreden von Politikern in unserem Land, die nur das Positive ansprechen, keine öffentliche Meinungsfreiheit.“

„Keine klaren Antworten auf politische Fragen - Ausreden.“

„Die Politik in unserem Land. Denn solange weiterhin die alten Politiker die Regierung bilden, ändert sich nicht viel. Es müssen junge Leute mit einer anderen Weltanschauung in die Regierung.“

„Immer die gleiche Partei an der Macht, Einparteiensystem. Es müßten mehr Parteien zugelassen werden.“

(ausf. s. Förster 1992, S. 13 ff.)

14.4 Ausgewählte qualitative Daten

Im Rahmen aller Untersuchungswellen wurden den Teilnehmern über die geschlossenen Fragen hinaus eine oder mehrere „offene Fragen“ (ohne Vorgaben) gestellt, die sie zu schriftlichen Äußerungen über bestimmte Probleme anregen sollten. Diese Fragen wurden von der Mehrheit der Panelmitgliedern mehr oder weniger ausführlich beantwortet, meist in erfreulicher Offenheit.

Nachfolgend führen wir einige Beispiele der Beantwortung an, die einen Einblick in das Denken und Fühlen der Panelmitglieder zum jeweiligen Zeitpunkt geben. Das gilt auch für die abschließend exemplarisch angeführten Tagebuchnotizen einer Teilnehmerin vom 11. November 1989 und für den 1993 (auf Wunsch des Forschungsleiters) geschriebenen Brief einer Teilnehmerin an eine ehemalige Schulfreundin über Erlebnisse und Erfahrungen seit dem Verlassen der Schule.

Diese qualitativen Daten sind bisher noch nicht vollständig ausgewertet worden. Das betrifft auch die Niederschriften von mündlichen Interviews, die 1993 und 1996 mit zahlreichen Teilnehmern geführt wurden.